

ZEITSCHRIFT FÜR

# GEO POLITIK

XV. JAHRGANG 1938



HEFT / JULI

## Das Weltreich und Europa

**Jahrreiß:** Das britische Weltreich und Europa

**R. S.:** Hongkong im japanisch-chinesischen Konflikt

**Schmolck:** Britische Interessen in Mittelamerika

**Schultze:** Der Riegel des Roten Meeres

**Krahmann:** Die „armen Blanken“ in Südafrika

**SPÄNE:** Die Verstärkung Südafrikas — Nachlassen der Spannung

**Mehnert:** Problem XIX — US.-Flottenmanöver im Pazifik

---

### STAATENWIRTSCHAFT

**er:** Staat und Wirtschaft im Orient — **Wilsdorf:** Wirtschaftsplanung und Außenhandels-  
ung im autoritären Rumänien — **Seifert:** Staatenwirtschaftliche Länderschau (Briten und  
tsche im] Wirtschaftsnationalismus des Vorderen Orients) — **Londoner Irak-Anleihe** —  
**Die nationalägyptische Bank Misr** — **Schrifttum**



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

**DR. KARL HAUSHOFER**

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,  
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

**SCHRIFTLEITUNG:**

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36  
Fernsprecher: Heidelberg 3742

**Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten**

XV. JAHRGANG / HEFT 7 / JULI 1938

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

<i>H. Jahrreiß: Das britische Weltreich und Europa</i> .....	517
<i>R. S.: Hongkong und Südwest-China im japanisch-chinesischen Konflikte</i> .....	524
<i>F. H. Schmolck: Britische Interessen auf dem amerikanischen Isthmus</i> .....	533
<i>E. Schultze: Der Riegel des Roten Meeres</i> .....	540
<i>R. Krahmann: Die „armen Blanken“ in Südafrika</i> .....	544

### BERICHTE

<i>A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i> .....	548
<i>K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i> .....	551
<i>K. Mehnert: Problem XIX. US.-Flottenmanöver im Pazifik 1938</i> .....	559
<i>H. Hummel: Kurznachrichten</i> .....	570

<i>SPÄNE der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik</i> .....	573
---	-----

### SCHRIFTTUM

<i>K. Haushofer: Unentbehrliches aus dem Schrifttum</i> .....	576
<i>E. Wunderlich: Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten</i> .....	579

### BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

<i>R. Hüber: Staat und Wirtschaft im Orient</i> .....	581
<i>H. Wilsdorf: Wirtschaftsplanung und Außenhandelslenkung im autoritären Rumänien</i> .....	585
<i>A. Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau (Britten und Deutsche im Wirtschafts- nationalismus des Vorderen Orients)</i> .....	592
<i>Materialien: Prospekt der Londoner Irak-Anleihe</i> .....	603
<i>Die nationalägyptische Bank Misr</i> .....	605
<i>Schrifttum</i> .....	607

**Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AIG. RM 4.40 / Einzelne RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—**

Ausland: Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung

**Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhalts-  
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—**

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 627 30

**KURT VOWINKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36**



Dies Heft soll unseren Lesern Größe und Vielfalt der Lebenslinien des größten weißen Reiches, des Weltreiches schlechthin zeigen. Es mag einigen Engländern beweisen, mit welcher Aufmerksamkeit und welchem Verständnis wir Deutschen, unabhängig von den tagespolitischen Schwierigkeiten, ihrem Kampf für die Weltgeltung der weißen Rasse folgen.

Den Kern der grundsätzlichen Ausführungen hierzu bildet der Beitrag von J. Fahrreiß: Das britische Weltreich und Europa mit der Forderung, England möge erkennen, welch starken Rückhalt es an einem ausgeglichenen Europa haben werde, und der Erkenntnis, wie wichtig andererseits dies Weltreich für Europa ist.

Im diesen Aufsatz gruppiert sich eine Folge von Beiträgen, die alle von Landsleuten draußen in der Welt zu uns kamen. Sie geben in ihrer Gesamtheit, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, einen Querschnitt durch die Fülle von Problemen, die in London zusammenlaufen.

Von einer Reise Südchina gibt unser Mitarbeiter in Tokio Beobachtungen und Überlegungen zur Stellung der Kronkolonie Hongkong, in der sich heute nach dem Fall Schanghai der China-Handel konzentriert. Unser Berichterstatter in Guatemala, F. H. Schmolck, zeigt die Konflikte, in die England in Mexiko und hinsichtlich seiner Kolonie Belize (Britisch-Honduras) verwickelt ist.

Einen Überblick über die Insel Perim und den Hafen Aden mit seiner Infälligkeit für die Schwankungen in der politischen Lage wie im Bereich des Roten Meeres gibt E. Schultze.

Eine Ergänzung unseres Südafrika-Heftes (Januar 1938) sind die Darlegungen von R. Krahmann über die „armen Blanken“. Sie fußen vorsichtig auf den amtlichen Angaben über die Jahre 1929/30; inzwischen haben sich die Verhältnisse noch wesentlich mehr zugespitzt.

Der „China-Klipper“ brachte uns auf dem schnellsten Weg einen Bericht unseres Mitarbeiters R. Mehnert aus Honolulu über die bisher größten Lottenmanöver der USA. im Pazifik, die insbesondere die See-Erfahrenen unter unseren Lesern fesseln werden, aber auch geopolitisch in ihrer Rückwirkung auf die Ernährungsfrage der Monokultur-Inseln im Pazifik sehr aufschlußreich sind.

In den Spanen scheint uns vor allem eine sehr maßgebende Stimme aus Australien zu den Konflikten in Mitteleuropa wichtig; solch einsichtige Beurteilung von Versailles und seinen Folgen ist im Bereich des engländertums noch selten.

Die Beilage

## STAATEN-WIRTSCHAFT

artet diesmal mit zwei völlig neuen Stoffen auf: Heinz Wilsdorf, ein guter Kenner des Balkans aus der jungen Generation, gibt eine Analyse der rumänischen Wirtschaftspolitik seit dem Umbruch im Januar, und im Abschnitt „Materialien“ befindet sich ein Referat über die im deutschen Schrifttum noch nicht behandelte national-ägyptische Bankkrise. Reinhard Hüber skizziert aus berufener Feder das Verhältnis von Staat zu Wirtschaft im Vorderen Orient. Die Länderschau Arnold Jelferts beschäftigt sich diesmal mit dem britischen Türkentredit und wirtschaftsnationalistischen Strömungen in Iran, Irak, Palästina, Ägypten, Indien und Afghanistan. Die darin eingeschlossene Behandlung des indischen Sansibar-Gewürznelkenboykotts ist ein fesselndes Stück rassen- und kolonialpolitischer Wirtschaftslenkung.

Die Schriftleitung



## **Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:**

Gustav Fuhrmann (AfG), Heidelberg, Häußerstr. 37 — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Berlin SW 68, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Reinhard Hüber, Berlin W 35, Admiral v. Schröder-Straße 39 — Hans Hummel (AfG), Wusterhausen (Dosse), Seestr. 16 — Dr. Hermann Jähreiß, v. Professor a. d. Universität, Köln, Ubierring 57 — Dr. Rüdiger Krahmann, Johannesburg S.-A., 26 Kerry Road — Dr. Klaus Mehnert, University of Hawai, Honolulu — R. S., Tokio: Anschrift durch den Verlag — Frank H. Schmold, Guatemala C.-A., Apartado postal 171 — Professor Dr. Ernst Schulte, Leipzig N 21, Lothringer Str. 7 — Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11 — Dr. Heinz Wildorf, Leipzig C 1, Petersstr. 13 — Professor Dr. E. Wunderlich (AfG), Stuttgart, Haus des Deutschtums.

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

## **Verzeichnis der Karten dieses Heftes:**

Die streitigen Gebiete zwischen Guatemala und Britisch-Honduras .	53
Die Annäherung von Kanton und Hongkong .....	55
Anglo-Italienischer Ausgleich in Afrika und Mittelmeer.....	55
Beispiel geopolitisch unsinniger Berggrenzung (Ostafrika) .....	55
Manöverfeld der U.S.A.-Flotte 1938 .....	55
Inselgruppe Hawai .....	56

## **Aus dem Inhalt des letzten Heftes:**

K. Haushofer: Geopolitik um Neapel und sizilischen Frühling  
 W. Siewert: Die Seemachtlage im Fernen Osten  
 F. W. Borgman: Klima und Politik im Eismeer  
 W. Kiefer: Völker und Meere  
 A. Weber: Moltke als Geopolitiker  
 A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt  
 K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum  
 E. Wisbert: Mögliche Unabhängigkeit oder Dominionsstatus der Philippinen?  
 H. Hummel: Kurznachrichten  
 Späne der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik  
 Einzelbesprechungen  
 R. v. Schumacher: Büchertafel  
 R. Roepke: Bibliographie der Geopolitik

## **BEILAGE: WELT-RUNDFUNK**

R. Wellner: Ibero-Amerika im Brennpunkt der Kurzwellen-Richtstrahler  
 R. v. Steinig: Rundfunksender in Südamerika  
 H. Muth: Rundfunk in Brasilien  
 G. Reinboth: Italienischer Rundfunkjournalismus  
 S. D. Spicer (England): Das BBC-Rundfunkinstitut  
 Tagung des Weltnachrichtenvereins in Kairo  
 Blick in die Rundfunkwelt  
 Wirtschaft und Recht  
 Schrifttum



## HERMANN JAHREISS: Das Britische Weltreich und Europa

Jahr um Jahr geht das nun so in Europa: Spannung, Entspannung, Spannung, Entspannung. Pessimisten wie Optimisten können je länger, je weniger auf Zulauf rechnen, so sehr haben beide abwechselnd übertrieben; Europa ist in immer größeren Teilen und in immer breiteren Schichten ernüchtert: die Vorkriegsordnung kehrt nicht zurück; die Pariser Regelung von 1919 ist Stück um Stück zerbrochen; es soll endlich zur Sache gesprochen und das bloße Hantieren mit Methoden aufgegeben werden, „Realpolitik“ steigt im Kurs. Aber mehr noch. Es wächst die Sehnsucht nach einem Europa, das — gleichweit entfernt vom Weltherrscher-Dünkel wie von Überfremdungsanik — seiner selbst bewußt wird, zu Selbstbehauptung und Fortschritt entschlossen und zu gemeinsamer aufbauender Leistung fähig ist. Die Einsicht ist auf dem Wege, daß die Existenz Europas bedroht ist, wenn es nicht nun endlich zu einer aktiven politischen Größe wird.

Die Verkrampfung, die seit 1919 unseren Erdteil lähmte, ist schon gemildert. Daß sich auch England seit einiger Zeit an diesem Heilverfahren beteiligt, wird von den Deutschen dem britischen Regierungschef trotz aller Meinungsverschiedenheiten als Verdienst um Europa angerechnet; um so mehr, als die Deutschen überzeugt sind davon, daß bei dem Britischen Weltreich heute die Entscheidung über die Lebensfrage der alten weißen Welt liegt.

Worauf hat die Welt, die nach London sieht, zu rechnen? Das ist die Frage.

### I. Einmaligkeiten des Weltreichs

#### I

Das Britische Weltreich, so nennen es die Deutschen gewöhnlich. Die Diplomatensprache sagt einfach und farblos: Empire Britannique, Britisches Reich. Beide Namen stellen dieses politische Gebilde von vornherein nur als eine Größe der Staatenwelt vor unsere Augen, als einen Staat unter Staaten; sie spielen nicht auf die Art der inneren Ordnung an. Dabei weist aber der deutsche Name — anders als der diplomatische — gleichzeitig diesem Staate seinen besonderen Platz unter den Staaten an. Die Deutschen sprechen zwar von Weltmächten neben Großmächten und rechnen auch ihr Reich heute wieder zu diesen Weltmächten; zu jenen wenigen Staaten, um deren Haltung in wichtigen Fragen sich jeder Staatsman auf dem Erdball kümmern muß. Aber den Titel eines Weltreiches geben die Deutschen nur dem Staatswesen, das die Briten in drei Jahrhunderten aufgebaut haben: ein Staat in der Welt, aber auch nur einer, ist überall auf der Erde gegenwärtige Macht, und zwar Großmacht, auf allen Kontinenten und darum auch auf allen Meeren. Darin zuerst scheidet sich das Britische Riesenreich von allen früheren und heutigen Staaten; auch den größten; schon deshalb muß wohl ein britischer Außenminister oft anders fragen, oft anders vorgehen als irgendein Außenminister der Welt.

Halten wir uns doch vor Augen: Das Britische Weltreich umfaßt ein Viertel der Landoberfläche und ein Viertel der ganzen Menschheit; jeder vierte Quadratkilometer Land ist britisch, jeder vierte Mensch ist britischer Untertan. In Europa



tritt das Reich hinter dem deutschen an Menschenzahl und Raum zurück, aber sein Besitz in Afrika und Asien umfaßt je zehnmal die Größe des Deutschen Reichs in Australien und Ozeanien fünfzehnmal, in Amerika fast neunzehnmal, um den Südpol neunmal, im ganzen dreiundsechzigmal. An Einwohnerzahl überschreitet allein der asiatische Besitz das Deutsche Reich: in Indien. Dort aber haben wir vor uns einen der drei ungeheuren Ameisenhaufen der Menschheit, fünfmal soviel wie im Deutschen Reich, ein Sechstel aller Menschen. Nehmen wir Europa ohne die britischen Inseln und ohne den Teil der Sowjetunion diesseits des Urals, dann ist das an Fläche ein Sechstel des Britischen Reichs, an Bevölkerung Zweidrittel.

## 2

Die Briten selbst gaben in der Nachkriegszeit diesem Riesengebilde den Namen „Britische Staatengemeinschaft“. (British Commonwealth of Nations.) Damit wird nicht die Einordnung des eigenen Staates in die Staatenwelt, sondern der Grundzug der inneren Ordnung angedeutet. Damit finden wir den zweiten Wesensunterschied zwischen diesem Reich und allen übrigen Staaten. Sonst, auch in den sogenannten Bundesstaaten, spielt sich alles politische Fordern und Versagen, Fragen und Entschließen auf zwei Bühnen ab: auf der — vielleicht untergeteilten — Heimatsbühne und auf dem zwischenstaatlichen Theater. So war es einst auch für London; nicht nur zur Zeit, als das Land noch nicht in Übersee Besitzungen hatte, sondern auch später noch, als es die größte Kolonialmacht geworden war und als dieses riesiges Kolonialreich nur von London aus gelenkt wurde. Nach einer nicht überall gleich langen und gleichlaufenden Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist aus dem Kolonialreich eine Gemeinschaft von sechs gleichberechtigten, wenn auch nicht gleichgewichtigen Staaten geworden. Und so hat alle große Politik des Londoner Kabinetts für drei Bühnen Regie zu führen: Großbritannien ist die eine; das Reich, von dem die einen sagen, es sei ein Staat, und andere, es sei nur eine engere völkerrechtliche Vereinigung in der allgemeinen Völkerrechtsgemeinschaft, ist die zweite; und die dritte ist der Plan, auf dem sich das Reich mit den anderen Mächten trifft.

Die Debatten im englischen Unterhaus nach der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zeigten diese Dreieit sehr deutlich. Chamberlain hatte nicht nur zu erwägen, ob die Regierung die öffentliche Meinung Großbritanniens hinter sich habe, und andererseits nicht nur zu prüfen, wie sich Großbritannien zum Deutschen Reich, zu Frankreich, zu Tschechoslowakei stellen solle, sondern er mußte sich auch vergewissern, wie Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland die Lage sähen. So war es schon gelegentlich des Locarno Paktes 1925 und später — 1928 — in den Vorverhandlungen zum „Kriegsächtungspakt“ gewesen, und nicht anders bei allen Schritten in der sogenannten Reparations- und Abrüstungsfrage, nicht zu reden von der selbständigen Mitgliedschaft der Dominions in der Genfer Liga.

## 3

Die Britische Staatengemeinschaft als Weltreich; darin hätten wir beide Gesichtspunkte. Und wir spüren sofort: vielleicht kann diese weltweit Staatengemeinschaft nicht ohne Europa sein und Europa vielleicht nicht ohne dieses Reich, aber sicher ist es schwer, sie zueinander einigen.

Wir stellen zunächst fest: zu diesem Gebilde gibt es in der ganzen Staatengemeinschaft kein Gegenstück. Gewiß, es hat im Laufe der Zeiten noch nie ein Staat ei-



völlig passendes Gegenstück gehabt; jeder Staat ist zu jeder Stunde einmalig, wenn man alles und jedes vergleichen will. Aber wir finden schon, wenn wir auf die großen Linien der Verfassungsgrundlagen und des Verfassungslebens der Staaten sehen, starke Ähnlichkeiten, oft sehr starke, früher wie heute, so daß sich „Gegenstücke“ aufdrängen. In unserem Fall versagt das. So kommt es (freilich nicht nur aus diesem Grund), daß Londoner Entscheidungen nach außen (in der Staatenwelt), im Inneren (gegenüber den anderen Reichsgliedern) und im Innersten (für Großbritannien) oft so schwer von den drei Vierteln der Menschheit außerhalb der britischen Welt verstanden werden; so aber auch geschieht es leicht, daß London die Entscheidungen anderer Regierungen nicht versteht.

## II. Lebensräume, Lebenslinien und politische Methoden des Reichs

### I

Als das unverrückbare Ziel der englischen Politik ist in letzter Zeit wiederholt von Chamberlain, aber auch von Halifax angegeben worden: die Bewahrung der britischen Interessen und Ideale, wenn möglich durch friedliche Mittel.

Was heißt das?

Nicht als ob London nicht mehr gewillt wäre, notfalls zu kämpfen! England rüstet ja gerade seit Jahren und vielleicht noch Jahre hindurch, um für alle Fälle bereit zu sein, wenn der Krieg unvermeidlich wird zur Verteidigung seiner Interessen und Ideale. Aber: im Weltkrieg hat man aus dem Engländer das Letzte herausgeholt mit dem Versprechen, daß dies der letzte der Kriege sei; und jedenfalls will die Masse des Volkes heute — wie alle europäischen Völker —, daß es der letzte Krieg in Europa gewesen sei. Die Verantwortlichen aber wissen, daß unter europäischen Großmächten niemand mehr einen Krieg gewinnt, daß alle ihn verlieren, daß er die Katastrophe ist. Sie würden Krieg in Europa nicht für unmöglich, aber andererseits nicht für tauglich zur Erreichung einer fruchtbaren Entscheidung ansehen. Deshalb muß alles getan werden, um solche Lagen nicht entstehen zu lassen.

Das wäre also eine Erkenntnis und das Bekenntnis, daß kriegerische Mittel, wenn nur irgend möglich, nicht angewandt werden sollen. England kann überzeugt sein, daß die Deutschen genau so denken. Allerdings sagen diese Erkenntnis und dieses Bekenntnis nichts darüber, welche Mittel nun angewandt werden sollen. Welches sind die friedlichen Mittel? Diese Frage stellen wir zunächst zurück. Hier sind sich ja auch die Engländer nicht einig. Was aber will denn London mit friedlichen Mitteln erreichen?

Die Bewahrung seiner Interessen und Ideale!

Es fällt in die Augen, daß man sich offenbar in der Verteidigung fühlt. Es geht um Bewahrung des Erreichten!

Das Reich hat — so nimmt man selbst an — die größte Ausdehnung seiner Geschichte erlangt, und die englischen Ideale sind nicht länger im Vordringen; das berühmte Wort „die Welt wird reißend englisch“ gilt nur noch für eine Zeit, die abgeschlossen ist. Alle englische Politik dient, unmittelbar oder mittelbar, dem Ziel, England zu sichern gegen eine Schrumpfung des Reichsgebiets und seines Wohlstandes und den Engländer zu sichern gegen ein Übergreifen der neuen „Heilslehren diktatorischer Staaten“ auf sein freiheitliches Leben. Erhaltung des Status quo des jetzigen britischen Anteils an der Welt und der jetzigen Lebensform, das ist das Ziel.



Vielleicht ahnen wir am besten, was das alles heißt, wenn wir uns das England um rund 1870 vorstellen. England sorgt sich damals nicht, daß ihm britisches Land verlorengehen könnte. Wer sollte es auch wagen, die alles erdrückende Weltmacht herauszufordern? Die Sorge ist vielmehr, daß bei der noch nicht vollendeten Aufteilung der Welt alle diejenigen Stücke unter Londons Herrschaft kommen, die zur Sicherung und zum gesunden Wachstum des Reichs unerläßlich scheinen — etwa Ägypten —; über die Einzelheiten gibt es dabei in England sehr verschiedene Meinungen. Und die englischen Ideale? Weit entfernt davon, daß sie verteidigt werden müßten, sind sie der (einer Reklame nicht bedürftige) Exportartikel Englands. Die Welt giert geradezu darnach, den englischen Lebensstil nachzuahmen.

Es ist nicht anders: Die Welt um England, aber auch die englische Welt selbst hat sich tief verändert in einem halben Jahrhundert.

Diese Wandlungen sind zum Teil abgeschlossen. So ist z. B. die Zeit vorbei, in der bei den europäischen Mächten, deren nie im voraus gebundener Schiedsrichter England war, die Entscheidungen über die ganze Welt lagen; zum Teil sind die Wandlungen im Zug: die Kolonialpolitik und das Staatsdenken und damit das Staatsleben in Europa überhaupt formen sich um. Die Meinungen freilich darüber, was als entschieden, was als noch offen und damit vielleicht lenkbar anzusehen ist, weichen in der Welt erheblich ab, auch in England; aber im ganzen neigt englische politische Einstellung dazu, keinen einmal gegebenen Zustand für völlig gesichert, andererseits aber auch keinen für rasch und abgerissen vertauschbar zu nehmen. Das Geschehen fließt langsam-zäh wie ein Gletscher. Man darf nie glauben, die Weltgeschichte sei zu Ende; es gibt — das Wort beim Wort genommen — keinen status quo; man muß beobachten und dann zusehen, was man tun kann oder muß, wobei die alte Erkenntnis hilft, daß man oft dasselbe Ziel mit verschiedenen Mitteln, oft mancherlei Ziele mit demselben Mittel erreichen kann. Vielfach nun hat die außerbritische Welt und selbst die britische in der Zeit seit 1914 den Eindruck gehabt, daß manche englischen Politiker diese oft bewunderte elastische Einstellung nicht mehr besitzen.

## 2

Woher kommt das Britische Weltreich? Wo steht es? Was will es oder besser was kann es wollen oder: was sollte es wollen, wenn wir an Europa denken?

Vor rund vierhundert Jahren beginnt Europa, genauer Südwest- und Westeuropa, den großen Weg in die Welt. Nicht die Türkennot, nicht die endlosen Kämpfe der Konfessionen und Dynastien können verhindern, daß Europa die Welt europäisiert, daß es, in Wahrheit selbst umgestaltet, der Herr der Welt wird. Das Mittelmeer ist nur noch ein Nebenmeer, der Atlantische Ozean wird das Meer, wird der Lebensraum, wird die vita Europas, um ein schnell berühmt gewordenes Programmwort Italiens zu übertragen. Zu den Großmächten, deren jeweilige Konstellation zueinander darüber entscheidet, was nach außen Europa bedeutet, gehört auch England. Aus der einstigen europäischen Randstellung tritt es nunmehr, ver gleichsweise spät, in den erdumspannenden Marsch ein und wird dabei schließlich zur Stirn Europas. Tüchtigkeit, Zähigkeit und ein glückhaftes Gemisch von unpedantischer Anpassungsfähigkeit und hartschädlicher Rechthaberei verhelfen England am Ende zu der schon geschilderten unvergleichlichen Stellung. In England regiert mit dem vielgerühmten ausgewogenen Zweiparteiensystem eine immer wieder in der Welt bewunderte Elite welt- und menschenkundiger Staatsmänner; und England ist das Reich; und das Reich ist in der Welt der Schiedsrichter. London ist auf seinen zwei Bühnen Herr des Gleichgewichts.

Bis rund 1875 hat England seinen Riesenbesitz in Amerika, Asien und Australien gesammelt; der Atlantische und Indische Ozean sind die Wege; sie müssen fest in britischer Hand sein, damit das Mutterland jederzeit zur Stelle sein kann, wenn Überseebesitz angegriffen werden sollte (ein ernsthafter Angriff auf England und Hilfe der Kolonien für das Mutterland brauchen nicht bedacht zu werden); den Amerikaweg schützt der Besitz Irlands und der



Bermudas und Bahamas, den Indienweg einerseits die Stellung in Freetown und am Kap, andererseits, und zwar gegen die Gefahr von Störungen aus dem Mittelmeer, die notfalls den Westausgang abriegelnde Festung Gibraltar und die den Durchbruch über Land nach Osten abwehrende Türkei, in deren Rücken Perim und Aden zusätzliche britische Versicherung dieser Barriere bedeuten, die mit zunehmender Schwäche der Türkei gebrechlich wird.

Mit der Eröffnung des Suezkanals bekommt England, sozusagen aufgedrungen, einen zweiten, den heute in erster Linie stehenden Weg nach Indien. Gibraltar muß ihn offenhalten, Malta und Cypern müssen ihn stützen, vor allem aber darf in seinem Umkreis keine Großmacht sitzen; der Kanal hat praktisch britischer Kanal zu sein. Die zweite große Welle europäischer Kolonisation, vor allem die Aufteilung Afrikas, lassen England den genialen Gedanken fassen, die beiden Indienwege mit der Landbrücke Kap—Kairo zu verklammern: es nimmt Ägypten und stößt von da aus nach Süden und dringt vom Kap zugleich nach Norden; und das Ergebnis ist nicht bloß die Brücke, sondern das zweite Riesenstück des India-Meer-Reichs. Dessen Mittelstück zwischen Ägypten und Beludschistan bleibt noch zu bauen; mit dem Weltkrieg bekommt England auch das noch; gerade rechtzeitig, um in einer Welt der Automobile und Flugzeuge aus der letzten Landsicherung des Suezweges selbst einen parallelen Landweg nach Indien schaffen zu können.

Damit sind aber schon zwischen den Zeilen einige der neuen Gefahrenquellen angedeutet, die dem glanzvollen Aufstieg des Riesenreichs gesteigerte Sorge zugesellen. Die zweite Kolonisationswelle hat Frankreich vor seinen Toren ein afrikanisches Mammutreich gebracht; den Mittelmeerweg Englands kreuzt der französische Mittelmeerweg, und Frankreich sitzt zwischen Gibraltar und Freetown. In Afrikas Westmitte, Südwest und Mittelosten erscheint die vitalste der europäischen Großmächte, das Deutsche Reich, das überdies in der Linie Konstantinopel—Bagdad wirkt. Rußland ist präsenste Asienmacht und drückt über Persien. Japans Macht wächst unheimlich. London kann die Weltbühne nicht wie bisher beherrschen, völlig ungebunden bis zum letzten Augenblick; man muß akkordieren; Zugeständnisse machen; vielleicht sich föderieren; um 1900 werden Bündnisse unvermeidlich, so scheint es; Frage ist offenbar nur, mit wem und gegen wen. Der Weltkrieg bringt den Bankrott dieser Politik.

Die Notwendigkeit, sich im voraus zu binden, zu paktieren, sich zu föderieren erscheint nunmehr aber auch im Reich; es entsteht die dritte Bühne: die Weiß-Siedler-Kolonien werden mündig und verlangen wirkliche Selbstregierung, wenn auch die alten Formen völlig gewahrt bleiben. Auch hier ist man um 1900 auf der neuen Bahn. Der Weltkrieg bringt den Abschluß dieser Entwicklung: England war auf die Hilfe der großen Kolonien angewiesen, das Interesse an der Sicherung der „Wege“ ist als gegenseitig erkannt; die selbständige Mitgliedschaft Kanadas, Südafrikas, Australiens, Neuseelands, ja Indiens und schließlich des Irischen Staates in der Genfer Liga dokumentieren für die ganze Welt, die Britische Reichskonferenz von 1926 und am Ende das Westminster-Statut für die britische Welt die unvermeidlichen Folgen.

Und um 1900 auch wird die Heimatbühne unter das Gesetz der Kompromisse, des Paktierens, der Bindungen gestellt; das alte Zweiparteiensystem ist zerbrochen. Und auch diese Entwicklung vollendet der Weltkrieg.

Kein Wunder, daß England am Ende des Krieges, der als ein europäischer begann, in einer paradoxen Lage ist; es wurde wie Frankreich mit knapper Not von Außen-Europa gerettet und war so wenig Herr der Lage, daß es sich in eine von vielen einsichtigen Engländern abgelehnte seelisch und materiell verhängnisvolle Aktion zur Liquidierung des Krieges zwingen ließ. Äußerlich so groß wie nie, ist das Reich darauf angewiesen, daß Frieden in der Welt herrscht. Die Vereinigten Staaten sind im Augenblick die erste Weltmacht, Japan völlig selbständig, Frankreich, durch das Ausscheiden Rußlands aus Europa wieder in der Lage Ludwigs XIV., nur absolut wie relativ ungleich mächtiger, kennt keine Hemmungen. So entsteht eine Politik der Halbheiten, der Verzichte und Arroganzen, der Verkrampfungen und dann wieder der Überstürzungen, der gegenläufigen Aushilfen, für die z. B. Rußland hier Feind, dort Soldat gegen Dritte ist, im ganzen eine Politik des Sich-Treiben-Lassens, wobei man an einer Stelle ein Loch aufreißt, um anderwärts eins zu stopfen; man gibt z. B. in Washington 1922 den Vereinigten Staaten die Seemacht-Gleichheit und verprellt dafür Japan in der Rüstungsfrage und in Schantung. Man will nicht wahrhaben, daß der Weltkrieg nur die Overtüre zu weltumspannenden Umwälzungen war; Europa hat ruhig zu sein; Frank-



reich wird darüber wachen; und über Frankreich wacht der Genfer Bund, den Frankreich freilich seinerseits zum Werkzeug seiner traditionellen Politik macht. Es steht schlimm. Der alte Satz vom Gleichgewicht der Kräfte war schon vor dem Krieg aufgegeben, der Satz vom Gleichgewicht der anderen, so daß England die Waage senkt. Aber auch das Gleichgewicht mit England in der einen Waagschale ist zerstört, und kein Mensch will es wieder; nie wieder ein Bündnis, das 1914 die Entscheidung aus Englands Hand nahm. Also bleibt nur, was seit je das einzige war, was England keinesfalls dulden wollte: die Hegemonie einer Kontinentalmacht, nämlich Frankreichs. Freilich, der Bund von Genf bindet diese Hegemonie, macht sie gesetzmäßig; so tröstet man sich. Und so sieht man zu, wie Frankreich neue Bündnisse bundesmäßig dekoriert, man hilft selbst ein wenig mit, spannt sich willig ein in die Terminologie und Praxis des Kollektivismus, der von Vertragstypen zu Vertragstypen unersättlich Neues erfindet und fordert; man hilft schließlich sogar Paris, Moskau nach Genf zu bringen.

Und man zerbricht schließlich selbst diesen ganzen Apparat, als man ihn in eigener Sache einspannt und überspannt, im abessinischen Konflikt. Italien durfte nach dem Dogma, daß der Suezkanalweg ringum großmachtfrei bleiben müsse, im Nordosten Afrikas nicht Ernst machen. In diesem Konflikt erkennt England, daß Italien, ob es gefällt oder nicht, geistig, moralisch jedenfalls eine andere Größe geworden ist, der die Wandlungen der Kriegstechnik durch die Luftwaffe zu Hilfe kommen; England spielt als treuester Diener des Bundes die Genfer Verfassungskarte aus; aber alle Welt weiß, daß es als das Weltreich überlegt und handeln möchte. Schließlich findet es weder den Entschluß, den Art. 16 der Satzung bis zu den militärischen Sanktionen durchzusetzen, noch den Entschluß, einfach als Weltreich zuzupacken.

Doch ist damit die Wandlung eingeleitet, zumal da mittlerweile die französische Hegemoniestellung in Europa liquidiert worden ist. Im spanischen Konflikt ist Genf nicht einmal mehr Kulisse. Und der Oster-Vertrag mit Italien zeigt jetzt England auf dem Weg zu zweiseitiger Bereinigung von Konflikten. Rein äußerlich sieht es also ähnlich aus wie um 1900: England erstrebt ein Gleichgewicht, bei dem es selbst mit wiegt, und der Weg des Bündnisses mit Frankreich ist wieder beschritten. Die Liga ist sachlich tot.

London geht also nun offen denselben Weg wie Italien und das Deutsche Reich, den Weg der Abgleichung der Interessen durch sachliche Bereinigung zwischen den unmittelbar Interessierten. Äußerlich gibt es noch Vorbehalte; aber das ist nur zu gut verständlich; man kann nicht ein ganzes großes Volk, ja große Teile der Welt durch alle Mittel einer technisch meisterhaften Propaganda in die Stimmung selbstgefälliger Verächtlichmachung eines Gegners, hier Italiens, hineintreiben, und dann plötzlich die verabscheuten Methoden der unmittelbaren Verständigung von Mann zu Mann als die allein fruchtbaren hinstellen.

Aber freilich: Damit allein wären wir nicht weiter als in Europas Zeiten vor Weltkrieg und Genfer Periode. Daß diese Vorkriegsmethoden nicht das Letzte sein können, darin sind sich mehr und mehr die Einsichtigen aller Länder einig. Der Genfer Bund war ein Versuch, zu höherer Ordnung zu kommen. Er ist gescheitert; über die Ursachen des Versagens wird man vielleicht schon in wenigen Jahren auch zwischen London und Berlin nicht mehr streiten. Also heißt es Neues prüfen.

### III. Lebensraum und Lebensmethode für Europa!

Alle diese Gespräche zwischen London und Paris, Rom, Berlin haben europäischen Hintergrund, aber nicht Europa als Sorge und Ziel; es ist immer nur von den Lebensräumen und Lebenslinien der Mächte die Rede, und da ist es zwischen London und Moskau und Tokio auch nicht anders.

Damit aber kommen wir nicht weiter; Europa ist — wie oft ist es gesagt worden! — durch den Weltkrieg entthront; es wird Mühe haben, sich als Ganzes zu halten. Das Gefühl dafür wächst, daß die Welt westlich vom russischen Ural-überschreitenden und somit keinesfalls europäischen Reich enger zusammenrücken



muß, daß Europa selbst Lebensräume und Lebenslinien hat oder haben muß<sup>1)</sup>. Und zu dieser Welt gehört nun einmal England. Wenn jetzt in England ein Buch viel diskutiert wird, dessen Verfasser die Engländer halb nach Kanada und halb nach Australien aussiedeln möchte, weil anders die Isolierung von diesem Teufelserdteil nicht zu erreichen sei, so zeigt das besser als alles andere, daß es für England gar keine Wahl gibt. Da andererseits das Europa ohne Rußland, also Kleineuropa, gar kein Interesse an einer Verkümmernng des Britischen Reichs hat, ist die Frage ganz einfach die: Wie läßt sich Europa zur aktiven politischen Größe zusammen mit dem Britenreich gestalten?

Das erste ist: so wie Kontinentaleuropa das Britische Weltreich bejahen muß, so muß für England die Zugehörigkeit zu Europa zu mehr als einer mürrisch hingenommenen Unvermeidlichkeit werden. England muß mit seinem Lebensgefühl nach Europa zurückkehren.

Das zweite ist: England muß einsehen, daß bloße Ruhe in Europa in Zukunft nicht genügt, um das Weltreich zu sichern; England wird Europa als Stütze nötig haben, und dieses Europa kommt nicht mehr lange aus, ohne daß Afrika wirklich erschlossen wird. Man muß es immer wieder sagen: Das Mittelmeer kann nicht länger ein Graben sein zwischen Europa und Afrika. Vom Nordkap bis zum Kap der Guten Hoffnung reicht heute ein Lebensraum, in dem das Mittelmeer wieder seinem Namen Ehre macht. Die Imperien Frankreichs und Italiens und die türkisch-arabische Welt sind lebendige Zeugen. Wir wären heute schon ein gutes Stück weiter auf dem Weg von der großen Bereinigung der Konflikte zwischen den europäischen Großmächten zur Konstituierung einer Leistungseinheit Europa, wenn London in der Frage der italienischen und deutschen Arbeit in Afrika anders sehen wollte als mit den Augen von 1900. Es geht um Mitarbeit an einer Aufgabe, die geleistet werden muß, wenn sich Europa, aus Amerika verwiesen und in Asien mehr und mehr bedroht, in der Welt nicht konkurrierender Staaten, sondern konkurrierender Erdteile halten soll. Denken wir uns einmal diese Aufgabe erfüllt: wieviel stärker stünde dann das Britische Indiameerreich da? Versteht man in England noch immer nicht den Sinn der Kolonialklausel des englisch-deutschen Flottenvertrags? Wir sprechen hier absichtlich nicht von dem Ehren- und Rechtsanspruch des Deutschen Reiches in der Kolonialfrage. Selbst wenn das Reich bisher nie Kolonien gehabt hätte, müßte es Schaffensräume in Afrika bekommen. Wenn sich heute Polen in dieser Lage sieht und aus ihr heraus Kolonialbeteiligung fordert, wieviel mehr müßte das für das Deutsche Reich gelten!

Noch einmal: das eurafrikanische Riesenreich ist Europas Zukunft und die beste Garantie für das Indiameerreich der Briten. Die Methode der Regierung dieses Riesenreichs? Es scheint, die Viermächtepaktidée Mussolinis könnte gerade hier den Weg weisen. Aber wir sollten hier nicht wieder in den Fehler verfallen und Methoden diskutieren, statt zu handeln. Das Meiste im Leben geht ohne formalisierte Prozeduren; und es geht gut bei gutem Willen; alle Prozeduren aber nützen nichts, wo ohne einander, auseinander oder gegeneinander gedacht oder gewollt wird.

1) Ich darf hier verweisen auf meine Kölner Antrittsvorlesung „Völkerrecht und Völkerfriede“ (Stuttgart 1937) und auf meinen soeben in der Europäischen Revue erscheinenden Aufsatz „Europa als Aufgabe“.



R. S.:

## Hongkong und Südwest-China im japanisch-chinesischen Konflikt Eindrücke von einer Reise

Tokyo, April, 1938.

### Einleitung.

I. Hongkongs Bedeutung im japanisch-chinesischen Konflikt. — Die geographisch-politische Stellung der britischen Kolonie. — Hongkongs praktische Hilfeleistung. — Hongkong als militärischer Faktor.

II. Kanton und Südwestchina im japanisch-chinesischen Konflikt. — Kanton. — Die neue Rolle der Südwestprovinzen.

Schluß.

### Einleitung

Wer heute von Japan über Schanghai, an dem immer noch menschenleeren, zer-schossenen Woosung und Chapei vorbei, nach Südchina reist, kann sich kaum nachdenklicher Überlegungen enthalten. Wieder einmal hat sich die große chinesische Mauer als unzureichender Schutz gegen fremde Eroberer erwiesen. Ganz Nordchina, das heißt, das Gebiet der fünf nordchinesischen Provinzen, ist in den Händen der japanischen Armee. Und selbst der Gelbe Fluß vom Ordos-Bogen in der inneren Mongolei über das historisch so bedeutsame Shansi-Shensi-Honan Knie bei Tungwan bis zu seiner Shantung-Mündung hat aufgehört, ein unüberwindliches Hindernis für die japanischen Truppen zu sein. Auch das zentralchinesische Yangtse-Mündungsgebiet zwischen Schanghai und Nanking und Hangchow ist in den Händen der Japaner. Und der Gedanke liegt nahe, daß auf japanischer Seite der Wunsch auftauchen oder sogar die Notwendigkeit empfunden werden könnte, auch Südchina zumindest an seinen wichtigsten Stellen in Fukien und Kwangtung militärisch zu besetzen, unter die Kontrolle Japans durch Einsetzung fragwürdiger „provisorischer oder sonstiger Regierungen“ zu bringen.

Ein solcher Versuch, die militärische Eroberung Chinas auch von Süden her vorzunehmen, wäre geschichtlich ein völlig neues Ereignis; denn selbst die Rolle Hongkongs bei der Eröffnung Chinas für den Welthandel könnte nicht als Parallele herangezogen werden. Doch Japan hat sich in seiner Expansion niemals völlig auf die nördliche und nordwestliche Richtung festgelegt. Formosa, die erste Frucht dieses Vordringens, und später die Besitzergreifung der Südseeinseln haben so viele südchinesische Interessen für Japan geschaffen, daß das Eindringen in Südchina und selbst militärische Operationen von dort nach Norden, durchaus nicht unvorstellbar sind. Diese mögliche Entwicklung gewinnt sogar durch die völlig veränderte Stellung Japans zu England noch mehr an geopolitischer Wahrscheinlichkeit. Für den japanischen Anspruch auf Vorherrschaft im fernöstlichen Interessengebiet, einen Anspruch, den Japan mehrmals angekündigt hat, muß Hongkong, das Südchina unmittelbar vorgelagert ist, als stark störender Fremdkörper erscheinen. Und je mehr sich der Dampfer der britischen Kronkolonie Hongkong nähert, von den graublauen japanischen Kriegsschiffen argwöhnisch beobachtet, desto zweifelhafter erscheint angesichts des lauernden Aufmarsches der Japaner das zukünftige Schicksal Südchinas und des geopolitisch mit diesem so eng verbundenen Hongkong.

Diese theoretischen Überlegungen erfahren durch genauere Untersuchungen über



die Lage in Hongkong und Südchina Bestätigung. Man kann sehr bald feststellen, daß die Rolle der britischen Kronkolonie und ihre geopolitischen Beziehungen zu Südchina dem japanischen Expansionsdrang recht wirksame Antriebskraft geben könnten.

## I. Hongkongs Bedeutung im japanisch-chinesischen Konflikt

Die geographische und politische Stellung der britischen Kolonie

Hongkong liegt am östlichen Rande der großen Einfahrtsbucht in das Kanton-Delta des Perlflusses. An der Westseite dieser Bucht liegt die portugiesische Kolonie Macao. Die Schiffsreise nach Kanton beansprucht nur sechs bis sieben Stunden. Die Eisenbahnfahrt unter normalen Bedingungen nicht ganz drei. Der Hafen Hongkongs, der durch die Meeresbucht zwischen der Hauptinsel der Kolonie und dem Festlande gebildet wird, gehört zu den hervorragenden natürlichen Hafenanlagen in ganz Ostasien. Beste Trinkwasserverhältnisse, guter Windschutz durch die Berge der verschiedenen Inseln, geben bei der großen Taifungefahr dem Hongkonger Hafengebiet besondere Anziehungskraft. Hinzu kommt, daß Kanton, die einzige bedeutende chinesische Handelsstadt an der Südchinesischen Küste mit dem durchaus nicht unbedeutenden Wassersystem des Nord- und Westflusses, der natürliche Partner Hongkongs ist. Kein südchinesischer Hafen ist in der Lage, die großen Ozeanriesen aufzunehmen; in Hongkong hingegen können sie ohne jede Schwierigkeit anlaufen und umladen. Hongkong ist so, in der Symbiose mit Kanton, der gegebene Umschlagplatz für den gesamten Südchinahandel.

Die britische Kronkolonie umfaßt die eigentliche Insel Hongkong mit der Hauptstadt Victoria, südwestlich davon die Lamma-Inseln und weiter westlich die Lantao-Insel, die allergrößte. Die Südgrenze der Kronkolonie verläuft südlich der genannten Inseln am Südrande der kleinen Soko- und Potei-Inseln. Nördlich von der eigentlichen Insel Hongkong umfaßt die Kronkolonie das Gebiet des „Neuen Territoriums“, d. h. des südlichen Zipfels des chinesischen Festlandes zwischen der Deep Bay und der Mirs Bay. Die nördliche Grenze dieses Festlandteiles der Kronkolonie verläuft im Westen von der Mündung des Cham-Chun-Flusses diesem folgend, um dann nach Osten abzubiegen und bei Sha Taucock wieder an die Mirs Bay zu stoßen. Die Mirs Bay und Deep Bay gelten noch als Hoheitsgewässer der britischen Kolonie<sup>1)</sup>.

Gestützt auf diese hervorragende geographische Lage und sein, Insel- und Festlands-Gebiete umfassendes Territorium, ist die britische Kronkolonie heute der wichtigste ausländische Stützpunkt der chinesischen Zentralregierung in ihrem Widerstand gegen Japan. Diese Behauptung wird aufrechterhalten selbst bei Berücksichtigung der wachsenden Bedeutung Französisch-Indochinas und der nördlichen Verbindungen der Zentralregierung mit Sowjet-Rußland.

Die heutige Bedeutung Hongkongs ist um so eindrucksvoller, als die Rolle der Kronkolonie bei ihrer Gründung vor ungefähr hundert Jahren eine völlig entgegengesetzte war. Hongkong war die Schlüsselstellung der Engländer, von der aus das sich abschließende China berannt werden konnte. Erst nach den erfolgreichen Kämpfen der Engländer gegen China konnte die Öffnung und die wirtschaftlich-politische Durchdringung Chinas von den „westlichen Barbaren“ erfolgreich und schnell durchgeführt werden. Von Hongkong aus wurde den Chinesen zuerst das Opium aufgezwängt, später der militärische und politische Wille der Westmächte. Diese Rolle hatten die Chinesen selbst 1925 noch nicht vergessen, als Hongkong von der damaligen Kuomintang-Regierung in Kanton, die ihrer Besetzung nach teilweise noch immer leichtbedeutend mit der heutigen Zentralregierung ist, als der größte „imperialistische Feind“ Chinas durch Boykott und Streikbewegungen recht erfolgreich bekämpft wurde.

1) Vgl. die Skizze auf S. 551 des Heftes.



Doch die enge geopolitische Verbundenheit Hongkongs mit Südchinaa braucht sich durchaus nicht nur im Gegensatz zu äußern. Das Auftreten Japans, gegen das nicht nur China sondern nunmehr auch England und andere Westmächte ihre Interessen zu verteidigen haben, zwingt Hongkong und China zur engsten Zusammenarbeit. Die heutige Bedeutung der Kronkolonie für den Widerstand Chinas basiert nicht nur auf der geographischen Lage, wird nicht nur durch den Ausfall von Tientsin und Schanghai als Umschlagplätzen für die Versorgung Chinas mit ausländischen Waren gefördert, — sondern hat eine sehr eindeutige politische Einstellung der Hongkong-Engländer und des Britischen Reiches zum heute abrollenden japanisch-chinesischen Konflikt zur Voraussetzung. Ohne die klare politische Entscheidung Englands zu Gunsten der chinesischen Zentralregierung oder allgemein für die chinesische Seite im jetzigen Konflikt, würde Hongkong trotz seiner günstigen Lage niemals seine augenblickliche Bedeutung erlangt haben.

Diese britische Einstellung kann, entsprechenden zahlreichen Äußerungen von Engländern in Hongkong, folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Englands wirtschaftliches, politisches und militärisches Interesse in China — aber auch im Südpazifik — verlangt eine Beschränkung der japanischen Expansion auf die Gebiete nördlich des Gelben Flusses. Da England nicht in der Lage ist (weder heute noch in absehbarer Zeit), mit eigenen Machtmitteln die japanische Expansion auf das genannte Gebiet zu beschränken, auch die Kraft Chinas allein nicht dazu ausreicht, setzt England durch seine Kronkolonie Hongkong durchaus legale verkehrstechnische, wirtschaftliche und politische Kräfte zur Stärkung des Widerstandes der chinesischen Zentralregierung ein.

Dabei kommt es den Engländern durchaus nicht ausschließlich darauf an, ein militärisches Vordringen Japans über die genannte Grenze hinaus zu verhindern. Wichtiger ist es England, durch die Unterstützung der Widerstandskraft Chinas, Japan in einem Maße zu schwächen, daß es bei der Liquidation des Konfliktes sich gezwungen sieht, die von England und übrigen auch von einigen anderen Mächten gewünschten Grenzen seiner Expansion anzuerkennen. Dabei gibt England sehr deutlich zu verstehen, daß es jeder japanischen Expansion nördlich des Gelben Flusses u. U. sogar wohlwollend neutral gegenüberstehen würde. Auch daß es gewisse Konzessionen an Japan im Schanghaigebiet als nicht im Widerspruch zu der eben aufgezeigten Grundeinstellung stehend ansieht.

Eine der Grenzen der englischen Unterstützung für die Zentralregierung ist die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Japan. Oberster Grundsatz ist es, diese Gefahr mit allen Mitteln zu vermeiden. Übereinstimmend und betont erklären die Engländer, daß sie im Falle einer japanischen Kriegserklärung an China, Handel und Transporte von Kriegsmaterial über Hongkong verbieten würden, um nicht in die Gefahr zu kommen, mit in den Krieg hineingezogen zu werden. Sie sind sich dabei durchaus bewußt, daß Hongkong durch einen solchen Entschluß wirtschaftlich sehr schwer getroffen werden müßte.

Doch da diese Grenze, die akute Gefahr in einen Krieg mit Japan verwickelt zu werden, flüssig ist, nicht nur von der Stärke oder Schwäche Japans, auch nicht allein von der internationalen Lage abhängig ist, sondern auch von dem Grade der englischen Kriegsfähigkeit im Fernen Osten, folgt die weitere Notwendigkeit für England, Hongkong und Singapur beschleunigt auszubauen; eine mit erstaunlicher Energie aufgenommene Arbeit.

Dies dürften die leitenden Grundgedanken aller Hongkong-Engländer sein. Sie werden von den übrigen ausländischen Kaufleuten, europäischen und amerikanischen, einschließlich der deutschen, durchgehend geteilt. Diese sind in einem erstaunlichen Maße mit den Engländern in bezug auf Sympathien im Konflikt und in bezug auf das erwünschte Ziel einig. Das gleiche wirtschaftliche Interesse am chinesischen Markte bietet dafür die Erklärung.



## Hongkongs praktische Hilfeleistung

Als Umschlagsplatz:

Hongkong hat keine eigene Industrie oder Landwirtschaft, deren Produktion Bedeutung für den Export nach China hätte. Es ist ausschließlich Handels- und Umschlagsplatz für den internationalen Handelsverkehr und besonders für den China-handel. In den heutigen Kriegszeiten muß diese seine Bedeutung besonders dadurch erhöht werden, daß Hongkong im Gegensatz zu Schanghai und Tientsin und den anderen größeren Handelsplätzen Chinas nicht auf chinesischem Boden liegt; es ist britisches Hoheitsgebiet und damit „neutrales Ausland“.

Die durch den japanisch-chinesischen Konflikt gestiegene Bedeutung Hongkongs als internationaler Handelsplatz geht aus folgenden Umsatzziffern hervor: Der gesamte Warenexport und -Import Hongkongs betrug

1935	636 Millionen Hongkong-Dollar,
1936	803        „        „
1937	1,084     „        „

(Ein englisches Pfund ist gleich 14 Hongkong-Dollar.)

Der chinesisch-japanische Konflikt, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 begann und große Teile Chinas zum Kriegsschauplatz machte, konnte die seit einigen Jahren feststellbare Steigerung des Hongkonger Warenumsatzes nicht aufhalten. Gegenüber 1936 stieg der Umsatz im Jahre 1937 um 35%. Allerdings läßt sich feststellen, daß 1937 der Import nach Hongkong stärker stieg als sein Export. Ersterer erhöhte sich um 36,4%, letzterer um 33,2%. Diese Verschiebung hängt mit dem stark gestiegenen Eigenbedarf Hongkongs zusammen, das sehr stark aufrüstet und seinen technischen Umschlagsapparat vergrößert und verbessert.

Doch für diese Untersuchung ist die Frage wichtiger, welche Rolle Hongkong im China-handel spielt, und besonders in der Versorgung Chinas mit Auslandswaren. Der Export Hongkongs nach China (erstmal ganz China gerechnet) ist, wenn auch nicht in demselben Umfange wie der Gesamtexport Hongkongs, immerhin recht bedeutend gestiegen. 1937 nahm dieser gegenüber 1936 um 30% zu (Gesamtexport Hongkongs um 33,2%) und gegenüber 1935 um 45% (Gesamtexport für die entsprechende Zeit um 72,4%).

Der Anteil des Chinaexportes am gesamten Hongkongexport betrug 1937 rund 41%, bei weitem der größte Anteil eines einzelnen Landes. Der nächstgrößte Abnehmer von über Hongkong verschifften Waren sind die USA, die aber nur 8,8% des Hongkongexportes erhalten. Innerhalb des Chinaexportes, der 1937 fast 200 Millionen Hongkong-Dollars betrug, spielt der Export nach Südchina die größte Rolle. 1937, also die ersten fünf Monate des Konfliktes mit eingerechnet, machte der Südchina-Export rund 66% des gesamten Exportes nach China aus; er stieg Ende des Jahres, im Monat Dezember, auf fast 70%. Erstaunlich ist, daß der Export von Hongkong nach Nord- und Mittelchina ziffernmäßig durchaus nicht nachgelassen hat, wenn auch besonders in den letzten Monaten des Jahres 1937 die Werte des Exportes nach Südchina stärker gestiegen sind und im Dezembermonat 14 Millionen überschritten.

Bei dem heutigen Handel Hongkongs mit China sind zwei wesentliche Qualitätsveränderungen festzustellen. Wenn sich auch summenmäßig die Relation zwischen dem Export nach Südchina und den anderen heute von Japan besetzten Teilen Chinas wenig geändert hat, so hat sich die Art der Waren entschieden gewandelt. Was heute nach Nord- und Mittelchina geht, also nach Tientsin und Schanghai, sind Waren, die keinerlei Beziehungen zum Kriege haben können. Die Japaner werden dafür Sorge tragen. Der starke Handel in kriegswichtigen Materialien, der früher überwiegend über Schanghai ging, ist nunmehr einseitig nach Südchina abgelenkt worden. Man kann, ohne fehl zu gehen, behaupten, daß der nach Südchina gehende Export von Hongkong nahezu ausschließlich ein Export ist, der



wehrwirtschaftliche Bedeutung hat, was vor dem Konflikt durchaus nicht der Fall war. Unter wehrwirtschaftlich wichtigem Export verstehen wir Kriegsmaterial im weiten Sinne, rechnen also Lastkraftwagen, die in der südchinesischen Handelsbilanz heute stark vertreten sind, mit hinein; ebenso Materialien für den Bau von Straßen, die heute eines der wichtigsten Elemente in der Verlängerung der Widerstandskraft der Zentralregierung darstellen; fast so wichtig wie reine Munitions- und Waffenlieferungen, die nunmehr ausschließlich durch Hongkong kommen.

Die zweite bedeutende Verschiebung in der Bedeutung Hongkongs liegt darin, daß es die so außerordentlich schwierige Aufgabe zu lösen übernommen hat, die meistens kriegswichtigen Waren von seinem neutralen Boden in das unter Kriegsverhältnissen stehende Südchina zu schaffen. Das heißt: durch den Ring japanischer Kriegsschiffe und durch die von den japanischen Flugzeugen überraschten Gebiete.

Diese beiden neuen Momente, die Veränderung im Warencharakter des Exportes und die Aufgabe der Überleitung dieser Waren vom neutralen in das Kriegsgebiet, lassen die Bedeutung Hongkongs für den Widerstand der Zentralregierung so außerordentlich groß werden. Man muß darauf hinweisen, daß eine monatliche Einfuhr von 12—14 Millionen Hongkong-Dollars nach Südchina viel zu gering ist, um entscheidenden Einfluß auf die Kriegsführung Chinas auszuüben<sup>1)</sup>. Auch ohne auf den primitiven Charakter der chinesischen Kriegsführung einzugehen, sei hier nur die Behauptung aufgestellt, daß die aus dem Auslande stammenden Kriegslieferungen zwar ziffernmäßig nicht sehr groß sind, dafür aber in der Warenqualität die zur Fortsetzung des Krieges unerläßlichen Stoffe umfassen. Die Massenwaren, wie Patronen, Handgranaten, Gewehre, stellen die Chinesen ausreichend in eigenen Werkstätten oder fabrikähnlichen Betrieben her. Chemikalien für die Munitionserzeugung, Automobile, Flugzeuge, besondere Stahlsorten für Maschinengewehr-Produktion, Flugzeugabwehrgeschütze sind die wichtigsten Einfuhrwaren.

Es darf natürlich nicht der Eindruck erweckt werden, Hongkong sei der einzige Ort auf Erden, von dem aus solche Kriegsmaterialien nach Südchina und weiter nach Zentralchina gelangen. Sicher ist, daß auch durch Indochina Flugzeuge, Tanks, Autos, Straßen- und Eisenbahnmaterialien ihren Weg nach China finden. Sicherlich liefern auch die Sowjets jeden Monat einige wichtige Waffen auf dem so beschwerlichen Weg von Sibirien nach Zentralchina. Die Größe dieser Lieferungen ist schwer abzuschätzen; auf jeden Fall spielen sie heute noch keine so große Rolle wie die Lieferungen von Hongkong, die auf dem denkbar kürzesten Wege von dem denkbar besten und günstigsten Umschlagsplatz aus durchgeführt werden können.

Man könnte denken, die Engländer monopolisierten das gewinnbringende Kriegsgeschäft für sich. Das ist nicht der Fall. Sie liefern nur einen Teil der Flugzeuge, Abwehrgeschütze, Straßenbau- und Eisenbahnmaterialien. Die Hongkong-Engländer bedienen außerdem an dem Umschlaggeschäft und den mit den Kriegslieferungen

1) Bei den Zahlenangaben, die alle den offiziellen Statistiken der Hongkong-Regierung entnommen sind, muß berücksichtigt werden, daß Munition und Waffenarten in den Statistiken nicht geführt werden. Es besteht somit auch keine Sicherheit, ob sie in den genannten Endsummen überhaupt miteingerechnet sind. Falls nicht, dann müßte der Gesamtwert der Ausfuhr Hongkongs nach Südchina außerordentlich viel größer sein. Sicher ist, daß der reine Durchgangsverkehr, also derjenige, der keinen Umschlag der Waren im Hafen von Hongkong beansprucht, nicht in der Statistik aufgeführt wird. Über die Größe dieses Verkehrs sind keine Schätzungen vorhanden.



der anderen Nationen verbundenen Finanztransaktionen. Und endlich haben sie mit den Lieferungen für die Aufrüstung Hongkongs wahrscheinlich alle Hände voll zu tun. An dem Kriegsgeschäft selbst sind die Kaufleute aller Länder beteiligt, ohne jede Ausnahme.

#### Verkehrstechnische Hilfe

Die Aufgabe, die für Südchina bestimmten Waren nach Kanton zu schaffen, ist nur mit aktivster Unterstützung Hongkongs zu lösen. Chinesische Handelsschiffe jeder Art, gleich ob Dampfer oder Dschunken, sind nur solange vor den japanischen Kriegsschiffen oder Flugzeugen sicher, als sie sich in britischen Hoheitsgewässern befinden. Einmal aus diesen heraus, sind sie auf ihrer Fahrt nach Kanton jedem Angriff ausgesetzt. Aus diesem Grunde ist der Schiffsverkehr nach Kanton nur mit Hilfe der ausländischen Flagge möglich. Am stärksten ist die englische Flagge bei diesen Fahrten vertreten. Aber auch portugiesische und amerikanische Flaggen sind zu beobachten. Berichterstatte konnte auf seiner Dampferreise nach Kanton zwei amerikanische Frachtschiffe, anscheinend von amerikanischen Ölgesellschaften, den Fluß herunterkommen sehen, während ebenfalls zwei große englische Frachtdampfer den entgegengesetzten Weg nahmen. Die Personendampfer, die regelmäßig täglich eine Fahrt ausführen, laden keine Kriegsmaterialien im engeren Sinne. Doch selbst chinesische Dampfer und Dschunken wagen häufig die Reise; doch zeugt eine große Zahl von Wracks im Perlfluß davon, daß solche Fahrten für chinesische Schiffe durchaus nicht ungefährlich sind. Die Warenmenge, die per Schiff nach Kanton kommt, ist nicht festzustellen. Man gewinnt den Eindruck, daß sie nicht den größten Prozentsatz ausmacht gegenüber dem Eisenbahntransport und dem Transport auf der neuen Landstraße von Kawloon nach Kanton.

Die Eisenbahn, die direkt vom Kawlooner Hafen nach Kanton führt, ist eine chinesische Bahn, die mit englischem Gelde gebaut, nach englischen organisatorischen Grundsätzen und in den allerwichtigsten Posten auch personell von Engländern geleitet wird. Die bedeutendste Persönlichkeit unter diesen ist der englische Major Walker, der die gesamte organisatorische Leitung unter sich hat.

Bis zur Grenze des Gebietes der Kronkolonie, also bis zum Sham-Chun-Fluß, ist jeder Zug völlig sicher. Doch einmal aus dem Bereich der Kronkolonie heraus, unterliegt der Verkehr ständigen Luftangriffen der Japaner. Aus diesem Grunde verkehren die Züge nur mit Einbruch der Dunkelheit, sogar die Personenzüge, auf die, wie allmählich festgestellt worden ist, die Japaner keine Bomben werfen, wenn sie als Personenzüge erkannt werden. Nach erheblichen Stockungen des Zugverkehrs in den ersten Zeiten der Fliegerangriffe auf die Bahn, ist der nächtliche Verkehr nunmehr völlig regelmäßig sichergestellt. Dabei ist die Luftabwehr außerordentlich dürftig. Es gibt nur einige wenige Abwehrgeschütze an den wichtigsten Eisenbahnbrücken und Stationen. Die gewöhnlichen Stationen sind ohne jede Abwehr. Da die Japaner nur selten Luftangriffe auf die Eisenbahn bei Nacht unternehmen und die Züge bei solchen Ausnahmefällen längst vorher gewarnt, abgedunkelt in Tunnels oder Stationen Zuflucht nehmen, kam es bisher nur einmal vor, daß der aus einem Tunnel hervorragende Teil eines Zuges mit Erfolg angegriffen werden konnte. Im allgemeinen beschränkt sich der Japaner auf Luftangriffe bei Tageslicht gegen den Bahnkörper.

Heute ist die Organisation auch so weit, daß Volltreffer, selbst wenn Brücken getroffen werden, dank des geschickten Reparaturverfahrens nicht länger als zwei bis vier Stunden Reparatur verlangen. Die Störungen auf der Kanton—Hankow-Bahn dauern viel länger, weil dort keine englisch-ausländische Leitung vorhanden ist.

In ähnlicher Weise wird der Verkehr auf der neuen Kawloon-Landstraße aufrechterhalten. Auch hier wie bei der Eisenbahn wird die Befrachtung der Lastwagen

in aller Sicherheit innerhalb des Gebietes der Kronkolonie vorgenommen. Auch hier findet der Hauptverkehr nachts statt.

Doch da die Straße größtenteils keine feste Decke hat, in dem Lehm Boden eingeschnitten ist, kommen häufig Brüche und Festfahren der Autos vor. Versuche, aus diesem Grunde doch tagsüber einen Verkehr aufrechtzuerhalten, haben die Japaner zu Tiefangriffen gegen solche fahrende Lastautos veranlaßt, die von chinesischer Seite als sehr störend geschildert wurden. Den Verkehr auf der Straße führt eine Gesellschaft durch, die bis zum Februar einen Wagenpark von ungefähr hundert Lastautos besaß.

Von steigender Bedeutung ist auch die Luftverbindung, die Hongkong bietet. Die Eurasia hat Hongkong zum regelmäßigen Anflugplatz gemacht. In sieben Stunden ist die Strecke nach Hankow zurückzulegen, die in starkem Maße von Persönlichkeiten der Zentralregierung ausgenutzt wird. In Hongkong ist dann der Anschluß an die Panpazifiklinie, an die Imperial Air Lines und an die französische Indochina- und Europalinie vorhanden. Also für alle internationalen wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen der Zentralregierung eine ideale Verbindung. Doch Hongkong stellt seinen Flugplatz auch den Privatflugzeugen der Regierungsmitglieder der Zentralregierung zur Verfügung. Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß nicht solch „hoher Besuch“ angefliegen kommt.

#### Finanzpolitische Unterstützung

Es ist bekannt, daß die Engländer die Stabilisierung des chinesischen Geldes vor ungefähr zwei Jahren zum Teil gegen den Widerstand verschiedener chinesischer und besonders der japanischen Bankkreise durchgeführt haben. Es ist ebenso sicher, daß heute die chinesische Währung nur mit Hilfe der Engländer gehalten werden konnte. Der letzte Besuch des chinesischen Finanzministers Kung in Hongkong und die ständigen Verhandlungen Soongs mit den englischen Bankkreisen im Februar während der Anwesenheit des Berichterstatters, sind von den Engländern mit der Frage der weiteren Aufrechterhaltung der chinesischen Währung in Zusammenhang gebracht worden.

Recht deutlich wird die finanzpolitische Bedeutung Hongkongs durch den Silberimport und -export 1936, also vor dem Konflikt, importierte Hongkong von China rund 72 Millionen Silber-Dollars, exportierte nach Amerika und nach London 143 Millionen zur Ausgleichung der Handelsbilanz und zur Stabilisierung seiner Währung. 1937 aber, in Verbindung mit dem Konflikte, führte Hongkong 386 Millionen Dollars ein und führte 395 aus. Das heißt: China finanzierte seinen Kampf mit seinen großen Silbervorräten, die in London Grundlage für die Auslandsaufträge und für die Stabilisierung der Währung abgeben. Auch wurde bekannt, daß neben diesen Summen in London schon über 300 Millionen Dollars chinesisches Silber deponiert ist. Die Frage, wie lange China finanziell den Krieg aushalten kann, hängt von der Frage der Silbervorräte im Lande ab und von der Bereitschaft Englands, diese als Grundlage der chinesischen Zahlungsfähigkeit anzuerkennen. Hongkong und London allein können diese Frage beantworten.

Von nicht unwesentlicher Bedeutung für die Finanzlage der chinesischen Regierung ist die Zunahme des aus Südchina stammenden Exports. Es ist den Chinesen gelungen, trotz der Kriegsschwierigkeiten diese Ausfuhr ganz erheblich zu steigern, sie gegenüber 1936 fast zu verdoppeln. Damit ist die passive Handelsbilanz auf wenige Millionen heruntergedrückt worden. Außerdem konnte ein Teil der Einfuhr auf Grund eines Barter Systems mit der Ausfuhr so wichtiger Stoffe wie Wolfram, Zinn, Blei, pflanzlichen Ölen bezahlt werden. Die in Hongkong organisierte Hilfe hat diese Entwicklung besonders gefördert.

Die Engländer betonen immer wieder die international-rechtliche, einwandfreie



Grundlage aller von Hongkong ausgehenden Maßnahmen. Doch sie wissen besser als die meisten anderen Völker, daß Fragen des internationalen Rechtes meistens Machtfragen sind. Und so versuchen sie auch in Hongkong, alte Versäumnisse in bezug auf ihre Wehr- und Verteidigungsfähigkeit nachzuholen.

### Hongkong als militärischer Faktor

Hongkong beginnt heute wieder eine militärische Rolle zu spielen. Vor ungefähr hundert Jahren, zur Zeit der Gründung der Kronkolonie, hatte die kahle, fast unbewohnte Insel Bedeutung nur als britische Flottenbasis und Festung gegen Kanton. Erst allmählich wurde es Handelszentrum, überflügelte Macao, traditionelles Handelszentrum der Chinakaufleute aller Nationen. Mit den Washingtoner Flottenverträgen verlor Hongkong die letzte Bedeutung als Festung. Die an sich schon veralteten Verteidigungsanlagen verfielen sehr schnell. Außerdem war Hongkongs Verteidigungssystem, entsprechend dem alten Gegensatz zu Kanton, fast ausschließlich gegen Norden gerichtet. So stand die Kronkolonie den neuesten Ereignissen in China, das heißt, dem japanisch-chinesischen Kampf, mit Verteidigungsanlagen gegenüber, die nur einige veraltete Anlagen an der Nordgrenze des „Neuen Territoriums“ und ein Paar schwere nach Norden ausgerichtete Geschütze auf dem Mt. Davis aufzuweisen hatten.

Die unerwartete Ausweitung des japanisch-chinesischen Konfliktes, die aktive Rolle Hongkongs zugunsten der Chinesen, die zunehmende antibritische Stimmung in Japan und besonders die Bewegungen der japanischen Flotte weckten starke Befürchtungen vor einem japanischen Handstreich gegen Hongkong. Die nunmehr mit erstaunlicher Energie betriebene Neubefestigung Hongkongs geht von der täglich zu beobachtenden Tatsache aus, daß die japanische Marine Hongkong von drei Seiten umschlossen hält; weiter, daß im Ernstfalle mit einer Landung der Japaner in der Nähe des „Neuen Territoriums“ auf dem Festlande gerechnet werden muß und mit Landangriffen gegen die Grenze des Festlandsgebietes der Kolonie. Die neuen Verteidigungsanlagen müssen also mit allseitigen Angriffen rechnen.

Aus den Gesprächen mit zahlreichen interessierten Engländern ging hervor, daß zumindest in zwei Himmelsrichtungen die Verteidigungsanlagen zu einer gewissen Vollkommenheit entwickelt werden konnten. Es ist dies die nördliche Festlandsgrenze und die südliche Einfahrt nach Hongkong. Der Ausbau der nördlichen Verteidigungslinie ist durch den Sham-Chun-Fluß sehr erleichtert, der die Hälfte der Grenze mit seinem Lauf natürlich schützt. Die Verteidigung hat sich die Erfahrungen des „Tochika“ und „Fillbox“-Systems zunutze gemacht. Reisfelder machen weiterhin die Annäherung eines Gegners schwierig. Die Gesamtlänge dieser „Front“ beträgt rund 20 km. Die westliche Hälfte dieser Verteidigungslinie ist stark hügelig und bietet der Verteidigung erhebliche Vorteile.

Die Verteidigung der südlichen Einfahrt nach Hongkong (durch den Tathong-Channel) besteht in der Bestückung der der Einfahrt zugekehrten Berge der Hongkong-Hauptinsel. Es handelt sich um eine 7 km lange Küste. Zur Ergänzung dieser Verteidigungsanlage wurden auf der Festlandsseite die die Einfahrt einengenden Halbinseln stark befestigt.

Die Kürze der Zeit, der offensichtliche Mangel an ausreichenden schweren Festungsgeschützmaterial, die Einstellung auf Luftangriffe haben nun zur Ergänzung dieses festeingebauten Verteidigungssystems durch bewegliche motorisierte Einheiten geführt. Vielleicht mit den stärksten Eindruck machen die Wegebauten, die heute alle Teile von Hongkong durchziehen.

Schon früher fand der Berichterstatter das Straßenbauwesen Hongkongs erstaunlich gut entwickelt. Heute gibt es kaum eine vorspringende Hügelgruppe oder Landzunge, wie öde sie

auch sein mag, die nicht durch eine vorzügliche Autostraße mit dem Hauptverkehrsnetz Hongkongs verbunden ist. Ausdrücklich erklären die Engländer diese Entwicklung des Verkehrsnetzes der allerdings verhältnismäßig kleinen Kronkolonie als eine der wichtigsten Verteidigungsarbeiten. Heute schon können bewegliche Einheiten in sehr kurzer Zeit an jede Stelle der Hauptinsel geworfen werden und an die wichtigsten Stellen des neuen, viel größeren „Neuen Territoriums“. Allerdings wird behauptet, daß der Mannschäftsbestand der Kronkolonie einige tausend Mann nicht übersteigt, neben einer kleinen Zahl Freiwilliger der Hongkongbürger. Doch rechnet man bei kritisch werdender Entwicklung mit Verstärkungen aus Indien, das auch die Reserve für die Luftwaffe abgibt, die im Notfalle durch einige Geschwader aus Singapore verstärkt werden soll. An den Einsatz größerer Flottenverbände im Ernstfalle gegen die Japaner wird kaum gedacht. Man rechnet nicht mit Flottenverstärkung aus Singapur, da diese der gesamten japanischen Flotte gegenüber längst nicht ausreichend wäre. Die in Hongkong befindlichen Schiffe sind in ihrem Kampfwerte vollkommen bedeutungslos.

Es ist natürlich ausgeschlossen, ein Urteil über die heute schon erreichte Verteidigungsfähigkeit Hongkongs abzugeben. Immerhin dürften die Äußerungen eines verantwortlichen englischen Militärs dem Berichterstatter gegenüber einen gewissen Anhalt für die Urteilsbildung abgeben. Dieser Offizier gab ohne weiteres zu, daß noch im Herbst vorigen Jahres ein Widerstand gegen einen japanischen Handstreich völlig außerhalb jeder Erwägung gewesen sei. Englischerseits hätte man nur versuchen können, den katastrophalen Eindruck eines solchen Prestigeverlustes der Außenwelt gegenüber mit politischen Mitteln zu verkleinern. Heute dagegen sei einmal die allgemeine außenpolitische Lage Englands besser; der Verdacht der Amerikaner den japanischen Absichten gegenüber habe immerhin wieder eine Atmosphäre der „anglo-sächsischen Solidarität“ zustandegebracht. Und endlich sei die Verteidigungsfähigkeit Hongkongs jetzt immerhin derart, daß ein harter Kampf um Hongkong geführt werden müsse. Wie auch der Ausfall dieses Kampfes sein möge, er würde auf jeden Fall den Beginn des großen englisch-japanischen Krieges bedeuten. Man hoffe, Japan sei sich bewußt, was der Krieg gegen das Britische Empire bedeute.

Die größere Sicherheit der Kronkolonie drückt sich deutlich in der gesamten Haltung nicht nur der englischen, sondern auch der ausländischen Einwohner aus, die heute zunehmendes Vertrauen auf die Verteidigungsfähigkeit Hongkongs haben und jeden weiteren Monat Aufrüstungszeit als beachtlichen Kraftzuwachs beurteilen. Man kann heute sogar schon wieder Stimmen hören, die Japan warnen, in Südchina, also außerhalb des britischen Kronkolonie, etwaige Landungsabsichten auszuführen. Während noch vor einigen Monaten eine solche Landung japanischer Truppen ohne weiteres hingenommen worden wäre, glauben heute schon viele Ausländer die Zeit gekommen zu sehen, in der sie vor der Verletzung großer ausländischer Interessen in Südchina warnen; sie deuten in zunehmendem Maße an, daß eine japanische Landung sehr leicht zur Vermehrung unliebsamer Zwischenfälle führen könnte, deren Wirkung nicht geringer als die des „Panay-Zwischenfalles“ auf dem Yangtse sein könnten. Auch in dieser Haltung kommt das zurückgekehrte Selbstbewußtsein der Engländer zum Ausdruck. Die Eröffnung der Singapur-Basis hat in dieser Beziehung eine erstaunliche moralische Wirkung ausgeübt; eine Wirkung, die sicher größer ist als der augenblickliche Wert Singapurs für die Kronkolonie Hongkong.

Der zweite Teil über Kanton und Südwestchina folgt später. Die Schriftleitung.



**FRANK H. SCHMOLCK:****Britische Interessen auf dem amerikanischen Isthmus**

Guatemala, Ende April 1938.

„Ölkonzessionen in Mexiko widerrufen — Enteignung der Anlagen ausländischer Ausbeutungsgesellschaften“, und „Spannung zwischen Guatemala und Großbritannien wegen des Gebiets von Belize“ flammten in den letzten Wochen die Überschriften auf mexikanischen und mittelamerikanischen Zeitungen auf.

Zwei getrennte Erscheinungen, die in zwei verschiedenen lateinamerikanischen Staaten fast gleichzeitig ohne äußeren Zusammenhang auftreten, deren innere Zusammengehörigkeit man jedoch ahnt, gleich wie die der Erdbeben, die in diesen Ländern oft weit voneinander entfernte Plätze gleichzeitig erschüttern. In der Tat gleichen sie den geologischen Erschütterungen und Zerrungen des zwischen zwei Ozeanen wandernden Kontinents. Die nationalen, autochthonen, autonomen, autarkischen Tendenzen brodeln vulkangleich empor, überschwemmen und überschlagen mit Naturgewalt durch Jahrzehnte gewordene Verhältnisse.

**Mexikanisches Öl**

Im Jahre 1901 wurde das erste Petroleum in Mexiko erbohrt; heute beträgt die Förderung rund 26 Millionen Faß im Jahr. In den 37 dazwischen liegenden Jahren haben dort nordamerikanische Ölgesellschaften rund 1 Milliarde, englische rund 325 Millionen Dollar in diese Industrie gesteckt. Der Konkurrenzkampf zwischen der amerikanischen Standard Oil und der englisch-holländischen Shell, der jahrzehntelang das Land Mexiko aufs tiefste in Mitleidenschaft zog, es zehn Jahre hindurch im Zustand von Revolutionen hielt, Präsidenten stützte und stürzte, kann als bekannt vorausgesetzt werden.

Von 1916 an begannen die Geister, die dieser Konkurrenzkampf auf den Plan gerufen, sich gegen die Konzessionswirtschaft selbst zu wenden: Am 5. Februar 1917 wurde in einer neuen Landesverfassung das Prinzip eingeführt:

„Alles Land, alles Wasser und alle Bodenschätze innerhalb der Landesgrenzen gehören dem Staat, der berechtigt ist, jederzeit die Ausbeutung der natürlichen Produktionsquellen des Landes zu regulieren und dem privaten Eigentum Einschränkungen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, aufzuerlegen.“

Ein Jahr später versuchte Carranza auf Grund dieser Bestimmung eine besondere Besteuerung der Erdölförderung einzuführen. Es entspann sich darüber ein Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten, welche gegen diese Besteuerung protestierten, weil durch sie amerikanische Bürger „in ihren Rechten und ihrem Eigentum“ geschädigt würden, wogegen die mexikanische Regierung den Standpunkt vertrat, daß ihre Steuergesetzgebung nicht gegen die Bürger eines anderen Staates gerichtet, sondern eines der Rechte eines autonomen Staates sei, an dessen Ausübung dieser nicht von einer auswärtigen Macht gehindert werden könne. Die Besteuerung wurde unter Calles nachher auch durchgeführt.

Unter der Regierung Cárdenas, die stark sozialistisch eingestellt ist und eine Schwenkung zur Durchführung sozialer Reformen bedeutete, der aber, auch von unparteiischen Beobachtern, eine Schwäche gegenüber dem Radikalismus des Proletariats nachgesagt wird, wurden die Arbeiter der Petroleumindustrie um Besserung ihrer Lage und ihrer Löhne vorstellig. Sie behaupteten gegenüber den Aus-

ländern benachteiligt zu sein und verlangten neben der Angleichung ihrer Löhne an die der Ausländer: menschenwürdige Behandlung, Unterkunft und Wohlfahrtspflege, sowie die Abschaffung der von den Ölkonzernen eingerichteten Aufpasser, Geheimpolizei und Streikbrecherorganisationen. Die Presse setzte mit einem Feldzug ein, es kam zu Aussperrungen und Streiks, die Regierung nahm die Angelegenheit auf und Verhandlungen mit den Petroleumgesellschaften begannen, welche sich bis Ende 1937 hinzogen. Im Dezember 1937 wurde auf dem Verwaltungswege entschieden, daß die Petroleumgesellschaften den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen hätten. Die Gesellschaften legten gegen diesen Entscheid Berufung ein. Die Mehrausgaben, zu welchen sich die Gesellschaften verstehen sollten, belaufen sich nach Schätzung der Sachverständigen auf 26 332 000 mexikanische Pesos jährlich. Die höchste Gerichtsinstanz bestätigte das Urteil. Die Petroleumgesellschaften machten keine Anstalten, ihm Folge zu leisten.

Die noch am 27. November zwischen den Arbeiterorganisationen und den Unternehmungen eingeleiteten Verhandlungen wurden abgebrochen, die bisherigen Kollektivverträge vom Arbeitsamt als aufgehoben erklärt, und am 18. März d. J. wurde von der mexikanischen Regierung die Enteignung der Petroleumproduktionsanlagen in Mexiko und deren Übernahme durch den Staat erklärt.

Präsident Cárdenas gab in einer langen und ausführlichen Botschaft in der Nacht des 18. März diese Maßnahme und die Gründe, die ihn dazu veranlaßt hatten, bekannt. Sie fußt auf dem Artikel 27 der Verfassung von 1917, und als Grund für das überraschende Vorgehen wird genannt: Außer der Notwendigkeit, die mächtigen Petroleumgesellschaften zum Gehorsam und zur Unterwerfung zu zwingen, hätte sich die Regierung in der Notlage befunden, die Produktionseinrichtungen sofort zu übernehmen, um den Stillstand der Petroleumindustrie und damit unermeßlichen wirtschaftlichen Schaden für das Land zu vermeiden.

Der Wert der Anlagen soll — entsprechend den zu niedrigen Grundbucheinträgen und Steuererklärungen — mit nur 41 Millionen Dollar innerhalb zehn Jahren an die Petroleumgesellschaften ausgezahlt werden.

\*

Es steht wohl außer Zweifel, daß die mexikanische Regierung zur Enteignung der Petroleumquellen nach ihrer Verfassung berechtigt war. Es steht aber auch außer Zweifel, daß in jeder früheren Zeit diese Gesellschaften mit der Finanzierung eines Umsturzes der Regierung, die solche Maßnahme traf, sofort begonnen hätten, und daß Onkel Sam mit dem dicken Stock sofort seine Kriegsschiffe nach Veracruz und Tampico geschickt und in „Wahrung amerikanischer Interessen“ womöglich Truppen gelandet und die Ölfelder besetzt hätte<sup>1)</sup>.

Das eigentlich Überraschende bei diesem Schlag gegen die ausländischen Ölgesellschaften in Mexiko war, daß zunächst nichts derartiges erfolgte, und nachher sogar vom Staatsdepartement in Washington lediglich lauwarme Erklärungen um eine gütliche Beilegung des Konflikts laut wurden. Ja, es wurde sogar im Prinzip anerkannt, daß Mexiko bezüglich dieser Maßnahme als souverän anzusehen sei, und ausgesprochen, daß man an einen gewaltsamen Eingriff in Washington nicht denke. Die Vereinigten Staaten müssen also nun bezüglich ihrer Interessen in

<sup>1)</sup> Vgl. Nearing-Freeman: Dollar-Diplomatie. Studien über amerikanischen Imperialismus. Übers. v. P. Fohr, Berlin-Grünwald 1927, Kurt Vowinkel Verlag, Ln. RM. 9,—.



Mexiko die Konsequenzen aus ihrer eigenen, auf der interamerikanischen Konferenz in Buenos Aires festgelegten Nichteinmischungspolitik ziehen, den guten Nachbarn spielen; sie sind damit das erste Opfer der panamerikanischen Gefühlsduselei.

Im Hintergrund rührt sich lediglich die unsichtbare Macht: Das geschädigte Kapital. Die zeitweilige Einstellung der Silberkäufe brachte sofort die mexikanische Währung ins Schwanken. Hinweise auf die Notwendigkeit der sofortigen Entschädigungszahlung bei der Enteignung wurden laut, und es ist zu vermuten, daß die freundschaftliche Regelung später im Vorschlag einer mexikanischen Staatsanleihe bei Wallstreet bestehen wird, wobei die Amerikaner an sich selbst bezahlen und die Mexikaner zu Schuldnern würden, die dann statt der Ölmagnaten Finanzkontrolleure im Lande hätten. Cárdenas scheint dies vorauszuahnen und hat sich in einem Aufruf an sein Volk gewandt, die Mittel für die Entschädigungszahlungen aus einer großen Spende aufzubringen.

\*

Anders England. Die britische Regierung hat in einer an die mexikanische Regierung gerichteten Note gegen die Enteignung der „Aguila“-Konzessionen protestiert, weil dadurch englische Interessen geschädigt würden, und stellt — nicht ganz mit Unrecht — die Enteignung in der Form, in der sie erfolgte, als Konfiskation dar, die gegen das internationale Recht verstoße. Sie zieht die mexikanische Regierung weiter der Rechtsverletzung, da das vom obersten mexikanischen Gerichtshof bestätigte Urteil aus einer Schiedsgerichtsverhandlung herstamme, deren Verfahren Mängel aufweise. Sie ficht außerdem die Erklärung der mexikanischen Regierung an, daß die Enteignung aus Gründen öffentlicher Notwendigkeit erfolge.

England ist also mit diesem radikalen Schritt nicht einverstanden. Soweit der augenblickliche Stand der Angelegenheit.

Sachlich ist noch zu bemerken, daß die Shell in Mexiko — wie auch in anderen Ländern, wo sie arbeitet — nicht als ausländische Gesellschaft auftritt, sondern in der Mexican Eagle Co (Compañía de Petróleo El Aguila S.A.) eine formell mexikanische Unternehmung gegründet hat, welche als solche den mexikanischen Gesetzen und Maßnahmen unterliegt und ausländische Hilfe nicht in Anspruch nehmen kann. Die britische Regierung kann also die Entscheidung gegen die Adlerkompagnie nur mittelbar anfechten, nämlich unter Bezug auf die Teilnahme englischer Gesellschafter und englischen Kapitals an derselben.

\*

Die durch das Vorgehen der mexikanischen Regierung geschaffene Lage ist nun weit über das rein wirtschaftliche Interesse der Ölgesellschaften hinaus von internationaler Bedeutung und setzt einen in seinen Auswirkungen noch unübersehbaren Präzedenzfall. Zunächst wird damit die Gefahr aufgezeigt, der ausländische Unternehmungen in lateinamerikanischen Ländern ausgesetzt sein können, wenn sie durch ihre Organisation als einheimische Unternehmung sich des Schutzes durch die Regierung ihres Heimatlandes begeben. Es liegt genau derselbe Fall vor wie bei einem Einwanderer, der die Staatsangehörigkeit seines Wirtslandes annimmt.

Zweitens tritt die Komplikation auf, daß eine ausländische Regierung in einem solchen Falle für die Interessen einer so abgezweigten Unternehmung einzutreten versucht, was zwangsläufig als Einmischung in interne Angelegenheiten angesehen werden wird. Das bringt, wenn der Schutz dieser Interessen mit stärkeren Mitteln weitergetrieben wird, im Falle Mexiko ebenso zwangsläufig den Interamerikanischen Solidaritätsvertrag von Buenos Aires zur Wirksamkeit, um so mehr, wenn die Hal-

tung der Vereinigten Staaten von der Englands, wie es den Anschein hat, abweicht. Es ist für Mexiko recht leicht, nötigenfalls zu provozieren<sup>1)</sup>.

England wird sich hier mit seinem Protest wahrscheinlich eine Schlappe holen, da es die Dinge nicht auf die Spitze treiben und nicht mit letzter Konsequenz seinen Forderungen Nachdruck verleihen kann.

Drittens wird, wenn das radikale Vorgehen Mexikos, wie wahrscheinlich, de facto und trotz aller späteren Verhandlungen, hingenommen wird, und womöglich, wie es aussieht, durch die Regierung der Vereinigten Staaten noch sanktioniert wird, der Weg offen sein, daß jeder latein-amerikanische Staat jede seiner als von ihm lebenswichtig erachteten Produktionsquellen oder Industrien, jederzeit aus ausländischer Hand wegnehmen kann.

Gerade diese letztere Folgerung ist schon von der mittelamerikanischen Presse erkannt worden, die gerade darum die weitere Entwicklung des britisch-mexikanischen Petroleumkonflikts mit größtem Interesse verfolgt.

### Die Kolonie Britisch Honduras

Der zweite Fall der Auswirkung lateinamerikanischer Selbständigkeit betrifft die britische Kolonie Belize, bekannter unter dem Namen Britisch Honduras — etwas irreführend, da es sich damit nicht um einen Teil oder ein Nachbarland von Honduras, sondern um ein ursprünglich zu Guatemala gehöriges und an dieses angrenzendes Gebiet handelt.

Die Geschichte dieses Gebietes und seines „Erwerbs“ durch Großbritannien soll im folgenden kurz umrissen werden. Ich kann wohl vorausschicken, daß sie einen nicht uninteressanten Beitrag zur Kolonialgeschichte der europäischen Mächte darstellt, aus dem wieder einmal zu sehen ist, auf welchem Fuß die „haves“ stehen, die den „havenots“ ihre rechtmäßig erworbenen Kolonien weiter vorenthalten:

Zur Zeit, als Mittelamerika noch spanische Kolonie war, setzten sich englische Freibeuter und nachher englische Holzfäller auf dem zum Königreich Guatemala gehörigen Küstenstrich nördlich der Bucht von Amatique an, der später den Namen Belize erhielt und im Westen an die Provinz Peten anschließt. Die spanischen Vizekönige und Statthalter trachteten vergeblich, die unerwünschten Ansiedler von dort zu vertreiben, während diese ihrerseits den Schutz ihres Heimatlandes anriefen. Um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts wurde in den Vertrag von Versailles (ausgerechnet Versailles!) eine Klausel aufgenommen, in welcher die Spanische Krone den britischen Untertanen, die in Belize lebten, das Recht einräumte, in den Wäldern dort Holz zu schlagen (1786).

Mit der Unabhängigkeitserklärung Guatemalas von der spanischen Oberhoheit, im Jahre 1821, konnte diese Konzession, wie alle Verfügungen des früheren Regimes, als hinfällig betrachtet werden. Auf jeden Fall war damals noch kein Zweifel daran, daß Belize ein Teil des Staatsgebietes von Guatemala war, und in der Tat wurden auch die Bewohner von Belize aufgefordert, Abgeordnete in die konstituierende Nationalversammlung nach Guatemala-Hauptstadt zu entsenden. Noch genau vor hundert Jahren, 1838, war Belize zweifellos guatemalteakisches Hoheitsgebiet.

#### 1) Art. 2 des Interam. Solid. Vertr. sagt:

„Alle amerikanischen Nationen betrachten die den Rechten irgendeiner von ihnen von außerkontinentalen Nationen angetane Beleidigung als Affront für sich selbst, welcher eine gleichmäßige und gemeinsame Reaktion im Gefolge hat...“

Art. 3: Grundlegende Prinzipien des Internationalen und besonders des amerikanischen Rechtes sind: ... b) Die Intervention eines Staates in die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates wird verdammt. c) Das zwangsweise Einkassieren finanzieller Forderungen ist unzulässig.





In den folgenden Jahren aber drangen die Briten immer weiter landeinwärts vor, was ursprünglich mit dem Holzschlag, der Suche nach Ausfuhr von Edelhölzern in jenen Urwäldern zusammenhing. Begünstigt wurden sie dabei durch die politischen Verhältnisse in Mittelamerika, die mit ihren Parteistreitigkeiten und Revolutionen die Aufmerksamkeit der guatemaltekischen Regierungen zu sehr in Anspruch nahmen, als daß diese sich viel um das weit entlegene Urwaldgebiet gekümmert hätten. Gleichwohl machte die Einsetzung von britischen Verwaltungsbehörden in Belize der Regierung von Guatemala Kopfzerbrechen, und diese nahm Verhandlungen um eine Regelung der Verhältnisse auf. Am 30. April 1859 wurde zwischen dem guatemaltekischen Außenminister Pedro de Aycinena und dem britischen Gesandten C. Lehnnox Wyke in Guatemala ein Abkommen unterzeichnet, das am folgenden Tage von dem Präsidenten Carrera gegengezeichnet wurde, später jedoch mehrfach als der Verfassung widersprechend angefochten wurde, in welchem Belize als britische Einflußsphäre seitens Guatemalas anerkannt wurde. Eine kurzsichtige Regierung verschenkte, was ihr wertlos dünkte,

und als einzige Klausel des Abkommens, die für Guatemala günstig war, wurde darin festgelegt, daß die Briten zum Entgelt einen Weg von der Hauptstadt Belize nach der Hauptstadt Guatemala bauen sollten.

Wohl wegen der damals bestehenden Unmöglichkeit, einen solchen Verbindungsweg über Hunderte von Kilometern wild zerklüfteten Landes herzustellen, wurde aber dieser Wegebau niemals angefangen.

Im Lauf der Jahre rückten die Engländer in den Urwäldern von Belize und Peten immer weiter vor. Neben der Ausbeutung der Edelhölzer fanden sie im Gummi- und später im Kaugummizapfen in diesen Wäldern neue Erwerbszweige. Als schließlich Guatemala die Chicle- (Kaugummi-) Ausbeutung in seinem Landesteil Peten selbst in die Hand nahm und Konzessionen dafür vergab, nahm die Hafenstadt Belize auch an Bedeutung für den Umschlag dieses Produktes zu. Bei der Unübersichtlichkeit des Grenzverlaufs entwickelte sich ein beträchtlicher Schmuggel von Chicle aus dem Peten nach Belize, der von Belize aus unterstützt wurde, und bei dem sich, als die Regierung von Guatemala ihm Einhalt gebieten wollte, häufig Scharmützel zwischen Chiclesuchern und Grenzwachern ergaben. Eine der ersten Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung von Guatemala war die Schließung der Belize-Grenze für die Chicleausfuhr und deren Leitung über guatemalteckische Häfen.

Bereits vier Jahre nach dem Abkommen unter Carrera mußte dieser erneut bei den britischen Majestäten vorstellig werden, um eine Festlegung der Grenzen von Belize. 1863 wurde ein Vertrag unterzeichnet, der dafür eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorsah, der aber nachher nicht ratifiziert wurde.

Mit dem Ende des Weltkrieges und dem Eintritt Guatemalas in den Völkerbund wurden in Guatemala Stimmen laut, welche die Rückgabe Belizes an Guatemala forderten, wobei einerseits die Fragwürdigkeit des legitimen Erwerbs dieser Kolonie durch England, andererseits das durch den Völkerbund verbrieft Selbstbestimmungsrecht der Völker, und weiter der Wunsch nach Entschädigung für die den Alliierten durch den Beitritt Guatemalas zu ihnen als Kriegsgegner Deutschlands gewährte Leistung als Gründe angeführt wurden.

Im Verlauf der Ordnung des Chiclehandels und der weiteren Aufschließung des Petens sah sich die gegenwärtige Regierung Guatemalas gezwungen, neuerdings um eine genaue Grenzziehung und Vermessung zwischen diesem guatemalteckischen Landesteil und der britischen Kolonie Belize vorstellig zu werden. Die britische Regierung zeigte sich anfänglich geneigt, darauf einzugehen, und in einer am 17. August 1937 vom britischen Außenminister Lord Halifax an den guatemalteckischen Sondergesandten Dr. Matos gerichteten Note erklärte sie sich bereit, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Im weiteren Verlauf der Angelegenheit durch Mr. Eden schlug sie sogar als Schiedsinstanz das Haager Schiedsgericht vor. Die Regierung von Guatemala lehnte ihrerseits das Haager Schiedsgericht ab, und schlug nach panamerikanischen Grundsätzen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, als Schiedsrichter vor.

Über diese Frage konnte keine Einigung erzielt werden; am 3. März 1938 lehnte nun plötzlich die britische Regierung durch eine vom britischen Gesandten im Außenministerium in Guatemala abgegebene Note die ganze Angelegenheit überhaupt ab, indem sie die nach ihrem Ermessen bestehende Grenze für legal erklärt und jede Verantwortung für aus deren Nichtanerkennung entstehende Zwischenfälle Guatemala aufbürdet. Die Regierung von Guatemala antwortete hierauf am 9. März, daß sie sich damit nicht zufrieden geben könnte, die ihr zugeschobene Verantwortung ablehne und nunmehr auf der Erfüllung des bisher einzigen über Belize bestehenden Vertrages, nämlich des Abkommens von 1859 bestehen müsse, dessen Artikel VII



Großbritannien zum Bau eines Verkehrsweges von Belize nach Guatemala-Hauptstadt verpflichtet.

Die Angelegenheit kann insofern kritisch werden, als bei weiterer Schwerhörigkeit Englands leicht der Fall eintreten kann, daß seitens Guatemalas das Abkommen von 1859 wegen mangelnder Erfüllung von seiten Großbritanniens gekündigt oder aufgehoben wird, und dann England in der Tat überhaupt keinen legalen Anspruch auf Belize geltend machen kann, denn die Holzschlagkonzession, die seinen Untertanen im Jahre 1786 von der spanischen Krone gegeben wurde, dürfte heute wohl kaum als rechtmäßiger Besitztitel auf amerikanischen Boden gelten können. Kommt hierzu irgendein Grenzzwischenfall oder eine weitere Weigerung, sich irgendwie zu verständigen, so tritt auch hier leicht der Interamerikanische Solidaritätsvertrag in Anwendung.

Diese Belize-Angelegenheit hat außerdem weitere Hintergründe, welche eine baldige Regelung notwendig machen: Das Petroleum.

Die Frage der Grenzvermessung ist dadurch in den Vordergrund getreten, daß die Regierung von Guatemala im Juli vorigen Jahres an die Shell Petroleumkonzessionen im Peten vergeben hat, die an das Gebiet von Belize angrenzen. Bei Fündigwerden der Bohrungen dürfte gerade in jenen Grenzgebieten wichtig sein, zu wissen, wo Guatemala aufhört und wo Belize anfängt. Denn es ist sehr leicht möglich, daß dann Ölleitungen aus dem Peten nach dem Hafen Belize angelegt werden.

Wer weiter sieht, mag dahinter, und gerade hinter der britischen Weigerung, diese Sache jetzt schon zu klären, noch weiter sehen: Belize würde in diesem Falle zu einem britischen Tankhafen werden, einem Stützpunkt der britischen Hochseeflotte an der amerikanischen Küste. Und wenn das kleine Land Guatemala gegenüber Großbritannien jetzt energisch wird, so könnte man dahinter ein Interesse spielen um den Panamerikanismus vermuten, bei dem es durch andere, größere Partner, den Rücken gedeckt hat.

\*

Es wird nicht gerade Krieg zwischen Guatemala und Großbritannien oder Mexiko und England geben.

Aber diese beiden Fälle zusammengenommen zeigen die ersten Auswirkungen der auf der Interamerikanischen Konferenz von Buenos Aires eingeleiteten Politik, nämlich das wachsende Selbstbewußtsein auch der kleineren lateinamerikanischen Staaten, die sich durch die Solidarität mit dem übrigen Amerika gedeckt fühlen, und das Schwinden der Vorzugsstellung früherer europäischer Partner auf diesem Kontinent, die Unmöglichkeit für diese letzteren, frühere Kolonial- und Konzessionspolitik fortzusetzen.

Wird sich auch in der endlichen Lösung der beiden Konflikte wahrscheinlich lediglich eine Entschädigungszahlung Mexikos an die englische Shell, eine Streichung oder Verringerung der guatemalteckischen Anleiheschuld an England ergeben, so sind doch diese beiden Konflikte deutliche Zeichen für die Entwicklung, die hier auf dem amerikanischen Kontinent eingesetzt hat, die beiden „kleinen Erdbeben“ Anzeichen für den schwankenden Wert, den amerikanischer Boden in Zukunft für europäische Interessen haben wird.

## ERNST SCHULTZE: Der Riegel des Roten Meeres

Wie in vielen anderen Weltgegenden, so hat England sich auch am Eingang zum Roten Meer den wichtigsten Platz gesichert: Aden. Bevor die Landenge von Suez durchstochen wurde, hatte er verhältnismäßig geringe Bedeutung. Immerhin legte England schon 1839 seine Hand darauf. Der Hauptbeweggrund war damals, daß die Englisch-ostindische Kompanie an Stelle des Stützpunktes auf der Insel Sokotra, den sie für unzulänglich hielt, einen sicheren und geräumigen Hafenplatz an der arabischen Küste haben wollte. Mitgesprochen hat aber wohl auch die Absicht, den Ausdehnungsplänen des ägyptischen Vizekönigs Mehemed Ali, der von Frankreich kräftig beraten wurde und der gerade damals seine Augen auf den Sudan und Abessinien geworfen hatte, einen Damm entgegenzusetzen.

Nachdem 1869 der Suezkanal eröffnet war, wuchs der Güteraustausch zwischen Abend- und Morgenland sprunghaft. Zugleich trat der strategische Wert Adens mehr und mehr hervor. Es war der erste Hafen, der innerhalb der 3000 Seemeilen langen Strecke von Ägypten bis Indien von einer europäischen Macht besetzt wurde. Zwischen Suez—Port Said und Bombay oder Colombo war Aden der einzige Anlaufhafen. Aden oder eigentlich die Insel Perim bildete einen Brennpunkt des Suezkanals-Verkehrs zum Indischen Ozean. Perim teilt die Meerenge von Bab el Mandeb in die 2,3 km breite „Kleine Straße“ im Osten und die 18,5 km breite „Große Straße“ im Westen. Hier strahlen die Schiffahrtslinien nach Bombay, nach Colombo, nach Kalkutta, nach Singapore, nach Australien, nach Ost- und Südafrika aus.

Strategisch hat Aden geradezu die Bedeutung des Riegels zum Roten Meer. Wer Aden beherrscht, kann den Zugang zu diesem Meer von Süden bzw. Osten her sperren. England hat deshalb Aden ungemein stark befestigt, auch nach der Festlandseite hin. Angesichts der beherrschenden Lage Adens machen ihm die französischen Erwerbungen in der Tadschura-Bucht, aus denen sich die Kolonie Französisch-Somaliland entwickelte, wenig aus. Auch die Landungen Italiens in Massaua und Assab konnte es ruhig hinnehmen, ebenso den 1885 auf Veranlassung von Carl Peters von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mit dem Sultan von Alula geschlossenen Vertrag, der ein deutsches Protektorat über den nördlichsten Teil des Somalilandes mit Einschluß des Kaps Guardafui begründete. Leider stand man in Deutschland damals der Kolonialpolitik noch so fremd gegenüber, daß ich beinahe von Kolonialblindheit sprechen möchte. Der Vertrag ist denn auch auf dem Papier stehengeblieben.

In den letzten Jahren nun hat die Verstärkung der italienischen Machtposition in Ostafrika gewisse Besorgnisse Englands für die beherrschende Stellung von Aden erweckt, zumal es wiederholt schien, als sei Italien geneigt, über das Rote Meer hinweg auf die arabische Seite hinüberzugreifen. Aber auch seine Politik an der afrikanischen Gegenküste von Aden wird in Großbritannien mit Argusaugen verfolgt.

1933 kam es auf der arabischen Seite zu einem Kriege. Ibn Saud, der Herr Arabiens, den England mit Kriegsgerät und wohl auch mit Geld versehen hatte, kreuzte die Waffen mit dem kleinen Staate Jemen (schreiben wir lieber so, statt Yemen). Jemen, das Unterstützung von Italien empfang, wurde geschlagen, so daß letzteres sich mit seinen Interessen von dem arabischen Ufer auf das afrikanische zurückziehen mußte.

Aber die Zähigkeit Mussolinis hat auch hier nicht locker gelassen. 1937 hat Rom auch auf der arabischen Seite wieder Fuß gefaßt. — Großbritannien war, um diesen



Vorstoß abzuwehren, zunächst bemüht, in Sanaa am Hofe des Imams von Jemen Einfluß zu gewinnen. Aber dort ist Italien aus bestimmten Gründen weit mächtiger. Der Imam von Jemen hat mit echt orientalischer Gelassenheit auf das britische Verlangen, er solle die Straße von Bab el Mandeb befestigen, ein paar uralte Kanonen an der von London gewünschten Stelle auffahren lassen, gleichzeitig aber erklärt: seine Sicherheitsbedürfnisse seien nun befriedigt.

Die britische Politik sucht diesen Schlag nun dadurch zu parieren, daß sie Anfang Februar 1938 Lord Athlone, den Onkel des englischen Königs, nach Arabien geschickt hat. Selbstverständlich war es ein streng privater Besuch, den er zunächst Dschedda, der Hafenstadt Mekkas, abstattete. Vermutlich waren es auch rein private Zwecke, die gleichzeitig Ibn Saud, den König des Hedschas und Nedschd, nach Dschedda führten.

Indessen dürfte Lord Athlone um seine Aufgabe schwerlich zu beneiden sein. Ist doch der Vordere Orient mit politischen Spannungen geradezu geladen. Einen zuverlässigen Freund hat England dort überhaupt nicht. Wer sich allzu nahe mit Großbritannien eingelassen hat, verliert in der arabischen Welt jedes Ansehen. So ist es dem Emir Abdallah von Transjordanien ergangen. Auch Ibn Saud wird, so gern er von England Geld und Waffen nimmt, wenig geneigt sein, noch einmal gegen Jemen Krieg zu führen, falls man ihm nicht entsprechende Gegenleistungen bietet.

In Aden selbst hat England seit der Angliederung dieses Platzes und des gleichnamigen südarabischen Protektorats an das Kolonialministerium in London freiere Hand. Aden ist mit Perim am 1. April 1937 von der Präsidentschaft Bombay, der die Zivilverwaltung unterstand, losgelöst und zur britischen Kronkolonie erklärt worden. Zu diesem Protektorat gehört nach dem britisch-türkischen Grenzabkommen von 1914 alles Land südlich der Linie von Scheik-el-Said an der Südwestspitze Arabiens bis zu den Bahrein-Inseln.

Militärisch und politisch hing Aden allerdings bereits seit dem 1. April 1927 von dem britischen Kolonialministerium ab. Die Gesetzesvorlage für jene Umänderungen, die am 1. April 1937 in Kraft traten, ist übrigens dem britischen Unterhaus schon im Sommer 1933 zugegangen, steht also mit der Eroberung Abessinien durch Italien nicht im Zusammenhang.

Muß England heute politisch und militärisch Aden seine Aufmerksamkeit widmen, so geht auch dessen wirtschaftliche Entwicklung nicht ganz die von dem Empire gewünschten Wege. Gewiß, Aden ist der wichtigste Brennpunkt des Seehandels und der Seeschifffahrt im südlichen Teile des Roten Meers und weit darüber hinaus, nach Nord und Ost und Süd. Aber die drei Hauptströme, die seinen Handel speisen, kommen gerade aus den Gebieten, in denen man England nicht wohlwill: der eine aus Jemen, der zweite aus dem nördlichen Äthiopien nach Massaua, der dritte aus dem südlichen Teil dieser italienischen Kolonie nach Assab bzw. Djibouti.

In den Außenhandelsziffern Adens kommt diese Bedrohung einstweilen noch kaum zur Geltung. Sein Ausfuhrhandel stützt sich auf arabische und afrikanische Rohstoffe und Nahrungsmittel, deren es eine große Zahl gibt. Die Kolonie Aden selbst liefert vor allem Salz, Tabak, Drogen, Weihrauch, Gummi arabicum, Muschelschalen und Fische; ein erheblicher Teil dieser Ausfuhr entstammt dem Gebiet von Hadramaut.

Das unmittelbare Hinterland von Aden, also die eigentliche Kronkolonie Aden, liefert in erster Linie sehr erhebliche Mengen Salz nach Kalkutta; der Salzeinfuhrbedarf Britisch-Indiens wird zu rund 80% von Aden gedeckt. Weiter liefert das Hinterland verschiedene pflanzliche Drogen. Die östlich des Kaps Guardafui liegende Insel Sokotra, die zwar etwa 10 Längen-

grade von Aden entfernt ist, aber verwaltungsmäßig zu der Kolonie Aden gehört, führt Muschelschalen und Teppiche aus. Für die europäischen Handelspartner der Kolonie sind vor allem die Gummiharze, unter ihnen an erster Stelle der Weihrauch von Bedeutung. Das Sultanat Oman, das nebst einer Reihe anderer Produktionsgebiete an der Gummiharzausfuhr von Aden nennenswerten Anteil hat, führt außerdem Fische, Muschelschalen, Datteln und Teppiche über Aden aus. Hedschas ist an der Ausfuhr von Aden mit Fellen und Häuten, Tee, Gummi arabicum und Teppichen beteiligt<sup>1)</sup>.

Sehen wir von der Eigenausfuhr der Kolonie ab, so bildet den Hauptposten der Gesamtausfuhr, die sich 1935/36 auf 13,85 Mill. Rupien belief, die Durchfuhr der aus dem benachbarten Jemen stammenden Welthandelsgüter. An der Spitze steht die Ausfuhr des hochwertigen Mokokakaffees, der höhere Preise erzielt als der in Aden umgeschlagene Kenya — oder der abessinische Kaffee. — Wenig bedeutsam sind im Vergleich mit dem Mokokakaffee die übrigen Ausfuhrgüter Jemens: Felle und Häute, Tee, Fische und Hülsenfrüchte.

Die ostafrikanischen Gebiete, die Aden als Ausfuhrhafen benutzen, senden dorthin ungefähr die gleichen Güter wie Arabien. So erscheinen in der Ausfuhr von Britisch-Somaliland vor allem Tee und Weihrauch, in derjenigen von Italienisch-Somaliland Muschelschalen und Gummi arabicum, in der Ausfuhr von Französisch-Somaliland abessinischer Kaffee.

Die Einfuhr nach Aden bezifferte sich 1935/36 auf 48,46 Mill. Rupien. Mithin ist sie beinahe viermal so groß wie die Ausfuhr. Mit der größten Summe ist unter der Einfuhr Heizöl mit 15,39 Mill. Rupien vertreten, also mit einem größeren Betrag als die gesamte Einfuhr ihn erreicht. Das Heizöl ist für Seeschiffe bestimmt, geht also nicht in die Länder, die ihre Ausfuhr über Aden abwickeln. Das gleiche gilt von Steinkohle, Benzin und Leuchtöl. Ein erheblicher Betrag der übrigen Einfuhr wird wohl von den Schiffen und ihren Besatzungen gekauft: Zucker, Reis, Weizenmehl, alkoholische Getränke.

Ziehen wir alle diese Posten ab, so bleiben als wichtigste Einfuhrware Baumwollstückgüter im Werte von 10,84 Mill. Rupien, während alle übrigen Posten weit unter je einer Mill. Rupien liegen: sogar die Haushalt-Eisenwaren (0,61 Mill. Rupien) und die Personenkraftwagen (0,53 Mill. Rupien).

Die Bedeutung Adens als Kohlenstation ist mit der Zunahme der Ölfeuerung gesunken. Da ferner die Ölfeuerung den Aktionsradius der Seeschiffe bedeutend verlängert, legen heute im Verhältnis zum Gesamtverkehr des Suezkanals weniger Schiffe in Aden an als früher.

Noch stärker ist der Rückgang Adens als Umschlags- und Handelsplatz. Was von oder nach Äthiopien nicht unbedingt den Weg über Aden nehmen muß, zieht einen anderen vor. Auch Jemen benutzt Aden nicht mehr in dem früheren Umfang. Räumlich ist Jemen nicht an Aden gebunden, da es von ihm doppelt so weit entfernt ist wie von Hodeida. Überdies muß die Karawanenstraße zu Lande eine doppelte Sperrkette durchbrechen: die wasserlose, glühendheiße Wüste Thama, und die Stufen des Tafellandes, das am Rande der Wüste schroff emporsteigt. Hier können sich Maultier- und Kamelkarawanen nur auf schmalen, oft gefährlichen, tief eingeschnittenen Saumpfaden fortbewegen.

Obendrein ist man in Jemen den Engländern eben nicht sehr freundlich gesonnen. Man hat es nicht vergessen, daß die Hauptstadt Sanaa zu Beginn des Weltkrieges von britischen Schiffsgeschützen völlig zerstört wurde, und daß 1933 Ibn Saud für seinen Krieg gegen Jemen von England mit Waffen und Geld unterstützt wurde. Seit 1934 war dann Ibn Saud mit dem Jemen verbündet. Wenn sich die Verhältnisse wieder zuspitzen, so steht das im Zusammenhang mit der wachsenden Sorge Englands vor den Absichten Italiens.

1) Ich verweise im übrigen auf die Mitteilungen von Ernst Reichelt in den „Orient-Nachrichten“ vom 16. 9. 1937.



Und noch zwei andere Dinge sind für die Engländer in Aden nicht günstig:

Einmal hat Japan, weil das Statut des Freihafens eine handelspolitische Diskriminierung bisher nicht zuließ, in den letzten Jahren den größten Teil der Einfuhr von Baumwollstückgütern an sich gerissen, während früher Lancashire und Bombay die Führung hatten.

1935/36 entfielen auf die japanischen Lieferungen 92% der Einfuhr ungebleichter, 78% der Einfuhr gebleichter und 77% der Einfuhr bedruckter, bunt gewebter und gefärbter Stückgüter. Auch in anderen Gruppen der Einfuhr ist Japan vorgedrungen, vor allem in der von Brennstoffen, Messerwaren, Emaillewaren, Nähmaschinen und Zündhölzern, Erzeugnissen also, an deren Absatz auch Deutschland erheblich interessiert ist. — Übrigens hat Deutschland diese Verluste durch Absatzsteigerung in anderen Warengruppen mehr als ausgeglichen. Eine sehr kräftige Zunahme des Absatzes deutscher Waren wurde u. a. erzielt bei Farbstoffen, Messerwaren, Metall-Lampen und Lampenzylindern, ferner Glasperlen, Kerzen, Nähmaschinen und Bier.

Die zweite weitere Sorge ist die des zunehmenden indischen Einflusses in Aden, der von der arabischen Welt mit Mißfallen bemerkt, aber eben deshalb England zur Last geschoben wird. Aden ist von einer buntscheckigen Kolonie von Europäern, Parsen, Indern, Arabern, Somalis und Juden bewohnt. Überwiegend sind es Kaufleute oder Hafenarbeiter, weil viele Waren, die aus den kleinen Häfen des Roten Meeres, Südarabiens, des Somalilandes und selbst der ostafrikanischen Küste kommen, in Aden den großen Verkehrsstrom zwischen Europa und den Seeküsten Asiens erreichen. Hier sind also hohe Gewinne zu erzielen. Wo aber solche winken, strömen Inder herbei. Es gibt deren in Aden eine so große Zahl, daß die Postämter hindustanische Aufschriften tragen und daß man in dieser ursprünglich arabischen Stadt Hindustani besser versteht denn Arabisch. Die Inder bilden die reichste Bevölkerungsschicht und spielen in der Bewohnerschaft die führende Rolle. Es ist richtig, wenn eine führende deutsche Zeitung kürzlich behauptete: „Jedenfalls fühlt sich der Araber mehr angezogen vom italienischen Kolonialbereich jenseits des Roten Meeres und dessen Einstellung zum Arabertum als vom britischen Protektorat Aden und dessen Einstellung zum Indertum<sup>1)</sup>.“

1) Berliner Börsen-Zeitung vom 24. 8. 1937.

*Die meinen, ganz Europa könne eine Kunst, eine geistige Bildung durchgehends haben, eine freie Verfassung, wissen nicht, was sie wollen, bedenken nicht das Unbezwingliche und Unabänderliche im Klima und in seinen nicht zu berechnenden Folgen. Sie bedenken ferner nicht, daß sich nur aus dem Kampf des Widersprechenden oder des Verschiedenen, aus dem Wechselstreben mehrerer mit- und nebeneinander eine schöne kräftige Welt bildet, die irgendwo in einem Höheren wieder als eins erscheint.*

*Ich komme jetzt auf das Geographische eines Staates. Ich will, der Staat werde mit seinen Erdengesetzen befestigt und bilde sich dann fort, wie der Zufall und sein eigener Keim ihn treiben; da stelle man weiter keine Schranken, als die die Notwendigkeit des Klimas, des Landes selbst und seiner nachbarlichen Umgebungen gestellt hat. Ja, jeder Staat hat Recht zu gewissen Forderungen an die Nachbarstaaten, wenn sie ihm unrecht seine Luft und sein Licht wegnehmen, woran er wachsen und sich entwickeln soll.*

(Aus E. M. Arndt: Germanien und Europa, Altona 1803)

## RUDOLF KRAHMANN: Die „armen Blanken“ in Südafrika

Johannesburg, im Winter 1937.

Zu der wahrhaft goldenen Zukunft des Witwatersrandes — und am Witwatersrand lebt der fünfte Teil der gesamten weißen Bevölkerung der Südafrikanischen Union — also zu der goldenen Zukunft dieser 400 000 Weißen hier steht in abgrundtiefem, erschütterndem Gegensatz die vorläufig in keiner Weise vorauszusagende Zukunft der über 300 000 „poor whites“ oder „armen Blanken“.

Wir in Johannesburg bekommen selten etwas von dem Elend dieses vorwiegend ländlichen Teiles des südafrikanischen Volkes zu sehen. Keiner spricht gern darüber. Nur gelegentlich bohren hier und da mal die Zeitungen dieses Problem an, und dann auch nicht etwa, um dem Problem selber beizukommen, sondern nur zu dem Zweck, um dem einen oder anderen Minister eins auszuwischen.

Trotz und gerade wegen des Verbergens oder absichtlichen Übergehens dieser Tatsachen und der damit verbundenen Zukunftsfragen muß festgestellt werden, daß die über 300 000 „poor whites“, also ein Sechstel der gesamten weißen Bevölkerung, für die Zukunft Südafrikas das größte und heikelste Problem sind! Und dies in vielerlei Hinsicht!

Wie sieht denn dies so schwarz gesehene Problem aus?

Der Heikelkeit wegen werde ich mich in der folgenden Darstellung gänzlich auf Wiedergabe der amtlichen Veröffentlichungen beschränken und meinerseits nichts hinzufügen. Möge jeder sich daraus sein eignes Urteil bilden.

Das Official Year Book of the Union of South Africa No. 15 für die Jahre 1932/33 berichtet wie folgt:

Auf Grund der Eindrücke einer Afrikareise der Doktoren Keppel und Bertram vom Carnegie-Institut in New York stellte dieses Institut 4000 £ zur Verfügung für eine Studienkommission zur Untersuchung der poor white-Fragen. Dieser Betrag wurde mehr als verdoppelt durch weitere Beiträge der Universitäten Stellenbosch und Kapstadt, der Niederländisch-Reformierten Kirche, der Unionsregierung und anderer. Es folgen dann die Namen der Kommissionsmitglieder und der Unterausschüsse für Soziologie, Wirtschaftsfragen, Erziehungsfragen, Gesundheitsfragen und Psychologie. Die Untersuchungen begannen im Januar 1929 und schlossen Ende 1932 ab mit der Veröffentlichung eines fünf Bände umfassenden Berichtes, betitelt „Findings and Recommendations of the Carnegie Commission“.

Die „poor whites“, eine von Europäern, vornehmlich Holländern abstammende Bevölkerungsgruppe, erwerben ihren Lebensunterhalt vor allem in der Landwirtschaft und setzen sich hauptsächlich zusammen aus „bywoners“, Tagelöhnern, Eigentümern von winzigen Farmanteilen und einer wachsenden Anzahl ungeschulter oder fast ungeschulter Arbeiter.

Fast an die Hälfte aller Schulen der Union wurden Fragebogen verteilt zusammen mit genauen Anweisungen an die Schulleiter und -lehrer; diese Umfrage erfaßte rund 50 000 Familien. Aus dem eingegangenen Zahlenmaterial ging hervor, daß 17½% aller dieser Familien als „very poor“, als sehr verarmt bezeichnet werden müssen. Auf die gesamte weiße Bevölkerung umgerechnet ergibt dies mehr als 300 000 „poor whites“ als vorsichtige Schätzung, wie der Bericht ausdrücklich



hinzusetzt. Die Zahlen wurden in den Jahren 1929/30 gewonnen, also noch ehe die Auswirkungen der Depression sich bemerkbar machten, lautet ein weiterer Zusatz.

Der wirtschaftliche Niedergang dieses Volksteils wird der Anpassungsunfähigkeit an neuzeitliche Lebensbedingungen zugeschrieben und den unzulänglichen Erziehungsmaßnahmen, unzulänglich besonders für einen zurückgebliebenen Volksteil, der sich lange Zeit hindurch nur in bäuerlichen Traditionen entwickelt hat, oder wie ich lieber sagen möchte: stehengeblieben ist.

Folgende Nebenumstände haben nach Angabe des Berichtes zur Entwicklung der ländlichen „poor whites“ beigetragen:

1. Ein gewisser Wandertrieb aus den großen Treckzeiten her;
2. eine Übervölkerung und Überstockung einzelner Farmen (die Buren vererben ihr Land an Kinder und Enkel in immer kleiner und damit nutzloser werdenden gleichen Farmteilen; ich selbst habe auf meinem Arbeitsgebiet, West Witwatersrand Areas erlebt, daß wir 68 Unterschriften brauchten, um eine einzige Farm unter Option zu bekommen; so weit war die Farm schon unterteilt!), aber zurück zu den weiter aufgezählten Nebenumständen;
3. die rückständige Gewohnheit, ihre sehr einfachen Lebensbedürfnisse durch die Jagd zu befriedigen, herstammend aus der alten Zeit, als es noch reichlich viel Wild gab.
4. die Verachtung eigner körperlicher Arbeit, die in den anfänglichen Siedlungszeiten leicht und billig von den Eingeborenen zu haben war;
5. die patriarchalische Tradition, die die Nachkommenschaft an das Land gebunden hielt und dadurch einen Mangel an eigenem Unternehmungsgeist und an Selbstvertrauen erzeugte;
6. die Behausungen der „armen Blanken“ sind durchweg schadhaft und ungesund. Die Geburtenzahl ist hoch (zufällig fand ich für einen Bezirk die vorjährigen Zahlen: durchschnittliche Geburtenzahl in ganz Südafrika ist 23 Geburten je tausend Einwohner; bei den „poor whites“ dieses Bezirkes 29 Geburten je Tausend). Allerdings ist auch die Säuglingssterblichkeit hoch;
7. die Ernährung ist sowohl ungenügend als auch ungeeignet. Daraus entsteht eine derartige körperliche und auch geistige Armut, daß die „poor whites“ auch wieder gegen Krankheiten weniger widerstandsfähig und in ihrer Arbeitskraft im ganzen geschwächt sind. In einigen Gegenden herrscht viel Malariafieber;
8. das wenig reizvolle Leben zu Hause und die geringen Lebensbedürfnisse bringen es mit sich, daß die jungen Leute früh heiraten und öfter zahlreiche Nachkommenschaft haben als keine;
9. das elterliche Verantwortungsgefühl für die Familie und die Sorge um die Familie wird herabgesetzt durch die Erwartung, daß Staat und Kirche schon helfen werden;
10. eine Untersuchung der geistigen Fähigkeiten der „poor whites“ zeigt, daß die Mehrzahl von ihnen einigermaßen normal begabt ist, immerhin aber im Durchschnitt der durchschnittlichen Intelligenz der gesamten europäischen Bevölkerung unterlegen ist. Der Hundertsatz der Minderbegabten ist doppelt so hoch wie bei der übrigen weißen Bevölkerung. Die geistige Entwicklung ist eben beeinträchtigt durch die Umgebung und die Lebensumstände, und die Kommission spricht die Warnung aus, daß die Last, die diese tiefstehende Bevölkerungsklasse den bessergestellten Bevölkerungsteilen dauernd aufbürdet, möglicherweise einmal größer werden könnte, als der höherstehende Volksteil zu tragen vermöchte, wenn dieser Entartung („deterioration process“ heißt es wörtlich) nicht entgegengearbeitet würde.

Die Kommission hat ferner die beunruhigende Tatsache festgestellt, daß die Neigung, sich auf staatliche Unterstützungen zu verlassen, dauernd zunimmt, selbst in denjenigen Kreisen der Landbevölkerung, die durchaus in der Lage wären, sich selbst ohne staatliche Unterstützung zu erhalten. Oft werden beim Staat Anleihen aufgenommen ohne die ernstliche Absicht, sie jemals zurückzuzahlen<sup>1)</sup>.

1) Dr. Viljoen, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, schätzte die an Farmer ausgegebenen staatlichen Unterstützungen für die Zeit von April 1933 bis Dezember 1934, also in 13/4 Jahren, auf über 20 Millionen Pfund Sterling.

Die Kommission empfiehlt daher, geldliche Unterstützungen ohne Gegenleistungen in Form von Arbeit auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken.

Die Kommissionsmitglieder glauben, daß alle diese Unterstützungen, die die Wohltätigkeitsorganisationen und andere den „armen Blanken“ geben, eine demoralisierende Wirkung auf sie haben und ihre Wiedereingliederung in die sich selbst erhaltenden Bevölkerungsteile erschweren, da diese Unterstützungen Minderwertigkeitsgefühle erzeugen und unterstützen, und den Sinn für persönliche Lebensverantwortung untergraben.

Es sind ferner eindeutige Anzeichen dafür vorhanden, daß das Stimmrecht und sonstige politische Einflüsse mißbraucht werden, und zwar in steigendem Maße, um Unterstützungen aus der Staatskasse zu erhalten.

Trotz des Vorurteils der „poor whites“ gegen alle sogenannte Kaffernarbeit und trotz der anderen, oben angeführten Mängel dieses Volksteils, glaubt die Kommission doch, daß ein beträchtlicher Teil der „armen Blanken“ fähig und willig wäre, für die Ernährung ihrer Familien durch harte und regelmäßige Arbeit zu sorgen, wenn man ihnen dauernde Beschäftigung zu verständigem Lohn verschaffen könnte.

Die grundlegende Schwierigkeit aber liegt in der Tatsache, daß seit der Zeit der ersten europäischen Siedlungen in Südafrika alle ungelernete Arbeit den Farbigen vorbehalten war, und daß alle Betriebe jeglicher Art in Landwirtschaft und Industrie auf der Basis der billigen Eingeborenearbeit aufgebaut sind.

Die Entlohnung für ungelernete Arbeit ist daher niedriger als das Existenzminimum des Europäers, und ein Wettbewerb zwischen diesem und dem Eingeborenen auf dem Gebiet der ungelerneten Arbeit muß daher zwangsläufig bei dem Europäer weitere Verarmung und weitere Demoralisierung zur Folge haben.

Maßnahmen, die etwa dem verarmten Europäer gewisse ungelernete Arbeiten zuweisen und vorbehalten wollten, dürften also nur von vorübergehender Dauer sein, und nur den Zweck haben, den „poor whites“ die Möglichkeit zu geben, sich überhaupt an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen.

Noch weiter gedacht würde es verhängnisvoll für die „armen Blanken“ selber sein, wenn man für sie solcherlei Schutzmaßnahmen treffen würde, durch die schließlich ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt mit dem Nichteuropäer immer mehr geschwächt werden würde.

Auch zeitweilige Notstandsarbeiten scheinen nicht das Richtige zu sein, denn sie ziehen die „poor whites“ von den Farmen fort, und wenn die Arbeiten beendet sind, sind die Leute nicht in der Lage, sich in ihre früheren Lebensverhältnisse zurück- und in ihnen zurechtzufinden; sie verarmen wieder und weiter, werden hilflos und eine Last für die übrige Bevölkerung, wie sie es schon vorher waren.

Auch das Lehrlings- und Gesellensystem in den städtischen Gebieten macht es den „poor whites“ unmöglich, in den Städten zu Handwerkern zu werden, außer als ungelernete Arbeiter im Wettbewerb mit den Farbigen; und das haben wir ja schon als auf die Dauer unmöglich und unzweckmäßig aus den oben angeführten Äußerungen der Kommissionsmitglieder erfahren und erkannt.

Die Kommission betrachtet es als fehlerhaft, daß der Staat fortfährt, geldliche Unterstützungen an diese Volksklasse zu geben, die infolge rückständiger und unwirksamer landwirtschaftlicher Arbeitsweisen immer weiter zurückfällt, da diese Art von Unterstützungen die Leute nur ermutigt, weitere Hilfen zu verlangen.



Die Kommission empfiehlt vielmehr die Beseitigung derjenigen Gegebenheiten anzustreben, die des Übels Wurzeln sind, und zwar hauptsächlich durch verbesserte Erziehungsmaßnahmen, durch Anhalten zum Lesen, durch Verminderung der Fremdheit dieser Leute mit dem heutigen Leben, durch weitgehende praktisch-landwirtschaftliche Ausbildung und Erziehung der „armen Blanken“, durch Lebensunterhaltsbeschaffung für die jungen Leute verarmter Farmerfamilien anderswo als auf der Farm und durch Beseitigung der Abneigung der Töchter der „armen Blanken“ gegen das Arbeiten als Hausangestellte.

Bei jedem Versuch, die „poor whites“ wieder hochzubringen, muß von vornherein erstrebt werden, ihnen als lebendige, wirksame Überzeugung beizubringen, daß die Hauptarbeit, um ihre Verhältnisse zu verbessern, auf ihren eignen Schultern liegt und von ihnen selber geleistet werden muß!

Dies sind die wichtigsten Punkte aus der amtlichen Darstellung dieses so schweren Problems der „poor whites“. Seine Wichtigkeit für Südafrika ist wohl aus den vorangegangenen amtlichen Schilderungen auch ohne Erläuterungen meinerseits zur Genüge hervorgegangen.

Rätselhaft bleibt es, wie es möglich ist, daß in einem so überreichen Land wie Südafrika, bei so großen natürlichen Reichtümern ein so großer Volksteil so tief herabsinken kann!

Darüber hinaus handelt es sich nicht nur um die Zukunft dieser 300 000 „armen Blanken“, man möchte sagen, dieser 300 000 „Fast-Nicht-Mehr-Europäer“, sondern um die Zukunft des entweder weißen oder schwarzen Südafrika. Eine Fragestellung von allergrößter Wichtigkeit! Nicht nur für Südafrika selbst, sondern auch für Europa von gleicher oder noch größerer Bedeutung.

Zu der Fragestellung, die R. Krahmann hier unter Bezugnahme auf Zahlen von 1930 (also vor 8 Jahren!) angeschnitten hat, schreibt uns einer unserer Leser aus Deutsch-Südwestafrika als Stellungnahme zu unserem Südafrika-Heft (Januar) u. a.:

*Eine Beurteilung der südafrikanischen Verhältnisse ist m. E. unmöglich, wenn man nicht die Verhältnisse des weißen Bevölkerungsteils einer sehr eingehenden Untersuchung unterwirft. Und ich muß gestehen, daß nach meinen Erfahrungen eine derartige Untersuchung das günstige Bild ganz außerordentlich stark verschiebt.*

*Meiner Meinung sind die beiden ausschlaggebenden Momente in dieser Beziehung die in ganz ungeahnter Schnelle vor sich gehende und von einem parlamentarischen Regime nicht aufzuhaltende Verstärkung der weißen Bevölkerung und zweitens die in dem „reichsten Land der Welt“ erstaunliche Tatsache der immer fortschreitenden Verarmung der weißen Bevölkerung, gegen die ebenfalls die Demokratie gänzlich machtlos zu sein scheint.*

*Man muß immerhin bedenken, daß erstens rein zahlenmäßig der prozentuale Anteil der „armen Blanken“ von rund 15 v. H. im Jahre 1930 auf 25 v. H. der weißen Bevölkerung in diesem Jahr gestiegen ist, und daß fernerhin dies Problem in weitestem Maße ein Problem der Degeneration der weißen Rasse unter dem Einfluß des verführerischen blauen Himmels von Südafrika ist.*

*Unserer Meinung, d. h. der Meinung der politisch eingestellten Südwest Deutschen nach, ist das südafrikanische Problem ein Problem der weißen Bevölkerung des Subkontinents, und wir sind der Auffassung, daß wir unseren Kampf um ein deutsches Südwest nicht nur um der ehemaligen Deutschen Kolonie, um des fehlenden Raumes für unser eigenes Volk führen müssen, sondern auch deshalb, weil wir der festen Überzeugung sind, daß ein Deutsches Südwest die Vorbedingung zu einem in fünfzig Jahren noch bestehenden weißen Südafrika ist. Bereits jetzt geht die Politik der südafrikanischen Regierung gegen den heftigen Widerstand der bürischen Nationalisten auf eine allmähliche Einbeziehung der sog. „Coloureds“ in den weißen Kulturkreis, da man sich selbst zahlenmäßig zu schwach fühlt.*

## ALBRECHT HAUSHOFER: Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Der 75. Kongreß der Vereinigten Staaten ist auseinandergegangen; Senatoren und Abgeordnete bereiten sich auf die Neuwahlen im November vor, die über die Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften für die letzten beiden Jahre der Präsidentschaft von Franklin Roosevelt entscheiden. Daß es die letzten beiden Jahre sein werden, ist wohl nicht zweifelhaft. Noch kein Präsident hat es bisher wagen können, die Tradition Washingtons zu durchbrechen und länger als acht Jahre die Regierung der Vereinigten Staaten zu führen. Bei aller Volkstümlichkeit des gegenwärtigen Präsidenten ist wenig Aussicht dafür vorhanden, daß er den Schritt zur Lebenslänglichkeit einer amerikanischen Präsidentschaft auch nur ins Auge fassen dürfte. Sein Ehrgeiz wird sich darauf beschränken müssen, einen möglichst gleichgestimmten Nachfolger zu nominieren. Auch das wird nicht leicht sein, da die konservative Strömung in seinem eigenen Lager gegen ihn steht. Dazu fehlt das Zaubermittel eines überzeugenden wirtschaftspolitischen Erfolgs. Die Vereinigten Staaten haben im Sommer 1938 fast den gleichen Stand der Arbeitslosigkeit wieder erreicht, der 1932 gemessen wurde. Aber die Steuern haben sich seit 1932 verdreifacht, die Bundesschuld hat sich verdoppelt. Das sind Ziffern, mit denen man leichter gegen eine Regierung als für eine Regierung Propaganda machen kann.

Vielfach wird gesagt, der New Deal sei völlig gescheitert. Das ist nicht ganz richtig. Eine Veränderung des amerikanischen Sozialgefüges ist zweifellos durch Roosevelt erreicht worden, aber das große Ziel: eine Neuordnung und Belebung der amerikanischen Wirtschaft durch eine Mischung von staatlicher Planung und privater Initiative durchzuführen, blieb unerreicht. Vielleicht liegt der Wert dieses amerikanischen Experiments für die Welt gerade darin, daß es in dem einzigen Land mit fast unbeschränkten Wirtschaftsreserven, dem einzigen ganz reichen Land der Erde versucht worden ist. Vielleicht ergibt sich die Lehre daraus, daß man nicht halbwegs auf dem Wege der Planung stehenbleiben kann, sondern daß man, wenn man das Auf und Ab der Konjunkturen mit ihren schweren sozialen Schäden vermeiden will, sehr viel weiter auf dem Weg der staatlichen Planung gehen muß, als die Völker des Westens mit Rücksicht auf die bürgerliche Freiheit des einzelnen zu gehen bereit sind.

Auch außenpolitisch ist der nordamerikanische Horizont nicht sorgenfrei. Die Unruhen auf Jamaika betreffen zwar, wie vorher die auf Trinidad, Teile des britischen und nicht des amerikanischen Kolonialreiches, trotzdem werden sie auch in Amerika als störend empfunden. Gegenüber Mexiko hätte eine gemeinsame Front der englischen und amerikanischen Wirtschaftsmächte nahegelegen. Es ist bemerkenswert, daß sie auf dem diplomatischen Felde nicht, oder nicht rechtzeitig zustande gekommen ist. England hat die schärfere Haltung eingenommen; die Amerikaner haben, in der irrigen Hoffnung auf eine loyale Entschädigung durch die mexikanische Regierung, gezögert; nunmehr sind sie darüber enttäuscht, daß von der mexikanischen Regierung keine wesentliche Berücksichtigung der amerikanischen Wirtschaftsinteressen erwartet werden kann. Ein erster, offenbar mit unzulänglichen Kräften unternommener Revolutionsversuch der Rechten gegen die Regierung Cardenas scheint zunächst gescheitert zu sein.



Alle Meldungen aus Mexiko aber lassen weitere Störungen der inneren Ordnung erwarten. Manche Beobachter gehen so weit, daß sie mit dem Beginn einer längeren Periode des Bürgerkriegs als mit einer Sicherheit rechnen. Eine Entwicklung, die für Mexiko unglücklich wäre und auch den angelsächsischen Wirtschaftsmächten nur teilweise angenehm sein kann.

Fragen des Ausbaues der mittelamerikanischen Stellung der Vereinigten Staaten beherrschen die Denkschriften, die von der amerikanischen Marine an Roosevelt gelangen. Immer wieder taucht das Projekt eines Nikaraguakanals auf; immer wieder wird es zurückgestellt. Auch 1938 hat man sich für eine Verstärkung der Panamastellung durch den Bau strategischer Straßen und durch eine Erweiterung des Kanals und seiner Schleusen entschieden. Diese Ausweitung wird auf lange Sicht nötig, wenn die Vereinigten Staaten auf dem Wege der Vergrößerung der Schlachtschiffe mit England Schritt halten wollen. Die Möglichkeit jederzeitiger Verschiebung der amerikanischen Flotte vom Atlantischen in den Pazifischen Ozean und umgekehrt darf niemals gefährdet werden, wenn die Vereinigten Staaten ihr weltpolitisches Gewicht jederzeit in die Waage werfen wollen. Zur Zeit befindet sich der weitaus größere Teil der amerikanischen Flotte in den Atlantischen Gewässern. Auch aus der Beobachtung amerikanischer Quellen kommt man zu dem Ergebnis, daß die Gefahr eines Weltkrieges in Europa zur Zeit sehr viel größer ist als in Ostasien; nicht ohne Mißtrauen wird man daher die starken Fortschritte der angelsächsischen Rüstungsgemeinschaft beobachten. Ein Kernstück dieser Rüstungsgemeinschaft ist der Ausbau Kanadas zum Ersatzlager der britischen Flugindustrie. Man braucht sich nur vorzustellen, was es in einem europäischen Krieg bedeuten könnte, daß englische Bomber jede europäische Flugzeugfabrik in ihrer Reichweite haben, während amerikanische und kanadische Fabriken weder von Europa noch von Asien her erreichbar sind, um Klarheit darüber zu gewinnen, welche großen militärischen Vorteile die angelsächsische Zusammenarbeit im Ernstfall für England und seine Verbündeten bedeutet.

Gegenüber dem steigenden Willen der angelsächsischen Wehrpolitik sind alle anderen Vorgänge über See von geringerer Bedeutung. Dennoch muß einiges verzeichnet werden: Eine neuerliche Versteifung in Brasilien, eine Folge von Grenzzwischenfällen zwischen Peru und Ekuador, die zu ähnlichen Spannungen führen können, wie sie seinerzeit zwischen Peru und Kolumbien bestanden haben; eine neue Spannung um den Gran Chaco, die ihre letzte Wurzel darin hat, daß Bolivien wieder erstarkt ist (oder zu sein glaubt) und eine Verbesserung der provisorischen Grenzziehung zu erreichen hofft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein neuer Konflikt wiederum kriegerisch ausgetragen würde. Das würde diesmal nicht so sehr eine Blamage des Völkerbundes als eine Blamage der Friedensstifter unter den südamerikanischen Mächten sein. Die Zuteilung des Friedens-Nobelpreises an den argentinischen Außenminister hätte sich dann doch als einigermassen verfrüht herausgestellt.

An einer anderen Stelle, an der dem Völkerbund verfrühte Lorbeeren gereicht worden sind, scheint sich eine Territorialrevision vorzubereiten, bei der man im besten Fall von schamhaft verhüllter Gewalt wird sprechen können: im Sandschak von Alexandrette. Hier stoßen türkischer und arabischer Nationalismus unter dünner Bewachung durch französische Mandatsträger aufeinander. Es sieht so aus, als ob die Türken sehr bald im Besitz der Herrschaft sein würden. Zur

Beruhigung der arabischen Welt wird das wenig beitragen. Während die türkische Politik durch geschicktes Ausspielen der englischen und französischen Interessen gegeneinander einen neuen Erfolg „mit friedlichen Mitteln“ errungen hat, werden die arabischen Schwierigkeiten der Franzosen in Syrien denen der Engländer in Palästina bald nichts mehr nachgeben. In Palästina herrschen Terror und Gegenterror; es steht den Engländern wenig an, über die Methoden zur Herstellung der Ordnung in anderen Staaten zu Gericht zu sitzen, wenn man ihr eigenes Verfahren in Palästina, im Hinterland von Aden und in Wasiristan beobachtet. Wir können nicht umhin, die Bemerkung anzufügen, daß Gleiches auch für kolonialpolitische Methoden gilt. Die Unruhen in Jamaika, entstanden aus einer vorsintflutlichen Arbeits- und Besitzverfassung dieser ehemaligen Sklaveninsel, haben selbst die englische Regierung genötigt, zuzugeben, daß dort Zustände herrschen, die auf die Dauer nicht geduldet werden können. Anderen Völkern würde man bei Duldung gleicher Zustände ohne weiteres die Befähigung zu kolonialer Betätigung absprechen. Bei England ist es natürlich etwas anderes.

Ob der Sieg de Valeras in den irischen Wahlen — errungen auf Grund des Vertrages mit England — auf die Dauer mehr ein irischer oder ein englischer Erfolg sein wird, bleibt dahingestellt. Zunächst einmal erscheint der Ausgleich mit Irland als einer der wenigen Punkte, die auf das Guthaben-Konto der Regierung Chamberlain geschrieben werden können. Der Ausgleich mit Italien hängt noch in der Luft; wir erinnern daran, daß er von einer Lösung der spanischen Frage abhängig gemacht worden ist. Als man den Vertrag abschloß, war die Offensive des Generals Franco zum Mittelmeer in vollem Schwung. Sowohl in Italien wie in England rechnete man mit einem baldigen Sieg der spanischen Nationalisten, durch den sich die ganze mühselige Frage der spanischen Freiwilligen von selbst gelöst hätte. Aber Franco ist nicht so schnell vorwärtsgekommen wie erwartet. Die Offensive gegen Katalonien ist am Segre steckengeblieben. Eine zweite gegen Valencia hat zwar zu der Einnahme von Castellon geführt, aber noch nicht wesentlich weiter. Ein Zusammenbruch der Valencia- und Barcelona-Regierung ist noch nicht eingetreten. Die Sowjets tun alles, um ihn hinauszuschieben, oder um inzwischen einen europäischen Krieg zu erzeugen, der den kleinen Brand in einen großen verwandeln würde. So bleibt das italienisch-englische Verhältnis noch in der Schwebe; und von einer französisch-italienischen Regelung ist zur Zeit überhaupt nicht die Rede.

Einen erfreulichen Vorgang der europäischen Politik haben wir zu buchen in Gestalt des Notenwechsels zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich sowie der Schweiz und Italien. Damit ist die Schweizer Neutralität in ihrem vollen Umfang wiederhergestellt; die Schweiz erkennt keinerlei Sanktionsverpflichtungen mehr für sich an. Einiges deutet dahin, daß Norwegen eine ähnliche Entscheidung für sich selbst vorbereitet, es ist nicht einmal unmöglich, daß Schweden und Dänemark folgen.

Im östlichen Mitteleuropa ist eine Steigerung der polnischen Aktivität bemerkenswert. Wirtschafts- und verkehrspolitisch ist Polen im Vordringen gegen die baltischen Randstaaten; militärisch hat sich die Allianz mit Rumänien gefestigt. Der Ausbau der polnisch-rumänischen Riegelstellung bei gleichzeitiger Annäherung zwischen Italien und Jugoslawien gehört zu den wichtigsten Veränderungen, die sich im Lauf der letzten Wochen in Europa vollzogen haben. Beide Vorgänge tragen ein doppeltes Gesicht...



## KARL HAUSHOFER: Bericht über den indopazifischen Raum

Der japanische Erfolg am Eisenbahnkreuz von Hsüchow mit der schnell nachfolgenden Inbetriebsetzung der Bahn Tientsin—Pukau und dem Nachstoßen längs der Lunghaibahn bis Kaifeng ist begreiflicherweise von Japan aus als ein entscheidender Sieg der Welt mitgeteilt worden, als ein Wunschtraum-Cannae, aus dessen Fängen sich mehr Chinesen lösten, als dem Sieger lieb war. Aber zwingend kann sich die Lage erst entwickeln, wenn das Eisenbahnrückgrat Chinas: die Bahn Peking—Hankau—Kanton als Verkehrsader den chinesischen Händen entgleitet oder entwunden wird und wenn es gelingt, den Weg von der in Fremdbesitz gesicherten Nachschubzentrale Hongkong zu dieser Lebensader zu unterbinden. (S. Anh. 3.) Die Zusammensetzung eines Kriegskabinetts aus den stärksten Männern in Japan beweist, daß man den Ernst der Lage erkannt hat. Vorerst hat ihn der Hwangho, der „Kummer Chinas“, durch seinen Hochwasserausbruch und seine Dammbrüche zu einer düsteren wehrgeopolitischen Wende ausgestaltet.

Vorläufig hält noch das ganze nasse Glacis Ostasiens von der Japansee über das nordchinesische Meer bis zur Straße von Formosa—Amoy—Swatau unter der Wacht der japanischen Flotte jede Fremdgewalt von See her fern; aber auch das nasse Briten-Dreieck Hongkong—Singapore—Port Darwin hält die fernöstliche und die indische Dynamik auseinander. Das ist um so wichtiger, als Australien unter einer bösen Dürre leidet, die Weideland und Weizenböden gefährdet, wie sie seit 1902 nicht mehr gefährdet waren. Sträubte sich schon vorher die Staaten- und Volksvertretung dort gegen die ihr angesonnenen Wehrlasten, so noch mehr jetzt bei dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen Wehrwille und Wirtschaftskraft in verwöhnten Hochlohngebieten.

Begreiflicherweise wird dort am lautesten, bei den Sowjets in ihrer Lauerstellung am tiefgründigsten, die Frage nach der Durchhaltmöglichkeit Japans gestellt. Sie wird in viel weiterem Rahmen, als dem des Fernen Ostens allein gesehen werden müssen. Wie zweckmäßig dafür die italienische Zusammenfassung des Mittleren und Fernen Ostens in einem hochqualifizierten Institut ist, beweist ihre Zeitschrift „Asiatica“ (Anh. 1) auf vielen Seiten, nicht zuletzt die knappe Übersicht



ihres Schriftleiters, des Herzogs C. v. Avarna di Gualtieri über das japanische Vorgehen in Nordchina (Anh. 2) und über das Vorgehen und Vortasten in Mittel- und Südchina, wobei namentlich die Skizze der reibungsgefährlichen neun Inseln und Landzungen rings um Hongkong (Sk. 2) geopolitischen Scharfblick verrät. (Anh. 3.)

„Das sino-sowjetische Endziel ist zunehmende Sowjetisierung (Anh. 4) des Machtbereichs von Chiang Kai-shek... dazu steigt die anglo-japanische Spannung“. Das Kräftebild ist im großen Rahmen gesehen. Auch andere Hebel sind deutlich genug in ihrem Ansatz zu spüren, so bei der Zusammenarbeit von Moskau mit dem linken Flügel der indischen Kongreßleute, das längs dem ganzen indopazifischen Rand der Alten Welt Brandherde wach hält, auch wenn er sich dabei des Genfer Blasebalgs und seiner Leitmotive bedient, die, wie Britanniens Labour-Leute, zwar Frieden ausläuten, aber Krieg entfachen. Fest- und Sturmgeläute wird dabei kaum mehr auseinandergehalten.

Zu falschen Kraftabschätzungen und zum Verkennen von möglicherweise nicht zu fernen neuen Antrieben innerhalb der Bewegungswucht des Afrika- wie des Fernost-Kraftfeldes im indo-pazifischen Raum von Indien aus müßte es führen, wenn man auch nur vorübergehend die Einstellung der indischen Führer zu beiden außer acht ließe.

Jawaharlal Nehru, der hochbegabte und leidenschaftliche, opferbereite, aber auch von Ressentiment zugunsten der Sowjets gegen alle faschistischen Lebensformen erfüllte, deren innerstes Wesen — trotz seinem durchaus nationalen Sozialismus — nicht begreifende Führer Jung-Indiens, hat in zwei Hauptrichtungen die künftige Stellung Indiens umrissen. Er hat offenbar in beiden Fällen den vorsichtigeren, aber schon sehr gebrechlichen Gandhi überrannt und im Gegensatz zu ihm die innere Uneinigkeitsgefahr (Jinnah-Huq-Gandhi-Auseinandersetzung; Islam-Hindu-Streit) außer acht gelassen.

Das geschah im einen Fall, gegen Nordosten, nach China in einem Begleitschreiben für Professor Tan Yun-Shan auf seinen Weg von Santiniketan nach China (im wesentlichen Inhalt veröffentlicht z. B. Amrita Bazar Patrika, 17.4.1938, S. 6 [Anh. 5]); im anderen Fall, Afrika gegenüber, in der schroffen Ablehnung der Anerkennung Äthiopiens durch den britisch-italienischen Vorvertrag, die — am 30. 4. in Allahabad veröffentlicht — am 1. Mai 1938 in Amrita Bazar Patrika (Anh. 6) erschien und in einem Atemzug Ohnmacht und Fehlgreifen des Völkerbundes anklagte, wie durchgreifende Schritte zugunsten der kollektiven Sicherheit verlangte „die aber nicht auf Imperialismus aufgebaut sein könne“.

Die Antwort auf die Frage, wie er sich das Hineinzwängen der indischen Fürstenstaaten, oder der 85 Millionen indischer Islamanhänger unter das Babu- und Hindujocheiner 51% Mehrheit des jetzigen indischen Kongreßwahlkörpers ohne imperialistische Mittel, ein Eingreifen in Afrika oder China ohne Flotten und Heere vorstelle, bleibt er bis jetzt noch immer schuldig; ebenso die weitere, weshalb die imperialistischen Taten der Sowjetgewalthaber nie in seinen allmählich zwangsläufig werdenden Gedankengängen erscheinen, sondern auch diesmal nur, als Beweis „des Aufhörens übervölkischer Moral Mandschurei, Äthiopien, Spanien und Österreich (!) als Blutzeugen der neuen Ordnung von unverfrorenem und brutalem Gangsterismus, den der Faschismus der Welt aufzuzwingen versuche“.



Das sind Wortfolgen, die wir mehr aus Moskau gewöhnt sind, woher sie auch wohl stammen, z. B. in Smirnows Drohungen. (Anh. 7, „Prawda“ v. 1. 2. 1938.)

Die Botschaft, die Tan Yun-Shan nach China mitgegeben wurde lautet: „Da Sie nach China zurückkehren, hoffe ich, daß Sie dem chinesischen Volk die tiefe Sympathie Indiens in seiner gegenwärtigen Prüfung übermitteln. Sie werden den Chinesen sagen, daß unser indisches Volk mit Schmerz und Sorge die Invasion Chinas durch das japanische Heer verfolgt habe und wie sehr es sich abgestoßen fühle durch die Brutalitäten der Einbrecher.“

„Weit weltüber sehen wir ein höchst schamloses Gangstertum in internationalen Angelegenheiten. Was bei alledem herauskommt, ist schwer zu sagen. Aber ich stimme mit Ihnen überein, daß zuletzt die Mächte, die eines guten Willens sind, über die Mächte des Bösen triumphieren werden.“

„Ich habe keinen Zweifel, daß China erfolgreich beim Zurückweisen der Invasion sein wird. Aber ich vertraue ernstlich darauf, daß es dabei nicht dem Militarismus des Westens verfallen wird, sondern sich die vornehmen Eigenschaften erhält, die es so groß in der Vergangenheit gemacht haben.“ Das wird nicht leicht sein!

„China und Indien haben durch lange Zeitalter für gewisse Ideale des menschlichen Daseins gestanden. Diese Ideale müssen den wechselnden Umständen der Welt von heute angepaßt werden. Aber sie müssen uns führend bleiben auf dem Wege in die Zukunft, wie sie es waren in der Vergangenheit. Ich traue darauf, daß es unsern beiden Ländern gegeben sein möge, zusammenzuarbeiten für die Sache des Weltfriedens und der Freiheit; und daß keiner von uns, in günstigem oder widrigem Schicksal, seine Seele verliere in der Verfolgung einzelner irdischer Vorteile.“

„Jüngste Nachrichten aus China haben uns darin bestärkt. Was uns aber am meisten ermutigt, ist die schöne Einheit, die das chinesische Volk im Angesicht von Prüfung und Unheil beweist. Es ist dieser Geist, der ins Gewicht fällt, der zählt und gewinnen muß. Wir in Indien haben viel zu lernen von diesem Beispiel von Einigkeit und Opfermut für die Sache der nationalen Freiheit...“ Das ist der scharf umrissene Ausdruck einer Selbstbestimmungs-Ideologie, von der wir sagen mögen, daß es Wort für Wort auch die nur dort völlig verkannte großdeutsche vor ihrem Erfolg gewesen sei, die wir aber jedenfalls in ihrer mittel- und fernöstlichen Prägung kennen müssen.

Nicht anders steht es mit dem Ausdruck indischer Nichtanerkennung von Besitzveränderungen in „Indiens Amerika“, Afrika — auch wenn sich das Empire damit abgefunden hat. Freilich berührt uns dabei seltsam das gleichzeitige Feststellen des Versagens des Völkerbundes und Hochstellen von Zielen, die gewaltlos nur auf dem Wege der Völkerbunds-Ideologie erreichbar hätten sein können, wenn dieser imperialistische Mittel zur Verfügung gestanden wären!

„Der Arbeitsausschuß (des indischen Kongresses) ernannte bei seinem letzten Zusammentreten einen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Ein großes Land, wie Indien, und eine Organisation, wie der Indische National-Kongreß müssen notwendig jederzeit auf die internationalen Entwicklungen Achthaben und ihre politische Einstellung zu ihnen niederlegen.“

(Das hat aber nur Sinn, wenn Macht dahintersteht!)

„Im gegenwärtigen Stande tiefgreifender Weltkrisen ist unsrerseits Wachsamkeit nötig, damit nicht die Ereignisse uns über den unvorbereiteten Kopf weggehen

und die gute Sache schädigen, die uns am Herzen liegt. In voller Erkenntnis dieser Tatsache faßte der Kongreß von Hartpura seinen Entschluß über die Außenpolitik und der Arbeitsausschuß ernannte seinen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten.“

„Vor zwanzig Jahren fast endete der Weltkrieg und in Geist und Gemüt vieler Leute war etwas Hoffnung, daß die Hochflut des Krieges gestaut sei, und die Grundlagen eines Systems kollektiver Sicherheit gelegt sein könnten. Sie schauten auf zum Völkerbund als einer Hemmung für Angreifer und einem Schutz der Gesetzes-Gehorsamen unter den Nationen. Aber die Geschichte dieser zwanzig Jahre ist ein langer Bericht von Fehlschlägen; der Bund steht heute schwach und hilflos, diskreditiert und vernachlässigt da; alle die braven Anläufe über Abrüstung und Ächtung sind in nichts verlaufen, in eitle Träume, die entschwanden, als die grausame Wirklichkeit des Tages heraufdämmerte. Die Welt bebt heute am Rand des Kriegs und der Katastrophe und gibt dreimal so viel für Rüstung aus, als 1914. Internationale Moral, schwach, wie sie immer war, hat aufgehört zu bestehen. Mandschurei, Äthiopien, Spanien und Österreich sind Blutzengen der neuen Ordnung von unverfrorenem und brutalem Gangstertum, das der Faschismus der Welt aufzwingen will.“

Die Weltrevolution in ihrer hübschen, unblutigen, russischen Form ist aber Jawaharlal Nehru kein Gangstertum frei nach Yagoda — sondern eine Friedenssendung!

„Die Liga ist paralysiert und kann nur in Begriffen des Lokalisierens von Konflikten denken, die sich aber mehr und mehr ausbreiten. Die leitenden Bundesmächte, vor allen andern die Briten, gehen über die Liga hinweg und paktieren mit den Angreifern. Friede und Sicherheit sind aufgehoben und die Starken haben freie Hand, die Schwachen zu überrennen und zu verletzen.

„Indiens Bestimmung ist, da es nun einmal aufgegangen ist in seinen eigenen Daseinsfragen und seinem Ringen um Freiheit, nicht ein passiver Zuschauer zu sein bei diesem Trauerspiel, das sein eigenes künftiges Geschick mächtig beeinflußt. Indien muß deshalb seiner Stimme unter den Nationen Gehör verschaffen und ihnen klarmachen, daß es, wenn sich eine Gelegenheit dazu ergibt, zur Tat schreiten wird für die Sache, die ihm am Herzen liegt.“ (Vorerst kann aber diese „Tat“ nur die Form des Wortes annehmen!) „Indien kann kein Teilhaber sein bei einer Außenpolitik der britischen Regierung, die mehr und mehr pro-faschistisch ist und zum Kriege führen muß. Indien wünscht Freiheit und Sicherheit und Frieden und glaubt an das System der kollektiven Sicherheit. (Äthiopien, China — früher einmal Deutschland, seine Volksgruppen haben auch daran geglaubt...!)

„Aber kollektive Sicherheit kann nicht beruhen auf Imperialismus. Die beiden sind unversöhnlich. Der Fehlschlag der Liga der Nationen ist weithin verschuldet durch die Versuche, sie als Wächter imperialistischer Macht zu mißbrauchen. Nur, wenn der Imperialismus verschwindet, dann allein kann der Traum von Frieden und Sicherheit Gestalt gewinnen.“

„Bei jeder Weltlösung der Probleme kollektiver Sicherheit und Freiheit wird Indien also ein wesentlicher Faktor. Ohne ihn gibt es keine Lösung, und die Saaten des Konflikts werden bleiben. Diese Tatsache müssen alle realisieren, die für Frieden und Sicherheit arbeiten.“ — („Realisieren“ sie überhaupt?)



# Anglo-Italienischer Ausgleich in Afrika und Mittelmeer in raumpolitischer Überschau.

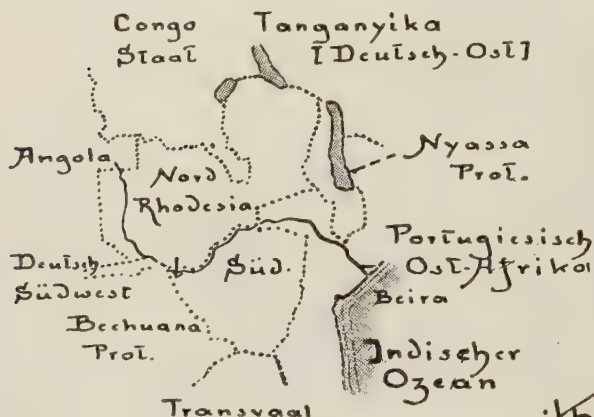


„Britannien hat neuerdings einen Pakt mit Italien geschlossen und hat der Anerkennung der italienischen Eroberung Äthiopiens zugestimmt. Es wird nun versucht, die Liga zum gleichen Verfahren zu bestimmen. Die britische Regierung

mag ihre feierlichen Verpflichtungen vergessen und die Liga und die Sache des Friedens verraten. Aber Indien muß im Überfluß klar machen, daß es an dieser schmachtvollen Politik nicht teilhaben will. Es wird Italiens Impero über Äthiopien nicht anerkennen und die Liga muß die Stellung Indiens in dieser Frage zur Kenntnis nehmen. Indien steht für Freiheit und Frieden und kollektive Sicherheit, und wird seine Stellung auf Seite der Mächte nehmen, die diese Grundsätze hochhalten und der Anerkennung der italienischen Eroberung entgegen sind...“

Das bedeutet aber doch praktisch, daß Jawaharlal Nehru zusammen mit Chander Bose ohne die Hemmung, die er noch durch Gandhi erfährt, die 363 Millionen Indiens — abgesehen vom Kampf um die eigene Freiheit — auch einsetzen würde, um den Krieg im Fernen Osten zu verewigen, russischen und angel-

### Beispiel geopolitisch unsinniger Zergrenzung



sächsischen Imperialismus über den wenigstens endemischen japanischen loszulassen; er würde auch so viele andere Imperialismen, als er dafür mobil machen könnte, zum Kriege gegen Äthiopien einsetzen wo doch eines ganz gewiß sicher ist, daß man das Regime des Negus niemals wieder aufrichten könnte, daß es höchstens zu einer Fortsetzung der unsinnigen Zergrenzung Zentralafrikas nach Norden käme, die jenseits aller Cant-Schleier doch nur dem Grundsatz: „Di-

vide et impera!“ dient, den derselbe Jawaharlal Nehru für Indien so sehr mißbilligt.

Von den seltsamen, angeblich zum Schutz der Eingeborenen bestehenden mittelafrikanischen Gebilden hat das kupferreiche Nordrhodesien eine dünne Schicht von 11 000 Weißen über 1 300 000 Schwarzen. Seit Anfang Mai ist eine Kommission unter Lord Bledisloe (dem Neu-Seeland-Kenner) unterwegs, um zu berichten, wie man eine Kooperation zwischen Nordrhodesien, Südrhodesien und Niassaland finden könnte. (Anh. 8, „Times“ 22.4.1938.) Rhodesien, selbst eine Intrusions-Schöpfung, wird von vier Gebietstreifen als fremden Rechtsrückständen (belgisch, deutsch, portugiesisch) und dem abenteuerlichen Nyassa-Protectoratsgebilde beenzt und befindet sich auf dem Wege zum Dominiumszustand. Weiter südlich ist in der Union leider die Frage einer künftigen Großbetreuung von Afrika durch europäische Zusammenarbeit (von der „Volta“-Tagung der K. Italien. Akademie weitsichtigerweise auf ihr Herbstprogramm gesetzt), mit zum Gegenstand eines Wahlkampfes geworden, in dem zwar einige Führer und Minister die Wiederkehr der Deutschen nach Afrika sehr begrüßten, selbst aber jede Rückgabe von Deutsch-Südwest ablehnten und an der von Indien aus umstürzten Farbenschanke festhalten zu wollen erklärten. (Anh. 9.) Dadurch reißt der Spalt zwischen der



notgedrungen in Kompromissen hin und her pendelnden Reichspolitik gegenüber der Inder- und Negerfrage und der scharfen Proklamierung von Weiß-Südafrika und Weiß-Australien der Dominien immer weiter; es kommt der Gefahrpunkt in Sicht, wo die Gegensätze nicht mehr überbrückt werden können, nicht zuletzt wegen überstarkem indischen Druck.

Der Kongreßbeschuß vom 19. 2. 1938 legte diesen Druck auf Antrag von Subhas Chandra Bose, dem jetzigen Präsidenten, in folgendem Wortlaut fest: „Der Kongreß ist bereit, alles, was in seiner Macht liegt, zu tun, zur Verbesserung der Daseinsbedingungen und zum Schutz ihrer Belange für alle Inder, die in Ceylon, Südafrika, Ostafrika einschließlich Kenya, Uganda, Tanganjika und Sansibar usw. wohnen.“ Diese Kraft ist bereits zu Gunsten der 70% Inder in Mauritius nachdrücklich eingesetzt worden; ebenso durch einen Gewürznelkenstreik gegen Sansibar (wo sie Stapelausfuhrgut sind). 40 Vertreter der Außen-Inder wohnten dem Kongreß bei, kehrten allerdings enttäuscht zurück.

Die Regierungen von Kenya und Ceylon wurden vor Inder-feindlichen Maßnahmen gewarnt; auch bereits die Südafrikanische Union; und nun geht Jawaharlal Nehru weit darüber hinaus und warnt Japan und Italien! Mindestens steht die Boykottmöglichkeit von 363 Millionen und eine Schar leidenschaftlicher Agitatoren, eine nicht unansehnliche Presse dahinter; und die Dreiecksmächte sollten nichts an Aufklärung in Indien unterlassen, z. B. darüber, daß ihnen nicht einfällt, Indien in seinem Ringen um Selbstbestimmung hemmen zu wollen, und daß die Inder sich weit eher darum an die Westmächte halten müßten, die in Afrika und beiden Indien den Ton angeben und freie Wahl hätten, ihre Selbstbestimmungstheorien in Praxis umzuwandeln. Österreich hat mit ungeheurer Stimmenmehrheit bezeugt, daß es sich nicht unter die „Blutzeugen für Gangstertum“ des indischen Volksführers eingereiht zu sehen wünscht. Wenn er bei allem Radikalismus so ehrlich ist, wie wir ihn jetzt noch halten können, wird er das in irgendeiner Form so öffentlich zugeben müssen, wie er die Beleidigungen (Anh. 5 und 6) gegen Großdeutschland geschleudert hat.

Glaubt er ernstlich, daß irgend etwas in Ostasien besser wird, wenn sich der russische Imperialismus zu Lande, der amerikanische, der britische, der französische zur See in die Auseinandersetzung zwischen China und Japan mischen, die doch beide asiatische Mächte auf Asiens Boden sind? Hat Französisch-Indochina, hat Britisch-Indien, hat das von den Sowjets übermannte Gebiet Turkestans, der äußeren Mongolei Selbstbestimmung? Sind die Philippinen wirklich schon frei? Wenn das alles bejaht werden kann, wollen wir über Mitteleuropa weiter reden. Vorläufig werden 31½ Millionen Deutsche allein von Prag aus dort ebenso schlecht behandelt, wie Inder in Afrika, mit dem Segen von London und Paris.

#### Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum VII/38

1. „Asiatica“ heißt die vorzüglich geleitete Zeitschrift des Istituto per il Medio ed Estremo Oriente in Rom, das Mittleren und Fernen Osten in großer Übersicht zusammenfaßt und regelmäßig wertvolle Urteile und Zusammenfassungen bringt. Darin erschien u. a.

2. Carlo Avarna di Gualtieri: L'Avanzata Giapponese nella Cina Settentrionale-Asiatica, Jahrg. III, Fasc. V, Rom 1937. Hier sind auf wenigen Seiten zunächst klar und scharf die inneren Gründe des japanischen Vorgehens umrissen, unter Würdigung auch des „Economist“ (11. 9. 37: „Japans capacity for war“), dann der Abkommensversuche durch

General Umetsu und Doihara, dann der beiderseitigen Kräfte und Kraftanspannungs-Möglichkeiten, der Bewaffnung und ihrer Buntscheckigkeit in China. V. rechnet mit einer japanischen Kriegsstärke von 5 Mill. Mann; dann aber wird der Industrieapparat schwer in Mitleidenschaft gezogen, ohne diesen Eingriff rechnen andere mit 2 Mill. über See verfügbarer Bestände. Gute Skizzen der Ausgangslage im Norden und bei Shanghai, dann zur Bedeutung von Singapore erläutern die knappe Schau.

3. Carlo Avarna di Gualtieri: *L'Avanzata Giapponese nella Cina Centrale e verso la Cina Meridionale*. „*Asiatica*“, Jahrg. III, Bd. 1 Rom, 1938. Hier ist die Weiterentwicklung in Mittel- und Südchina nach der Einnahme von Shanghai behandelt, mit den bemerkenswerten Versuchen des Herantastens an die ausmärkische Rüstungs-Hauptetappe Chinas in Hongkong. Auch hier liegt eine geographisch solid untermauerte großzügige Lagenübersicht vor, der wir die Skizze des Herantastens an Hongkong—Kanton—Makao als geopolitische Feinkost eines Vorführens vom Ozean durch eine strombestimmte Landschaft an Gebirgsländer gleich dahinter entnehmen.

4. „*Far Eastern Review*“, Bd. XXXIV, Nr. 4, Shanghai, April 1938, S. 121—124, K. S. Inui: „*The Second Kuomintang-Communist Partnership. The Present Status and Its Future*“ versucht die Methoden der zweiten Zusammenarbeit zu ergründen und die schwierige Doppelrolle Chiang Kai-Sheks zu erklären, die notwendig in Vordringen des roten Einflusses münden muß (vgl. u. a. die Lobeserhebungen über die VIII. Rote-Armee auf S. 123). V. sagt weitere Anlehnung an Rußland und Steigerung des Sowjeteinflusses voraus. Der Marschall durchschaue wohl, daß die Reise auf eine „Volksfront“ zugehe, habe sich aber bereits zu sehr in deren Hände begeben, um sich noch loslösen zu können.

Im Gegensatz zu dieser düsteren Auffassung sieht „*Kaizo*“ S. 126 eine Wiedergeburt der asiatischen Rassen in hoffnungsvollem Lichte. S. 128 u. 129: „*Soviet Activity in Siberia*“ und „*Communist Plottings in the Far East*“ mit Skizze der sowjetisierten Gebiete — die namentlich Jawaharlal Nehru zu einer Revision seiner Ansichten über Rußlands Freiheit von Imperialismus bringen könnten.

5. „*Amrita Bazar Patrika*“ 17. 4. 1938 S. 6 über die Botschaft, die Prof. Tan Yun-Shuan in Santiniketan von Jawaharlal Nehru nach China mitbekam. Wesentliche Teile des „*Fine National Unity*“ u. „*Inspiring Message to China*“ überschriebenen Manifestes sind wegen der Wichtigkeit im Wortlaut übersetzt.

Ebenso wie 6. „*Amrita Bazar Patrika*“ v. 1. 5. 1938: „*Italy's Conquest of Ethiopia-India not to recognize*“, mit schärfsten Ausfällen gegen Völkerbund und britische Reichspolitik.

7. „*Prawda*“ v. 1. 2. 1938. Rede des Volkskommissars der Kriegsmarine Smirnow „... die Heimat gegen die Versuche des Einbruchs faschistischer Räuber von See aus zu schützen...“ (bis jetzt ist noch immer Rußland eingebrochen!), „wird den Feind zerschmettern, wo und wann es sich für die Interessen für notwendig erweisen wird“ usw.

8. „*Times*“ v. 22. 4. 1938: „*One Rhodesia or two?*“ über die Bestrebungen zur Amalgamation des werdenden Dominiums, die mit den Schwankungen sehr irdischer Leitmotive (Kupferertrag; Menschenreservoir) bald gedrängt oder gehemmt wird und nun von einer Kommission untersucht werden soll.

9. So laut „*Deutsch-Afrikaner*“ v. 4. 5. 1938 Dr. Malan, General Smuts, Minister Pirow: Bemerkenswert die Smuts-Malan-Kontroverse über Deutsch-Südwest. Alle möchten Deutschland wieder in Afrika haben, aber keiner will Opfer dafür bringen.



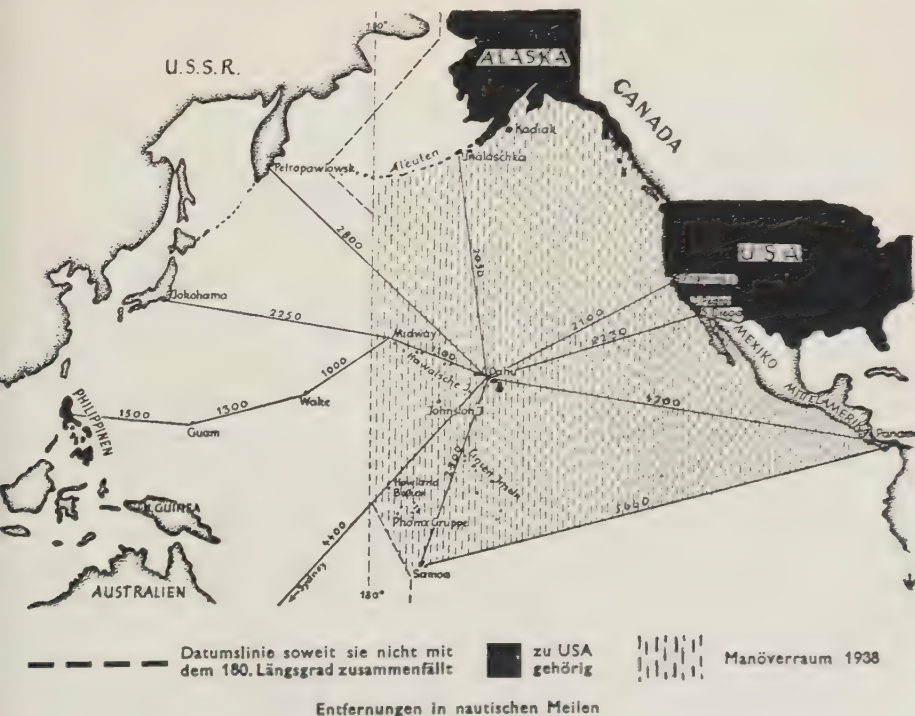
**KLAUS MEHNERT:****Problem XIX. US.-Flottenmanöver im Pazifik 1938**

Honolulu, 17. Juni 1938.

Manöverraum: 12 000 000 Quadratmeilen

Zwischen Mitternacht und Morgengrauen am Dienstag, den 15. März 1938 — also zum erstenmal in der Geschichte der amerikanischen Flottenmanöver im Dunkel der Nacht — lief die US.-Flotte aus den beiden kalifornischen Kriegshäfen aus: die Schlachtschiffe und Panzerkreuzer aus San Pedro, aus San Diego die Zerstörer, U-Boote und Flugzeugträger. In diesem Augenblick begannen die nach Beteiligung und Fläche größten je im Stillen Ozean abgehaltenen Manöver. Die Manöver, weil es sich nicht um eine fortlaufende Kampfhandlung handelte, sondern vielmehr im Verlaufe von sechs Wochen (15. März bis 28. April) eine Reihe verschiedener Aufgaben durchgespielt wurden, alle zusammengefaßt unter dem Namen „Problem XIX“.

Admiral Bloch, „Commander—in chief of the U.S.Fleet“ — gewöhnlich abgekürzt „Cincus“ genannt —, erklärte bei Abschluß der Manöver, die Auswertung ihres Ablaufs werde viele Monate in Anspruch nehmen. Da es aber höchst fraglich ist, ob angesichts des neuerlichen Bestrebens der Amerikaner zur Geheimhaltung jemals mehr bekannt wird als bis jetzt durch die engen Maschen der Marinepresseabteilung geschlüpft ist oder von der findigen amerikanischen Presse ausgekundschaftet wurde, erscheint eine Untersuchung der Manöverergebnisse mit dem heute vorliegenden Material berechtigt. Dies um so mehr, als bei den Vorgängen am asiatischen Ufer des Pazifik die im Zentrum dieses Ozeans abgehaltenen Kriegsspiele mehr als das in anderen Jahren übliche Interesse verdienen.



Der Raum von rund 12 Millionen Quadratmeilen, in dem sich die amerikanischen Manöver abspielten — und dieser ist identisch mit dem Aufmarschraum der amerikanischen Flotte im Ernstfall — ist begrenzt im Osten und Norden durch Mittel- und Nordamerika von Panama bis hinauf nach Alaska mit seinen wachsenden militärischen Stützpunkten in Kodiak und Unalaska, im Westen von der Linie Aleuten, hawaiische Inseln, amerikanische Äquatorialinseln (einschließlich der kürzlich erworbenen — siehe Maiheft der Geopolitik — Canton und Enderbury) bis Pago Pago auf Amerikanisch-Samoa. Diese Linie fällt beinahe mit der Datumsgrenze zusammen, also dem 180. Längengrad, der auf Grund einer freundlichen Gepflogenheit von Amerika sowohl als von Japan als äußerste Grenze ihrer Kriegsspiele eingehalten wird. Der westlichste von USA. innerhalb dieser Grenzen verwertete Punkt sind die Midway Islands, zwei von einem Korallenriff beschützte Inseln, die schon seit zwei Jahren als Stützpunkt des transpazifischen Flugdienstes dienen und gegenwärtig von Hawai aus mit erheblichem Kostenaufwand weiter ausgebaut werden. Trotz ihres Namens sind sie nur 2250 Meilen von Yokohama, dagegen 2800 Meilen von San Franzisko entfernt.

Da in einem pazifischen Krieg, an dem Amerika beteiligt wäre, der hawaiische Archipel, vor allem die stark befestigte Insel Oahu mit dem Kriegshafen Pearl Harbor und der Stadt Honolulu, die Schlüsselstellung im Stillen Ozean inne hat, haben sich auch in diesem Jahre die Manöver im wesentlichen im hawaiischen Raum abgespielt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß einzelne Einheiten auch weiter nach Norden und Süden vorstießen. So wurden zum Beispiel 7 U-Boote als von Kalifornien zu den Manövern ausgelaufen gemeldet, ohne je auf Hawai eingetroffen zu sein. Doch ist darüber sowie über die Rolle des kürzlich in Alaska stationierten Fluggeschwaders nichts bekanntgeworden.

#### Aufmarsch gegen Hawai

Die erste Aufgabe innerhalb des Problems XIX bestand in einer Verteidigung der kalifornischen Küste durch Weiß gegen einen Angriff von Schwarz. Die schnelle Weiße Flotte setzte sich aus Panzerkreuzern und einer großen Zahl — offenbar von Landstützpunkten aus operierenden — schweren Aufklärungs-Flugzeugen mit weitem Flugradius zusammen und wurde von Vizeadmiral Tarrant kommandiert. Der Gegner, unter dem Befehl von Admiral Kalbfus, war im Besitz der Schlachtschiffe, Flugzeugträger und Zerstörer und daher stärker, aber langsamer. In politische Realität übertragen bedeutet das: Eine überlegene, aber nicht sehr bewegliche japanische Schlachtflotte ist zur Nähe der kalifornischen Küste durchgedrungen, während die amerikanischen Hauptstreitkräfte anderweitig, vielleicht in Alaska, tätig sind, so daß die Aufgabe der Verteidigung in den Händen einer schwächeren, aber schnelleren amerikanischen Flotte und einer erheblichen Luftwaffe liegt. Über den Ausgang der ersten Kampfhandlung mit dem „Cincus“, Admiral Bloch, als Schiedsrichter ist der Schleier des Geheimnisses nicht gelüftet worden.

Dieser Phase folgen erst taktische Übungen auf hoher See und dann die Formierung der Streitkräfte zum zweiten und entscheidenden Akt des Problems XIX, dem Angriff von Blau auf das von Rot unter Konteradmiral Murphin, dem Kommandeur des 14., also hawaiischen, Flottendistrikts verteidigte Hawai. Wieder ist der Verteidiger an Kräften unterlegen, da die im Kriegsfall sehr mögliche Lage durch-



gespielt werden soll: Eine weit überlegene japanische Flotte greift Hawai an, während die gesamte amerikanische Flotte mit Ausnahme der regelmäßig in Pearl Harbor stationierten Einheiten (4 Zerstörer, 13 U-Boote, 5 Minenleger, 4 Minensucher und etwa 72 Marineflugzeuge) und einiger zufällig in der Nähe befindlicher Streitkräfte abwesend ist, also wohl in Kalifornien oder auf dem Wege von Kalifornien nach Hawai.

### Blau gegen Rot

Wie erinnerlich hatten sich vor kurzem einige amerikanische Kriegsschiffe an der 150-Jahres-Feier Australiens beteiligt: der schwere Kreuzer Louisville und die leichten Kreuzer Memphis, Milwaukee und Trenton. Die Louisville machte anschließend eine Südseefahrt und befand sich zu Beginn der Manöver zwischen Samoa und Hawai. Die leichten Kreuzer, die den vielbeachteten Abstecher zu den britischen Manövern anlässlich der Einweihung der neuen Anlagen Singapores unternommen hatten, um dort als symbolische Geste Japan gegenüber das Sternenbanner neben dem Union Jack betont freundschaftlich flattern zu lassen, lagen bei Ausbruch der Feindseligkeiten in Guam. Obgleich allgemein angenommen wurde, daß die 3 leichten Kreuzer zu den roten Verteidigern stoßen würden, erschienen sie erst am 31. März, also zu spät, in Hawai. Ihre Bewegungen zwischen Guam und Hawai wurden nicht mitgeteilt.

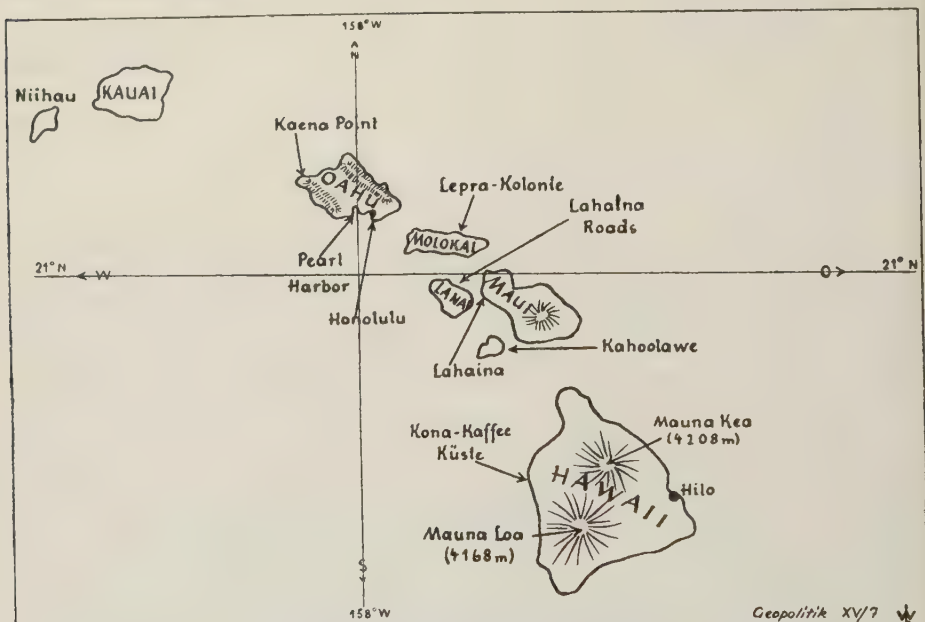
Am 23. und 24. verstärkt sich die rote Streitmacht erheblich: Die Louisville trifft ein, ferner von der Hauptflotte zur Unterstützung von Rot kommandiert der leichte Kreuzer Richmond als U-Boot-Flaggschiff mit dem U-Boot-Oberbefehlshaber Konteradmiral Freeman an Bord, der Kreuzer Detroit als Flaggschiff des Oberbefehlshabers der Zerstörer in der „battle force“, Konteradmiral W. R. Sexton, mit 18 Zerstörern, der Wasserflugzeug-Tender Langley mit einigen Flugzeugen. Auch befindet sich der schwere Kreuzer Salt Lake City, der während der vorausgegangenen Wochen im Dock von Pearl Harbor überholt worden war, auf Oahu. Und endlich hat die Armee einige Geschwader ihrer modernen Aufklärungsbomber der roten Flottenleitung zur Verfügung gestellt, obgleich im übrigen die diesjährigen, sich zeitlich überschneidenden Manöver von Armee und Flotte auf Hawai völlig getrennt durchgeführt werden. Im Vergleich mit der sich nahenden blauen Flotte sind diese roten Streitkräfte zahlenmäßig nicht sehr imposant, vor allem wenn man berücksichtigt, daß die zu Rot abkommandierten Zerstörer während des Weltkrieges oder unmittelbar nach ihm vom Stapel liefen.

Aber dieses Kräfteverhältnis ist erklärlich. Nicht nur, weil — wie böse Zungen wohl nicht zu Unrecht behaupten — die Flottenleitung Oahu prinzipiell vom Angreifer erobern läßt, um einen guten Grund zur Anforderung neuer Mittel vom Kongreß zum weiteren Ausbau seiner Befestigungen zu haben. Auch im Ernstfalle müßte Amerika damit rechnen, daß Oahu von den normalerweise dort stationierten sowie zufällig in der Nähe befindlichen Streitkräften ohne Hilfe der Hauptflotte verteidigt werden muß.

### Der Angriff

Am 21. März 13 Uhr nachmittags wird etwas über 1000 Meilen Ostnordost von Oahu die Vorhut der herandampfenden blauen Flotte von einem Passagierdampfer gesichtet. Der Krieg beginnt. Ununterbrochen steigen Marineflugzeuge von der

mitten im Kriegshafen Pearl Harbor gelegenen Ford-Insel mit dem Flugplatz Luke Field zu ausgedehnten Patrouillenflügen auf. Um ihren Radius weiter zu vergrößern, werden auch auf entfernten Inseln des hawaiischen Archipels rote Flugzeuge stationiert, so auf der Insel Hawai (150 Meilen südöstlich von Honolulu) und offenbar auch auf French Frigate Shoal (500 Meilen westlich von Honolulu). Nur diese beiden Inseln werden ausdrücklich genannt, doch ist anzunehmen, daß die Marineflugzeuge auch auf anderen verfügbaren Flugplätzen in weitem Umkreis um Oahu Kampfpositionen beziehen, da am 24. die Bomber der Armee die unmittelbare Verteidigung von Oahu und Pearl Harbor übernehmen. Dagegen scheinen die in der hiesigen Presse aufgetauchten Gerüchte vom Flug eines Bombengeschwaders nach der Amerika gehörenden, aber im japanischen Mandatsgebiet gelegenen Insel Guam reine Erfindung gewesen zu sein.



Hauptinseln des Hawaiischen Archipels

Am selben Tage verlassen die Kreuzer Salt Lake City, Richmond und 23 andere Kriegsschiffe Pearl Harbor, um Fühlung mit dem Feinde aufzunehmen. Bei Nacht fahren jetzt alle beteiligten Schiffe abgeblendet. Radiostille ist verhängt. Das Wetter begünstigt den Angreifer. Stürmische See und schlechte Sicht erleichterten ihm, sich heranzupirschen. Am 27. erfolgt der erste Zusammenstoß, sein Ergebnis wird nicht bekanntgegeben, aber wie nicht anders zu erwarten, weicht Rot in Richtung auf Pearl Harbor vor der Übermacht zurück.

Am Montag, den 28. März, dröhnt der Himmel den ganzen Tag von Flugmotoren. Das Wetter hat aufgeklart. Geschwader nach Geschwader der Marineluftwaffe werden dem nahenden Feind entgegengeworfen, während die schweren Armeebomber Oahu wachsam umkreisen. Sie bekommen Arbeit, als am Dienstag vom blauen Flugzeugträger Lexington aus die ersten Bombenangriffe auf Pearl Harbor



erfolgten. Die auf Oahu stationierten und die von den Trägern aus operierenden Maschinen zusammengerechnet befinden sich jetzt etwa 700 Kriegersflugzeuge in den hawaischen Gewässern. Am nächsten Tage freilich muß die Lexington aus dem Kampf gezogen werden, weil 500 von ihrer aus 1800 Mann bestehenden Besatzung infolge einer Mandelentzündung-Epidemie vom Dienst befreit werden. Das mächtige Schiff schaukelt darauf für den Rest des Kampfes friedlich nicht weit vom Strand von Waikiki auf den breiten Wogen. Trotzdem ist die blaue Luftüberlegenheit unbestritten. Immer häufiger erscheinen die feindlichen Maschinen über den Inseln. So „vernichten“ am 29. nachmittags um 16 Uhr 50 blaue Sturzbomber Hilo, die holzgebaute Hauptstadt der Insel Hawai. Pearl Harbor ist völlig entblößt von Schiffen. Alle befinden sich im Kampf mit der blauen Flotte, die U-Boote, Zerstörer und zu Zerstörern designierte Minensucher sind bestrebt, den Gegner zu schwächen, während die Minenleger die wesentlichsten Zufahrtstraßen mit Minen verseuchen. Die Einzelheiten dieser Kämpfe sind geheimgehalten worden, aber aus allem läßt sich entnehmen, daß es Blau gelang, die weit unterlegenen roten Streitkräfte, wenn auch nicht ohne Opfer, niederzukämpfen.

### Die Eroberung Oahus

Mittwoch, der 30. März, ist der Höhe- und Schlußpunkt des Kampfes. Mit Einsatz aller zur Verfügung stehenden Luft- und Seestreitkräfte greift Blau Oahu und Maui (eine andere der 5 großen Inseln des Archipels) an. In den Nachmittagsstunden erfolgt die Entscheidung. Im Schutz der Flugzeuge eines der großen Mutterschiffe, die allen Widerstand niedermachen, landen Teile des auf dem Rückweg von China zu den Manövern kommandierten 6. Marineregiments nahe Lahaina an der Südküste von Westmaui. Dabei zeigte sich, mit welchen Schwierigkeiten jedes Landungsmanöver auf den Inseln des Pazifischen Ozeans zu rechnen hat. Fast auf allen Seiten sind sie von einem schützenden Gürtel umbrandeter Korallenriffe umgeben. Obgleich Blau eine Stelle der Küste wählt, die verhältnismäßig harmlos ist, und obgleich das Feuer der verteidigenden roten Flugzeuge nur in der Einbildung besteht, sinken 9 Motorboote in der Brandung, davon 4 völlig zerschmettert, und werden 8 Marinesoldaten verletzt, 3 schwer.

Als 16.15 Uhr ein Massenluftangriff der Blauen auf die Verteidigungs- und Hafenanlagen Oahus einsetzt, ist es offensichtlich, daß nach Ansicht der Schiedsrichter die Verteidigung von Rot in einem Maße niedergekämpft ist, daß Blau Luft und Wasser beherrscht. Nachdem Blau mit Sturz- und schweren Bombern die letzten Spuren des Widerstandes gebrochen hat, schließt die zweite, die blau-rote Phase des Problems XIX, mit der Eroberung Oahus und damit des hawaischen Archipels.

### Lehren der blau-roten Phase

Was ist damit gezeigt? Zum ersten, daß die Marine auch in diesem Jahr den Sieg der Angreifer herbeiführte, um mehr Dollars für den künftigen Ausbau der Verteidigung locker zu machen. Und in der Tat: schon werden von Vertretern der Marine im Kongreß zu dem diesjährigen Rekordbudget der Flotte zusätzliche Bewilligungen zum Ausbau speziell der Verteidigungsanlagen auf Oahu gefordert. Zweitens: die geringen ständigen Seestreitkräfte Oahus zusammen mit der Marineluftflotte und einem Teil der Armeeluftflotte sind nicht in der Lage, einen weit überlegenen Gegner, dem ein Vielfaches an Schiffen und Flugzeugen zur Verfügung steht, zurückzuschlagen.

Aber das hat auch niemand erwartet, und im Ernstfalle würde der Verteidigung eine hervorragend ausgerüstete Division der Armee und eine starke Küstenartillerie, zusammen 20 000 Mann, also  $\frac{1}{8}$  der USA.-Armee, zur Verfügung stehen. Da, wie erwähnt, in diesem Jahre, im Unterschied zu 1937, absichtlich Armee und Flotte getrennt ihre Manöver durchführten (abgesehen von den Flugzeugen, welche die Armee der Flotte lieh), wurde also eine Lage angenommen, als wenn etwa ein kleiner Teil der amerikanischen Flotte eine kaum verteidigte, jedoch mit ein paar Flugplätzen und Flugzeugen versehene Insel, beispielshalber Samoa, gegen fast die ganze japanische Flotte verteidigen müßte. Oder mit anderen Worten: Es wurde auf der Basis einmal festgesetzter unabhängiger Armee- und Flottenmanöver eine Lage durchgespielt, die die Flotte — und ebenso auch die Armee — zu einer vielseitigen Übung zwang, von der man aber Schlüsse für den tatsächlich möglichen Ablauf eines Kampfes um Hawai nur sehr bedingt ziehen darf.

Ein Beispiel: Es ist natürlich theoretisch durchaus denkbar, daß es einem Angreifer gelingt, nach schwerem und opferreichem Kampf die starken Küstenbatterien in den Forts an der Südküste Oahus zum Schweigen zu bringen. Er könnte das aber nur, wenn er vorher die Herrschaft über den Luftraum an sich gerissen hat, was wiederum angesichts der starken Luftflotte und Luftabwehr der Armee in Oahu nur unter Opferung eines großen Teiles seiner eigenen Luftflotte möglich wäre. Daß er aber in unversehrter Stärke im Schatten der Küstenartillerie seine Angriffe durchführt, ist nur möglich, wenn man deren Vorhandensein manövernäßig übersieht.

### Bomber oder Zerstörer?

Der ganze Kampf um Oahu hatte sich in einem Wetter abgespielt, wie es die durch Sonnenschein und laue Lüfte verwöhnten Hawaier selten zu sehen bekommen. Mit kurzen Unterbrechungen tobte ein wütender Sturm, und tropische Regengüsse aus niedrig hängenden Wolken peitschten Land und See. Einstimmig versicherten die Fliegeroffiziere, nie in solchem Wetter geflogen zu haben. Der Höhepunkt des Manövers, der 30. März, fiel mit dem Tiefpunkt des Wetters zusammen und ist der schwarze Tag der diesjährigen Kriegsspiele, der elf Marinefliegern den Tod brachte.

Von den Flugzeugen, die zwischen drei und vier Uhr morgens an diesem Mittwoch zum Patrouillendienst und zur Abwehr der überlegenen blauen Kräfte aufstiegen, wurde einer der im Januar von San Diego nach Honolulu geflogenen Aufklärungsbomber um 5,30 Uhr knappe 150 Meter vor Kaena Point, der nordwestlichsten Spitze von Oahu, zerstört. Der Pilot war, durch die niedrige Wolkendecke gezwungen, sehr niedrig geflogen, als plötzlich die Felsen von Kaena Point aus dem Regen vor ihm auftauchten. Indem er die Maschine zur Seite warf, um der Zerschmetterung am Ufer zu entgehen, stieß er mit einem der beiden Flügel in das hochgehende Meer. Das Flugzeug wurde zerschmettert und sank. Von der siebenköpfigen Besatzung konnten sich nur zwei, der Maschinistenmaat und der Radiomann, schwimmend ans Land retten.

Ein zweiter Aufklärungsbomber, der gleichzeitig aufgestiegen war mit der Aufgabe, nordwestlich von Oahu bis zu einer Entfernung von 200 Meilen zu operieren, kehrte von seinem Flug nicht zurück. Die Marineleitung befahl am selben Vormittag die ausgedehnteste Suche in der Geschichte der amerikanischen Flotte. Unter dem Kommando von Konteradmiral Sexton beteiligten sich zwei Tage und eine Nacht 70 Kriegsschiffe und tags 240 Flugzeuge an einer energischen und bei Nacht mit Scheinwerfern durchgeführten Suche auf einer Wasserfläche von 100 000 Quadratmeilen. Als aber bis zum 31. abends um 23 Uhr keine Spur von dem Flugzeug und seiner sechsköpfigen Besatzung gefunden war, wurden die Bemühungen eingestellt.

Ein anderer Aufklärungsbomber der Flotte war schon am 26. auf hoher See durch Aussetzen eines Motors zur Notlandung gezwungen worden und im Sturm gesunken, während die Besatzung vom schweren Kreuzer Salt Lake City gerettet werden konnte. Sieben weitere Flugzeuge waren während dieser Tage zu Notlandungen gezwungen worden, ohne jedoch zu Verlusten an Menschen oder Material zu führen. Auch hatten zwei Flugzeuge des Trägers Saratoga Pech und fielen beim Landen auf dem Schiff ins Meer, und eine Maschine hatte einen Unfall beim Aufstieg vom Träger Ranger, ohne jedoch ernstlichen Schaden zu leiden.

Bei der Frage nach der Verantwortung ist zweifellos das Wetter an erster Stelle zu nennen. Außerdem wurde die Vermutung geäußert, daß die für die Dauer der Manöver verhängte Radiostille den durch ungewöhnlich schlechte Sicht gehinderten Flugzeugen die Orientierung



noch weiter erschwerte. Sicher scheint jedenfalls, daß diese Unglücksfälle mit einem Verlust von 11 Leben und  $\frac{2}{3}$  Mill. Dollar an materiellen Werten der in den letzten Jahren, vor allem nach den Manövern von 1937, in Marinekreisen gewachsenen Überzeugung, daß Aufklärungsbomber mit weitem Flugradius die Zerstörer als „Augen“ der Flotte ersetzen könnten, einen empfindlichen Stoß versetzt haben. Heute bringt die Presse einen ausführlichen und ungemein scharfen Angriff des Senators Nye gegen die Flottenleitung. Er sieht ihre Schuld an den Katastrophen in Hawai und an vorausgegangenen Flugunglücken der Flotte auf dem Festland (vom 5. Januar bis 30. März verloren 31 amerikanische Marineflieger ihr Leben) vor allem in dem Bestreben der Flottenleitung, die neue Theorie von dem Ersatz der Zerstörer durch Aufklärungsbomber trotz des Sturmwetters zu erproben.

### Die Flotte verschwindet

Nach der Eroberung Oahus wurde die Flotte teilweise in Pearl Harbor, teilweise in Hilo und in ihrem größten Teil in dem geschützten Raum zwischen den Inseln Molokai, Maui und Lanai, Lahaina Roads genannt, wieder mit Brennstoff usw. ausgerüstet, und nach einem ruhigen Wochenende dampfte die gesamte Kriegsmacht am Montag, den 4. April, um 7.15 Uhr wieder auf hohe See. Über keinen Abschnitt der Manöver ist so wenig bekanntgeworden wie über die Tage vom Montag bis Freitag dieser Woche. Die Uneingeweihten wissen lediglich, daß am Montag früh um 9.30 Uhr das letzte Schiff am nördlichen Horizont verschwand und das erste Schiff am Freitag wieder in Sicht Oahus kam.

Auf Grund von Gerüchten konnte man annehmen, diese besondere Heimlichkeit stehe mit der Tatsache in Verbindung, daß die Flotte während dieser Tage am weitesten westlich, also dem japanischen Mandats-Inselreich am nächsten kam. Wahrscheinlich operierte sie entlang dem hawaischen Inselbogen in Richtung Midway und nach Südosten zur Amerika gehörigen Johnston-Insel. Doch erscheint es ausgeschlossen, schon allein aus zeitlichen und räumlichen Gründen, daß sie die Datumlinie überschritt. Das Flaggschiff der Hilfsflotte Argonne mit Konteradmiral Watts, die Tanker Neches und Brazos, die Zerstörertender Whitney und Dobbin, das Reparaturschiff Vestal, das Spitalschiff Relief und andere Hilfsschiffe beteiligten sich nicht an diesem Abschnitt der Übungen, sondern sammelten sich im Laufe des Montagabend in Pearl Harbor.

### Landurlaub

Freitag, den 8. April begannen Honolulu große Tage, seit dem frühen Morgen schoben sich die grauen Umriss der gesamten Flotte durch den Kanal nach Pearl Harbor zu einer zehntägigen Ruhepause. Nur die drei großen Flugzeugträger Saratoga, Lexington und Raner blieben auf der Reede von Waikiki, von unzähligen Flugzeugflügeln wie von gelben Schuppen bedeckt.

Das Wort „Ruhepause“ ist bedingt zu verstehen. Es bedeutet Ruhe vom Dienst, aber ob der einzelne Mann und Offizier mehr zum Schlafen kam als inmitten des anstrengendsten Manövers, muß jedem zweifelhaft erscheinen, der weiß, mit welcher Spannung die gesamte Weiblichkeit der Insel dem Freudenruf „The fleet's in“ entgegengesehen hatte und welche Unmenge von Bällen, Einladungen, Vorführungen und anderen „Entertainments“ der Matrosen warteten. Die braunen Hulamädchen tanzten Tag und Nacht, ununterbrochen schob sich die Armee weißgekleideter blumenbekränzter Offiziere und Matrosen durch die Straßen und Lokale der Stadt, und ganz Oahu stand ausschließlich im Zeichen des Flottenbesuchs.

Während dieser 10 Tage erreichte die Konzentration der amerikanischen Streitkräfte auf Hawai ihren Höhepunkt. Im ruhigen Wasser von Pearl Harbor spiegelten sich 9 Schlachtschiffe, 15 schwere Kreuzer, 5 leichte Kreuzer, 59 Zerstörer, 9 Minenschiffe, 16 U-Boote,

4 U-Boot-Tender, 3 Zerstörer-Tender, 4 Flugzeug-Tender, 10 Hilfsschiffe und 1 demobilisiertes Schlachtschiff (Utah), das die 1400 Marinesoldaten nach USA. bringen sollte. Zusammen mit den aus Kalifornien ausgelaufenen, aber nicht in Hawai eingetroffenen 7 U-Booten und den 3 Flugzeugträgern vor Waikiki 145 Kriegsschiffe. An Kriegsflugzeugen befanden sich auf Oahu 700 und an Personal in Armee und Flotte rund 75 000 Mann.

### Purpur gegen Grün

In der Nacht von Sonntag auf Montag (17./18. April) begann der letzte große Abschnitt der Manöver. Ein Teil der Flotte unter Vizeadmiral Tarrant auf dem Flaggschiff, dem schweren Kreuzer Indianapolis, verließ Pearl Harbor, um als grüne Flotte zusammen mit in Kalifornien stationierten Flugzeugen die kalifornische Küste gegen die später nachfolgende Purpurflotte, bestehend aus der Hauptmacht, zu verteidigen. Auch das Auslaufen selbst wurde als Übung verwandt. Es wurde angenommen, daß die Gewässer um Oahu von feindlichen U-Booten verseucht seien, während die grüne Flotte die Aufgabe hatte, in raschem Ausfall aus Pearl Harbor auf hohe See durchzustoßen. Den ganzen Sonntag waren infolgedessen Patrouillenflugzeuge zur Sicherung über dem Meer, und in ihrem Schutz erfolgte früh am Montag der Ausfall der grünen Schiffe, schneller und feuerkräftiger Einheiten. Das Tempo des Auslaufens wurde möglichst forciert mit dem Ergebnis, daß im Durchschnitt alle 5 Minuten ein Schiff den Kanal passierte. Den 32 modernen Zerstörern, die fächerartig in weitem Halbkreis sicherten, folgten die 11 schweren Kreuzer, dann 5 Hilfsschiffe und das Hospitalschiff.

Der Rest der Flotte genoß noch einige Tage Aufenthalt in Hawai, bis am Donnerstag, 21. April, auch für ihn das hawaiische Abschiedslied „Aloha“ erklang. Als ich bei Tagesanbruch den Rocky Hill hinter unserem Hause erklimmte, war das Meer bedeckt mit Schiffen. Die drei Flugzeugträger hatten noch im Schutze der Nacht den Strand von Waikiki verlassen. Ebenfalls bei Dunkelheit liefen die in Pearl Harbor ständig stationierten Zerstörer, Minenleger und U-Boote aus, um, unterstützt von zahlreichen Flugzeugen, den Ausfall der Purpurflotte zu sichern und dann wieder nach Pearl Harbor zurückzukehren. In den ersten Strahlen der Morgensonne schoben sich die Zerstörer und Kreuzer durch den Kanal und im vollen Licht des Tages unmittelbar hinter ihnen die Schlachtschiffe, darunter die Pennsylvania als Flaggschiff des wieder als Schiedsrichter fungierenden Admirals Bloch und die California als Flaggschiff der Purpurflotte kommandierenden Admirals Kalbfus.

Typisch für Amerika, wo man auch in Manöver und Krieg auf die täglichen Annehmlichkeiten des Lebens nicht verzichten mag und sich und das Leben weniger ernst nimmt als anderswärts, war folgender kleiner Zug: Um 9 Uhr legte im Hafen von Honolulu der regelmäßig zwischen San Francisco und Honolulu verkehrende Passagierdampfer Lurline an. Die Post, die er für die bereits ausgelaufene Flotte von der Küste brachte, wurde von 9 Zerstörern übernommen und auf hoher See an die einzelnen Schiffe verteilt.

Über die letzten 8 Tage des Problems XIX, den grün-purpurnen Krieg, ist kaum etwas bekanntgeworden. Es kam zum Kampf offenbar an der nordkalifornischen Küste, und am 26. machte Purpur einen erfolgreichen Fliegerangriff von seinen Flugzeugträgern aus auf San Franzisko, während ein zweiter Angriff am nächsten Tag, der auf die Marineanlagen von Mare Yard gerichtet war, von Grün abgeschlagen werden konnte. Im Schlußbefehl von Bloch wurde vor allem die Leistungsfähigkeit der neuen Zerstörer gelobt, die in diesem Jahre ihrer ersten schweren Prüfung unterworfen waren. Am Donnerstag, dem 28. April, dampfte die Flotte wieder nach sechswöchiger Abwesenheit in ihre Heimathäfen ein und beendete damit die größten je von der amerikanischen Flotte durchgeführten Manöver.



### Zivile Probleme

Zu den parlamentarischen Spielregeln in einer Demokratie gehört es, daß die für die Rüstung ihrer Nation Verantwortlichen ständig und laut über den völlig ungenügenden Stand von Bewaffnung und Verteidigungsanlagen, von Armee und Flotte lamentieren müssen, um vom Parlament Gelder bewilligt zu erhalten. Daher will es nicht allzuviel heißen, daß Admiral Bloch und andere hohe Seeoffiziere im Anschluß an die Manöver einige pessimistische Äußerungen über Hawai der Presse übergaben. Es ist hier bekannt, daß abgesehen von der Enttäuschung mit Teilen der Luftwaffe, die aber wesentlich dem Wetter zur Last gelegt wird, sowohl mit dem Ablauf der Manöver als mit der Verteidigungsfähigkeit Hawais Zufriedenheit herrscht. Zweifellos sind auf Oahu noch zahlreiche Lücken zu füllen, aber im ganzen haben die Manöver gezeigt, daß bei einem Zusammenspiel von Armee und Flotte auf Oahu selbst bei Abwesenheit des Gros der amerikanischen Flotte ein Angreifer gegen Hawai einer militärisch beinahe unlösbaren Aufgabe gegenüber stünde.

Aber im Zeitalter totaler Kriege ist der Aufgabenkreis der verantwortlichen militärischen Stellen auf Hawai keineswegs mit der rein militärischen Verteidigung der Inseln erschöpft. Von den zivilen, aufs engste mit der Verteidigung verbundenen Problemen sind es vor allem zwei, die viel Kopfzerbrechen bereiten. Das erste, die Rassenfrage auf diesem rassengemischtesten Stück Erde, ist ein so umfangreiches Problem, daß es hier nicht mit behandelt werden kann. Seine Bedeutung erhellt schon aus dem Hinweis auf eine einzige Tatsache: rund 150 000 von den insgesamt 380 000 Bewohnern der Inseln sind Japaner, ein großer Teil der militärischen Objekte ist mit japanischer Arbeit gebaut, es gibt kaum einen Offizier ohne ein japanisches Dienstmädchen. Das zweite Problem ist nicht weniger dringend: Die Verpflegung der Inseln im Kriegsfall.

### Hawaische Autarkie

Einer der tüchtigsten Offiziere der amerikanischen Armee, Generalmajor Drum, jetzt Kommandeur des 6. Korps, hat vor einigen Jahren, als er Befehlshaber der auf Hawai stationierten Truppen war, einen Feldzug für die Autarkisierung des hawaischen Archipels und insbesondere der Insel Oahu eingeleitet. Autarkie ist eine dem Amerikaner so fremde Idee — er ist gewohnt, die deutschen Autarkiebestrebungen als eine unsympathische Mischung deutscher Dummheit und Bosheit zu betrachten — daß Drum zunächst auf wenig Verständnis stieß. Bis im Herbst 1935 der große Schiffahrtsstreik, der Hawai für Monate von den Vereinigten Staaten abschloß, den Leuten die Augen öffnete und sie einzusehen begannen, in welcher gefährlicher Abhängigkeit von Frachtverbindungen sie hier leben.

Drums Ideen, die inzwischen Allgemeingut geworden sind und als richtig und notwendig angesehen werden, laufen auf folgendes hinaus: Ein Krieg im Pazifik wird die Transportmöglichkeiten nach und von Hawai sehr erschweren, wenn nicht ganz vernichten. Auf Oahu, der dichtestbevölkerten Insel des Archipels und dem Zentrum seiner Verteidigung, leben rund 210 000 Zivil- und 25 000 Militärpersonen. 85% der für ihren Unterhalt notwendigen Lebensmittel kommen entweder von den andern Inseln oder — und hauptsächlich — von den Staaten. Während Armee und Flotte genügend Vorräte aufstapeln können (und wohl auch aufgestapelt haben),

um ihre Angehörigen längere Zeit unabhängig von Zufuhr ernähren zu können, reichen die für die Zivilbevölkerung vorhandenen Lebensmittel jeweils für etwa 60 Tage, nach deren Ablauf eine kritische Lage entstehen würde, wenn nicht rechtzeitig vorgesorgt wird.

General Drum machte zur Abhilfe dieser möglichen Notlage eine Reihe von Vorschlägen: Hawaii besteht fast ausschließlich aus riesigen Plantagen für Zuckerrohr und Ananas, deren mächtige Konzerne, „Die großen Fünf“, allmählich allen guten Boden an sich gezogen und damit das Bestehen von Individualfarmen fast unmöglich gemacht haben. Unter dem Einfluß von Drums Ideen und mit Nachhilfe der Armee ist die Zahl der Kleinfarmen in langsamen Steigen begriffen und wird in jeder Weise gefördert. Die größten Fortschritte sind bis jetzt im Gemüsebau erzielt worden. Von 80 Millionen Pfund Gemüse, die 1937 hier verzehrt wurden, entstammten schon 54 Millionen den Inseln.

Zweitens: Da aber bei dem Plantagencharakter der Inseln und der Notwendigkeit großzügiger Bewässerung die Möglichkeiten für Kleinfarmen immer nur begrenzt sein werden, müssen die Plantagen in Friedenszeiten vorbereitet werden, sich im Kriegsfall von ihrer Monokultur sofort auf den Anbau der verschiedensten Lebensmittel umzustellen. In einer Zusammenarbeit von Plantagen und Armee sind Anbauprobieren größerer Stils durchgeführt und Saatlager angelegt worden. Auf dem Papier ist alles fix und fertig, bis herunter zu der Bestimmung, wo die Sellerie wachsen wird. Am Tage nach Kriegsausbruch werden weite Strecken der Monoproduktion von Zucker und Ananas entzogen und aus den angelegten Saatbeständen mit Kartoffeln, Gemüse, Reis, Mais usw. bebaut werden. Bei der Geschwindigkeit, mit der in dem hiesigen Klima alles wächst, würden die ersten Früchte rasch genug, wie es heißt in 80 Tagen, geerntet werden können, um eine schwere Ernährungs-krise zu verhindern. Augenblicklich wird ernsthaft der Plan diskutiert, mit einer 5-Millionen-Dollar-Bewässerungsanlage auf der Insel Molokai genügend Boden dem Ackerbau zuzuführen, um täglich 50 000 Menschen zu ernähren.

### Zurück zu Taro und Reis

Drittens: Zweige der Landwirtschaft, die früher, bei kaum entwickeltem Seetransport, und vor dem alles überschattenden Siegeszug der beiden Monokulturen blühten und vielen Menschen Arbeit und einem großen Teil der Inselbevölkerung Nahrung gaben, müssen wieder belebt werden. Das ist in erster Linie Taro, deren kartoffelartige Wurzel das Hauptnahrungsmittel der Polynesier vor dem Kommen der Weißen war und teilweise heute noch ist. Während die Eingeborenen Taro gewöhnlich in einen kleisterartigen Brei, Poi genannt, zerstampfen, der von den wenigsten Weißen geschätzt wird, sind im letzten Jahre Versuche gemacht worden, die Tarofrucht in Mehl zu verwandeln und dieses dem Brot beizumengen oder in anderer Form als Nahrungsmittel zu verwenden. Im August vorigen Jahres kam das erste Taromehl auf den Markt, und schon ist es dabei, sich einen Platz in der täglichen Nahrung der Bevölkerung zu erobern. Wir essen zu Hause häufig Tarobrot, das ich geschmackvoller finde als das charakterlose Weißbrot, das man allgemein in Amerika ißt. Die Armee hat Tarobrot unter den Truppen ausprobiert und bei einer Umfrage festgestellt, daß 50% es gewöhnlichem Brot vorziehen. In allen Rich-



tungen wird mit dem neuen Produkt experimentiert, und für die nächste Zeit ist ein neues Baby-Mehl aus Taro in Aussicht gestellt worden, das, wenn man den optimistischen Voranzeigen glauben soll, der Traum aller amerikanischen Babies werden wird.

Neben Taro ist es vor allem Reis, der wieder zu Ehren kommen soll. Auf den Inseln werden jährlich 850 000 Sack Reis verzehrt, der fast ausschließlich von den großen Reisfeldern Kaliforniens stammt. Dabei hatte früher Hawai eine entwickelte Reisproduktion, die aber unter dem Druck der billigen kalifornischen Konkurrenz stark zurückging. Die Insel Kauai zum Beispiel produzierte im letzten Jahr knapp 40 000 Sack und früher fast das vierfache. Endlich soll die niedergehende Kaffeeindustrie der Konaküste auf der Großen Insel wieder belebt werden. Mr. Woodring, Secretary of War in Washington, erklärte vor wenigen Wochen, daß in Zukunft die Armee den Kona-Kaffeebauern Prämien für den Wiederaufbau ihrer Kaffeeplantagen zahlen wird.

### Bewertung

Der Deutsche, der Amerikas militärische Lage und Rüstung betrachtet, läuft Gefahr, zu sehr den Maßstab und die Tradition Europas und besonders Deutschlands an die amerikanischen Dinge zu legen. Vieles erscheint zunächst sonderbar: Der geringere Ernst gegenüber militärischen Fragen; der unkriegerische Geist der Bevölkerung; die im Vergleich niedrige gesellschaftliche Stellung des Soldatenstandes (viele Amerikaner verspotten die Armee als einen Nothafen verkrachter Existenzen); das mangelnde Interesse, ja die Abneigung der Menschen gegenüber Fragen der Landesverteidigung, die viele als eine kindliche, aber kostspielige Spielerei betrachten; die Bequemlichkeit, ja der Luxus des Soldatenlebens; das zivilistenmäßige, sehr unmartialische Benehmen des durchschnittlichen Offiziers — das alles kann leicht zu einer Unterschätzung der amerikanischen Militärmacht führen.

Man darf nicht vergessen, daß Amerika dank seiner Lage zwischen zwei Weltmeeren auch heute noch, trotz der Erfindung des Flugzeugs, das zum Beispiel Englands Insellage illusorisch machte, fast unangreifbar ist; daß es im Kriegsfall im Schutz von zwei Ozeanen in Ruhe seine in allen Einzelheiten festgelegte Mobilisierung durchführen kann (und wie wir aus bitterer Erfahrung von 1917/18 wissen, auch tatsächlich und in unerwartet kurzer Zeit durchgeführt hat); daß das hohe Niveau des Sports, vor allem des härtenden Kampfsports, eine gesunde und kraftvolle Jungmannschaft züchtet, und daß der weitverbreitete linke Pazifismus in jedem als antifaschistisch frisierten Krieg wahrscheinlich sofort verschwinden und einem militanten Antifaschismus Platz machen würde. Dort aber, wo infolge exponierter Lage im Ernstfall keine Spanne zur gemächlichen Rüstung bleibt, an der kalifornischen Küste, am Panamakanal, in Alaska, an den Aleuten und vor allem auf Hawai, da besteht schon heute ein hoher Grad von Bereitschaft, an dem unablässig mit Einsatz riesiger finanzieller Mittel gearbeitet wird.

Der Überprüfung dieser Rüstungen und des Standes der Flotte dienen die großen Manöver von 1938. Das aber Amerikas Front nicht ausschließlich gegen Asien gerichtet ist, zeigt die eben bekanntgegebene Verlegung der nächstjährigen Flottenmanöver in den Atlantik.

## HANS HUMMEL: Kurznachrichten

**ADEN.** — Der britische Kolonialminister Malcolm Macdonald erklärte am 1. Juni auf eine Anfrage im Unterhaus die militärischen Vorgänge bei der Besetzung des Protektorates Hadramaut im Hinterland von Aden nur für notwendig geworden, um den Verwaltungswechsel zwischen der Zugehörigkeit Adens zu Britisch-Indien und der Einrichtung der neuen Kronkolonie durchzuführen.

**BOLIVIEN.** — Der Vorschlag der am 1. Juni in Buenos Aires eröffneten Chaco-Friedenskonferenz, eine neue Grenzlinie zu ziehen, ist von der bolivianischen Regierung im wesentlichen positiv beantwortet worden, während Paraguay diese Vorschläge ablehnt. Man erwartet das Scheitern der Konferenz.

**BRITISCH-INDIEN.** — Seit Anfang Juni sind die Kämpfe an der nordwestindischen Grenze zwischen britischen Truppen und Streitkräften des Fakirs von Ipi wieder aufgeflackert.

**BRITISCHES REICH.** — Auf der Konferenz der Empire-Presse sprach am 24. Mai Kolonialminister Macdonald über die Frage, ob das Empire auseinanderbrechen könne. Daran könne nur der Nationalismus der Dominien einmal schuld sein, obgleich die britische Regierung diesen Nationalismus anerkenne und achte. Er glaube nicht an einen Zerfall des Reiches, da der Handel, die Sicherheit und die Blutsbrüderschaft den Zusammenhalt gewährleiste. — Mitte Juni gab der Kolonialminister einen Jahresbericht über die Kolonien heraus, in dem u. a. die Beteiligung einzelner Kolonien an der gesamtbritischen Rüstung behandelt wird. Danach bestehen eigene Verteidigungskontingente in den Straits, Hongkong, Kenia und Gambia, eine Gesetzgebung darüber bereits in Ceylon, Nigeria und Sierra Leone, während die entsprechenden Gesetze für die Goldküste im Entstehen seien. „Manchester Guardian“ betont dazu am 11. Juni, daß der Engländer lernen müsse, sich mehr um das Schicksal der Kolonien zu kümmern und nicht alles dem Staat zu überlassen.

**CEYLON.** — Der Flottenstützpunkt von Trincomalee wird nunmehr auch mit einem Stützpunkt für die Luftwaffe verbunden.

**CHINA.** — Der Fall Hsütschau Mitte Mai hat die Fronten in Mittelchina in Bewegung gebracht. Die Japaner gingen sowohl in ganzer Breite von der Tientsin-Pukaubahn, im Norden etwa durch den Hoangho begrenzt, nach Westen vor, wie auch von Norden längs der Peking—Hankau-Bahn südlich in die Provinz Honan. Nachdem es den Japanern am 6. Juni gelungen war, die Hauptstadt Kaifeng der Provinz Honan auf ihrem Westvorstoß längs der Lunghai-Bahn zu erobern, konnte das Ziel, den Knotenpunkt dieser Bahn mit der Peking—Hankau-Bahn, Tschengtschau,

nicht erreicht werden, da etwa vom 12. Juni an der Hochwasser führende Hoangho nach Süden über die Ufer trat. Man schreibt die sich entwickelnde Flutkatastrophe absichtlich den Deichzerstörungen der Chinesen zu, die zwischen Tschentschau und Lanfeng erfolgten. Es gelang nicht, die Fluten einzudämmen, so daß sich ein breiter Strom vom Hoangho nach Südosten ergoß, der voraussichtlich in den Jangtse einmünden wird. Dadurch wurde zwischen den Fronten in den Provinzen Honan und Anhwei ein beide Teile trennendes, breites Wasserband gelegt, das im nördlichen Teil der Kampfzone zwischen Hoangho und Jangtse jede Gefechtsfähigkeit verhindert. Mindestens 2000 qkm Land waren am 20. Juni von Hoangho-Abflüssen bedeckt. Entsprechend dieser Lage konzentriert sich nunmehr der japanische Vormarsch auf Hankau auf den Raum des Jangtsetales. Der Jangtse führt auch Hochwasser, kann aber noch befahren werden. Ein Ende der Flutkatastrophe ist nicht abzusehen, da die größten Hochwasser erst im Juli zu kommen pflegen. Am 13. Juni konnten japanische Flußstreitkräfte im Verein mit Landungstruppen die Stadt Anking, Hauptstadt der Provinz Anhwei, am Jangtse nehmen. — Die Japaner setzten ihre Angriffstätigkeit an der Südküste Chinas durch Luftangriffe auf Kanton und Luft- und Flottenangriffe auf Swatau (Prov. Kwangtung) fort. Außerdem erklärte der Sprecher des japanischen Außenministeriums am 20. Juni, daß der Angriff auf die Insel Hainan, vor der Tongking-Bucht gelegen, wegen der militärischen Zufuhren nach China und aus strategischen Gründen unumgänglich notwendig sei und trotz des französischen Protestes durchgeführt würde. Dieser Angriff würde nicht dem Abkommen mit Frankreich von 1907 widersprechen, wohl aber wäre eine Einmischung Frankreichs durch die Übernahme des militärischen Schutzes für Hainan als unfreundlicher Akt zu betrachten.

**DEUTSCHES REICH.** — Der Reichsinnenminister hat die am 1. Juni veröffentlichte Gaueinteilung des Landes Österreich, die zunächst nur die NSDAP. betrifft, auch für die politische Einteilung vorgesehen: die Gaueinteilung gliedert das Land Österreich in die Gaue Oberdonau (früher Oberösterreich und Bezirk Aussee), Niederdonau (früher Niederösterreich und das nördliche Burgenland, ohne einige Wiener Vorortsbezirke), Gau Wien (Stadtgebiet Wien und einige Grenzbezirke des ehemaligen Niederösterreich), Gau Steiermark (bisherige Steiermark und die südlichen Bezirke des Burgenlandes, ohne Bezirk Aussee), Gau Kärnten (bisheriges Kärnten und Bezirk Lienz), Gau Salzburg (wie bisher Salzburg), Gau Tirol (bisher Tirol und



Vorarlberg, ohne Bezirk Lienz). Die politische Einteilung wird aber die Selbständigkeit Vorarlbergs erhalten. — Generalmajor Udet brachte Anfang Juni den Weltrekord für die 100 km-Strecke mit 634 km/st auf einer Heinkel-Jagdmaschine nach Deutschland. — Laut Erlaß des ostpreußischen Oberpräsidenten wurden mit Wirkung vom 3. Juni u. a. folgende ostpreußische Ortsnamen geändert: Pillkallen in Schloßberg, Bialla in Gehlenburg, Skaisgirren in Hellerau und die Kreise Niederung in Elchniederung und Pillkallen in Darkeim. Zum größten Teil wurden historisch belegte deutsche Namen verwandt.

GROSSBRITANNIEN. — Anfang Juni wurde der Bau von zwei Schlachtschiffen zu 40 000 t, also 5000 t über die Höchstgrenze des Flottenabkommens, beschlossen. Deutschland und die Sowjetunion wurden von dem Beschluß unterrichtet. — In der Unterhausdebatte über die Kriegsvorratwirtschaft bestätigte der Präsident des Handelsamtes, Stanley, Anfang Juni die zum Teil schon beendete Stapelung von Weizen, Walöl und Zucker in westbritischen Speichern. Er bemerkte, daß man die für leicht verderbliche und immer wieder auszutauschende Lebensmittel aufgewendeten Beträge vielleicht besser in der Sicherung der Zufuhrwege angelegt hätte. Handel und Finanz seien für England ein ebenso wichtiges Kriegsmittel wie Heer, Flotte und Luftwaffe; eine zu hohe Rückversicherung gegen einen kurzen Krieg könne England den Sieg in einem langen Kriege kosten.

ITALIEN. — Der Kongreß des Institutes für außenpolitische Studien wurde am 2. Juni durch Graf Ciano eröffnet, der u. a. erklärte: Zum Balkan werde Italien nicht von Zufälligkeiten hingezogen, sondern von den unveränderlichen Faktoren seiner geographischen und historischen Lage, aber ohne hegemonistische oder egoistische Ziele zu verfolgen; die italienisch-englischen Abkommen hätten den Vorteil, den Boden von den Resten der Vergangenheit gesäubert und die Beziehungen zwischen den beiden Imperien auf eine Grundlage der Klarheit und Aufrichtigkeit gestellt zu haben.

JAMAICA. — Die im Mai ausgebrochenen Unruhen hielten über den Juni an. Entsendung von Kreuzern und Truppen wurde notwendig. Es ist geplant, durch Zuschüsse die soziale Lage zu bessern und Kleinbauern ansiedeln zu können. Kolonialminister Macdonald gab bei der Kolonialdebatte im Unterhaus am 14. Juni die Mißstände in Jamaika und den anderen britisch-westindischen Besitzungen zu und kündigte eine Untersuchungskommission an, die die Zustände auf Jamaika, Trinidad, den Windward- und Leewardinseln, Barbados und in Britisch-Guayana prüfen werde.

MEXIKO. — Ein Ende Mai in San Luis Potosi, nördlich von Mexiko-City, unter der Führung von General Cedillo ausgebrochener Rechtsputsch, dessen Zusammenhang mit der Enteignung der Ölgesellschaften vermutet wird, konnte von der Regierung Cardenas nach 14 Tagen niedergeschlagen werden.

NORWEGEN. — Der Außenminister Koht gab am 31. Mai bekannt, daß die Regierung eine Neutralitätserklärung nach dem Muster der Schweiz gegenüber der Genfer Liga (Nichtbeteiligung Art. 16 VB-Satzung) beschlossen habe.

PANAMAKANALZONE. — Dem Senat der USA. wurde am 15. Juni ein Abkommen mit Panama vorgelegt, das u. a. den Bau einer transisthmischen Landstraße vorsieht. Präsident Roosevelt hat in einer Botschaft zu diesem Abkommen erklärt, der Panamakanal sei ein wichtiges Glied im System der nationalen Verteidigung. Der Schutz des Kanals müsse sowohl für die USA. wie für Panama von höchster Bedeutung sein. Zur gleichen Zeit hat das USA.-Marineministerium den Bau eines Nicaraguakanals in diesem Zeitpunkt abgelehnt. Admiral Leahy äußerte dazu in einer Denkschrift, die Frage müsse ernsthaft geprüft werden, da sie für die Zukunft von großer Bedeutung sein werde. Zunächst plant die USA.-Regierung den Einbau weiterer Schleusenanlagen im Panamakanal, die seine Leistungsfähigkeit erhöhen werden.

PERU. — Anfang Juni kam es bei Santa Rosa in der zwischen Peru und Ecuador strittigen Provinz El Oro am südlichen Teil des Golfes von Guayaquil zu ersten Grenzstreitigkeiten, die zu Truppenkonzentrationen auf beiden Seiten führten. In dem Streitgebiet stehen peruanische und ecuadorianische Truppen. Ecuador hat gegen das Vorgehen Perus protestiert und behauptet, Peru wolle die im Golf von Guayaquil gelegene Insel Mata Palo besetzen. Ecuador soll Washington zur Schlichtung des Streites aufgefordert haben.

POLEN. — Die Namen der Wojewodschaften Posen und Pomerellen sollen polonisiert werden. Posen wird wahrscheinlich in Großpolen geändert. — „Gazeta Polska“ betont am 1. Juni amtlich den Wert des polnisch-rumänischen Militärbündnisses anlässlich des Amtsantritts des ersten rumänischen Botschafters in Warschau. Das Bündnis sei das natürliche Ergebnis der Selbstwehr und garantiere für den Fall eines Angriffs die aktive militärische Zusammenarbeit. — Während in Litauen die Wilna-Propaganda durch die Errichtung von Wilnakreuzen weitergetrieben wird, hat die polnische Postbehörde die Rücksendung aller Briefe aus Litauen veranlaßt, die ins Wilnagebiet gerichtet sind und Bezeichnungen wie „okkupiertes Litauen“ tra-

gen. Der Eisenbahnverkehr zwischen Polen und Litauen soll am 1. Juli eröffnet werden. Mitte Juni wurde in Riga ein sechs Jahre geltendes Luftfahrtabkommen abgeschlossen, das die Einrichtung der Linie Warschau—Kowno—Riga—Reval—Helsinki ermöglicht. — Durch den Abschluß eines polnisch-litauischen Wasserverkehrsabkommen verspricht man sich in Polen eine starke Ausnutzung des Memelflusses und des Hafens Memel, der für Ost- und Nordostpolen den natürlichen Zugang zur Ostsee darstellt.

**SANDSCHAK ALEXANDRETTE.** — Diescharfen Proteste der Türkei gegen Frankreich in der Sandschak-Frage führten Anfang Juni zu einem französischen Vorschlag, daß ohne Rücksicht auf den Wahlausgang die Türken 22 von den 40 vorgesehenen Sitzen des Sandschak-Parlamentes erhalten sollten. Die Araber lehnten am 3. Juni ab, und der französische Sandschak-Kommissar trat zurück. Der Sandschak kam unter Belagerungszustand und militärische Verwaltung. Nach Generalstabsbesprechungen zwischen Frankreich und der Türkei wurde am 17. Juni verlautbart, daß eine Zwei-Mächte-Herrschaft errichtet würde: das autonome Gebiet würde einen französischen Hohen Kommissar und einen türkischen Regierungschef erhalten, am 20. Juni sollten türkische Truppen einmarschieren, die gleich stark wie die französischen sein sollten, aber unter französischen Befehl gestellt würden, und die Araber würden von allen hohen Stellen ausgeschaltet. Am 20. Juni brach jedoch Frankreich die Besprechungen ab, der türkische Truppeneinmarsch wurde verschoben und die türkischen Forderungen abgelehnt, so daß die Türkei am 21. Juni in Genf jede weitere Beziehung zum Genfer Ausschuß im Sandschak kündigte und mit dem Austritt aus der Genfer Liga drohte.

**SPANIEN.** — Die Gefechtstätigkeit konzentrierte sich auch im Juni auf die Front nördlich Valencia zwischen Teruel und dem Meer. Es gelang den Nationalen am 13. Juni, Castellon de la Plana einzunehmen und über den Mijares in den nächsten Tagen weiter nach Süden vorzudringen. Der Angriff geht jetzt längs der Bahn von Teruel und längs der Küste auf Sagunto zu. Die Castellon-Offensive brachte in sechs Tagen 2000 qkm in nationalen Besitz. Während in der Pyrenäenfront einige Hochtäler erobert werden konnten, ist auch Mitte Juni die Angriffstätigkeit in Andalusien wieder aufgelebt, wo an der Grenze zwischen den Provinzen Cordoba und Badajoz 800 qkm erobert wurden.

**SÜDAFRIKANISCHE UNION.** — Justizminister General Smuts hat Anfang Juni in einer Botschaft an die Südafrikanische Gesellschaft in Nairobi den „Vorzug einer Vereinigung und Vereinheitlichung“ zum Ausdruck ge-

bracht, um „gemeinsam alle Fragen Südafrikas zu lösen“. Die „Vereinigten Staaten von Afrika“ würden sich aus der Union, Südwestafrika, den britischen Protektoraten in Südafrika, den beiden Rhodesien, Nyassa, Tanganyika und Kenia zusammensetzen.

**TSSCHECHOSLOWAKEI.** — Das mehrfach angekündigte Nationalitätenstatut der Prager Regierung, das von tschechischer Seite als Verhandlungsunterlage für das Karlsbader Programm Henleins gedacht ist, ist immer noch nicht veröffentlicht. Seit Mitte Juni finden aber Verhandlungen zwischen den Sudetendeutschen und der Regierung statt. — Auf dem Parteitag der Slowakischen Volkspartei in Preßburg am 5. Juni wurde die Autonomieforderung der Slowaken formuliert, die sich auf Verwaltung, Parlament und Armee erstreckt. Gegenüber der Auslandspresse erklärte Hlinka am 5. Juni: „Weil wir ein staatsbildendes Volk sind, verlangen wir staatsbildende Rechte. Wir wollen nicht ewig Sklaven sein.“ — Mitte Juni formulierten auch der ukrainische und großrussische Nationalrat in Ungvar ihre Autonomieforderung, die sich ebenfalls auf Verwaltung, karpatorussisches Parlament und Armee erstreckt.

**TÜRKEI.** — Anfang Juni wurden die englisch-türkischen Verhandlungen über die Gewährung eines Exportkredites abgeschlossen, der nunmehr mit 16 Mill. £ angegeben wird. Der Betrag wird in 10 Mill. £ für Verkehrsbauten aller Art und Industrieanlagen und in 6 Mill. £ für Zwecke der Modernisierung der Armee und der Ausrüstung geteilt. Das Kreditabkommen ist mit Abmachungen über die Verdichtung des gegenseitigen Handels verbunden. — Am 13. Juni wurde in Istanbul eine Konferenz über die Beschleunigung der Rückkehr türkischer Volkszugehöriger aus den Balkanstaaten eröffnet. Zur Zeit kehren etwa 30 000 bis 40 000 Türken jährlich aus den Balkanstaaten nach der Türkei zurück. — Am 21. Juni meldeten arabische Zeitungen in Jerusalem, daß Sowjetrußland von der Türkei die Rückgabe der Provinzen Kars und Ardahan an der Nordostgrenze der Türkei gefordert habe, wofür die Sowjetrussen dann die syrischen Ansprüche der Türken stützen würden.

#### Verweisungen:

British-Westindien s. Jamaika. — Ecuador s. Peru. — Großbritannien s. a. Britisches Reich, Italien, Türkei. — Litauen s. Polen. — Nicaragua s. Panamakanalzone. — Paraguay s. Bolivien. — Portugal s. Frankreich. — Sandschak Alexandrette s. a. Syrien. — Türkei s. a. Sandschak Alexandrette, Syrien. — Vereinigte Staaten von Nordamerika s. a. Panamakanalzone.

(Abgeschlossen am 23. Juni 1938.)



## S P Ä N E

### der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

#### Die Verstädterung Südafrikas

In einem längeren und eingehenden, mit zahlreichen Statistiken versehenen Aufsatz behandelt H. A. Shannon in: „The South African Journal of Economics“ (Juni 1937) das Problem der Verstädterung in Südafrika. Wirft schon die Verstädterung in Ländern mit einheitlicher völkischer Prägung Fragen schwerwiegender Art auf, so kompliziert sich dies in einem Staat mit Rassen so verschiedenster Art, wie ihn die Südafrikanische Union darstellt. Man vergleiche die reinen Bevölkerungszahlen von 1904 mit 1936 in ihrer Aufgliederung nach der Zahl der verschiedenen Rasseangehörigen und nach ihrer Verteilung auf die Siedlungen (s. Tab. 1 u. 3): Schon aus diesen beiden Tafeln geht hervor, daß die Zahl der weißen Bevölkerung zwar absolut steigt, aber im Verhältnis sowohl zur Gesamteinwohnerzahl wie auch zu den städtischen und ländlichen Gesamtziffern wie auch zur städtischen Untergliederung fällt. Das Vordringen der Eingeborenen und Asiaten in die Städte wird noch deutlicher, wenn wir die oben gebrachten Tabellen durch solche er-

gänzen, die eine Aufgliederung der Bevölkerung nach Prozentzahlen bringen (Tab. 4).

Wenn auch bei den Weißen die Verstädterungserscheinungen recht stark waren und sind, so ist es doch bedenklicher, daß die Eingeborenen, Farbigen und Asiaten im Laufe der letzten Jahrzehnte in noch stärkerem Maße als die Weißen verstädtern. Befanden sich z. B. 1921 noch zwei Drittel der Asiaten in ländlichen Bezirken, ein Drittel in Städten, so ergab sich 1936 das Bild, daß nur noch ein Drittel der Asiaten auf dem Lande, dafür aber zwei Drittel in den Städten ansässig waren.

In welchen Städten drängt sich nun die Bevölkerung Südafrikas zusammen? Hauptsächlich sitzt sie im Gebiet von Witwatersrand, in den Küstenstädten und in den vier verbleibenden Inlandsstädten. Eine weitere Tafel mag das Anwachsen der großen Städte aufzeigen (Tab. 8):

Diese Gebiete der größeren Städte umfassen ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Union (mit Ausnahme der Territorien und des Zululandes) und 45 % der gesamten weißen Bevölkerung!

Tabelle 1. Bevölkerung der Union, gegliedert nach Stadt- und Landbewohnern, in Tausenden, 1904

Örtliche Verwaltungseinheiten						Europäer	Einge- borene	Farbige	Asiaten	Insge- samt
Art	Zahl									
Europäer <sup>1</sup>	Kap- stadt	Natal	Trans- vaal	Oranie- freistaat	Insgesamt					
						‰	‰	‰	‰	‰
Unter 100.....	13	—	—	—	13	0,6	8,5	2,3		11,4
100— 250.....	23	—	5	6	34	5,4	9,5	6,2		21,0
250— 500.....	40	1	8	10	59	20,6	14,2	11,8		46,6
500— 750.....	30	1	2	10	43	25,9	12,7	13,3		51,9
750— 1000.....	17	—	4	6	27	23,2	14,7	11,3		49,2
1000— 2000.....	20	4	7	6	37	49,6	34,2	24,4		108,2
2000— 3000.....	11	1	3	2	17	39,8	22,7	21,8		84,3
3000— 4000.....	3	—	—	—	3	10,4	2,4	8,9		21,7
4000— 5000.....	4	—	1	—	5	21,4	17,4	11,2		50,0
5000—10000.....	8	—	4	—	12	84,2	55,4	38,0		177,6
Über 10000.....	5	2	2	1	10	280,4	145,1	97,6		523,1
Stadtbevölkerung ..	174	9	36	41	260	561,5	336,8	200,6	46,2	1145,0
Landbevölkerung...	—	—	—	—	—	532,0	3155,8	238,9	77,4	4004,2
Insgesamt .....	—	—	—	—	—	1093,5	3492,6	439,5	123,6	5149,2
Ausschließl. Territor. u. Zululand, Stadtbev.	171	9	36	41	257	558,8	334,5	199,0	46,0	1138,3
Ausschließl. Territor. u. Zululand, Landbev.	—	—	—	—	—	521,9	2155,5	233,1	77,1	2987,7
Ausschließl. Territor. u. Zululand, insges.	—	—	—	—	—	1080,7	2490,0	432,1	123,1	4126,0

<sup>1</sup> Alle „Weißen“ gelten als Europäer.

Tabelle 3. Bevölkerung der Union, gegliedert nach Stadt- und Landbevölkerung in Tausenden, 1936

Örtliche Verwaltungseinheiten						Europäer	Einge- borene	Farbige	Asiaten	Insges- amt
Art	Zahl									
Europäer <sup>1</sup>	Kap- stadt	Natal	Trans- vaal	Oranje- freistaat	Insges- amt	‰	‰	‰	‰	‰
Unter 100.....	30	3	2	—	35	1,9	21,5	6,5	1,9	31,9
100— 250.....	46	11	13	6	76	13,0	23,4	7,8	4,9	49,0
250— 500.....	62	15	18	13	108	40,5	38,3	21,0	5,5	105,6
500— 750.....	35	5	12	14	66	40,8	31,7	19,1	2,5	94,2
750— 1000.....	22	5	8	12	47	40,7	31,7	19,6	0,7	92,7
1000— 2000.....	42	6	18	16	82	112,7	90,9	43,8	5,6	252,9
2000— 3000.....	14	2	9	3	28	67,8	51,0	23,4	6,0	148,6
3000— 4000.....	5	2	2	1	10	33,2	22,9	14,1	2,2	72,5
4000— 5000.....	5	—	4	—	9	41,3	45,0	16,4	1,4	104,2
5000—10000.....	9	—	2	2	13	85,1	78,8	37,2	0,9	202,1
Über 10000.....	4	2	10	1	17	830,1	711,5	205,0	113,6	1860,2
Stadtbevölkerung ..	274	51	98	68	491	1307,1	1146,7	413,9	145,2	3013,3
Landbevölkerung...	—	—	—	—	—	696,2	5448,1	353,9	74,2	6572,5
Insgesamt .....	—	—	—	—	—	2003,3	6594,8	767,8	219,4	9585,8
Ausschließl. Territor. u. Zululand, Stadtbev.	247	47	98	68	460	1294,6	1130,5	409,1	144,6	2979,2
Ausschließl. Territor. u. Zululand, Landbev.	—	—	—	—	—	684,9	3958,5	345,1	72,1	5060,8
Ausschließl. Territor. u. Zululand, insges.	—	—	—	—	—	1979,5	5089,0	754,2	216,7	8040,0

<sup>1</sup> Alle „Weißen“ gelten als Europäer.

Shannon bedauert diese Entwicklung mit Recht, eine Entwicklung, die auf den Goldfunden beruht und in engem Zusammenhang mit dem augenblicklich gezahlten Goldpreis steht. Er sieht, daß ein Ausgleich zwischen der Landwirtschaft und ihrer Produktion und den industriellen Zentren des Landes eine Herabminderung der Verstädterungserscheinungen bedeuten würde. Zu wenig jedoch scheint Shannon die aus der Verstädterung der Farbigen resultierende Schaffung eines schwarzen Proletariats zu beachten, eines Proletariats, das losgelöst von den Bindungen an Volk und Boden, ohne Heimat, ohne Beziehung zu der von den Weißen geschaffenen Zivilisation, ohne Halt in der fremden geistigen Welt der Europäer, sich immer mehr zu einem Unruhenherd auswaschen wird. Gustav Fuhrmann.

#### Nachlassen der Spannung

Die Zeitschrift „AUSTRAL-ASIATIC-BULLETIN“ ist das zweimonatlich erscheinende Organ der Foreign Policy Association von Australien. Wir finden in ihrer Mai-Ausgabe eine offizielle Stellungnahme der Herausgeber zu der Entwicklung in Mitteleuropa, die als Kennzeichen der Einstellung der außenpolitisch einflußreichen Kreise dieses Erdteils und vielleicht der weiteren Glieder des Empires

uns wichtig erscheint. Sie lautet im Auszug:

„(Die Unterlegenheit der Kleinstaaten Mitteleuropas) ... verführt vielfach zu der Ansicht, es sei wichtig, das Vordringen des Reiches sofort zu stoppen. Denn wenn man nicht Einhalt gebiete, werde das Reich zu solcher Stärke anwachsen, daß es den Kontinent beherrsche und die Interessen Englands ernstlich gefährde. Es ist kein Zweifel, daß sich die strategische Stellung Großbritanniens in den verfloßenen Jahren verschlechtert hat. Mussolini hat diese Tatsache im Mittelmeer ausgenutzt, Japan tut das gleiche im Fernost. Augenscheinlich wächst demgegenüber die Anstrengung, das Weltreich zu schützen. Wenn es aber zu Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Italien käme und wenn diese Mächte etwa See- oder Luftstützpunkte an der Küste Spaniens besäßen, würden die Schwierigkeiten Englands ansteigen.

Bevor man sich aber entschließt, das hypothetische Vordringen des Reiches aufzuhalten, muß man sich die damit verbundenen Entwicklungen klarmachen. Deutschland ergänzte seine Kriegsstärke bei dem Schlag in Österreich, indem es die Macht der nationalsozialistischen Minderheit (oder Mehrheit) in Österreich ausnutzte. Diese Tatsache machte einen



Tabelle 4. Zusammensetzung und Verstädterungszüge 1904—1936 (ausschließlich Territorien und Zululand)

	Euro- päer	Einge- borene	Farbige	Asiaten	Insgesamt	Euro- päer	Einge- borene	Farbige	Asiaten	Insgesamt
Bevölkerung insgesamt										
1904 ...	26,2	60,3	10,5	3,0	100	100	100	100	100	100
1921 ...	26,3	61,6	9,4	2,7	100	139	141	124	131	138
1936 ...	24,6	63,2	8,5	2,7	100	183	204	174	176	195
Landbevölkerung										
1904 ...	17,5	72,0	7,8	2,6	100	100	100	100	100	100
1921 ...	16,5	73,5	7,2	2,8	100	127	136	123	145	134
1936 ...	13,5	78,2	6,8	1,4	100	131	184	148	93	169
Stadtbevölkerung										
1904 ...	49,0	29,4	17,5	4,1	100	100	100	100	100	100
1921 ...	48,9	33,7	14,4	3,0	100	151	173	124	111	151
1936 ...	43,5	38,0	13,7	4,8	100	232	338	207	314	262
Stadtgebiete mit unter 2000 Europäern										
1904 ...	43,5	32,5	23,0	1,0	100	100	100	100	100	100
1921 ...	47,5	33,8	16,9	1,8	100	150	143	100	242	136
1936 ...	40,0	37,5	19,0	3,4	100	195	245	175	720	210
Stadtgebiete mit 2000—5000 Europäern.										
1904 ...	45,9	27,2	25,4	1,5	100	100	100	100	100	100
1921 ...	48,6	30,9	18,2	2,2	100	131	140	88	178	123
1936 ...	43,9	36,4	16,7	3,0	100	196	273	135	416	205
Stadtgebiete mit 5000—10000 Europäern										
1904 ...	47,5	31,2	18,8	2,5	100	100	100	100	100	100
1921 ...	46,0	39,6	13,8	0,7	100	80	105	62	25	83
1936 ...	42,1	39,0	18,4	0,4	100	101	143	111	20	114
Stadtgebiete mit über 10000 Europäern										
1904 ...	53,5	27,8	11,7	7,0	100	100	100	100	100	100
1921 ...	49,9	33,4	12,8	3,9	100	177	229	206	107	190
1936 ...	44,6	38,2	11,0	6,1	100	296	490	332	313	356

Tabelle 8. Bevölkerung der größeren städtischen Zentren 1904—1936 in Tausenden

	Euro- päer	Einge- borene	Farbige	Asiaten	Insgesamt	Euro- päer	Einge- borene	Farbige	Asiaten	Insgesamt
Kapstadt und Vororte					Port Elisabeth und Vororte					
1904 ...	106,8	3,7	60,1	4,2	174,9	22,2	7,8	10,2	1,6	41,8
1921 ...	117,1	8,9	92,1	2,5	220,6	26,6	11,5	13,3	1,3	52,7
1936 ...	171,6	14,0	145,9	3,8	335,4	53,4	28,3	25,6	2,5	109,8
Durban und Vororte					Ost-London und Vororte					
1904 ...	34,9	20,1	2,2	23,4	80,6	17,1	10,8	1,2	0,8	29,9
1921 ...	59,7	44,8	4,0	55,8	164,3	21,0	12,2	2,0	0,7	36,0
1936 ...	95,0	68,9	7,6	88,1	259,6	31,3	24,4	4,0	0,9	60,6
Johannesburg und Vororte					Rest von Witwatersrand					
1904 ...	83,4	59,6	7,4	5,3	155,6	28,3	60,0	3,6	3,0	94,9
1921 ...	151,0	117,6	11,6	6,2	286,4	79,5	159,7	4,2	2,7	246,0
1936 ...	254,2	207,6	21,9	9,9	493,7	144,9	346,7	7,3	4,0	503,0
Pretoria und Vororte					Bloemfontein und Vororte					
1904 ...	22,5	12,7	1,7	1,8	38,7	12,0	16,9	1,2	0,2	30,4
1921 ...	45,4	24,8	2,1	1,8	74,1	19,6	18,4	1,6	0,1	39,7
1936 ...	77,0	45,3	3,4	3,0	128,6	30,3	29,8	2,7	0,0	62,8
Maritzburg und Vororte					Kimberley und Vororte					
1904 ...	15,1	9,7	1,1	5,3	31,2	17,1	19,0	7,6	1,3	45,0
1921 ...	18,0	10,0	1,1	6,9	36,0	18,5	13,0	7,5	0,9	39,9
1936 ...	22,5	15,7	2,3	9,1	49,6	15,8	14,5	9,0	1,0	40,2
Größere Stadtgebiete insgesamt					Union insgesamt, ausschließlich Territorien und Zululand					
1904 ...	359,4	220,3	96,3	46,9	723,0	1080,7	2490,0	432,1	123,1	4126,0
1921 ...	556,4	420,9	139,5	78,9	1195,7	1500,8	3508,0	536,1	162,4	5707,2
1936 ...	896,0	795,2	229,7	122,3	2043,1	1979,5	5089,0	754,2	216,7	8040,0

Eingriff von außen fast unmöglich. Die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei würde zweifellos, ebenso wie die anderen Minderheiten, benutzt werden, um die Politik des Reiches zu unterstützen. Die ersten Schritte eines deutschen Vordringens können also getarnt erfolgen. Wenn sich daraufhin England und Frankreich entscheiden sollten, eine solche Entwicklung zum Kriegsgrund zu erklären, müßten sie ansetzen mit einem Überfall auf Deutschland von Westen her — selbst wenn man sich darauf verlassen könnte, daß Rußland einigen Druck von Osten her ausüben würde. Deutschlands Verteidigungskraft ist groß.

Es ist unwahrscheinlich, daß ein Vormarsch von Westen her schnelle Fortschritte machen würde. Deutschland vermöchte sehr leicht die Kleinstaaten zu überrennen, bevor irgendein Druck von anderer Seite wirksam werden könnte. Wenn also auch Deutschland wesentliche strategische Schwächen hat und wahrscheinlich geschlagen werden würde, wenn die Feindmächte den Krieg bis zu Ende durchkämpfen, haben die nationalsozialistischen Führer einigen Grund, sich von dem Glücksspiel Ergebnisse zu versprechen. Sie können dabei zu einem guten Teil rechnen mit dem Schrecken vor einem Krieg in Europa, der voraussichtlich ein Gemetzel und, wenn die Luftwaffe losgelassen ist, eine Ruinenstätte bedeuten würde.

Die Lösung durch einen Krieg ist also weder praktisch noch aufbauend. Die einzige gerechtfertigte Entschuldigung für die Anwendung von Gewalt wäre für Großbritannien und Frankreich die Möglichkeit, eine konstruktive Lösung der europäischen Fragen zu erzwingen. Der Herausgeberstab, der die volle Verantwortung für die ungezeichneten Aufsätze dieser Zeitschrift trägt, hat seiner Überzeugung dahingehend Ausdruck gegeben, daß die Uneinigkeit und Unsicherheit zwischen den Völkern ihre Ursache hauptsächlich in gewissen grundsätzlichen Fehlordnungen der Nachkriegsordnung in der Welt findet. Der einzige Weg, Krieg zu vermeiden, ist also Befriedung und Wiedergutmachung. Die Herausgeber erklären, daß die Hauptverantwortlichkeit für diesen Entschluß bei den Nationen

liegt, die am meisten vom Status quo Vorteil ziehen. Diese Verantwortlichkeit wird noch zwingender, weil diese Völker die Sieger des Weltkrieges sind und die Nachkriegs-Welt ihre Schöpfung ist. Die gegenwärtige Lage ist die rächende Folge von Versailles.

Die Krisis hat aber noch eine weitere Unstimmigkeit bloßgelegt, die zukunftgestaltendes Handeln verlangt. Mitteleuropa, wie der Vertrag von Versailles es geschaffen hat, ist von Geburt an nicht standfest. Eine Anzahl von Kleinstaaten ist auf einer höchst unvollkommen durchgeführten völkischen Grundlage geschaffen worden; sie widersprechen wirtschaftlicher und strategischer Vernunft. Diese Ordnung ist nicht haltbar. Sie hätte vielleicht bestehen können, wenn die Ausrüstung nicht bis zum jetzigen Stand getrieben worden wäre; aber bei schußbereiten Geschützen muß diese Ordnung in Furcht und Verwirrung zusammenbrechen. Die Neigung unreifer Staaten zu einem Wirtschafts-Nationalismus wird verstärkt durch das wesenhafte Bedürfnis nach Selbstversorgung in einer waffenstarrenden Welt. Der alte österreichische Staat diente einem nützlichen Zweck, indem er ein Großwirtschaftsgebiet schuf; und eine Wiederherstellung Mitteleuropas ist erforderlich, welche die Wirkung zu enger Wirtschaftsgrenzen mildert. Englischer und französischer Druck sollten angesetzt werden, damit diese Wiederherstellung nicht die Form einer deutschen Eroberung annimmt. Aber es gibt keinen Grund, warum sie nicht unter der Führung des hierzu am besten gerüsteten Volkes in diesem Raum durchgeführt werden sollte. Jedenfalls: wenn diese Völker nicht zusammenarbeiten wollen, wird ihnen ein Krieg zu ihrem Schutz nicht helfen. Krieg ist niemals eine aufbauende, sondern immer eine zerstörende Gewalt. Die Sieger von Versailles hätten theoretisch die Welt auf sicheren Grundlagen wiederaufbauen können; aber wir wissen: sie taten es nicht. Wir können uns nicht wiederum auf einen Krieg einlassen, um Europas Streitigkeiten zu schlichten — die geistige und soziale Seite der europäischen Fragen muß unmittelbar von den Beteiligten angegangen werden...“

V.

## KARL HAUSHOFER: Unentbehrliches aus dem Schrifttum

Bedachtsam schreibt — im Raumgedränge des Zwanges zu schärfster Sichtung bewußt — das Wort „unentbehrlich“, wer auch nur mit dem Ärmel die Pflichten des Lektors streift. Dennoch greift er mit diesem Kennwort aus der Fülle

1. **Hans Präsent** und **Wolf Haenisch**: „**Bibliographie von Japan 1933—1935**“. Band V des von Oskar Nachod begonnenen

Gesamtwerkes. Nummer 18 399 bis 25 376. Leipzig 1937. Verlag Karl W. Hiersemann. 452 S. — ein Vorbild von Erneuerung gediegener veralteter Vorarbeit nach großen wissenschaftlichen Gesichtspunkten in kameradschaftlicher Ergänzung.

2. „**Nauticus**“, Jahrbuch für Deutschlands Seeeinteressen. Herausgegeben auf Veranlassung des Oberkommandos der Kriegs-



marine von Admiral a. D. Hansen. 21. Jg. Berlin 1938. E. S. Mittler & Sohn. 440 S. 30 Abbdg. a. Tafeln; zahlr. Textskizzen. 4,80 RM.

3. „Jahrbuch für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften 1938.“ Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften. Hamburg 1938. Hanseatische Verlagsanstalt. 256 S.

4. Siegfried Passarge: „Geographische Länderkunde“, Bd. V: Asien. Frankfurt a. M. 1938. Verlag Moritz Diesterweg. 140 S. 7 Abbdg. Und zum Vergleich

5. Alfred Hettner: „Vergleichende Länderkunde“. Bd. I—IV. Leipzig und Berlin 1933—35 ff. B. G. Teubner Verlag. Bd. IV, 347 S. 184 Abbdg. — die der Pflanzenwelt, Tierwelt, Menschheit und einer Übersicht gelten.

Zu 1: Der fünfte Band der Schrifttums-kunde von Japan ist in einer ganz neuen Großgruppierung umgebaut worden, für die namentlich die Geopolitik nur dankbar sein kann. Durch ihn ist das Werk — von Nachod mehr historisch begonnen — weltüber als einzigartiges Hilfsgerät der Japankunde und darüber hinaus der Verhältnisse Eurasiens, wie des Pazifischen Ozeans anerkannt, nun erst zu einer politisch-wissenschaftlichen Übersicht geworden, die als solche einsam und vorbildlich dasteht. Ein Seitenstück dazu ist uns für kein Großvolk der Erde bekannt. Gleichviel, ob man Stichproben auf flüchtige Tageserscheinungen hin vornimmt oder das tiefgründige Werk von Eijiro Honjo mit seinem Durchpflügen naher Vergangenheit, Chikafusa Kitabatakes in ferner aufsucht — nirgends wird der Sucher enttäuscht.

Eine unvergleichliche Gruppierungskunst der Verfasser bewirkt, daß der Kenner 452 Katalogseiten mit demselben Vergnügen durchliest und ihrer Führungslinie folgt, mit der Musikkenner eine Partitur mitverfolgen, der Neuling aber jede nur wünschenswerte Auskunft darin leicht und selbstverständlich findet. Gern würde man das Vorwort mächtig verlängert finden, um innerste Meinungen der Verfasser aus und zwischen den Zeilen lesen zu können, wie über das „Frontreifwerden“ der Mandschurei als neue Gruppe; und mit begreiflicher Spannung sieht man dem VI., für 1940 in Aussicht genommenen Band und seiner wehrwissenschaftlichen Bereicherung entgegen.

Wie das Sammelwerk von Präsent-Haenisch ein Spiegel von Japans Weltgeltung ist, 2. jeder neue „Nauticus“ ein Spiegelbild der so jäh wechselnden Seegeltung der großen

und kleinen Mächte durch die Ozeane: ein Handweiser, welche Fragen im Kraftfelde der Ozeano-Politik im Vordergrund stehen, welche davon in die wehrpolitische Debatte gezogen werden, wie die Rolle der italienischen Marine in Ostafrika, der Ausbau der russischen Seestellung am nördlichen Eismeer, das Seekriegsrecht, oder welche man sich verschweigt, wie die Abwehrrolle der japanischen Flotte im Westpazifik, die wahre Stärke, mit der die Kleinkräfte der Sowjets von Wladiwostok aus, die Vorhuten des Empire vom Dreieck Singapore—Hongkong—Port Darwin eingreifen könnten, was die USA. in Wirklichkeit hinter ihrer Riesenkurtine von 7000 km geübt haben.

Was geopolitisch alles aus einem einzigen Tabelchen herausgelesen werden kann, zeigt etwa S. 205: die Tatsache, daß Großbritannien und Deutschland einander zum gegenseitigen Schaden und Nutzen Japans und der USA. bekämpft haben, die Kitchener schon 1909 vorhersagte; den griechischen Nutznießer jeglichen Mittelmeerdurcheinanders usw.! Eine solche Seite zeigt, wie man den ganzen Nauticus lesen müßte, vor allem Aufbau und Ziele der Handelsluftfahrt über See! (264 ff.: Heinz Orlovius.)

Zu 3: Generalleutnant v. Cochenhausens Wehrjahrbuch ist das vom festen Boden ausgehende Seitenstück zum Nauticus: schnell in die Luft und über See fortgerissen! Beherrschend hinter dem Jahrbuch für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften steht die zusammenbauende Persönlichkeit von Cochenhausens, der mit dieser Erweiterung — in den Beiträgen von Busch (Inf.-Bedeutung), Wilamowitz-Möllendorf und Karl Kraus (brennende Luftkampffragen), Prentzel (Seekriegsentwicklung), Eckhardt (Völkerrecht), Tempelhoff (Kriegsführung und Technik) mit dem warmherzigen Nachruf auf Meister Josef Köth von Goebel, mit den übrigen technischen Beiträgen und Rolf Xylanders spanischem Bürgerkrieg — den Interessenkreis mit wohl-gewählten Stichworten ausschreitet. In dieser dem Fachmann wie dem Laien gleich wertvollen Sammlung wird jene volksnahe und doch fachtechnisch einwandfreie Rolle der Wehrwissenschaften angebahnt und aufgebaut, die wir unbedingt neben dem engsten Fachschrifttum nötig haben, damit Jugend und breite Volkskreise dem Wehrwissen aufgeschlossen bleiben und nicht von allzu kühler Vollkommenheit und zu hohen technischen Voraussetzungen abgestoßen und ihrer freudigen Bereitschaft wieder entfremdet werden.

Das kann nur wieder und wieder durch

den Einsatz von Persönlichkeit, lebendigem Vortrag und Streben nach Gemeinverständlichkeit bei aller Festigkeit der fachsicheren Untermauerung erreicht werden.

Aus solcher Achtung vor dem vollen Einsatz der Persönlichkeit am Werk begrüßen wir auch 4. Passarges *Asien* gerade wegen seiner eigenwilligen zusammenfassenden Auffassung in Zustimmung und Widerspruch, wegen der stolzen Anforderungen, die der weltkundige Verfasser an den Zusammenbau von Geschichte und Erdkunde bei seinen Lesern stellt. Sehr einverstanden mit seiner Mahnung zur Vorsicht bei Vergleichen (S. 701), die aber doch in blendenden eigenen Gedankenfolgen immer wieder angeregt werden. Deshalb empfehlen wir geopolitischen Suchern, um die nötige Anschauungs- und Stoffunterlage zu erlangen, eines der gediegenen Sammelwerke älterer Schule zum Danebenlegen, wie etwa 5: die — dank Dr. Aengeneyndt — mit einem vielseitigen Bildstoff ausgestattete „Vergleichende Länderkunde“ von Hettner, namentlich in ihrem IV. Bd., der sich, wie auch die Vorrede zum I. Bd., fast dafür entschuldigt, daß Notwendiges und Begrüßenswertes an Erneuerung und Verjüngung vorgenommen wird und Erfahrungsschätze eines langen Geographenlebens in edler Form der Altersreife dargeboten werden.

6. Zum Unentbehrlichen gesellen wir, gerade weil bei solcher Betrachtungsweise, wie der von Passarge und Hettner die Ergänzung durch das Bewegungsbild (die Dynamik) so nötig scheint:

**Dr. Bernhard Kumsteller:** „*Werden und Wachsen*“. Geschichtsatlas auf völkischer Grundlage. Braunschweig 1938. Georg Westermann. 60 Kartentafeln in Farben. 4,50 bzw. 5,— RM.

Dieser in starker Farbenplastik auf Bewegungswucht (Dynamik) abgestellte Geschichtsatlas gibt gerade das, was die angeregte Phantasie in der Karte alten Stils sucht und meistens vermißt, ohne doch die eigene Arbeit und das Schöpferische an der Einbildungskraft auszuschalten. Manche kühne Verallgemeinerungen waren bei den Griffen in die Frühzeit notwendig; die Pfeile sind in Bildern fest gezogen, wo die Wirklichkeit manchmal in ihren jähren Wechselzuständen eher dem bunten Bild eines Kaleidoskops geglichen haben mag. Aber im Ganzen entsteht aus folgerichtigem Aufbau ein Weltbild, das genug einzelne Festpunkte enthält, um neue Erkenntnisse dareinzufügen, ohne das Gedächtnis einseitig zu beschweren: gerade das,

was wir als Ziel eines Unterrichts auf völkischer Grundlage erstreben müssen.

**7. Generalmajor J. F. C. Fuller:** „*Der erste der Völkerbunds-Kriege*“. Seine Zeichen und Lehren für kommende“. Berlin 1937. Rowohlt Verlag. 374 S. Br. 6,— RM., Leinen 8,50 RM. Deutsch von Dr. Rudolf Stoff.

Diese kecke, von Dynamik strotzende Zusammenfassung der persönlichen und sachlichen Eindrücke des in seiner Urteilsfreiheit gerade dem technischen Kriege gegenüber führenden und vorbildlichen britischen Offiziers fügen wir als unentbehrlich mit vollem Bewußtsein dieser Reihe an. Schon die Fragen mit vorweg genommenen Antworten des Vorworts beweisen, wie frei von aller Voreingenommenheit, von jedem Vorurteil der furchtlose Mann ist, der mit seinen bezeichnenden Schlagzeilenüberschriften einen im Geiste gleichwertigen deutschen Übersetzer gefunden hat, der es verstand, solche Paradoxe wie S. 101: „Der Krieg ist in seiner ganzen Geschichte nie etwas anderes gewesen, als eine heftige Sprache“, würdig wiederzugeben. Dadurch wird das Buch Fuller über die zusammengefügte Lehren des Weltkriegs und des Äthiopischen Krieges, eine geistvolle und zugleich technisch wahre Aphorismensammlung vom neuzeitlichen Kriege überhaupt, zwar gewiß noch nicht zu einer leichten Lektüre — dazu ist es zu ernst und hat zuviel Tiefgang! —, aber zu einer unvergleichlichen, auch geopolitisch treffsicheren Übersicht. Wer seine 374 S. wirklich durchdacht hat, der wird durch nichts mehr in der Politik, wie ihrer Fortsetzung mit anderen Mitteln, dem Kriege, überrascht werden, nur vielleicht erst recht mit dem berühmten Landsmann Fullers, Sir Thomas Holdich, zu dem Ausruf angesichts der Reihe von Versailles 1918 bis Prag 1938 befügt sein: „Grenzenlos sind die Kosten geographischer Unwissenheit.“ Ein Urteil, dem wir getrost die Kosten geopolitischer, wie wehrwissenschaftlicher Unwissenheit bei vielen Lenkern der Geschehnisse der Erde hinzufügen können — in herzlichem Einvernehmen mit J. F. C. Fuller —, dem drastischen Schilderer der „Elastizität britischer Propaganda“, des „Repertoires der Pazifisten“, der „Gesetzherrschaft des Völkerbunds“ (S. 269), des psychischen wie technischen Krieges und der Rolle des Kriegsschauplatzes dabei, dem mutigen Aufklärer Mitteleuropas über das, was ihm begegnen kann, wenn es nicht die Augen offen und sein Pulver trocken hält! (S. 265!)



# Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

Zusammengestellt von Prof. Dr. E. Wunderlich,  
Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie, vgl. Heft 9, S. 768, 1937.)  
Nähere Auskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst,  
Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart.

1. **Columbus-Weltatlas** — Jubiläumsausgabe (großer Handatlas). Bearbeitet von H. Fischer. Folio. 113 Kt.-S. Namensverzeichnis. Berlin-Leipzig: Columbusverlag, P. Oestergaard, Wagner & Debes. 1937. RM. 48.—.  
Allgemeines Nachschlagewerk, mit ausführlichem Ortsverzeichnis. — Hauptgewicht ist auf die politisch-geographische Darstellung gelegt, mit Ergänzungen durch allgemeine Wirtschaftsübersichten.

2. **Atlas des Weltfernsprechnetzes**. Von Dr. P. Craemer. 6., ber. u. erw. Ausg. d. Länderkarten d. europ. Fernsprechnetzes. 65 Bl. m. Kt. 4. Berlin-Charlottenburg 9: Verl. Europ. Fernsprechdienst, 1938. RM. 4.—.

Praktisches Nachschlagewerk auf Grund offizieller Unterlagen. — Schwarz-Weiß-Übersichten des Weltfernsprechnetzes der europäischen und außereuropäischen Länder.

3. **Werden und Wachsen**, ein Geschichtsatlas auf völk. Grundlage. Bearb. von Dr. B. Kümstler. 4 Bl., 60 Kt.-St., 24:26 cm. Braunschweig: Westermann, 1938. Kart. RM. 4.40, Lw. RM. 5.—.

Für Schul- und Schulungszwecke. — Will vor allem durch farbige geopolitisch gehaltene Haupt- und Nebenkarten die geschichtliche Entwicklung des deutschen Volkes bis zum 3. Reiche auf dem Hintergrund der großen weltgeschichtlichen Entwicklungen zeigen.

4. **Neue große Weltkarte**, 1:35 Mill. Format 116:70 cm. Farbendruck. Berlin: P. Oestergaard. 1938. RM. 1.95.

Büro-Übersichtskarte. — Politisch-geographische Übersicht mit Grenz- bzw. Flächenkolorit für die einzelnen Staaten, mit Angabe der wichtigsten Eisenbahnen und sonstigen Verkehrslinien.

5. **Weltkarte**, 1:50 Mill. (Äquatorialmaßstab). Format 79:45 cm. Farbdruck. Bern: Kümmerly & Frey. 1938. Fr. 2.—, auf Lw. Fr. 4.50.

Büro-Übersichtskarte. — Politisch-geographische Übersicht mit Flächenkolorit für die einzelnen Staaten und Angabe der wichtigsten Eisenbahnen und Schifflinien.

6. **Die deutschen Kolonien**, teilw. 1:7,5 Mill. Bearb. von Dr. P. Holló. Format 125:90 cm. Farbendruck. 5 Nebenkt. Erläut.-Heft. Berlin: Columbusverlag P. Oestergaard. 1938. Unaufgez. RM. 12.—, auf Lw. mit Stäben RM. 18.50.

Für Schul- und allgemeine Schulungszwecke. — Die Hauptkarte zeigt die Verteilung der deutschen Kolonien, mit Eintragung verschiedener Signaturen zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Produktion. Verschiedene Nebenkarten, ebenfalls farbig, zeigen den derzeitigen Kolonialbesitz der verschiedenen Völker; eine Übersicht der Bevölkerungsdichte der Erde und ein Bild der Vegetationsverhältnisse in Mittel- und Südafrika.

7. **Libia e Regioni Limitrofe**. Carta dimostrativa fisico politica, 1:3 Mill. Bearb. von A. Dardano. Format 64:75 cm. Farbendruck. Rom: Ministero delle Colonie Servizio Cartografico. 1937. RM. 2.25.

Physisch- und politisch-geographische Übersicht. — Höhenschichtenkarte, mit besonderer, ebenfalls farbig hervorhebender der Grenzen. Südwärts bis zum Tschadsee.

8. **General Map of the Gold Coast and that part of Togo Land mandated to Great Britain**, 1:1 Mill. Farbendruck. Format 48:71 cm. Accra: Gold Coast Survey. 1937. RM. 4.50.

Hauptsächlich politisch-geographische Übersicht. — Politisches Flächenkolorit für das Goldküstengebiet und seine verschiedenen Verwaltungsuntergebiete sowie das Brit. Mandatsgebiet von Togo, mit Eintragung der Bahnen und Straßen.

9. **Carte du Gabon, du Moyen Congo et de la Guinée Espagnole**, 1:1,5 Mill. Bearb. von B. Choubet. Format 88:127 cm. Farbendruck. 2 Blätter. Hrsg. vom Gouvernment Générale de L'A.E.F. Paris: Girard et Barrère, 1936. RM. 18.—.

Vorwiegend topographische Übersicht. — Mit Höhenkurven und farbigem Gewässernetz sowie Angabe der Siedlungen, Verkehrswege und der unerforschten Gebiete.

10. **Farm Area, South West Africa, Plaas Oppervlakte, Suidwes Afrika**, 1:800000. Format 77:153 cm je Blatt. Mehrfarbendruck. Windhuk: Surveyor General's Office, 1938. RM. 15.—.

Administrative und wirtschaftliche Übersicht. — Eintragung der verschiedenen Farmgebiete (und -Besitzer) auf Grund der offiziellen Katasterangaben nach dem Stand von 1937, mit Eintragung der Reservate, Sperrgebiete usw. Zweisprachige Legende.

11. **Mapa Radjokomunikacyjne Europy**, 1:800000. Format 73:61 cm. Mehrfarbendruck. Mit Verzeichnis der Radiostationen. Warschau: Wojskowego Instytutu Geograficznego, 1936.

Übersicht für praktische Orientierung. — Bezeichnet mit verschiedenen farbigen Ortssignaturen die einzelnen europäischen Stationen, einschließlich Island und der nordafrikanischen Gebiete.

12. **Oestergaards Wandkarte von West-, Mittel- und Südeuropa**, 1:4 Mill. Format 108:88 cm. Farbendruck. Berlin: P. Oestergaard, 1938. RM. 1.80.

Büro-Übersichtskarte. — Übersicht der Staaten Europas und eines Teiles des Mittelmeergebietes, mit politischem Flächenkolorit und Hervorhebung der wichtigsten Eisenbahn- und Schifffahrtslinien.

13. **Karta Kraljevine Jugoslavije** (Karte des Königreiches Jugoslawien), 1:1200000. Bearb. von A. Lazić. Format 72:58 cm. Farbendruck. Hrsg. von Izdavačka Knjižarnica Radomira D. Cukovica. Beograd-Terazije, 1937. RM. 2.—.

Gemeinsame physische und politische Übersicht. — Mit Höhenschichten, farbigem Gewässernetz und Grenzkolorit.

14. **Mediterranean, Sheet 31, A**, 1:4 Mill. Format 107:74 cm. Farbendruck. London: Geographical Section, General Staff, War Office, 1937. RM. 5.—.

Vorwiegend topographische und verkehrsgeographische Gesamtübersicht des Mittelmeergebietes. — Mit Höhenschichten und farbigem Gewässer- und Straßennetz.

15. **Nouvelle carte générale de la Belgique et du Grand-Duché de Luxembourg**, etwa 1:286000. Format 106:86 cm. Mehrfarbendruck. Brüssel: Office de Publicité, 1936. RM. 3.—.

Hauptsächlich politisch-geographische Übersicht. —

Mit Flächenkolorit für die einzelnen Provinzen, Eintragung der wichtigsten Verkehrslinien und ausführlichem Ortsregister. (Mit Angabe der Zahl der Einwohner.)

16. **Belgique carte des chemins de fer, routes et voies navigables, Belgique; Kaart van de Spoorwegen, Banen en Bevaarbare Wateren**, 1:320 000. Format 88:68 cm. Farbendruck. Brüssel: Institut Cartographique Militaire (Militair Cartografisch Instituut), 1938. RM. 3.—

Hauptsächlich politisch-geographische Übersicht. — Mit Flächenkolorit für die einzelnen Provinzen, farbiger Hervorhebung des Flußnetzes, Eintragung der Eisenbahnen und Angabe der Blatteinteilung für die Kartenwerke 1:200 000 und 1:20 000. Mit zweisprachiger Beschriftung.

17. **Flemmings Generalkarte von Großbritannien und Irland** (2sprachig), 1:1,5 Mill. Format: 74:100 cm. Mehrfarbendruck. 9. Aufl. Braunschweig: Westermann, 1938. RM. 2.20.

Politisch- und verkehrsgeographische Übersicht. — Mit Grenzkolorit und farbiger Hervorhebung des Straßennetzes. Dazu verschiedene kleine Nebenkarten mit physisch-, wirtschafts- bzw. politisch-geographischen Ergänzungsübersichten (besonders Verteilung der Nutzpflanzen, Bodenschätze und Industrie sowie Übersicht des Weltreiches). Mit zweisprachiger Signaturerläuterung.

\*

18. **Atlas der deutschen Volkskunde**, 1. und 2. Lieferung, meistens 1:2 Mill. Mehrfarbendruck. Folio. Etwa 40 Ktbl. Hrsg. v. d. deutschen Forschungsgemeinschaft. Berlin. Leipzig: Vlg. Hirzel, 1937 ff. Je Lfg. RM. 3.80.

Wissenschaftl. Quellenmaterial und wichtige Schulungsgrundlage. — Originalaufnahmen der Verbreitung verschiedener volkskundlich wichtiger Gegebenheiten durch farbige Ortssignaturen für das Reichsgebiet und einzelne Teile des volksdeutschen Gebietes in Mitteleuropa, namentlich Danzig, Luxemburg und das sudetendeutsche Gebiet.

19. **Österreichs Weg durch die deutsche Geschichte 799—1918**. Atlasband von Josef Kallbrunner. Groß-8°. 10 Kt.-St. Wien: Hölzel. RM. 1.70.

Für Schul- und Schulungszwecke. — Sammlung von 10 farbigen politisch-geographischen Übersichten, die

die Entwicklung Mitteleuropas unter besonderer Berücksichtigung Österreichs zeigen.

20. **Die Geburten der Schweiz im Jahre 1935. Der Geburtenüberschuß der Schweiz im Jahre 1935**. Beide Karten im Maßstab etwa 1:1,5 Mill. Format 29,5:18,5 cm. Zweifarbendruck. Kartenbeilage zum Aufsatz von A. Burkardt im Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1, 1938. Leipzig: S. Hirzel.

Bevölkerungstatistische Übersicht. — Eintragung der Geburten bzw. des Geburtenüberschusses nach Prozentstufen für die verschiedenen z. T. farbig bezeichneten Sprachgebiete der Schweiz.

21. **Slowaken in den Sudetenländern und ihr verhältnismäßiger Anteil an den Tschechoslowaken nach Gerichtsbezirken**. Volkszählung 1930.

**Tschechen in den Karpathenländern und ihr verhältnismäßiger Anteil an den Tschechoslowaken nach Verwaltungsbezirken**. Beide Karten im Maßstab etwa 1:1,8 Mill. Schwarzweißdruck. Format etwa 29:16 cm. Beide Karten zum Aufsatz von E. Wolters im Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1, 1938. Leipzig: S. Hirzel.

Bevölkerungstatistische Übersichten. — Darstellung des Verbreitungsanteils der Slowaken in Böhmen, Mähren und Schlesien nach Stärkestufen für die einzelnen Verwaltungsbezirke bzw. der Tschechen in der Slowakei und Karpathenrußland, jeweils nach der Volkszählung 1930.

22. **Mapa Polski i Krajow osciennych, N. 33—IV**. Fliegerausgabe. Blatt Poznan 1:500 000. Format 41:44 cm. Farbendruck. Warschau: Wojskowy Instytut Geograficzny 1937. RM. 3.—

Teilblatt einer neuen Fliegerkarte. — Mit leichter Andeutung des Geländes, farbiger Hervorhebung der Wälder und Gewässer und besonderer Hervorhebung der Straßen und Eisenbahnen.

23. **Karpaty Polski z uwzględnieniem Karpackich Krajow osciennych; mapa Warstwicowa**, 1:300 000. Format 111: 85 cm. Mehrfarbendruck. Warschau-Lemberg: Książnica Atlas. 1937. RM. 12.—

Topographisch-wirtschaftliche Übersicht. — Auf der Grundlage verschiedener topographischer Kartenwerke, mit farbigen Höhenstufen und farbigem Gewässernetz für das Gebiet von Preßburg und Mähr.-Ostrau bis Lemberg bzw. Czernowitz, sowie Eintragung wichtiger Produktionszweige mittels farbiger Ortssignaturen.

*Dieser Auflage liegt ein Prospekt des Kurt Vowinkel Verlages für Einbanddecken der „Zeitschrift für Geopolitik“ bei, den wir der freundlichen Aufmerksamkeit der Leser empfehlen.*



# Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1938

Juli

Nr. 4

**REINHARD HÜBER:**

## Staat und Wirtschaft im Orient

Eine Skizze

Der Raum, den wir hier im engeren Sinne als „Orient“ begreifen wollen, umschließt die Länder Türkei, Ägypten, Iran, Irak, Syrien-Libanon und Palästina, Gebiete also, in denen der „Staat“ jeweils etwas ganz anderes darstellt als beim Nachbarn. Wir finden darin souveräne Staaten neben Mandatsgebieten, wir sehen die monarchische Staatsform neben der republikanischen, den Laizismus neben betont religiösen (moslemischen) Elementen, wir beobachten rassisch-völkliche Differenzierungen mannigfacher Art, wir erkennen, daß alle einzelnen Gebiete einen verschiedenen „Fertigkeitsgrad“ ihrer Wirtschaft erreicht haben. Kurz, es gibt so viele Unterschiede, daß das Gemeinsame überdeckt zu werden droht, das man aus beinahe einheitlicher Kultur, aus einheitlichem Glauben, aus gemeinsamer Tradition der osmanischen Zeit, aus ähnlicher innen- und außenpolitischer Zielsetzung — dem Pakt von Saadabad von 1937 etwa zwischen Ankara, Bagdad, Teheran und Kabul — oder wie immer herleiten mag. Uns interessiert hier nicht das Rechtsproblem Staat und seine Zuordnung zum Wirtschaftsbereich, sondern jene umfassende Seite politisch-nationaler-staatlicher Willensbildung, die dem Wirtschaftsleben der Nation Ordnung, Richtung und Impulse gibt oder von ihr empfängt. Dann ergibt sich für alle Gebiete des Orients eine weitgehende gemeinsame Basis, die wir zu umreißen suchen.

Alle Orientländer sind von Hause aus Rohstofflieferanten nach und Fertigwarenkäufer aus Industrie-Europa (später USA. und Japan). Wir wissen, daß dies nicht immer der Fall war, daß erst das 19. Jahrhundert solche Abhängigkeit des Ostens vom Westen schuf. Heute erleben wir dagegen die Umkehr des Ostens, der, in Besinnung auf eigene Kraft, den Gegenstoß gegen seine Überwinder vornimmt: den abendländischen Unternehmer, Kaufmann und Ingenieur. So sagten wir einmal an anderer Stelle<sup>1)</sup>: „Der moderne Marco Polo ist der mit einem Staatsstipendium ausgerüstete orientalische Student in Europa.“ Das trifft im Prinzip für alle Orientländer zu. Es fehlt zu Hause an

<sup>1)</sup> Vgl. das an anderer Stelle dieses Heftes besprochene Buch von Reinhard Hüber, „Deutschland und der Wirtschaftsaufbau des Vorderen Orients“ (Enke, Stuttgart 1938).

Unternehmern und Ingenieuren und damit an „schöpferischer Privatinitiative“ im europäischen Sinne. Was läge näher, als daß der Staat (oder die nationale Gruppe) die Jungmannschaft dorthin schickt, wo sie am schnellsten, sichersten und modernsten den Vorsprung einholen kann? Das japanische Beispiel bewies die Verwirklichungsmöglichkeit der Methode. — Gewiß, es macht natürlich einen Unterschied, ob ein junger Türke, Iraner, Ägypter, Syrer, Iraki an eine deutsche Hochschule kommt, ob er schon in der Heimat eine gewisse Anschauung von Technik erhielt, oder ob er zu jener ersten Generation gehört, von der mancher noch nie ein Stück Eisen in der Hand hielt, aber am liebsten nach zwei Jahren als fertiger Flugzeugkonstrukteur nach Hause gehen möchte. Grundsätzlich ist es immer dasselbe, was wir beobachten: die Erkenntnis, daß das künftige nationale Schicksal seines Landes vom wirtschaftlichen Aufstieg her weitgehend bestimmt wird, bildet die Grundlage für die Fortschrittsbegeisterung des jungen Orientalen. Es ist ursprünglich viel weniger technische Begeisterung „an sich“, sondern weit eher ein Reflex auf jene Rückständigkeit daheim, die fremde Einflüsse geradezu heranzieht.

Nichtsdestoweniger erweist sich die Jugend des Orients als dennoch echt begeisterungsfähig gegenüber dem grundsätzlich Neuen, eben der Technik. Daneben tritt eine gewisse Unsicherheit gegenüber unternehmerischen Prinzipien deutlich zutage. Der Vater des Studenten ist vielleicht ein reicher Kaufmann, aber wie nun der Sohn anders als in einem zukünftigen Staatsauftrage das erworbene Wissen in einem vielleicht bislang noch gar nicht vorhandenen Wirtschaftszweig verwenden könnte, ist noch keineswegs auszumachen. Ist doch die moderne nationale Wirtschaft aller Orientländer, insbesondere die Industrialisierung, erst ein Ergebnis der letzten Jahre und Jahrzehnte. Sie muß generell von oben her erst heimisch gemacht werden, wie — sagen wir — zu Zeiten Friedrich Wilhelms I. oder Friedrichs des Großen in Preußen. Dabei befindet sich der Orient in der unangenehmen Lage, daß die Entfaltung seiner Nationalwirtschaften erst dann möglich wurde, als die europäische Technik eine hundertjährige Entwicklung zu ihrer heutigen Verfeinerung hinter sich hatte. Wo industrialisiert, standardisiert, die Landwirtschaft modernisiert werden soll, sei es im Staate Kamál Atatürks, Reza Schahs von Iran, am Nil oder am Euphrat, da ist gewiß der heimische Bauer, Fellache oder Kaufmann von sich aus nicht in der Lage, die erforderliche technische Einsicht und die unternehmerische Initiative zu besitzen. An seiner Stelle wirkt dann der Staat als Unternehmer, sei es direkt, sei es mit Hilfe von Gründerbanken oder nationalen Kreditinstituten (Sümer-, İş-, Etibank usw. in der Türkei, Bank Mellié, Landwirtschafts- und Industriebank in Iran, Banque Misr in Ägypten, Landwirtschaftsbank in Irak usw.), sei es indirekt mit Steuergesetzgebungsakten u. ä. und insgesamt mit einer Wirtschaftspolitik, die sich ausländischer Berater bestens zu bedienen weiß, solange die eigene Beamtenschaft noch nicht genügend geschult ist. Der Produktivkredit erhält — trotz des Zinsverbotes im Koran — eine für den Orient erstaunlich beherrschende Rolle.

Selbstverständlich wird die Außenwirtschaft, allem voran der Außenhandel, völlig in den Dienst der nationalen Wirtschaftspolitik gestellt. Hier tauchen die Probleme der Außenhandelsmonopole und -ämter, Kontingents- und Clearingabmachungen auf. Die Einfuhr wandelt ihren Charakter, indem die Produktiv-



güter aller Art immer mehr vordringen, während die ehemals überragende Konsum- und Luxuswareneinfuhr gedrosselt wird. So wird der Konsum gelenkt, während die Standorte der staatlichen wie auch der privaten Industriezweige nach strategischen Gesichtspunkten gewählt werden (Türkei). Die Ausfuhr wird für den Weltmarktbedarf ausgerichtet und in bestimmten Richtungen gesteigert, zumal die agrare Produktionspolitik und die Erschließung der Naturschätze, von Land zu Land verschieden, ebenfalls nach bestimmten Export- und Industrialisierungsgesichtspunkten entwickelt werden. Nicht Autarkie ist das letzte Ziel, aber Ersatz bestimmter Fertigwarenimporte durch Eigenproduktion mit eigenen Rohstoffen (Eisenwerke, Textilfabriken, Zuckerfabriken, Waffenwerkstätten usw.) in einer Industriespitze auf leistungsfähiger Agrarbasis.

Nun kann gewiß das Zinsverbot des Korans abgewandelt werden, man kann Berater verpflichten, Studenten verschicken, im eigenen Lande Hochschulen entwickeln, aber der Sprung des Orients in die neue Zeit hinein bleibt schwierig genug. Die Wirtschaftskörper des Ostens haben zwar die Kinderkrankheit des wirtschaftlichen Liberalismus nicht wie die europäischen Wirtschaften durchmachen müssen. Man vermeidet selbst zukünftige Gefahren in dieser Richtung (Arbeitsgesetze). Kann aber wirklich manch bitter erworbene Erfahrung, die wir machten, einfach transferiert werden? Die Frage bleibt offen, auch wenn man erkennt, daß der Sprung über den Liberalismus hinweg überall dort einen unbestreitbaren Vorteil bedeutet, wo der Fortschrittswille mit der nationalen Idee zu einer autoritären Wirtschaftsführung verdichtet werden konnte — wie immer die Staatsform beschaffen sei —, während man in den Fällen fremder Beeinflussung sehr im Zweifel sein kann, ob der wirtschaftliche Liberalismus überwunden oder eben erst erreicht wird.

Noch einen anderen Sprung muß der Orient vom Staat her vollbringen, um den erwünschten Anschluß an die moderne Wirtschaft und Zivilisation zu finden. Er muß das überaus große Analphabetentum bekämpfen, um in den breiten Massen seine Ziele verständlich zu machen. Voraussetzung hierfür ist vor allem ein entwickeltes Nachrichten- und Verkehrswesen, an dem es früher überall fehlte. So sehen wir Autostraßen, Eisenbahnen, Fluglinien, Radiostationen entstehen. Die Staatsoberhäupter und hohen Beamten können nun die erforderlichen Anordnungen nicht nur treffen, sondern ihre Ausführung auch überwachen. Genau gesehen, können sie vielfach mit dem Verkehrswesen überhaupt erst den Staat gegen Stammesvorrechte, schwierige Nomaden- und Siedlungsprobleme, ungenügende Volkshygiene, gegen widersetzliche Orthodoxie, unzuverlässiges Beamtentum usw. „stabilisieren wie einen rocher de bronze“! Verkehrs- und Bevölkerungsererschließung erweisen sich als Voraussetzungen zur Durchführung aller neuen Ideen für den Staat und eine Wirtschaft, die ihrerseits wieder die Lebensgrundlagen für den Staat zu schaffen hat.

Ist es da ein Wunder, wenn wir von Schwierigkeiten hören? Die großen Führerpersönlichkeiten des Ostens müssen nahezu aus dem Nichts schaffen. Dies Erbe entstammt einer europäischen Politik gegenüber dem „Kranken Mann“, aus den „Interessensphären“ und „Kapitulationen“, die erst in unseren Tagen völlig verschwanden, Beweise einer Koppelung von Politik und Wirtschaft, die dem Orient

seinerseits solche Verknüpfung zur unabweisbaren Pflicht macht. Dabei ist es nicht ohne einen gewissen pikanten Reiz, zu wissen, daß die Erträgnisse der heute noch vorhandenen Konzessionen, wie der englisch-französisch-amerikanischen „Iraq Petroleum Company“ oder der englischen „Anglo-Iranian Oil Company“ weitgehend dazu verwendet werden, Wehrkraft, Gesundheits-, Erziehungs- und Verkehrswesen in Iran und Irak zu entwickeln, welche Staat und Wirtschaft aus fremder Umklammerung befreien.

Die imperialen Mächte, voran England und Frankreich, besitzen im Orient vorerst noch ihre Machtpositionen. Palästina und Syrien-Libanon sind beredte Zeugen dafür, wie z. B. mit aller Kraft versucht wird, die Einigung des levantinischen Arabertums zu verhindern, dem man überdies den Zugang zum Meere sperrt. Eigene Staatlichkeit und damit eine eigene starke Wirtschaft können dort nicht gedeihen, zumal neuerdings die jüdischen Hoffnungen auf einen Imperialismus, gestützt auf einen eigenen Staat, nachdrücklich angemeldet werden. Auffällig war, daß bis zum Aufstand 1936 die Annahme moderner Wirtschaftsmethoden in ihrer scheinbaren Koppelung mit dem Judentum beim palästinischen Arabertum abgelehnt wurde und erst damals die Verschmelzung von Nationalismus und Stärke und Freiheit verheißendem Fortschrittswillen erfolgte, die wir überall sonst im Orient als Selbstverständlichkeit finden.

Auch abgesehen von Mandats Herrschaften und Konzessionen sind zweifellos Frankreich und England, so sehr sie äußerlich jede Affinität nach „autoritärer“ Staatsform hin von sich weisen, in ihrer Wirtschaftspolitik dem Orient gegenüber durchaus der Verbindungsmöglichkeit von privater Wirtschaft und staatlichem Machtstreben bewußt. Die Koppelung mehrerer Währungen des Orients (Ägypten, Irak, Palästina) an das englische £, die der syrischen Währung an den französischen Franken, sprechen eine deutliche Sprache. In ähnlicher Richtung ist die irakische Engländerleihe von insgesamt £ 3 Millionen wichtig, vor allem aber neuerdings der Lieferungskredit Englands an die Türkei in Höhe von nicht weniger als £ 16 Millionen, bei dem recht deutlich erkennbar wird, daß England das hohe finanzielle Risiko aus politischen Gründen auf sich nehmen will. Doch könnte es immerhin sein, daß derartige „außenwirtschaftliche“ Rechnungen letzten Endes doch ohne den Wirt gemacht werden, da sowohl die Staaten wie ihre Wirtschaftskörper heute im Orient weithin so selbständig und stark geworden sind, daß sie ihr wirkliches Interesse durchaus zu erkennen vermögen. —

Für diese These ist gerade die zunehmende Bedeutung der deutsch-orientalischen Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren aufschlußreich. Was europäische Konkurrenten als „Drang nach dem Osten“ bekämpfen zu müssen glauben, ist in Wahrheit nichts anderes als das natürliche Ergebnis der Tatsache, daß der Orient unsere Industrieerzeugnisse zum Ausbau seiner Wirtschaften gut brauchen kann, wie wir Bedarf für beinahe alle Landeserzeugnisse des Ostens haben. Deutschland kann in den Orientländern immer nur gleichberechtigte Wirtschaftspartner sehen, denen wir auch auf solchen Gebieten vielfältig helfen können, die in der Handelsbilanz nicht erscheinen, wie etwa in der Ausbildung der jungen Intelligenzschichten, in Technik und Medizin nicht weniger als in Kunst und Erziehungswesen. Das alles braucht schließlich der Orient nicht minder dringlich als die Handelsgüter, zum Aufbau von Wirtschaft und Staat.



HEINZ WILSDORF:

## Wirtschaftsplanung und Außenhandelslenkung im autoritären Rumänien

Die Instituierung des autoritären Regimes in Rumänien ging in zwei Phasen vor sich. Wenn sich auch erst am 10. Februar 1938 durch das Kabinett Dr. Miron Christea das autoritäre System mit all seinen politischen Konsequenzen durchsetzte, so wird man — sollte das gegenwärtige Regime von Dauer sein — sicherlich später einmal die Geburtsstunde des neuen Rumäniens um die Jahreswende 1937/38 unter die Regierung des Ministerpräsidenten Goga legen. Dies nicht etwa, weil König Carol II. die mit Goga gewählte Regierungsform (u. a. gegenüber dem Korrespondenten des „Daily Herald“, London) als autoritär bezeichnete, sondern weil sich der König von diesem Zeitpunkt an selbst bewußt als verantwortungsvoller Träger des rumänischen Staates betrachtet und sich verpflichtet fühlt, das „Steuer in der Hand zu behalten“. Mit dem 10. Februar beginnt aber dann das autoritäre Regime Rumäniens unter Ausschaltung der Parteien. In die Ministerien beruft der König Persönlichkeiten, die ohne Rücksicht auf frühere Tätigkeit und Zugehörigkeit zu Parteien aus bisherigen Ministerpräsidenten ausgewählt sind. Frei von jeder Parteitätigkeit sollen diese sich nunmehr „dem allgemeinen Wohle“ widmen. Die autoritäre Staatsführung gab durch die am 21. Februar veröffentlichte neue Verfassung, die bereits drei Tage später durch eine öffentliche Wahl bestätigt wurde, dem König endgültig „das Steuer in die Hand“.

### I

Mit dem neuen Kurs macht sich sofort auch ein stärkeres Interesse der Staatsführung am wirtschaftlichen Geschehen geltend. Von dem Programm auf wirtschaftlichem Gebiet, das am 13. Februar vom König und der neuen Regierung veröffentlicht wurde, sind drei Punkte hervorzuheben:

1. „Wiederaufrichtung des ethischen Niveaus des öffentlichen Lebens“, „Unterdrückung der Mißbräuche in der Verwaltung“. Der Aufbau einer sauberen Verwaltung entspricht einem dringenden Bedürfnis des Landes. In früheren Zeiten mag der für jeden Handgriff zu entrichtende Obolus für die Tasche des jeweiligen Beamten eine *de facto* gerechtfertigte Erscheinung, ein notwendiges zusätzliches Einkommen zu dem kärglichen Beamtengehalt gewesen und von den „Zahlenden“ als normal empfunden worden sein. Jedoch hat diese „Einrichtung“ gerade unter den in den letzten Jahren entwickelten, neuen internationalen Wirtschaftsformen zu einer schweren Belastung der rumänischen Wirtschaft geführt. Da der Staat immer stärker durch Devisenbewirtschaftung, Kontingentierung usw. in das Wirtschaftsleben eingriff, somit auch immer mehr untere Beamte Entscheidungen über das Zustandekommen großer Geschäfte zu fällen hatten, trat eine Entwicklung von der „zusätzlichen Taxe“ zur „Prämie des Meistbietenden“ ein; ein Wandel, der insbesondere von der diesen Verhältnissen nicht gewachsenen Provinz und von den mit Rumänien handeltreibenden Ausländern als drückend empfunden wurde. Wenn es gelingt, den maßgebenden Teil der Viertelmillion Beamten zu einer Zurückweisung der eingebürgerten Bestechungsgelder zu erziehen, dann werden auch in Rumänien zukünftig die wirtschaftlich wirklich fähigen Kräfte, statt wie bisher die „finanziell starken Kreise mit guten Beziehungen“ zur Geltung kommen. Damit würde der rumänische Staat auch ein wesentliches Steigen seines internationalen wirtschaftlichen Prestiges erzielen.

2. Stärker als bisher soll eine Lenkung und Kontrolle der Privatwirtschaft durch die ordnende Hand des Staates erfolgen. Darüber hinaus darf man auf Grund der angekündigten „produktiven Investitionen“ erwarten, daß der rumänische Staat auch durch die Errichtung von weiteren Betrieben in eigener Regie eine erwünschte Planung herbeiführen wird. Stärkere Eingriffe des Staates sind ferner durch die proklamierte „Entpolitisierung der Wirtschaft“ erforderlich. Diese betreffen nicht nur die „Einrichtungen allgemeinen Interesses“, an deren Entwicklung jeder Staat aus volks- und wehrwirtschaftlichen Gründen interessiert sein muß, sondern die in gemilderter Form von Goga übernommene Forderung, dem „rumänischen Element“ eine größere Beteiligung am Wirtschaftsleben durch Überprüfung der nach dem Kriege gewährten Bürgerrechte an Juden und sonstige Minderheiten zu gewähren. Auch das wird zwangsläufig eine zunehmende lenkerische und planende Tätigkeit des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete herbeiführen.

3. „Aufrichtung“ des Bauern- und Arbeiterstandes und Unterstützung des Handwerks. Die Regierung will die Landwirtschaft nicht länger — wie bisher unter den Industrialisierungsbestrebungen — vernachlässigen. Sie erblickt in ihr das Rückgrat des „nationalen unteilbaren Einheitsstaates“, der „durch keine auswärtigen Völkerschaften kolonisiert werden kann“. Die Unterstützung des Handwerks soll eine Stärkung — eigentlich erst die Bildung — eines staatserhaltenden Mittelstandes herbeiführen. Die Pflege der „Arbeiterklasse“ ist für das sich schnell industrialisierende Rumänien von besonderer Wichtigkeit; die Führer des neuen Rumäniens haben aus der Entwicklung in den Industriestaaten erkannt, welche Gefahren in der Verproletarisierung dieses Standes liegen. Bauern, Arbeiter und Handwerker sind unter den bisherigen Regierungen durch den Wunsch nach einer schnellen Industrialisierung vernachlässigt worden. Jetzt soll durch Wahl aus Berufsständen dafür gesorgt werden, daß diese Wirtschaftskreise ihrer Bedeutung gemäß an Staat und Volkswirtschaft mitarbeiten.

## II

Wie steht nun die Praxis des Wirtschaftslebens zu diesem Programm? Es ist verhältnismäßig gleichgültig, wie die das heutige Rumänien führenden Staatsmänner zu den Bemühungen Gogas stehen, die wirtschaftliche Vorherrschaft der Juden (insbesondere in der Moldau, Bukowina, in Bessarabien und in der Textilwirtschaft) zu brechen. Der Ablauf der Geschehnisse seit Januar, insbesondere die politischen Interventionen der westlichen Demokratien haben ihnen die Abhängigkeit Rumäniens empfindlich fühlbar gemacht. Rumänien stand und steht auf Grund vorhandener finanzieller Verpflichtungen (Anleihen und vornehmlich das in der Erdölindustrie arbeitende ausländische Kapital) unter außenpolitischem Druck. Eine Ablösung dieser Verpflichtungen (etwa durch innere Anleihen) läßt die Lage der Staatsfinanzen zunächst nicht zu. Die natürliche Folge wird ein mächtiger Auftrieb der Bestrebungen zur Erlangung nationalwirtschaftlicher Unabhängigkeit sein. Wird von dieser Seite her die rumänische Staatsführung gezwungen, sich mit der Verbesserung der Staatsfinanzen zu beschäftigen, so wirken auch zwei rein wirtschaftliche Ereignisse um die Jahreswende in gleicher Richtung, nämlich 1. die drohende Erschöpfung der Erdölfelder und 2. die symptomatische Passivierung der Handelsbilanz. Unter dem Eindruck dieser beiden Tatbestände scheint es auf der Hand zu liegen, daß nur energisches Staatshandeln Rumänien vor einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise in den kommenden Jahren bewahren kann.

Erdölförderung und Erdölausfuhr blieben bereits 1937 um rund 18% gegenüber dem Vorjahre zurück und nahmen in den ersten Monaten dieses Jahres trotz erhöhter Bohrtätigkeit weiter ab. Die Sachverständigen der Erdölgesellschaften und das Staatliche Geologische Institut rechnen mit einer Erschöpfung der heutigen Erdölfelder in 5 bis 7 Jahren. Aus der Erdölproduktion fließen aber rund 50% der Staatseinnahmen, und 40% der Ausfuhr entfallen auf sie. Außerdem sind die Erdölgesellschaften die maßgebenden Auftraggeber für die rumänische Produktionsgüterindustrie. Der Rückgang der Rohölproduktion wird im übrigen nicht nur auf die Erschöpfung der bekannten Ölfelder, sondern auch auf Raubbau zurückgeführt.

Hatte schon die Erfahrung gezeigt, daß das privatwirtschaftliche Interesse zu einer Verschleuderung volkswirtschaftlichen Vermögens führt, so wurde der rumänische Staat auch von der Kapitaleseite her zu einer „neuen Haltung“ gedrängt. Da man das „Primat der rumänischen Arbeit“ grundsätzlich anstrebt — heute werden etwa 10 bis 15% der Petroleumindustrie bzw. der geförderten Erdölmenge als in rein rumänischen Händen befindlich geschätzt —, Privatkapital aber in Rumänien nicht genügend vorhanden ist, außerdem die rein kapitalistische Handhabung eine nationalwirtschaftliche Ausnutzung neu zu erschließender Vorkommen und der anfallenden Metan- und Butangase nicht erwarten läßt, entschloß sich die Regierung zu Lenkung und Kontrolle. Am 28. März wurde die Errichtung eines „Obersten Erdöl-Rates“ verkündet, dem die Überwachung eines von der Regierung aufgestellten Fünfjahresplanes rationeller Forschung übertragen werden soll. Die Forschung will der Staat nicht in eigener Regie, sondern in Zusammenarbeit mit den Erdölgesellschaften durchführen. Durch Ausschaltung von Spekulanten und Stroh Männern sowie durch andere gesetzgeberische Maßnahmen will der Staat den Gesellschaften die Sicherheit geben, daß sie durch großzügige Perimetervergabe auch die Erschließungskosten wieder hereinbekommen.

Das zweite Alarmsignal gab der Außenhandel. Die Belebung der Weltwirtschaft in den letzten Jahren hatte auch der rumänischen Ausfuhrwirtschaft ein erweitertes Absatzfeld geschaffen und dem Land eine aktive Handelsbilanz gesichert. Zwar schloß auch das Jahr 1937 für Rumänien mit einem Ausfuhrüberschuß von 12,2 Milliarden Lei gegen nur 9 Milliarden Lei in 1936. Aber trotz dieser wertmäßigen Ausfuhrsteigerung von 21,7 auf 31,4 Milliarden Lei war der Anfall an freien Devisen 1937 geringer als 1936. Während 1936 noch 50% des rumänischen Außenhandels mit Ländern ohne Devisenbewirtschaftung durchgeführt wurde, ist dieser Satz 1937 auf 42% gesunken. Auch die Guthaben aus dem Handelsverkehr in Ländern mit sog. freier Valuta stehen auf Grund zahlreicher Clearing-Verträge nicht in Devisen zur Verfügung; zum Jahreswechsel wurden derartige gebundene Guthaben Rumäniens auf 10,2 Milliarden Lei geschätzt. Ein noch schwerer wiegendes Symptom aber war der mengenmäßige Ausfuhrückgang (1936: 10,5 Mill. t, 1937: 9,64 Mill. t). Der erhöhte Ausfuhrüberschuß konnte also nur durch Steigerung der Ausfuhrpreise erzielt werden, da die Einfuhr sowohl wert- als auch mengenmäßig über dem Vorjahrsstand liegt. Die hohen Preise für die rumänischen Exportprodukte haben sich auf dem Weltmarkt jedoch nicht gehalten, neben einem Preisrückgang macht sich darüber hinaus ein Nachlassen des Bedarfs geltend. Diese Entwicklung fand ihren ersten Niederschlag in den rumänischen Außenhandelszahlen der ersten drei Monate dieses Jahres. Gegenüber dem 1. Vierteljahr 1937 liegt die Ausfuhr im gleichen Zeitraum dieses Jahres um 22,6% (!) niedriger, wodurch sich in den Vergleichszeiträumen der Aktivsaldo von 1,82 Milliarden Lei in einen Passivsaldo von 14,76 Milliarden Lei verwandelte. Hingegen zeigt die Einfuhr in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber dem 1. Vierteljahr 1937 eine weitere Steigerung. An dieser veränderten Außenhandelssituation konnte die Regierung um so weniger ohne grundsätzliche Stellungnahme vorbeigehen, als ihr binnenwirtschaftliches Programm nur bei Verwendung ausländischer Produktionsmittel durchgeführt werden kann. Die Regierung war vor der Entscheidung gestellt, die Verwirklichung ihrer Ziele



den Zufälligkeiten des Weltmarktes zu überlassen oder den Erfolg durch lenkerische Maßnahmen sicherzustellen. Sie entschloß sich für den letzteren Weg.

Das Rückgrat der rumänischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft. 78,2% der Erwerbspersonen sind in Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei tätig. Die Existenz des größten Teiles ruht auf dem Getreideanbau. Der Wohlstand des Landes hängt somit ausschließlich von der Lage der Landwirtschaft ab, deren Wohlergehen wiederum nicht allein von dem Ausfall der Ernte, sondern auch wesentlich von den Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt beeinflusst wird. Maßgebenden Einfluß in dieser Richtung haben die Ausfuhrerfolge in Getreide, Holz und tierischen Erzeugnissen, von denen allein das Getreide 1937 wertmäßig 34% der Exporterlöse ausmachte. In der Industrie und im Bergbau sind nur 7,2% der erwerbstätigen Personen beschäftigt. Hier ist die Erdölindustrie ausschlaggebend. 1937 war das Erdöl mit 39,8% an der Ausfuhr beteiligt. Um die wirtschaftliche Lage des rumänischen Volkes sowie die Staatsfinanzen von den Verkaufsmöglichkeiten weniger Produkte in fremden, an dem Wohlergehen Rumäniens mehr oder weniger desinteressierten Staaten unabhängig zu machen, ist eine Verfeinerung der Wirtschaftsstruktur erforderlich. Verstärkte Entwicklung zur Erstellung hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die auch in Zeiten sinkender Konjunktur leichter den Weg zum Weltmarkt finden, Erschließung der zahlreich vorhandenen Bodenschätze, Entwicklung des Handwerks und der Industrie und Ausbau des Verkehrsnetzes sind die Voraussetzungen für eine in sich gefestigte Wirtschaft.

Das Ziel größerer Krisenfestigkeit hat sich auch die neue Regierung gesteckt. Aber dafür und für die aus politischen Gründen erstrebte verstärkte Aufrüstung ist in den nächsten Jahren eine erhöhte Einfuhr erforderlich (im 1. Vierteljahr 1938 betrug die rumänische Einfuhr 4,9 Milliarden Lei gegenüber 4,4 Milliarden Lei im gleichen Zeitraum 1937!). Eine generelle Drosselung der Einfuhr kam also nicht in Frage. Die von den früheren Regierungen übernommene Einfuhrregelung reichte andererseits nicht aus, um die Bezüge aus dem Ausland den wirtschaftlichen Zielen der neuen Staatsführung entsprechend zu regeln. Daher wurde bereits im März eine neue „Außenhandelsordnung“ erlassen, die die Einfuhrseite reguliert.

In dieser Ordnung wurde auch die — bisher nicht erfaßte — Rohstoffeinfuhr der Kontingentierung unterworfen, womit sich der Staat die Möglichkeit schuf, auch die grundsätzlich erwünschten Einfuhren nach den jeweiligen Bedürfnissen zu differenzieren. Artikel III bestimmt, daß Einfuhranträge, die von dem Ministerium für nationale Verteidigung oder vom Ministerium für Landwirtschaft und Domänen unterstützt werden, sowohl bei der Erteilung des Kontingents als auch bei der Zollabfertigung bevorzugt zu behandeln sind. Die Einfuhr für Rüstungszwecke und von landwirtschaftlichen Maschinen (Modernisierung der Arbeitsmethoden!) wird dadurch besonders unterstützt. Ein Verbot von Kompensationsgeschäften richtet sich gegen die Unzahl von Kompensationsgeschäften, die eine Übersehbarkeit des Devisenanfalls unmöglich machte, da auf diesem Wege umfangreiche Beträge, die in Form von Devisen hätten anfallen müssen, im Ausland geblieben sind. Die Maßnahme sichert der Nationalbank den direkten Devisenanfall aus getätigten Ausfuhren und gibt ihr die Gewißheit, daß die Ausfuhrerlöse wieder in dem von der Regierung gewünschten Sinne verwendet werden. Ausnahmsweise dürften auch in Zukunft wenige größere Kompensationsgeschäfte genehmigt werden, vornehmlich um die Nationalisierung von bisher in ausländischer Hand befindlicher Unternehmungen durch „Abgeltung durch rumänische Warenlieferungen“ zu ermöglichen; auch hier wieder die Fernwirkung einer Planung auf ganz anderem Gebiet!

Die Regelung der Einfuhr ist eine staatliche Einwirkung auf bereits gegebene Tatbestände (Erfassung und Verteilung der anfallenden Devisen). Die Regierung ist also in gewissem Sinne noch passiv, da sie sich in der Höhe der von ihr zu erteilenden Einfuhrgenehmigungen nach den Erfolgen der privaten Initiative des

Ausfuhrhandels richten muß. Da jedoch die Größe des Einfuhrbedarfes unmittelbar von der Planung auf dem Binnenmarkt abhängig ist, mußte die rumänische Staatsführung eine Beeinträchtigung ihrer inneren Wirtschaftspolitik durch den von ihr unkontrollierten Ausfuhrhandel befürchten. Daher ist es folgerichtig, wenn die rumänische Regierung versucht, auch auf die andere Seite des Außenhandels lenkend einzuwirken. Der Entschluß zu aktiver Ausfuhrpolitik wird durch den starken Ausfuhrrückgang und die veränderte Weltmarktlage, worauf oben bereits hingewiesen wurde, gefördert worden sein. Die Regierung hat sich daher entschlossen, eine Steigerung der Ausfuhr durch Prämien herbeizuführen, wobei sie bis jetzt Maßnahmen für diejenigen Erzeugnisse ergriffen hat, die die größten Posten in der rumänischen Ausfuhr einnehmen. Darüber hinaus hat die Regierung mit einer Neuordnung des staatlichen Wirtschaftsapparates begonnen. Wenn hierfür durch die bisher erlassenen Gesetze und Verordnungen auch erst der Rahmen gegeben ist, so zeigt sich doch bereits der Wille zur Zentralisierung aller Kräfte.

Für die Erzielung einer erhöhten Ausfuhr hat man die Kräfte auf die vier Hauptzweige der rumänischen Ausfuhrwirtschaft, Erdöl, die Forstwirtschaft, Tiere und tierische Erzeugnisse sowie Getreide konzentriert. So wurden besondere Kommissionen zur Förderung der Ausfuhr von Erdölerzeugnissen, von Tieren, von Hölzern und von Getreide gebildet; letztere hat das frühere Weizenamt in sich aufgenommen. Die Kommissionen stehen unter dem Vorsitz des jeweiligen Direktors der handelspolitischen Abteilung des Ministeriums für nationale Wirtschaft, ferner gehören ihnen Vertreter der zuständigen Ministerien und Fachverbände an. Auch der mit der Gründung des Ministeriums für nationale Wirtschaft begonnene Aufbau des staatlichen Wirtschaftsapparates verbindet sich mit der Außenhandelslenkung. Das Ministerium für nationale Wirtschaft ist an die Stelle des früheren „Industrie- und Handelsministeriums“ getreten und hat zu dessen Aufgaben weitere — neue und aus anderen Ressorts — erhalten. Hinsichtlich des Außenhandels wird für das neue Ministerium u. a. als Aufgabengebiet die „Angleichung der Einfuhr an die nationalen Bedürfnisse“ und „Organisierung der Ausfuhr“ erwähnt. Man hat jedoch — wie bisher — den Aufgabenkreis der rumänischen Nationalbank, der die Devisenbewirtschaftung und die Kontingentierung obliegt, von dem neuen Ministerium getrennt gehalten. Der Gouverneur der Nationalbank, Constantinescu, ist indessen gleichzeitig Leiter des zentralen Wirtschaftsministeriums. Weiterhin ist für Außenhandelsfragen ein Verwaltungskomitee als Exekutivorgan (unter gleichzeitiger Auflösung der Kommission für die Überwachung des Ausfuhrhandels) gebildet worden, in dem je ein Vertreter der Nationalbank, des Wirtschafts-, Ackerbau-, Finanz-, Verteidigungs- sowie Luft- und Marineministeriums sitzt. Außerdem hat man für die Fragen der Einfuhr, in denen die Nationalbank früher fast selbständig war, eine beratende Kommission geschaffen.

Durch die aktive Ausfuhrpolitik will die rumänische Regierung nicht nur den Export *en bloc* heben, sondern auch die Richtung der Ausfuhr beeinflussen. Sie strebt eine Exportausweitung nach denjenigen Ländern an, bei denen der Ausfuhrerlös — nach der Terminologie der Rumänischen Nationalbank — in „Edeldevisen“ anfällt. Wie bisher vergütet die Rumänische Nationalbank bei der Ablieferung von Edeldevisen (hierzu gehören alle im freien Handel nicht zugelassenen Währungen) eine Valutaprämie von 38%. Das bedeutet bereits eine wesentliche Benachteiligung der zum freien Handel zugelassenen Währungen (Reichsmark, Pengö, Tschechenkronen, italienische Lira, Drachmen), die außerdem keiner festen Kursrelation unterliegen, sondern deren Kursbildung sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Die Bestrebungen der Nationalbank, den Export nach Ländern mit sog. Edeldevisen zu lenken, unterstützt die neue Regierung wesentlich, wie es die bis jetzt bekanntgewordenen Ausfuhrprämien für Hölzer zeigen, die in ihrer Höhe so gestaffelt sind, daß für Ausfuhr nach Edeldevisen-Ländern die höchsten Prämien gezahlt werden. Auch bei der ersten Sitzung der Ausfuhrförderungskommissionen betonte Wirtschaftsminister Constantinescu, daß nicht lediglich die Vergrößerung des Ausfuhrvolumens genüge, son-



dern der Anfall eines Maximums an freien Devisen angestrebt werden müsse. Auch das bereits oben erwähnte Verbot der Kompensationsgeschäfte dürfte wesentlich unter dem Gesichtspunkt, einen größeren Anfall von freien Devisen zu erreichen, erfolgt sein. Die Differenzierung der Ausfuhrprämien für Hölzer zeigt, daß man auch innerhalb der „Länder mit Edeldevisen“ noch Unterscheidungen vornimmt, also die Ausfuhrförderung noch unter anderen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten betreibt. — Auch eine Revision der Handels- und Clearingverträge hat Rumänien unter dem Gesichtspunkt, in den Besitz höherer Beträge freier Devisen zu kommen, ins Auge gefaßt. Hier ist das im März abgeschlossene neue Wirtschaftsabkommen mit Lettland zu erwähnen, in dem ohne Festlegung von Kontingenten die Bezahlung der gegenseitigen Warenlieferungen in Devisen vereinbart wurde. Auch die Kündigung des rumänisch-englischen und des rumänisch-französischen Zahlungsvertrages, auf die noch eingegangen wird, erfolgte rumänischerseits aus gleichen Erwägungen.

### III

Ein Erfolg der Bemühungen der neuen Regierung Rumäniens ist im wesentlichen davon abhängig, ob es gelingt, die breite Masse der in der Wirtschaft Tätigen für die erforderliche gemeinschaftsgebundene Lebensführung zu gewinnen. Für eine derartige Erziehung sind zwar die Voraussetzungen insofern günstig, als das rumänische Volk sich in breitester Schicht noch in der auf die Gemeinschaft hinweisenden vorkapitalistischen Denkweise befindet, aber andererseits erfordert eine in staatlicher Planung arbeitende Wirtschaft eine hohe Fähigkeit in der Handhabung technischer und organisatorischer Kombinationen, die nicht nur auf eine „führende Schicht“ beschränkt sein kann. Für die erfolgreiche Beendigung des in Rumänien beschrittenen Weges ist es ferner von ausschlaggebender Bedeutung, ob es gelingt „das ethische Niveau des öffentlichen Lebens“ auf die erforderliche Höhe zu bringen und die eingebürgerten „Mißbräuche in der Verwaltung“ bei einer Beamtenschaft von 250 000 in kürzester Frist zu beseitigen. Die Proklamationen der Regierung und die erlassenen Gesetze gegen derartige Auswüchse lassen erkennen, daß man dieses moralisch-psychologische Moment als wesentlich erkannt hat.

Das zur Zeit die rumänische Außenhandelspolitik überstrahlende Streben nach freien Devisen scheint noch die Ausnutzung der durch die neue Richtung gegebenen Möglichkeiten zu verdecken. Noch scheint man zu glauben, daß die wirtschaftliche Souveränität des Staates nur dann gewährleistet ist, wenn man die bardevisenlosen oder bardevisenarmen Bindungen an andere Staaten ersetzt durch freie Beweglichkeit mit „Edeldevisen“. Hier sollten jedoch auch in Rumänien die Ereignisse der letzten Zeit zu denken geben. Die Erfahrungen Rumäniens mit England und Frankreich, den vielgepriesenen Ländern des freien Devisenverkehrs, haben gezeigt, daß auch Zahlungen in freien Devisen nicht unbedingt dem Lande von Vorteil sein müssen. Nach dem rumänisch-französischen Zahlungsvertrag ist Rumänien verpflichtet, nur bis zu 50% des Gegenwertes rumänischer Warenlieferungen französische Erzeugnisse hereinzunehmen. Theoretisch kommt dadurch Rumänien im Umfang von 50% der nach Frankreich ausgeführten Waren in den Genuß freier Devisen. Für die andere Hälfte ist es verpflichtet, französische Waren zu beziehen. Während aber diese Verpflichtung bestehen bleibt, kommt Rumänien nicht in den Genuß der freien Devisen, denn Frankreich bezieht vor allem Erdöl aus Rumänien, das für die Bezahlung der rumänischen Auslandsschulden den in Rumänien arbeitenden Erdölgesellschaften vom rumänischen Staat abgezogen



und über die dafür gegründete *Petrofina Française* nach Frankreich verschifft wird. Ähnlich geht es Rumänien mit England; in Wirklichkeit geht nur ein Bruchteil der frei verfügbaren Devisen ein, während andererseits Rumänien vertragsmäßig gezogenen ist, Waren aus diesen Ländern zu beziehen.

Weiterhin muß die neue rumänische Außenwirtschaftslenkung erkennen, daß diejenigen Länder, die durch planvolle Maßnahmen Stetigkeit in ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gebracht haben, berechenbarere Handelspartner sind als solche Staaten, in denen der private Händler in dem Auf und Ab der Konjunkturen und in dem Suchen nach der ihm augenblicklich am günstigsten erscheinenden Einkaufsquelle die alleinige Richtschnur für eine wirtschaftliche Betätigung sieht. Die rumänische Einfuhr aus Großbritannien erhöhte sich 1937 gegenüber dem Vorjahre, da Rumänien nur auf diese Weise den in früheren Jahren angelaufenen Aktivsaldo auflösen konnte; die rumänische Ausfuhr hingegen ging 1937 auf 2,7 Milliarden Lei gegenüber 3,1 Milliarden Lei 1936 zurück. Der rumänische Warenaustausch mit Frankreich nahm 1937 im Vergleich zu 1936 zwar noch zu, da aber immer mehr die Erdöl- und Rüstungslieferungen in den Vordergrund traten, hat trotzdem ein Rückgang des reinen Handelsverkehrs stattgefunden. Eine volle Enttäuschung brachte der rumänische Außenhandel mit den starken Devisenländern in den ersten Monaten dieses Jahres, betrug doch der Rückgang der rumänischen Ausfuhr im 1. Vierteljahr 1938 gegenüber den drei Monaten 1937 bei Großbritannien 69,6% und bei Frankreich 48,9% (bei der Schweiz sogar 299,5 und bei den Niederlanden 1200%)! Hingegen zeigt der rumänische Außenhandel mit den beiden Ländern, die ihre wirtschaftliche Stabilität durch ordnende Maßnahmen am weitesten vorwärtsgetrieben haben, ein vollkommen anderes Bild. Deutschland, der bedeutendste Handelspartner Rumäniens, steigerte seine rumänischen Bezüge 1937 auf 6,3 Milliarden Lei (1936 = 3,9 Milliarden Lei). Trotz gleichfalls erhöhter rumänischer Käufe in Deutschland wurde das in Regierungsverhandlungen festgelegte aktive Handelsverhältnis zugunsten Rumäniens erzielt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ging im Vergleich zum 1. Vierteljahr 1937 die rumänische Ausfuhr nach Deutschland nur um 18,8% zurück, während der durchschnittliche Rückgang des rumänischen Exportes in der Vergleichszeit 22,6% beträgt. Der rumänische Außenhandel mit Italien verdoppelte sich 1937 gegenüber 1936 (Erhöhung sowohl auf Einfuhr- als auch auf Ausfuhrseite), und im 1. Vierteljahr 1938 stieg die rumänische Ausfuhr nach Italien gegenüber der Vergleichszeit 1937, obgleich der Bezug Rumäniens an italienischen Waren in der gleichen Zeit einen Rückgang aufzuweisen hat. Hätten Deutschland und Italien ihre Einfuhren aus Rumänien im gleichen Verhältnis wie England gesenkt, so dürfte nicht nur die rumänische Ausfuhrwirtschaft eine erhebliche Einbuße erlitten haben, sondern würde auch durch geringere Einfuhrmöglichkeiten Rumäniens die geplante Versorgung der Landwirtschaft und Industrie wesentlich erschwert worden sein. Es zeigt sich, daß eine vom zentralen Willen in bestimmter Richtung gelenkte Binnenwirtschaft danach drängt, daß auch die Außenwirtschaft des betreffenden Landes möglichst frei von störenden Schwankungen gehalten wird.

Die Entwicklung des eigenen Außenhandels sollte dem autoritär wirtschaftenden Rumänien die Vorteile von Handelspartnern mit Wirtschaften unter staatlicher Lenkung erkennen lassen. Vor allem bringen solche Partner in das zwischenstaatliche Wirtschaftsgeschehen eine ziemlich genau im voraus zu bestimmende langfristige Stetigkeit, die den Planungen der Beteiligten auf anderen wirtschaftlichen Gebieten entspricht.

## ARNOLD SEIFERT:

## Staatenwirtschaftliche Länderschau

## Britten und Deutsche im Wirtschaftsnationalismus des Vorderen Orients

## Der britische Millionenkredit an die Türkei

Am 1. Juli treten die türkisch-englischen Kreditverträge in Kraft, die in den letzten sechs Wochen die Gemüter auf dem Balkan und im Nahen Orient mit Recht stark bewegt haben. England gewährt der Türkei Kredite in einer Gesamthöhe von nicht weniger als 16 Millionen £ (zum Pariwert gerechnet rund 320 Millionen Mark)! Für 10 Millionen £ soll die Türkei in England Kapitalgüter kaufen, und zwar Produktionsmittel zur Erschließung der türkischen Mineralschätze (besonders Kohle, Chromerze und Kupfer, für die Atatürk im vergangenen Dezember einen Dreijahresplan verkündet hat), Material für die neuen türkischen Eisenbahnbauten und Baugeräte und Materialien für Hafenanlagen (vor allem in Mersin, Izmir, Istanbul, Zonguldak). Die verbleibenden 6 Millionen £ werden als reiner Rüstungskredit unmittelbar von der britischen Regierung an den türkischen Staat gegeben. Sie sollen ausschließlich zur Bezahlung von Waffen und Kriegsschiffen dienen. An die Stelle des Handels- und Clearingsabkommens vom 2. September 1936 tritt ein neues, das den jetzigen „normalen“, über Clearing und Kompensation laufenden türkisch-englischen Handel ausweiten soll. Der „normale“ Handelsumfang wurde im Abkommen beziffert, um die Aussonderung der zusätzlichen Warenbewegungen zu ermöglichen. Zunächst bis Ende 1940, spätestens und ausnahmsweise aber bis 31. Dezember 1941, sollen alle türkischen Aufträge in England untergebracht sein.

England sorgt also in der Türkei für über 5 Millionen £ zusätzliche jährliche Einfuhr, und die Türkei unternimmt es, in gleicher Weise — wenn auch über etwas längere Zeiträume hinweg — ihre Ausfuhr nach England zu erhöhen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Jahre 1937 die Außenhandelsumsätze zwischen England und der Türkei beiderseits nur etwa je 1,6 Millionen £ betragen haben, so kann man sich ungefähr vorstellen, was das Programm in den nächsten Jahren für die türkische Wirtschaft zu bedeuten hat.

Der gesammelte Einsatz der neuen reichen Mittel scheint durch die zentralistische Wirtschaftsführung der türkischen Regierung gewährleistet, wobei erleichternd wirkt, daß sich in der Türkei — wie fast überall im Vorderen Orient — die staatliche Initiative weitgehend halbstaatlicher Industrie- und Handelsbanken bedient. Die Durchführung des Kreditprogrammes liegt in den Händen der drei Hauptdelegierten zu den Londoner Verhandlungen, die zugleich Leiter der drei hauptsächlich beteiligten Banken sind: Muammer Eris, der Direktor der *İş Bank (Türkiye İş Bankası A. S.)*, die vom Staat mit der Pflege des Außenhandels in Zonguldak hat; İlhamî Pamir, der Generaldirektor der 1935 gegründeten staatlichen *Eti Bank*, der der planmäßige Ausbau der türkischen Bergwerksindustrie und der Wasserkraftanlagen übertragen ist; und Selahaddin Cam, der Chef der als Zentralnotenbank fungierenden Zentralbank der Türkischen Republik (*T. C. Merkez Bankası*), die das Verrechnungsinstitut für Clearingzahlungen und Kompensationsgeschäfte ist. Da sie nach ihren Statuten dem Staat und staatlichen Betrieben finanziell zur Seite stehen darf, hilft sie beim Aufbau der staatlichen Industrie ebenfalls indirekt mit. Die *İş Bank* erfreut sich noch heute der Fürsorge ihres früheren Generaldirektors, des jetzigen Ministerpräsidenten Celâl Bayar. Bayar rief Anfang 1937 Sir Alexander Gibb als beratenden Ingenieur der *İş Bank* in die Türkei und ebnete damit die Wege für die unter Führung Sir Alexanders zustande gekommene „Britische Technische Mission“. Die gegenwärtigen Pläne für die Verwendung der Kredite gehen im wesentlichen auf die Empfehlungen dieser Mission zurück. (Die am stärksten am Aufbau der staatlich-türkischen Industrie beteiligte *Sümer Bank* in Ankara tritt diesmal zurück, doch hat sie in dem 1936 gegen Krupp geschlossenen englisch-türkischen 3-Millionen-£-Lieferungsvertrag zur Errichtung der staatlichen Stahlwerke in Karabük sämtliche Rechte und Pflichten übernommen.)

### Richtungsplanung des türkischen Außenhandels?

Prognosen darüber zu stellen, wie die Millionen-Investitionen — besonders angesichts der sinkenden Weltmarktpreise für die hauptsächlichsten türkischen Ausführwaren — einschlagen werden, ist verfrüht. Die Voraussetzungen sind allerdings nicht besonders günstig. Im englisch-türkischen Clearing sind in der letzten Zeit über 1,5 Millionen £ Rückstände, d. h. zugunsten Englands eingefrorene Guthaben, entstanden, weil die Türkei wohl englische Waren abnahm, die Engländer aber zu wenig in der Türkei kauften. Nichtsdestoweniger soll die Rückzahlung der neuen Kredite durch größere Warenausfuhren nach England erfolgen, ja, man denkt sogar an Erzeugnisse, die England bisher noch nicht abgenommen hat. Eine Verstärkung der Bezüge türkischer Mineralien aber wird in England nicht ohne Ausschaltung bisheriger Lieferländer möglich sein und daher auf Schwierigkeiten stoßen. Ähnlich müssen sich die Zusatzeinfuhren von türkischen Rosinen, Tabaken, Weizen, Früchten und Hölzern automatisch gegen die Interessen der Lieferanten gleicher Waren aus britischen Reichsteilen richten.

Unter diesen wenig günstigen Vorzeichen wird von der Finanzseite her der Versuch unternommen, einen beträchtlichen Teil des türkischen Außenhandelsstromes in ein neues Bett zu lenken. Was war an dem alten schlecht? Bisher war man der Auffassung, daß sich der türkisch-englische Handel nicht mehr wesentlich steigern ließe, weil ihm die Voraussetzung gegenseitiger Ergänzung fehlt. Tatsächlich ist die Bedeutung Englands als Abnehmer türkischer Waren seit der Schaffung des Ottawaraumes im Verhältnis zu derjenigen anderer Länder ständig gesunken. Die drei wichtigsten Abnehmer sind in der Reihenfolge ihrer Bedeutung Deutschland, USA. und England. Diese drei Länder nahmen seit 1933 wie folgt am Handel teil:

Anteil an der türkischen Ausfuhr  
(in % der Gesamtausfuhr)

Jahr	Deutschland	USA.	England
1933	19,0	10,5	9,0
1934	37,3	10,3	5,7
1935	40,9	10,1	5,4
1936	51,0	11,4	5,4
1937	36,5	13,9	7,1

Weitaus der größte Abnehmer türkischer Waren ist also im letzten Jahrfünft Deutschland gewesen, welches daneben noch den großen Vorzug hat, ein sehr stetiger und berechenbarer Handelspartner für die Türkei zu sein, denn die autoritäre Wirtschaftsform in Deutschland gewährleistet die laufende Abnahme gleichbleibender Mengen auf lange Zeiträume, wodurch umgekehrt der ebenfalls autoritär geführten türkischen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben ist, in ihre weitgreifenden Planungen große Einfuhrposten von deutschen Kapitalgütern einzusetzen, deren Bezahlung von vornherein gesichert ist. Überdies ist England viel stärker als Deutschland an das Preisgefüge des Weltmarktes gebunden, so daß in der jetzigen Periode sinkender Weltmarktpreise für türkische Rohprodukte das deutsche Geschäft bestimmt bessere Erlöse bringen würde.

Warum also jetzt türkischerseits eine solche Schwenkung ins Ungewisse? Die Londoner „Times“ begrüßte das neue Abkommen am 20. Mai u. a. mit folgenden Worten: „Der Erfolg der Verhandlungen wird sicherlich die guten Beziehungen Großbritanniens zur Türkei stärken. Er wird, ohne die Entwicklung des türkisch-deutschen Handels irgendwie zu hindern, dazu beitragen, daß die Türkei weniger



ausschließlich auf deutsche Käufe und Zahlungen angewiesen ist, als sie es in letzter Zeit Gefahr lief zu werden.“ Was als das „Gefährliche“ an den deutschen Käufen und Zahlungen angesehen wird, sprechen andere englische, türkische und Balkanblätter aus, die zum Teil ganz unverblümt die törichte These vertreten, England stehe auf dem Balkan und im Nahen Osten vor der Notwendigkeit, ein Gegengewicht gegen den „wachsenden politischen Einfluß Deutschlands“ zu schaffen. Überall spielt dabei das gegenstandslose bzw. historisch und geopolitisch völlig mißverständene Wort von dem wiedererwachten deutschen „Drang nach dem Osten“ eine unglückselige Rolle. In Bukarest z. B. sang die Wirtschaftszeitschrift „Bursa“ ein Loblied auf England als Kapitalgeber und wies in einem Kommentar zum Abschluß der türkisch-englischen Verträge darauf hin, daß bezüglich Rumänien ähnliche Kreditpläne schweben, während „Argus“, die größte rumänische Wirtschaftszeitung, offen davon sprach, daß sie in dem türkisch-englischen Abkommen ein Gegengewicht gegen Deutschlands „Drang nach dem Osten“ erblicke und für Rumänien eine engere Zusammenarbeit mit England fordere. Im Zusammenhang damit gab die Zeitung den Erklärungen Winston Churchills über die Notwendigkeit einer Defensiventente der Donaufürstentümer gegenüber Deutschland an hervorragender Stelle Raum.

#### „Errors of judgment“ in der Sterlingpolitik

Leider müssen wir diese Dinge ernst nehmen. Es ist hier nicht der Ort, den Rüstungskredit und diese „Ostdrang“-Stimmungsmache auf ihre politisch-strategischen Wirkungen hin zu besprechen. Aber auf eines dürfen und müssen wir hinweisen: Wir haben seit dem Weltkrieg erfahren, welchen psychologisch verwüstenden Einfluß Schlagworte dieser Art auf die Wirtschaftslage und damit den Wohlstand ganzer Völker gewinnen können, wenn sie zu Zwangsvorstellungen werden, und wir glauben auch, daß das Umsichgreifen solcher Zwangsvorstellungen für jeden aufrichtigen Engländer etwas Entsetzliches ist. Aber nicht das erstmal in der Geschichte unseres Kontinents droht die Tatsache, daß dem politischen Geist des Engländers das Denken in irrationalen Kategorien so außerordentlich schwerfällt, zu einer beklagenswerten Belastung der europäischen Situation zu werden. Daß der einzige und wahrhaftige deutsche Drang nach Osten, der seit Heinrich und den Ordensrittern in uns wohnt, sich im Kultur- und Volkstumspolitischen und nur dort äußern kann, weil er stets mit der Sehnsucht nach dem eigenen Stück Land, mit dem Gefühl für Boden und Heimat Erde verbunden bleibt, und daß er gerade deswegen nie der Impuls zu machtpolitischen Kombinationen in einem außervölkisch-imperialistischen Stil sein kann — — —, das in seinem tiefen irrationalen Zusammenhang zu begreifen und als politischen Sicherheitsfaktor zu bewerten, ist selbst wohlmeinenden Engländern kaum möglich. Dieses offenbare Unvermögen, welches im Grunde stärker hemmt als alles böswillige Nichtverstehenwollen, muß für jene Fehler der englischen Politik aufkommen, die der Engländer nicht selten nachträglich selbst als „errors of judgment“ freimütig eingesteht. Aber kann sich Europa in seiner heutigen Lage noch solche „Beurteilungsfehler“ leisten? Wir wissen uns frei von dem unglücklichen Hang des Deutschen von ehemals, der Verständnis heischend bei anderen anklopfen ging. Wir verweisen auf diese Dinge aus europäischer Verantwortung; denn die Engländer sehen ja auch an solchen letzten Triebkräften des Strebens anderer Völker vorbei. Sie haben solche Beurteilungsfehler immer dort gemacht, wo „die Welt nicht britisch“ war, d. h. wo nicht von vornherein mit englischem Geist alle Faktoren verständlich und kalkulierbar wurden. Gerade auf dem Balkan und im Nahen Osten ist aber die Welt in diesem Sinne nie britisch geworden, und

eine englische Politik, die die Imponderabilien erkennt, welche in der Seele der östlichen Völker schwingen, muß zwangsläufig zu einer grausigen Dämmerung führen, in der dann die „festgelegten wirtschaftlichen und finanziellen Interessen“ das ihrige zur Katastrophe beitragen.

Mit diesem ganzen Vorbehalt zitieren wir aus dem Bericht der PEP-Kommission über den internationalen Handel (London 1937) den Abschnitt, der sich eingehend mit der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands im Raum zwischen Berlin und Teheran befaßt. Wir geben den englischen Wortlaut wieder, weil nur das Englische die unnachahmliche Weise vermitteln kann, in der scheinbare logische Schlüssigkeit in glatte, gefällige Patentformulierungen gegossen wird:

„... A more advantageous policy for Germany would seem to be penetration to the south-east, with ultimate emergence into the Mediterranean basin. Such a policy would give Germany access to wheat, timber, meat and fruit in the Danube and Balkan countries, iron ore, copper, zinc, lead, pyrites in Austria, Hungary, Roumania and Yugoslavia, cotton in Egypt and the Sudan, oil in Roumania, Iran and Iraq, as well as the potentially rich markets in the Near and Middle East. The local rivalries of those regions, as well as the jealousies of the other big nations, make gradual political domination feasible — at least theoretically. Certainly the history of the last few years seems to give ample evidence of this: German penetration in Austria and Hungary, continual wooing of Yugoslavia, support of the Fascist Iron Guard Party in Roumania, complete economic control of Bulgaria, increasing influence in Greece, repeated attempts to secure a dominant position in the industrial development of Turkey, are highly significant. Significant also are German attempts to build up a system of communications through South-Eastern Europe by the construction of modern roads. The visits of Dr. Schacht to these areas acquired importance in the light of the above considerations, because the immediate and even potential economic results seemed an insufficient excuse for them. Lately this policy has been developed in a more frankly political manner: Dr. Schacht's visit to Iran and German activity in Afghanistan cannot possibly be explained by their economic value, which is negligible. They can, however, be explained as steps in the encirclement of Russia, which is becoming rapidly more powerful, and which, through her long-standing friendship with Turkey (as shown by the part Russia plays in Turkish industrialisation and also by the course of the recent Dardanelles negotiations) may, in German opinion, be jeopardising the chance of a Mittel-Europa under the dominance of Germany...“

Wie die Dinge liegen, muß angenommen werden, daß die phantastischen Kombinationen dieses Berichts die Praxis englischer Außen- und Außenwirtschaftspolitiker beeinflußt haben. Erst unlängst wieder, im Märzheft des „*Economic Journal*“, hat kein Geringerer als D. H. Robertson auf die starke Beachtung hingewiesen, die der PEP-Report in englischen Regierungskreisen gefunden hat. Sollte es im übrigen ein Zufall sein, daß in der gleichen Zeit, in der der Türkenerkredit perfekt wurde, auch zwischen Paris und Ankara politische, wirtschaftliche und finanzpolitische Besprechungen stattfanden, die politisch bereits zu gewissen Bereinigungen von Gegensätzen führten? Die ernsthaften Bemühungen um die Lösung der Frage des Sandschaks von Alexandrette in jüngster Zeit, in der auch England seinen Einfluß in Paris geltend machte, und die von Außenminister Bonnet angenommene Einladung nach Ankara deuten auf eine Neuorientierung der türkischen Politik auch nach dieser Richtung. Diese Neuorientierung dürfte indessen weniger Deutschland als Handelspartner, stärker schon die Moskauer Türkenfreunde berühren. Die halbamtliche „*Ulus*“ in Ankara schrieb am 21. Mai: „Die gleichen großen Energien, die Atatürk für sein eigenes Land aufgebracht hat, setzt er jetzt ein für das Ziel der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Verständigung im Raume zwischen der Donau und den Grenzen Indiens, und die Türkei ist froh darüber, daß dies von ihren englischen Freunden anerkannt wird.“ Diese Bestrebungen finden auch staatenwirtschaftlichen Niederschlag. Auf einer Anfang April in Istanbul abgehaltenen Kon-

ferenz der sogenannten „Balkan-Entente“ soll — nach englischen Blättermeldungen — die Idee einer „Balkan-Zollunion“ zwischen Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und der Türkei der Verwirklichung nähergebracht worden sein, und bei den Besuchen Celâl Bayars und des türkischen Außenministers Aras in Belgrad und Sofia Mitte Mai sollen ebenfalls Fragen engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit im Mittelpunkt gestanden haben.

### Staatliche Lenkungsbereitschaft als deutscher Vorsprung

Es bedarf keiner amtlichen Erklärung der deutschen Regierung, um die rechte Antwort zu wissen auf all diese mehr oder weniger sensationellen Äußerungen einer politischen Propagandataktik, die ihre Requisiten aus den Vorstellungen der imperialistischen Koalitions politik der Vorkriegszeit bezieht. Eine solche Antwort ergibt sich sinnfällig aus der Idee, aus der heraus unser Volk lebt und die Beziehungen zu seiner Umwelt ordnet. Das deutsche Volk nimmt das Selbstbestimmungsrecht nicht nur für sich in Anspruch, es betrachtet dieses Recht als die letzte Grundlage des Zusammenlebens der Völker überhaupt. Das aber schließt die Selbstbestimmung jedes einzelnen Volkes über sein wirtschaftliches Geschick in sich! Wir haben „zwischen Donau und Indus“ nie eigentliche „Interessen“ im englischen Stil gehabt. Wohl aber hatten und haben die Engländer dort wirtschaftliche Machtpositionen zu verteidigen, die sie selbst gegen die Logik gegenseitiger wirtschaftlicher Ergänzung, gegen die Logik des „give and take“ und unter Umständen mit dem Aufgebot von Expeditionstruppen halten müssen, weil sie — neben anderen Gründen — von empirepolitischer und empirestrategischer Bedeutung sind. Gerade im Vorderen Orient handelt es sich bei den Machtpositionen Englands vielfach um solche, deren Bedeutung mit der wirtschaftlichen Entwicklung des betreffenden Landes unmittelbar so gut wie nichts zu tun hat. Deutschland dagegen war und ist ausschließlich auf die natürlichen Ergänzungsmöglichkeiten seiner Wirtschaft mit derjenigen dieser Länder angewiesen. Es kann also schwerlich dieser „Mangel“ die Wurzel des gegen uns entfesselten Argwohns sein.

Aber in einer anderen Beziehung geht die Rechnung nicht auf: Wir waren in den letzten fünf Jahren der Stoßtrupp der autoritären Idee und ihrer konsequenten Verwirklichung in der zwischenstaatlichen Wirtschaftspraxis, und dabei trafen wir uns auf halbem Wege mit jenen Völkern im Südosten und im Vorderen Orient, die mit ihrem Ringen um wirtschaftliche Selbstbestimmung ebenfalls den Ausbau der autoritären Staatsform verbinden! Die Völker des Vorderen Orients haben, wie es Reinhard Hüber in seiner Skizze zu Beginn dieses Heftes betont, einen ausgeprägten Wirtschaftsliberalismus im europäischen Sinne, ein breites klein- und mittelbetriebliches nationales Unternehmertum, nie gekannt. Was außer der „Niederlassungswirtschaft“ der Ausländer noch „Wirtschaft“ hieß, trug entweder der Staat oder kam als Bauernwirtschaft nicht in den Bannkreis des Welthandels. Jetzt springen diese Länder — unbelastet mit den Nachteilen eines liberalen Strukturerebes — mitten in die moderne plan- und lenkungswirtschaftliche Epoche; ihre politischen Führungen bauen das neue autoritäre System ihrer Wirtschaften ohne die Notwendigkeit mühevoller Beseitigung gewachsener Formen und gebundener Kapitalien. Der „Staat“ tritt viel ausschließlicher und unbestrittener als im Westen als Unternehmer auf den Plan. Dieser Sprung in die Nutzung der abendländischen Wirtschaft und Technik des 20. Jahrhunderts ohne inneres Begreifen ihrer Entwicklung im 19. Jahrhundert, diese naive Vitalität, die mit einem auf Flugmaschinen gestellten Verkehrsnetz weiträumige



Wirtschaftspolitik treibt, ohne nach den Grundlagen und dem konstruktiven Werden dieser Maschinen auch nur zu fragen, wirken heute und morgen als ein Vorsprung, von dem noch nicht abzusehen ist, wie weit er den Osten führt. Mag er auch auf lange Sicht jene Unfruchtbarkeit mit sich bringen, an der alles Künstliche sterben muß, mag — vielleicht! — aus den Elementen des Volkstums der östlichen Völker ein ihnen gemäßer, uns fremder Geist erwachsen — — heute und morgen gründet sich für uns Deutsche auf diesem Drang nach autoritärem Einsatz der wirtschaftlichen Mittel unter staatlicher Führung unser, von den anderen Wirtschaftsgroßmächten beargwöhnter handelspolitischer Vorsprung! Durch die Gemeinsamkeit autoritärer Wirtschaftsführung stehen wir außenhandelsorganisatorisch den Staaten des Nahen Ostens in einem sehr praktischen Sinn um vieles näher als die anderen. Unser Plus ist — neben den natürlichen gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeiten — die Gemeinsamkeit der — modernen — Grundlage zwischenstaatlichen Gütertausches.

### Deutsch-iranisches Außenhandelsclearing als Beispiel

Will man uns aber verübeln, daß wir um ein Jahrfünft früher als die anderen das vergebliche Warten auf die Rückkehr der „guten, alten liberalen Weltwirtschaft“ aufgaben und nun durch Außenhandelsplanung und feinsinnige Vertiefung der Methoden des zwischenstaatlichen Handelsclearings ein gutes Stück weiter vorn marschieren? „Hier haben sich die einzelnen Staaten, wenn auch schwer, an die kompliziert ausgetüftelten Austausch-Plansysteme Dr. Schachts gewöhnt“, schrieb mißbilligend im April ein in Istanbul ansässiger Engländer, und in dem soeben erschienenen amtlichen englischen Bericht über die Wirtschaftslage in Iran im Jahre 1937 (*Report on Economic and Commercial Conditions in Iran during 1937, Dept. of Overseas Trade, London 1938, H. Maj. Stat. Off., No. 698*) sagt der Handelsattaché der Britischen Gesandtschaft in Teheran:

„Devisengesetzgebung und das Außenhandelsmonopolgesetz von 1931 haben die Einfuhr aus Deutschland wesentlich erleichtert ... besonders seit Abschluß des Deutsch-Iranischen Clearingabkommens vom 30. Oktober 1935, auf Grund dessen die Einführer deutscher Waren von der Verpflichtung befreit wurden, bei Anträgen auf Einfuhrscheine entsprechende Ausfuhrzertifikate beizubringen. Das bedeutete damals für Deutschland gegenüber anderen Ländern einen Vorteil von ungefähr  $17\frac{1}{2}\%$  (Kosten des Ausfuhrzertifikates 15%; Ausschreibung des Einfuhrscheines auf nur 85% des Ausfuhrzertifikates). Solange die Währung noch frei war, konnten die anderen Länder konkurrieren. Als aber die Devisenbewirtschaftung in Kraft trat [1. März 1936] vergrößerte sich der Vorteil der Einfuhr deutscher Waren außerordentlich, denn die Einführer brauchten nur Landeswährung zum automatischen Transfer über Clearingkonto in die Bank Mellié Iran einzuzahlen. Natürlich nahm die deutsche Einfuhr zu; ihr Anteil an der Gesamteinfuhr stieg von 9,1% in 1934/35 auf 14,8% in 1935/36 und stand (vorläuf. u. unvollst. Ziffern) auf 12,8% in den ersten neun Monaten des iranischen Jahres 1936/37. In den gleichen Zeitabschnitten sank die englische Einfuhr demgegenüber von 14,6 auf 10,5 und 5,3% ...“

Das ist eine Bestätigung der Vorteile staatenwirtschaftlicher Handelsregelung aus englischem Munde. Sie verschweigt, daß dem Steigen der deutschen Einfuhr eine ebensolche Erhöhung der Ausfuhr iranischer Erzeugnisse nach Deutschland entspricht. Ja, mehr noch: im Jahre 1937 hat Deutschland nicht genug Ware aus Iran bekommen können! Während die iranischen Zollämter voll deutscher Maschinen, Textilien und anderer Güter standen, waren die Verrechnungskassen leer, aber nicht, weil Deutschland nicht genug Waren abnehmen wollte, sondern weil Iran nicht liefern konnte. Deutschland ist z. B. sofort bereit, die iranische Rohbaumwollernte abzunehmen, doch ist Iran noch bis zum Ende des laufenden Jahres vertraglich gebunden, seine ganze Produktion an die UdSSR. zu liefern.

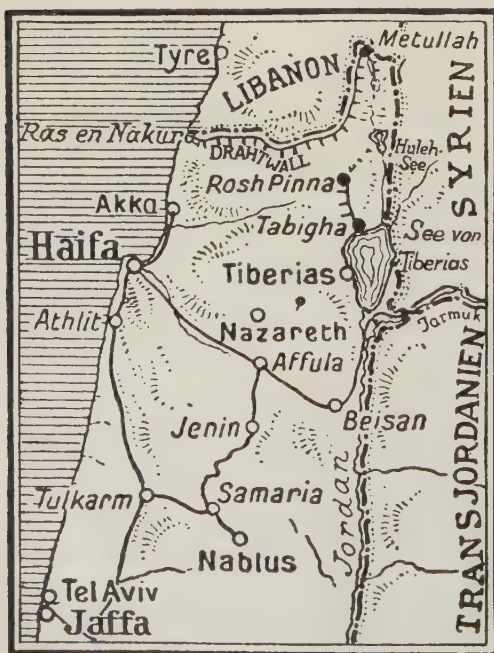
Ist diese höchst gesunde Lage des wirtschaftlichen Tauschverhältnisses, diese „erfreuliche Schwierigkeit aus Prosperität“ der Anlaß dafür, daß man in London im Zusammenhang mit dem Millionenkredit an die Türkei „mit größtem Bedenken den rasch ansteigenden deutschen Einfluß in Iran, dem Nachbarstaat der Türkei, verfolgt“? Offenbar irritiert die Engländer an diesem Verhältnis gerade das, was für uns das Neue, das Staatenwirtschaftliche an den Tauschbeziehungen mit den Völkern des Nahen Ostens ist. In Deutschland wie in Iran lenken staatliche Stellen den Außenhandel, und staatliche Organe sind es, die den Gütertausch im einzelnen organisieren und überwachen. Nach alter Ideologie muß sich dahinter unbedingt Politisches verbergen! Ein Aufschwung des Handels zwischen iranischen und deutschen Privatfirmen hätte nach dieser Meinung bestimmt viel weniger Verdächtiges an sich. Aber die Welt wird sich — wenn eine neue Weltwirtschaft der Staaten zum Wohle aller erstehen soll — künftig daran gewöhnen müssen, keine düstere Koalitionspolitik, sondern eine geläufige Handelsform darin zu erblicken, wenn „Hohe Vertragschließende Teile“ über Teppich- und Lokomotivenpreise befinden. Eins allerdings bringt das mit sich: die uneingeschränkte *De-facto*-Anerkennung der Souveränität des staatlichen Partners. Wer seine Tauschbeziehungen auf das echte gegenseitige Bedürfnis und die Respektierung des wirtschaftlichen Eigenwillens der östlichen Nationen gründet, braucht um die Zukunft seines Handels mit dem Nahen Osten nicht bange zu sein.

#### Drahtverhau um den Wirtschaftsnationalismus

Wohl aber hat England Grund zur Sorge, denn seine Machtpositionen im Vorden Orient sind, wie gesagt, überall dort unablässigen Zusammenstößen ausgesetzt, wo ihnen die natürliche Entsprechung der gegenseitigen Interessen fehlt. Es ist das Wesen von Machtpositionen, daß sie nur mit Macht gehalten werden können.

Nirgends ist das in letzter Zeit so sinnfällig zum Ausdruck gekommen als in Palästina, dem Lande der „Flankendeckung des Suezkanals“, wo in diesen Tagen jener 80 km lange Sperrwall aus Stacheldraht entsteht, der die englische Palästina-politik von denjenigen Störungen bewahren soll, die „illegal“ über die Grenze hinweg aus Libanon, Syrien und Transjordanien gefördert werden.

Der Drahtwall ist von Sir Charles Tegart, dem „Terror-Kommissar“ der palästinensischen Regierung, vorgeschlagen worden, „um zu verhüten, daß sich Terroristenbanden dem Arm des Gesetzes entziehen, Waffen schmuggeln oder die Grenze zum Zwecke der Agitation und der Verübung von Anschlägen übertreten“. Er wird für 90000 £ von der Firma Solel Boneh Ltd. in Haifa gebaut und beginnt bei Ras-en-Nakura an der Mittelmeerküste, dort, wo sich die Grenzen von Palästina und Libanon treffen. Von dort aus verläuft er erst östlich, dann nördlich bis nach Metullah und von da bis an die syrische Grenze, wo er mit dieser scharf nach



Süden bis in die Sümpfe von Huleh gezogen wird. Da sich südlich von Huleh Ansiedlungen befinden, wird der Wall dort unterbrochen, doch setzt er sich bis an den See von Tiberias (Genezareth) fort, auf welchem dann Motorboote die Überwachung übernehmen. Südlich des Sees werden noch 4 km bis zur Mündung des Jarmuk in den Jordan gesperrt. Die doppelt oder dreifach geführten Stacheldrahtzäune sind 2 m hoch und ca. 1,60 m breit, wobei die Zwischenräume mit Drahtverhau gefüllt werden. Außer sieben Hauptwachtposten werden in kurzen Abständen Wachtürme errichtet, die mit Scheinwerfern und Maschinengewehren ausgerüstet sind, und nachts sollen Polizeiwagen in Abständen von 10 Minuten den Wall entlang patrouillieren.

Es gibt in England genug Leute, die erkennen, daß die „Notwendigkeit solcher kriegsähnlicher Vorkehrungen auf die Dauer ersetzt werden muß durch eine echte Lösung der Probleme des Landes“, und daß es tragisch wäre, wenn „der künftige Staat oder die künftigen Staaten in Palästina nur hinter Stacheldraht existieren könnten“. Aber alle geschichtliche Erfahrung lehrt, daß sich solche Maßnahmen — und wenn sie nur Monate dauern — unwiderruflich in die Entwicklung prägen. Der hermetische Abschluß einer Grenze — und sei sie noch so unwirtlich und verkehrsarm — versinnbildlicht sozusagen das Heil der Autarkie. Die Schrittmacherdienste sind bekannt, die die Unruhen in Palästina für die Herausbildung eines Wirtschaftsnationalismus unter den Arabern geleistet haben, und Reinhard Hüber spricht es in diesem Heft aus, daß erst eigentlich mit dem Aufstand von 1936 unter den Arabern ein Streben nach Wirtschaftsautarkie entstanden ist.

### „Ölige“ Bindung Iraks an die britische Palästinapolitik

Selbstverständlich vermeidet die englische Politik die Machtprobe immer dort, wo an ihrer Stelle mit dem Sterling dafür gesorgt werden kann, daß der Zustand sich überkreuzender Interessen zwischen den einzelnen Regierungen und Nationen erhalten bleibt. Die Bagdader „Iraq Times“, die unter englischem Einfluß steht, schrieb Anfang Juni, daß die Irakregierung im Jahre 1937 durch die Palästina-Unruhen einen Einnahmeausfall von 15 000 £ erlitten habe, und zwar handelt es sich um Ölabgaben, die der Regierung dadurch entgangen seien, daß die Ölausfuhr durch Angriffe arabischer Freischärler auf die Rohrleitung nach Haifa Unterbrechungen erfuhr. Wie sich dieser hohe Betrag errechnen soll, ist schleierhaft, seine rechtliche Grundlage aber ist ohne weiteres aus dem Prospekt der Londoner Irak-Anleihe von 1937 ersichtlich, den wir im Abschnitt „Materialien“ abdrucken. In dem Vertrag der überwiegend britischen *'Iraq Petroleum Company* mit der Irak-Regierung befindet sich nämlich die Bestimmung, daß Abgaben nur auf dasjenige Öl zu leisten sind, welches tatsächlich die Mittelmeerküste erreicht und von dort aus exportiert werden kann („on condition that not less than 2.000.000 tons of oil are capable of being produced and delivered at the Mediterranean seaboard“). Damit wird die Irak-Regierung natürlich automatisch an der Stabilität des englischen Regimes in Palästina interessiert und zum Gegner der arabischen Palästinaabewegung gemacht; denn auf den Ölabgaben bauen sich die wichtigsten irakischen Staatsausgaben auf. Unabhängig von der Londoner Anleihe, deren Zinsen- und Tilgungsdienst im Interesse der britischen Gläubiger gleich direkt von den beiden Ölgesellschaften versehen wird, bewilligte das Abgeordnetenhaus in Bagdad am 3. Mai wiederum 8.250.000 £ für einen neuen Fünfjahresplan, und auch dieser Betrag soll wieder im wesentlichen aus den Abgaben der *'Iraq Petroleum Company* bestritten werden.

Leider konnten wir nicht ermitteln, welcher Quelle eine Meldung entstammt, die in diesem Zusammenhang im Mai durch die arabische Presse Syriens ging. Darin hieß es, die *'Iraq Petroleum Company* beabsichtige, den Haifastrang ihrer Mosul-Rohrleitung wegen der Angriffe der palästina-arabischen Freischärler auf



die Leitung vorübergehend stillzulegen und inzwischen nur den bei Tripoli im Libanon endenden Nordstrang der Leitung zu benutzen. Diese Meldung wurde von dem Direktorium der Gesellschaft weder bestätigt, noch in Abrede gestellt. Wie dem auch sei, solche Gerüchte sind auf alle Fälle geeignet, in Irak stimmungsmäßig dahin zu wirken, daß die Regierung ihren Einfluß auf die arabische Bewegung im englischen Sinne geltend macht. Aber wie lange noch wird Irak im englischen Fahrwasser schwimmen? Alle gewissenhaften Beobachter sind sich darin einig, daß das Land mit den „oil royalties“ diejenigen Kräfte entwickelt, die es eines Tages dazu brauchen wird, „um Staat und Wirtschaft aus fremder Umklammerung zu befreien“.

### Wirtschaftsnationalismus von Ägypten bis Indien

So macht also alles bisher Gesagte deutlich, daß der eigentliche Widersacher der englischen Interessen der teils naiv-vitale, teils geschmeidig-rechnende Wirtschaftsnationalismus der islamischen Völker ist, und die Eigenart der englischen Interessen läßt keine andere Wahl als die des allmählichen Zurückweichens vor der nationalistischen Emanzipation, wobei die Engländer zunehmend bereit sind, um den Preis des Verbleibs strategischer Stützpunkte wirtschaftlich den Rückzug anzutreten. Dieser Entwicklungsgang, von dem der englische Kurs in der Türkei wesensmäßig nicht abweicht, scheint uns am weitesten bereits in jenen beiden Ländern gediehen zu sein, die zwar am Rande des nahöstlichen Raumes liegen, in diesen hinein aber bislang die stärksten eigen gewachsenen Kräfte strahlen ließen: in Ägypten und in Indien. In Ägypten ist der nationalstaatliche Misr-Konzern, über dessen Tätigkeit wir im Abschnitt „Materialien“ berichten, ein Zeugnis für die Möglichkeiten eines solchen Wirtschaftsnationalismus. Der Konzern ist gegenwärtig die stärkste Finanzgruppe nichteuropäischer Art, die sich um die Durchführung von Wirtschaftsplänen im Nahen Osten bemüht, und mit dem Blick auf ihn kann man behaupten, daß sich — wenn irgendwo, dann in Ägypten — bereits so etwas wie ein panarabischer Wirtschaftswille anzubahnen beginnt. Die Tätigkeit der Misr-Bank im Hedschas und vor allem auch das interessante Vorantreiben der Entwicklung einer Großproduktion arabischer Tonfilme sind dafür symptomatisch. Indien aber ist seit Gandhi zum klassischen Land des passiven wirtschaftsnationalistischen Widerstandes geworden. Gerade in den letzten beiden Monaten hat diese Bewegung auf dem Gebiete der Außenwirtschaft einen Triumph gefeiert, den man in Europa allein aus Gründen der dabei hineinspielenden kolonial- und rassenpolitischen Fragen nicht unbeobachtet lassen sollte: den Sieg der Inder in der Frage des Boykotts der Sansibarnelken.

### Die Sansibar-Regierung und der indische Gewürznelkenboykott

Im Mittelpunkt des Streites, der vor einem Jahr den sogenannten indischen Gewürznelkenboykott entfachte, stehen die wirtschaftlichen Rechte der auf der ostafrikanischen Insel Sansibar lebenden Inder.

Die Inseln Sansibar und Pemba, die zusammen das unter britischem Kolonialprotektorat stehende Sultanat von Sansibar bilden, versorgen fast die ganze Weltwirtschaft mit Gewürznelken. 1929 und 1934 waren sie mit 88% und 83,5% an der Weltausfuhr beteiligt. (Der Rest fällt auf Madagaskar und Niederländisch-Indien.) In der Gesamtausfuhr der Inseln machen die Nelken 75% aus. Die 235 000 Einwohner setzen sich zusammen aus dem afrikanischen Mischvolk der Suaheli (rund 187 000 = 80%), aus 33 000 Arabern (14%), die dort Ende des 18. Jahrhunderts ein selbständiges Sultanat schufen, und aus 15 000 Indern (6%). Dieser Bevölkerungszusammensetzung entsprach bisher auch die Beteiligung an den einzelnen Abschnitten des Erzeugungsprozesses der Nelken, ja, man konnte daran die soziale und rassische Struktur des ganzen Staatswesens ablesen: Nelkenpflanzungsarbeiter und Nelkenkleinbauern = Suaheli; Nelkenpflanzungsbesitzer = Araber; Nelkenhändler und Nelkenbankiers = Inder. Zweifellos haben sich die Inder hohe Verdienste um den Aufbau des internationalen Handels mit Sansibarnelken erworben. Wie

ausschließlich ihr Einfluß war, kann man daran erkennen, daß noch bis 1936 auf Sansibar die indische Währung galt. Vor allem aber haben die Inder den Absatz von rund 40% der Gesamternte (für ungefähr 2 Mill. Rupien) nach Indien organisiert, wo große Mengen in der Herstellung des Betels Verwendung finden.

Andererseits haben sich jedoch, und zwar besonders seit der Weltwirtschaftskrisis, Mißstände herausgestellt, an denen die Händlerschaft, also der indische Bevölkerungsteil, nicht schuldlos gewesen ist. Vor allem haben sie erhebliche Beträge an die arabischen und afrikanischen Nelkenbauern ausgeliehen, diese später unter Druck gesetzt, sich Land verpfänden lassen und damit eine chronische Verschuldung des ganzen Nelkenanbaues hervorgerufen. Man schätzt die Verschuldung auf 450 000 bis 750 000 £. Es vollzieht sich damit ein Besitzwechsel zugunsten der indischen Finanziere, die selbst aber keinen Anbau betreiben.

Gegen diese Entwicklung erließ die englische Kolonialverwaltung bereits 1934 eine Verordnung, die die „Übereignung landwirtschaftlichen Bodens aus afrikanischem oder arabischem Besitz in nichtafrikanischen oder nichtarabischen Besitz“ verbot bzw. von der Zustimmung der Regierung abhängig machte. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit hypothekarischer Belastung solchen Bodens beschränkt und ein Moratorium für alle Schulden von Afrikanern und Arabern an Nichtafrikaner oder Nichtaraber bis 31. Dezember 1936 verfügt. Damit wurde natürlich zugleich die rassische Kontroverse ausgesprochen, denn „non-African“ und „non-Arab“ hieß praktisch Inder. Im gleichen Jahr schuf die Regierung die vielumstrittene staatliche „C. G. A.“, die *Clove Growers Association* (Nelkenpflanzer-Vereinigung), mit der der Weg der staatlichen Anbaukontrolle, der Preissicherung und Ausfuhrplanung beschritten wurde. Die C. G. A. erhielt das Ausfuhrmonopol; sie unternahm es, die Ernten zinslos vorzufinanzieren, während für Verluste im Ausfuhrgeschäft die Regierung die Garantie übernahm. Dies bedeutete die völlige Ausschaltung der indischen Händler. Schon damals kam es daher zu heftigen Protesten auch aus Indien selbst, und das englische Kolonialamt sah sich genötigt, die Verordnungen zunächst wieder zu mildern und einen Unparteiischen, den Londoner City-Mann B. H. Binder, mit der Erstattung eines Berichts zu beauftragen. Der Bericht, der Ende 1936 erschien (*Zanzibar Protectorate: Report on the Zanzibar Clove Industry by B. H. Binder, F.C.A., Government Printer, Zanzibar 1936*), kam aber in seinen Empfehlungen nicht auf Milderung, sondern Verschärfung des ausfuhrplanwirtschaftlichen Systems hinaus, und als danach entworfene Gesetz, die *Clove Growers Association Bill*, veröffentlicht wurde, setzte der organisierte nationalindische Widerstand ein.

Der All-Indische Kongreß bildete einen „All-Indischen Nelkenboykott-Ausschuß“, der mit Propaganda in den indischen Zeitungen, Zwangseinlagerungen eingeführter Nelken, Lagerhausüberwachungen, Verhinderung von Ausladungen, einem besonderen „Nelkenboykott-Tag“, Nelkenanbau in Südinien usw., im letzten Jahr tatsächlich einen erfolgreichen Boykott durchführte. Obgleich noch beträchtliche Mengen auf dem Wege über die französischen und portugiesischen Indien-Häfen über die trockene Grenze nach Indien geschmuggelt wurden, ist es dennoch zu so empfindlichen Ausfällen im Sansibar-Export gekommen, daß die Sansibar-Regierung einlenkte. Am 4. Mai ist es zwischen der indischen Gemeinde auf Sansibar und der Regierung zu einer Einigung gekommen, nach der das Monopol zu 50% in den Händen der C. G. A. bleibt, während die übrigen 50% direkt exportiert werden dürfen und zwei Inder künftig sowohl im Kontrollausschuß als auch in der C. G. A. sitzen. Der Boykott ist daraufhin in Indien sofort abgebrochen worden.

Der Zwischenfall wird für uns doppelt interessant, weil hier der Nationalismus in das wirtschaftliche Schicksal einer im Ausland lebenden Volksgruppe aktiv und erfolgreich eingriff. Durch den Boykott ist die weitere indische Öffentlichkeit auf das Geschick der Sansibar-Inder aufmerksam gemacht worden, und damit sind die Bestrebungen der Kongreßpartei, die Verbindung der Auslandsinder mit ihrer Heimat zu stärken, außerordentlich gefördert worden.

#### Drastische Nationalisierung im afghanischen Außenhandelsmonopol

Ein solcher Erfolg macht natürlich Schule, und daher ist es nicht verwunderlich, wenn nunmehr auch die aus Afghanistan vertriebenen indischen Händler an die indische Regierung und die wirtschaftsnationalistische Stimmung in der Kongreßpartei appellieren. Die Lage hat manches Verwandte mit der Sansibarfrage, denn auch in Afghanistan sieht sich der Inder einer ihm feindlich gesinnten Staatsinitiative auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüber.

Afghanistan ist das Musterbeispiel eines östlichen Landes, das von primitivster, vorliberalistischer Stufe seiner Wirtschaft den Sprung in die moderne Planwirtschaft und Außenhandels-



lenkung ohne Übergang vollzogen hat. Ohne die Belastung mit „Kapitulationen“ und sonstigen ausländischen Sonderrechten schuf die afghanische Regierung nach der politischen Festigung unter König Nadir ein System der Staatsmonopole teils nach türkischem, teils nach iranischem Muster. Mit der Gründung der Shirkat-a-Ashami-Bank im Jahre 1930 verwandelte sich Afghanistan mit einem Schlag aus einem Lande, das bis dahin ohne Banken und ohne Papiergeld war, in ein Staatswesen mit einer wirksamen Plankontrolle des Devisenverkehrs. Aus dem Institut ist dann 1933 die Afghanische Nationalbank hervorgegangen, die sofort die Zucker-, Öl- und Autoeinfuhr, verschiedene Ausfuhrmonopole und Vorzugsmutungsrechte für den Bergbau übertragen erhielt. Eines ihrer ersten Objekte war die in Deutschland ziemlich bekannt gewordene Verstaatlichung der Ausfuhr von Persianer- und Breitschwanzfellen, in welchem Zusammenhang die afghanische Regierung sämtliche ausländische Händler, darunter auch viele Inder, aus den Produktionsgebieten auswies. 1936 wurde die Ausfuhrförderung in die Hände eines besonderen staatlichen Instituts gelegt und der Außenhandel wie im Iran in staatliche Monopolgesellschaften für die einzelnen Ausfuhrartikel aufgeteilt. Neuerdings soll, wie die „Islah“ in Kabul Ende Juni meldete, die Devisenkontrolle weiter verschärft und in ein neues System mit dem Plan der Errichtung einer Staatsbank neben der Afghanischen Nationalbank gebracht werden.

Mit dieser Außenhandelsmonopol-Politik war eine systematische Zurückdrängung des indischen Händlers verbunden. Es begann mit den indischen Geldwechslern in den afghanischen Städten (in Kabul etwa 30), deren Tätigkeit in der Ausstellung von Wechseln im Verkehr mit ihren Geschäftsfreunden in Peshawar, der Grenzmetropole der indischen Nordwestprovinz vor dem Kaiber-Paß, bestanden hatte. Nachdem das Devisengeschäft völlig in die Hände der Nationalbank gekommen war, wurden sie genötigt, das Land zu verlassen. Seit Mitte 1937 und in den ersten Monaten dieses Jahres aber haben die afghanischen Monopolgesellschaften damit begonnen, nicht nur die indischen Händler, sondern auch die bedeutende Zwischenhandelsstellung Peshawars auszuschalten. Peshawar war eine Art „Clearing House“ für alle Arten des indisch-afghanischen Handels, der afghanischerseits im wesentlichen mit Pelzen, Häuten, Fellen, Teppichen, frischen und getrockneten Früchten, indischerseits mit britischen und indischen Textilien, Kupfer- und Messingplatten, Eisenwaren, Zucker, Autos und Öl bestritten wurde. Dieser Handel ist im letzten Jahr in außerordentlich einschneidender Weise für Indien passiv geworden. Einer der letzten Handelszweige, der den indischen Kaufleuten noch geblieben war, war der Handel mit getrockneten Früchten; aber auch diese Einnahmequelle ist nunmehr versperrt worden, nachdem die afghanische Regierung der Nationalbank dafür das Monopol zubilligte und die Bank nicht nur die Ausfuhr, sondern auch den Absatz in Indien unter ihre Kontrolle genommen hat, indem sie dort eigene Agenten bestellte. Im übrigen erblicken die Inder Nachteile darin, daß die Afghanische Nationalbank eigenmächtig den Kurs der Währung festsetzt und den Geldumlauf in und außerhalb des Landes so kontrolliert, wie es ihrer Preispolitik behagt.

Jetzt haben nun die Kaufleute in Peshawar mit Unterstützung der dortigen Handelskammer eine „Propaganda gegen die afghanischen Handelsmethoden“ in Gang gebracht, um die indische Regierung für diesen Kampf mobil zu machen. Mitte Juni wurde aus Simla berichtet, daß die „durch das gegenwärtige afghanische Monopolssystem verursachten Verluste der indischen Händler im Geschäft mit Afghanistan bis jetzt 2,7 Mill. Rupien“ betragen. Die Händler hätten ihre Waren nach Indien zurückgebracht und verlangen nunmehr von der indischen Regierung die Sicherstellung ihrer Gelder. Der Sekretär der Indischen Handelskammer habe die Regierung auf diese Lage hingewiesen und um Schutz ersucht. Er befürchte, daß die afghanische Regierung aus einer Verschleppung der Frage Nutzen ziehen und weiter ihre „schlecht beratene Politik der Ausmerzungen der indischen Händler aus dem Handel mit Afghanistan“ betreiben werde. Er forderte daher entsprechende Maßnahmen gegen afghanische Staatsangehörige in Indien.

Noch verhält sich die indische Regierung zurückhaltend; mindestens sehr viel zurückhaltender als im Falle der Sansibar-Inder. Beide Beispiele aber lehren, daß mit dem Vordringen staatlicher Mächte in das Gebiet der Wirtschaft bei den Völkern des Ostens die eigentlichen Auseinandersetzungen erst dann beginnen dürften, wenn die souverän gewordenen Wirtschaftsnationen ohne europäische Interessenbeteiligung bei der Austragung ihrer eigenen echten Gegensätze angelangt sind.



# M A T E R I A L I E N

## Prospekt der Londoner Irak-Anleihe

*Firma Baring Brothers & Co., Limited,*

*8, Bishopsgate, London, E. C. 2*

Sehr geehrte Herren! Sie haben 1 Million  $4\frac{1}{2}\%$ iger Schatzanweisungen der Kingdom of 'Iraq Secured Sterling-Anleihe erworben, die auf Grund des Gesetzes Nr. 33 von 1937 ausgegeben worden sind. Dieses Gesetz ermächtigt die Regierung, Beträge von nicht mehr als 3 Mill. Dinar (oder den Gegenwert davon in Devisen) zu leihen. Mit Bezug auf diesen Erwerb habe ich das Vergnügen, Ihnen die folgenden Informationen zu geben:

### Allgemeines

Irak ist ein unabhängiger Staat unter einer erblichen Monarchie; seine Regierungsform ist konstitutionell. Das Parlament besteht aus Senat und Abgeordnetenhaus.

Die Währung basiert auf dem Pfund Sterling (1 Dinar = 1 £). Unter dem Währungsgesetz (im Gesetzblatt veröffentlicht unter dem 23. 4. 1931) wurde in London ein Währungsrat (Currency Board) errichtet, dem das Notenprivileg übertragen worden ist. Für alle auszugebenden Noten ist gesetzlich der Gegenwert in Pfund Sterling beim Währungsrat in London zu hinterlegen. Abgesehen von kurzfristigen Haushaltsvorschüssen, hat die Regierung weder innere noch äußere öffentliche Schulden. Der Anteil an der Ottoman-Anleihe (*Ottoman Public Debt*), der für Irak 1696973 Dinar betrug, ist bis 1931 bezahlt worden. Gewisse Beträge, die die 'Iraq Petroleum Company Ltd. (I. P. C.) der Regierung Iraks zur Verfügung gestellt hat, kann diese aus zusätzlichen Abgaben abdecken, die die I. P. C. zu leisten hat (s. u.).

Das Geschäftsjahr der Regierung läuft vom 1. April bis zum 31. März. Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich in jedem der letzten fünf vollständigen Finanzjahre auf folgende Dinarbeträge:

	1932/33	1933/34	1934/35	1935/36	Voransch. 1936/37
Einnahmen . . . . .	4.215.451	4.148.615	5.023.081	5.357.502	5.984.496
Ausgaben . . . . .	3.586.160	3.736.443	3.794.280	4.413.016	4.611.027
	629.291	412.172	1.228.801	944.486	1.373.469
Oben nicht eingeschl. Ausg. für Kapitalanlagen . . . . .	332.604	428.506	428.222	1.235.576	1.528.265

### Einkünfte aus dem Erdöl

Die Ausbeutung der Erdölvorkommen Iraks erfolgt auf Grund von Konzessionsverträgen, die auf Abgaben-Basis geschlossen wurden. Ausgedehnte Felder befinden sich bereits unter Ausbeutung; die I. P. C. hat zwei 1160 Meilen lange Rohrleitungen mit zwei Öffnungen an der Mittelmeerküste und einem Fassungsvermögen von je 4 Mill. Tonnen für ungefähr 9 Mill. £ gebaut. Die folgenden Angaben beziehen sich auf die vergebenen Ölkonzessionen und die daraus erzielten Einkünfte. In ihnen sind diejenigen Beträge nicht enthalten, die von den Gesellschaften als Einkommenssteuer und für die Gehälter der Inspektoren zu zahlen sind. Diese können, da sie keine Erdöleinkünfte sind, nicht als Sicherheit für die auszugebende Anleihe verpfändet werden.

### 'Iraq Petroleum Company Limited

Nach den Bestimmungen des Vertrages vom 14. März 1925, der später mehrfach geändert und ergänzt worden ist, hat die Regierung der I. P. C. (früher *Turkish Petroleum Company*) ein Bohrmonopol in einem festgelegten Gebiet innerhalb der Vilayets von Bagdad und Mosul mit der Maßgabe übertragen, daß die Gesellschaft jährliche Abgaben leistet. Die Konzession läuft 75 Jahre, gerechnet vom 14. März 1925. Die I. P. C. hat ein dreimonatiges Kündigungsrecht. In den ersten 20 Jahren nach demjenigen 1. Januar, der auf den Beginn regelmäßiger Ölausfuhren von der Mittelmeerküste aus folgt, hat die I. P. C. an jedem 1. Januar jeden Jahres mindestens 400000 £ (Gold) an die Regierung zu

zahlen, vorausgesetzt, daß nicht weniger als 2 Mill. Tonnen Öl produziert und an die Mittelmeerküste geliefert werden können. Die regelmäßigen Ausfuhren von Erdöl haben 1934 begonnen; sie sind seit dieser Zeit auf einer Höhe gehalten worden, die wesentlich über der Mindesttonnenzahl liegt.

### British Oil Development Company Limited

Nach den Bestimmungen des Vertrages vom 20. April 1932 hat die Regierung ein gleiches Bohrmonopol in einem festgesetzten Gebiet westlich des Tigris und nördlich des 33. Breitengrades der *British Oil Development Company Limited* (B.O.D.C.) übertragen, und zwar ebenfalls mit der Maßgabe der Abgabeneistung. Die Konzession läuft ab 20. April 1932 auf 75 Jahre. Die B.O.D.C. kann dreimonatig kündigen. In den ersten 20 Jahren, gerechnet von demjenigen 1. Januar, der auf das Datum des Beginnes regelmäßiger Ausfuhren von Erdöl von der Mittelmeerküste aus folgt, hat die B.O.D.C. am 1. Januar eines jeden Jahres eine Mindestsumme von 200 000 £ (Gold)



an die Regierung zu zahlen, vorausgesetzt, daß nicht weniger als 1 Mill. Tonnen Erdöl produziert und an die Mittelmeerküste gebracht werden können. Regelmäßige Erdölausfuhren haben unter diesem Vertrag noch nicht begonnen, doch ist die B.O.D.C. bis zum Beginn solcher Ausfuhren verpflichtet, der Regierung an jedem 1. Januar eine tote Rente von 200 000 £ (Gold) zu zahlen.

Darüber hinaus ist der *Khanagin Oil Company Limited*, einem Tochterunternehmen der *Anglo-Iranian Oil Company Limited*, eine Konzession gewährt worden. Gegenwärtig wird das von dieser Gesellschaft produzierte Erdöl in Irak verkauft. Es bringt der Regierung jährlich ca. 30 000 Dinar ein.

Auf Grund des am 18. Juli 1926 in Kraft getretenen Vertrages zwischen dem Vereinigten Königreich, dem Königreich Irak und der Türkischen Republik hat die türkische Regierung vom 18. Juli 1925 an 25 Jahre lang Anspruch auf 10 % aller Abgaben, die alle in den früheren Vilayets von Bagdad und Mosul ansässig gewesenen Gesellschaften an die Regierung Iraks für Erdölausbeuten leisten. Darunter fallen die Abgaben der I.P.C. und der B.O.D.C.

Die I.P.C. hat während ihres Aufbaustadiums vor dem Beginn regelmäßiger Ölausfuhren der Regierung jährlich einen gewissen Betrag vorgestreckt. Nach dem Vertrag kann sie diese Beträge von denjenigen Abgaben abziehen, die sie über die oben erwähnte, vom Zeitpunkt regelmäßiger Ölausfuhren an fällig werdende Mindestleistung hinaus zu zahlen verpflichtet ist. 1936 führte die I.P.C. aus Irak 3 884 898 Tonnen Erdöl aus. Der Betrag,

den die Regierung danach auf Grund ihres Abgabenrechtes beanspruchen konnte, belief sich auf 776 980 £ (Gold). Davon behielt die I.P.C. 376 980 £ (Gold) auf Grund obiger Bestimmung ein. Der Betrag, den die I.P.C. von der Irak-Regierung nummehr noch zu erhalten hat, hat sich damit auf 325 965 £ (Gold) verringert. Diese Summe dürfte am 1. Januar 1938 zurückgezahlt werden.

#### Zweck der Anleiheausgabe

In den oben erwähnten fünf Jahren hat die Regierung aus ihren Einnahmeüberschüssen 3 953 173 Dinar zur Bestreitung der Kosten der Errichtung großer öffentlicher Anlagen ausgegeben. Die Regierung beabsichtigt die Durchführung weiterer Anlageprojekte, und zwar hauptsächlich Verbesserungen des Eisenbahn- und Straßennetzes und der Bewässerungsanlagen. Soweit möglich, werden die Kosten dafür aus künftigen Einnahmeüberschüssen bestritten. Das Gesetz Nr. 33 von 1937 ermächtigt zur Begebung der Anleihe unter der Bedingung, daß ihr Erlös für vom Parlament genehmigte oder noch zu genehmigende Kapitalanlagen benutzt wird. Zweck der Anleihe ist, diejenigen Kosten der öffentlichen Bauvorhaben zu bestreiten, die nicht durch Einnahmeüberschüsse zu decken sein dürften. Der Erlös aus den von Ihnen erworbenen Schatzanweisungen im Werte von 1 Mill. £ wird zum Ankauf von Material für Bau und Betrieb des Eisenbahnnetzes, welches das bestehende irakische Netz von Baiji nach Tel Kautchek erweitert, für den Staudamm bei Kut und für Brücken über den Tigris in Bagdad verwandt.

#### Die Anleihe

Die Schatzanweisungen sind unter einer Generalhaftung gesichert durch die Verpfändung aller gegenwärtigen und künftigen Einkünfte, die dem Königreich Irak aus der Ausbeutung von Erdöl, Naphtha, Naturgasen, Ozokerit und Derivaten davon zufließen, an Sie als den Treuhändern der Anleihe. Die Regierung hat die I.P.C. offiziell davon in Kenntnis gesetzt und sie ermächtigt und ersucht, Ihnen als den Treuhändern der Anleihe aus den von ihr am 1. Januar eines jeden Jahres zu leistenden Abgaben denjenigen Betrag zu zahlen, der zur Sicherung des vollen jährlichen Zinsen- und Tilgungsdienstes der Anleihe erforderlich ist, und zwar in der Höhe, in der er von der Regierung Iraks noch nicht aus anderen Quellen bereitgestellt worden ist. Die Generalhaftung bestimmt ferner, daß die Regierung auf Verlangen der Treuhänder nötigenfalls ein gleiches Verfahren auf die anderen Gesellschaften anwenden wird, die jetzt oder künftig verpflichtet werden, der Regierung aus ihnen gewährten Ölkonzessionen laufende Abgaben zu leisten.

Bagdad, den 25. Juli 1937.

(gez.) Mohammed Ali Mahmud,  
Finanzminister des Königreichs Irak.

### Die nationalägyptische Bank Misr in Kairo

Die Bank Misr (*Banque Misr S.A.E., Le Caire*), die sich heute als „the largest banking, industrial and commercial corporation in the Near and Middle East“ bezeichnet, wurde am 9. Mai 1920 mit einem Stammkapital von 80 000 £ E. gegründet. Gründer waren Midhat Yeghen Pascha, Fuad Sultan Bei, Talaat Harb Pascha und wohlhabende nationalägyptische Kreise, die von vornherein mit der Gründung die Schaffung einer landeseigenen Großbank beabsichtigten, da sie sich darüber im klaren waren, daß „Ägypten nie hoffen könne, wirkliche Unabhängigkeit zu erreichen, wenn seine Söhne nicht lernten, mit ausländischen Kaufleuten, Bankiers und Industriellen erfolgreich zu konkurrieren und schließlich deren Aufgaben zu übernehmen“. Exzellenz Talaat Harb Pascha, der vom Tage der Gründung der Bank ihre Haupttriebfeder gewesen ist, umriß seinerzeit den Zweck des Unternehmens folgendermaßen: Förderung von nationalen Wirtschaftsprojekten, Schaffung nationaler Finanz-, Industrie- und Landwirtschaftsunternehmen und ihre Förderung, bis sie sich selbst tragen können; Verteidigung der ägyptischen Wirtschaftsinteressen in der gleichen Weise, in der die ausländischen Banken die Interessen ihrer Länder verteidigen.

Der Bank Misr („Misr“ = „ägyptisch“ oder auch — *pars pro toto* —: „Kairo“) ist damit vom Tage ihrer Gründung an das Los einer Vorkämpferin des ägyptischen Wirtschaftsnationalismus beschieden gewesen. Sie war die erste rein ägyptische Bank. Noch heute liegt das ägyptische Bankwesen im wesentlichen in ausländischen Händen. Von den



27 bestehenden Bankinstituten sind 8 englisch, 4 französisch, 3 italienisch, 3 griechisch, 2 belgisch und je eine deutsch, japanisch, schweizerisch und türkisch. Selbst die Zentralnotenbank, die *National Bank of Egypt*, der 1898 auf die Dauer von 50 Jahren das Notenprivileg übertragen wurde, wird von britischen Finanzkreisen kontrolliert.

Die Bank Misr arbeitet heute mit einem eingezahlten Kapital von 1 Mill. £ E. Sie besitzt in Ägypten 22 Zweigniederlassungen und je ein Tochterunternehmen in Paris (*Banque Misr France S. A.*, gegründet 1926) und in Beirut (*Banque Misr Syrie-Liban*, gegründet 1929). In London ist das Unternehmen durch die Westminster-Bank vertreten. Die treibende Kraft des Instituts ist ihr Vizepräsident und Generaldirektor, Exzellenz Talaat Harb Pascha, der vor der Gründung der Bank ägyptischer Finanzminister war. Es ist bekannt, daß er „mit größtem Mißtrauen auf die britische Politik in Ägypten geblickt hat und die schlimmsten Befürchtungen teilte, die die Ägypter bezüglich der britischen imperialistischen Absichten in Ägypten gehabt haben“. 1910 hat er den Vorschlag des britischen Finanzberaters bezüglich einer Verlängerung der Suezkanalkonzession heftig bekämpft und darüber ein in London vielbeachtetes Buch veröffentlicht. Der heute Siebzigjährige gilt als Mann der „Alten Schule“, zeigt aber bis in die jüngste Zeit eine überraschende Elastizität und eine erstaunliche Initiative. Der ägyptischen Jugend gilt er als Vorbild im Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Seit 1920 hat die Bank Misr folgende nationalägyptische Industrie- und Verkehrsunternehmungen errichtet, entwickelt und bis heute unter ihrer Kontrolle behalten:

Unternehmung	Eingezahltes Kapital
<i>Société Misr pour la Filature et le Tissage du Coton</i> . . . . .	1.000.000 £ E.
<i>Société Misr pour l'Egrénage du Coton</i> . . . . .	250.000 „ „
<i>Société Misr pour l'Exportation du Coton</i> . . . . .	160.000 „ „
<i>Société Misr pour le Transport et la Navigation</i> . . . . .	150.000 „ „
<i>Société Misr pour la Navigation maritime</i> . . . . .	200.000 „ „
<i>Société Misr pour la Tissage de la Soie</i> . . . . .	75.000 „ „
<i>Société Misr pour le Lin</i> . . . . .	45.000 „ „
<i>Société Misr pour le Théâtre et le Cinéma</i> . . . . .	75.000 „ „
<i>Société Misr pour les Pêcheries</i> . . . . .	75.000 „ „
<i>Société Misr d'Assurances Générales</i> . . . . .	50.000 „ „
<i>Imprimerie Misr</i> . . . . .	50.000 „ „
<i>Société Misr des Tabacs et Cigarettes</i> . . . . .	40.000 „ „
<i>Misr Airwork</i> . . . . .	40.000 „ „
<i>Misr Shipping</i> . . . . .	7.000 „ „

Die *Société pour la Filature et le Tissage du Coton* hat ihre Fabriken in Mahalla-El-Kubra im Nildelta. Dort arbeiteten 1927 erst 12000 Spindeln und 480 Webstühle, heute werden 15000 Arbeiter und Arbeiterinnen an 110000 Spindeln und 2500 Webstühlen beschäftigt. Die Fabrikanlagen bedecken ein Gelände von rund 100 Ackern. Zur Zeit sind noch ungefähr 30 britische Monteure und Vorarbeiter in Aufsichtsfunktionen und zur Arbeiterausbildung beschäftigt. Es werden nebeneinander Spinnerei, Weberei, Bleicherei, Färberei und Druckerei betrieben. Die meisten Erzeugnisse sind billige Stoffe für die Landbevölkerung, doch hat die Firma neuerdings ihre Tätigkeit auch auf Verbandstoffe, Bettdecken und Moskitonetze sowie auf Socken, Unterkleidung und Pullover ausgedehnt. Etwa die Hälfte der Garnproduktion wird in den umliegenden Landbezirken an Heimarbeiter verkauft, die es wie seit Jahrtausenden auf Handwebstühlen verarbeiten. Der Einfluß auf den Lebensstandard der Bevölkerung ist beträchtlich. Wohl befinden sich Löhne und Arbeitszeit nicht auf europäischem Niveau, aber die Mädchen, die für einen ZehnStunden-tag 5 Piaster Lohn erhalten, stehen sich dadurch unvergleichlich besser als früher im Dorf. Mahalla versorgt bereits einen erheblichen Teil des innerägyptischen Marktes für billige Baumwollwaren. Allerdings hat die Regierung die Erzeugung von Mahalla durch Verhängung eines 40%igen Wertzolls auf japanische Baumwollwaren schützen müssen. Aber auch das ist nur ein Beweis für die enge Zusammenarbeit des ägyptischen Staates mit der Bank.

Die *Société Misr pour l'Egrénage du Coton* betreibt eine moderne Baumwollentkörnungsanlage und schafft damit die Voraussetzung für eine vertikale Konstruktion des Misr-Textil-

konzerns, der sich auf dem Haupterzeugnis des Monokulturlandes Ägypten aufbaut. Von der Entkörnung führt der Weg über die Verarbeitung zum Absatz, auf welchem dritten Gebiet nicht nur an den inneren Markt, sondern auch an den Export gedacht wird. Die *Société Misr pour l'Exportation du Coton* befaßt sich nicht nur mit der Ausfuhr von Rohbaumwolle, sondern auch mit der von Fertigerzeugnissen.

Die Seiden- und Leinenfabriken der *Société Misr pour le Tissage de la Soie* und der *Société Misr pour le Lin* befinden sich nicht in Mahalla-El-Kubra. Besonders die Seidenerzeugnisse haben sich wegen ihrer vorzüglichen Qualität und der schöpferischen Gestaltung der Muster bereits einen guten Ruf — auch international — erworben.

Die *Misr Airwork*, die 1931 gegründet wurde, befliegt im täglichen Dienst die Strecken zwischen Kairo und Alexandrien und Port Said und Oberägypten. Außerdem verbindet sie in regelmäßigen Diensten Ägypten mit Palästina, Cypern, Hedschas und Irak. Eine Verbindung mit Syrien ist geplant; sie wird den Zubringerdienst mit Kraftwagen, der bisher zwischen Haifa, dem Endpunkt der „Misr-Air-Lines“ in Palästina, und Beirut verkehrte, durch eine selbständige Misr-Fluglinie ersetzen. Nach dem Urteil nichtägyptischer guter Kenner des Vorderen Orients sind die fahrplanmäßig verkehrenden Flugzeuge der *Misr Airwork* in dem starken Touristenverkehr und für das Wirtschaftsleben des Nahen Ostens unentbehrlich geworden. In der *Misr Airwork* steckt englisches Minderheitskapital.

Die *Société Misr pour la Navigation maritime* unterhält Dampferlinien für den Pilgerverkehr nach Mekka und Medina. Die Reisebüros der *Société Misr pour le Transport et la Navigation* stellen für diese Pilgerfahrten Reiseschecks von Suez bis Jeddah aus, die alles einschließlich aller Nebenausgaben umfassen, wie jeder Pilger überhaupt bis zu seiner Rückkehr in allen Dingen aufs sorgfältigste durch die Misr-Organisation betreut wird. Die Organisation des Touristenverkehrs geschieht in Zusammenarbeit mit der englischen Verkehrsgesellschaft *Cox & King*, die einen Minoritätsanteil am Kapital der *Société Misr pour le Transport et la Navigation* hat. Diese Gesellschaft unterhält in Ägypten auch eine Anzahl erstklassiger Hotels. 1937 wurde ein Verfahren eingeführt, nach welchem junge Ägypter auf Kosten des Misr-Konzerns nach Europa geschickt werden, um in erstklassigen europäischen Hotels als Bedienungspersonal ausgebildet zu werden. Die *Misr Shipping* besitzt zwei große Überseepassagierdampfer, die einen stark frequentierten wöchentlichen Dienst zwischen Alexandrien und Marseille durchführen.

Die *Société Misr d'Assurances Générales* dehnt ihre Versicherungsgeschäfte bis weit in den Nahen Osten hinein aus; die Londoner Versicherungsgesellschaft *C.T. Bouring* hat einen Minoritätsanteil. Die *Imprimerie Misr* ist das größte nationalägyptische Druck- und Verlagsunternehmen mit einem sich ständig ausweitenden Absatzgebiet seiner Erzeugnisse in der arabischen Welt. Die *Société Misr pour le Théâtre et le Cinéma* besitzt in der Nähe der Pyramiden ein Filmatelier, aus dem 1936 der Großfilm „Wedad“ in arabischer Sprache und mit ägyptischen Schauspielern hervorging. Dieser ausgezeichnete Film, der in Weltstädten gezeigt worden ist, lief in Kairo acht Wochen viermal täglich vor vollbesetztem Haus, während die besten englischen und amerikanischen Filme nie länger als 14 Tage (dreimal täglich) gezeigt werden. Er ist im ganzen arabischen Kulturbereich mit Erfolg gezeigt worden, und man kann die Bedeutung dieses Misr-Unternehmens abschätzen, wenn man weiß, daß zur Zeit vor dem arabischen Dorfpublikum noch die Chaplin-Stummfilme zu den Neuigkeiten zählen.

## SCHRIFTTUM

**Reinhard Hüber: Deutschland und der Wirtschaftsaufbau des Vorderen Orients** (Türkei, Ägypten, Irak, Syrien-Libanon, Palästina), 3. Band der „Strömungen der Weltwirtschaft“, Stuttgart 1938, Ferdinand Enke, 115 S., geb. 7.60 RM., geh. 6.— RM.

„Zwischen abbröckelndem Imperialismus und neuer Staatlichkeit, zwischen Öl und Maschine, zwischen Genf und Moskau be-

ginnt ein neuer Orient sich abzuzeichnen.“ Ihn als den Wirtschaftspartner Deutschlands zu betrachten, unternimmt Reinhard Hüber, der als Hauptschriftleiter der vom Deutschen Orient-Verein herausgegebenen „Orient-Nachrichten“ und als guter Kenner der deutschen Orientbeziehungen auf ein gerüttelt Maß praktischer Anschauung hinweisen kann. H. kam es „angesichts ziemlich weitverbreite-

ter Tatsachenkenntnis über den modernen Orient auf wirtschaftlichem Gebiet“ darauf an, vor die ihn eigentlich beschäftigende und reiche Anregungen vermittelnde Erörterung des deutschen Wirtschaftsverhältnisses zum Orient eine Kunde zu stellen, in der Geschichte, Geographie und Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder zuverlässig beschrieben werden. Daher ist die Titel-Aufzählung der Länder, mit denen er sich befaßt, keine in Klammern gesetzte Definition des vorangestellten Begriffs „Vorderer Orient“, sondern eine sachliche Feststellung des Bereichs seiner Untersuchung. Der wohlthuenden Vermeidung tagesjournalistischer Etiketten wie „Panislamismus“ und „Panarabismus“ entspricht auf diese Weise der Verzicht auf das Sichherumschlagen mit dem leidigen „Zurechnungsproblem“ der wirtschaftsgeographischen „Raum“-Theoretiker. So werden Jemen und Hedschas zwar in wichtigen Zusammenhängen erwähnt, aber systematisch unbehandelt gelassen, offenbar weil die deutschen Wirtschaftsbeziehungen dorthin (das Reich hat weder bei Ibn' Saud noch im Jemen diplomatische Vertreter) praktisch Null sind. Auch Afghanistan ist nicht eingeschlossen, was zwar die zutreffende Beurteilung überstaatlicher Wirtschaftsfragen des Vorderen Orients nicht hemmt, aber insofern zu bedauern ist, als damit noch immer im deutschen Schrifttum eine moderne Darstellung der jüngsten planwirtschaftlich gelenkten Volkswirtschaft des Ostens fehlt.

Für die staatenwirtschaftliche Forschung bringt die H.sche Arbeit eine Menge Bereicherung und viele Einsichten in dieses wohl interessanteste „Zwischengebiet“ wachsender autoritärer Wirtschaftsformen, in dem der einzelne noch lernen muß, „daß die Technik als Gesinnung das eine Ding und die Gehorsam erzwingende Maschine das andere ist“. Das Ringen der um die staatliche Wirtschaftslenkung bemühten Kräfte mit den Schwierigkeiten einer inneren Anpassung der Volksangehörigen an den westlichen Wirtschaftsstandard einerseits und mit den Einflüssen westeuropäischer Großmächte andererseits wird leider nicht klar herausgearbeitet, wenn auch die Elemente für solche Gedankengänge in den einzelnen Länderexkursen enthalten sind. Um so deutlicher wird die Eigenart der deutschen Aufgabe

im Vorderen Orient; dies — die mit zwingender Schlüssigkeit durchgeführte Darstellung der wirtschaftlichen, technischen und geistigen Möglichkeiten und Grenzen deutscher Betätigung — ist Glanzstück und Hauptwert der Schrift.

Arnold Seifert.

#### **J. Hans: Aus der Finanzwelt des Islams,**

Wien 1938, Selbstverlag, Kommission: Gustav Braun, Leipzig O 5, 80 S., geh. 5.— RM.

Dieses kleine Buch verdient Beachtung und Empfehlung in besonderem Maße von jedem, der ohne Behelligung mit Meinungen und Auslegungen über die eigenstaatliche Wirtschaftsentwicklung in der Türkei, in Irak, Afghanistan, Ägypten, Palästina, Syrien-Libanon, Kuwait, Aman, Hadhramaut, Transjordanien, Iran und im Jemen zuverlässig unterrichtet werden will. Wir haben in diesem Heft mehrfach darauf hingewiesen, welche große Rolle die staatlichen und halbstaatlichen Handels- und Industriebanken für den Wirtschaftsaufbau, die Verkehrsgestaltung und die Devisen- und Außenhandelsorganisation in der autoritären Wirtschaftslenkung der Staaten im Vorderen Orient spielen. Die „Finanzwelt des Islams“ unternimmt es, diese Rolle mit historischen, statistischen und finanztechnischen Daten zu belegen und für sich selbst sprechen zu lassen. Das Buch ist eine Sammlung sorgfältig ausgewählter Wirtschaftsnachrichten aus Bilanzen und Jahresberichten von Banken, Anleiheprospekten, Staatsverträgen und Konzessionsstatuten, Währungsgesetzen und Devisenerlassen, Zeitschriften und „Bulletins“; seine Stärke ist die geschickte Aufgliederung des Materials, wobei man an den Titeln der einzelnen Abschnitte erkennt, daß der in Kairo — einem idealen Platz für erfolgreiche Einholung von Einzelauskünften — ansässige Verfasser die Entwicklung treffend zu charakterisieren versteht: Geschichtlich-politischer Hintergrund 1918—37, Islamisches und westliches Recht, Erdöl als Wirtschafts- und Finanzfaktor usw. Der Abschnitt „Planwirtschaft im islamischen Osten“ enthält untergegliedert Angaben über die Türkei, Iran, Afghanistan und Ägypten. Der Anspruch den der Autor im Vorwort erhebt, daß er sein Hauptaugenmerk auf Vielseitigkeit und Zuverlässigkeit der stofflichen Unterlagen gerichtet habe, stellt er voll unter Beweis.

Arnold Seifert.

*Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes: Diplomvolkswirt Dr. Reinhard Hüber, Berlin W35, Admiral v. Schröder-Str. 39; Diplomvolkswirt Dr. Heinz Wilsdorf, Leipzig C1, Petersstr. 13; Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11.*



# MIT COLIN ROSS NACH AMERIKA

Eine Studien- und  
Entdeckungsfahrt in die neue Welt

Mit den Expressdampfern »Europa« · »Bremen«  
vom 27. September bis 20. Oktober 1938.  
Preis einschl. der ganzen Landreise RM 1295.-

*Die Teilnahme und geistige  
Führung von Dr. Colin Ross  
und seiner Frau gibt dieser  
Fahrt ein besonderes Gepräge.*

Auskunft und Prospekte durch

**NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN**

und seine Vertretungen

## Vorankündigung:

Die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik E. V. veranstaltet Mitte Oktober,  
poraussichtlich vom 13. bis 15. Oktober, ihre erste wissenschaftliche

# Reichs=Tagung Elbe

über die

Die Tagung findet auf einem Dampfer zwischen Dresden und Magdeburg  
statt und mündet in die Feier zur Eröffnung des Mittellandkanals.

Teilnehmerzahl beschränkt.

Voranmeldung unverbindlich an die

Reichsgeschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für  
Geopolitik E. V. Heidelberg, Klingelhüttenweg 3

*Dem Dichter*

# Hermann Graedener

*wurde vom Führer und Reichskanzler  
die Goethe-Medaille verliehen*



„Der Augenblick ist gekommen, diesen männlichen hochragenden Dichter endlich in seiner ganzen Bedeutung zu erkennen und zu würdigen.“

*W. v. Hartlieb in „Die Zeit“, Prag*

## Das Hermann-Graedener- Buch

*Eine Auswahl | Herausgegeben von Walter Pollak*

Inhalt: Schaffende grüßen Hermann Graedener (Beiträge u. a. von Blunck, Brehm, Hohlbaum, Jelusich, Strobl usw.); Hermann Graedener — Mensch und Werk von Walter Pollak; Stücke aus sämtlichen Werken Hermann Graedeners

*Dieses Buch vermittelt ein Gesamtbild vom geistigen und dichterischen  
Werk Graedeners*



„Ich kann Ihnen nur von ganzem Herzen wünschen, daß es (das Schaffen Graedeners) die Verbreitung und Tiefenwirkung im gesamten deutschen Volke finden möge, welche es verdient.“

*Dr. Rainer Schlösser, Reichstramaturg, Berlin  
in einem Brief am 13. April 1938*



ADOLF LUSER VERLAG, WIEN / LEIPZIG

# Bad Wildungen für Niere und Blase

ZUR HAUS-TRINKKUR:  
bei Nieren-, Blasen- und  
Stoffwechselleiden

## Helenenquelle

Werde auch Du Mitglied der DSV.

### Landerziehungsheim Schloß und Burg Marquartstein Oberbayern

Staatlich anerkannte

#### Heimschule für Knaben und Mädchen In den bayrischen Alpen, Nähe Chiemsee

**Oberrealschule** u. Reformrealgymnasium in Entwicklung zur **Oberschule** (bis z. Abitur). Unterricht in kleinen Klassen. Umschulung. Nachhilfe. Familienartige Erziehungsgemeinschaften. Körperliche Betreuung auch zarter Kinder. Klimatisch gesündeste Lage. Viel Sport und Aufenthalt (auch Unterricht) im Freien. Weites Park- und Wiesengelände. Handwerk. Musik. Ausdruckspflege.

Besondere unterrichtliche Fürsorge für **Ausländer und Auslandsdeutsche**. Austauschlehrer im Heim. Seit Jahren Schüleraustausch. Im Juli und August **Ferienheim**, auch für Auslandskinder (Mädchen nicht über 14 Jahren).

Prospekt und Drucksachen durch das Sekretariat  
Neues Schloß, Marquartstein. Fernruf Grassau 88

Gründer und Leiter:

**Hermann und Elisabeth Harleß**

### Die Binnenschifffahrt Deutschlands

Von W. Schmidt

Mit Karte. Klein. RM 3.30, kart. RM 2.70

Das Buch bringt alles Wissenswerte zu diesem gegenwartswichtigen Problem.

### Oberdeutschland

Die deutschen Alpen und ihr Vorland. Von H. Sehn

Mit Karte. Klein. RM 2.60, kart. RM 2.—

Behandelt erstmalig den deutschen Raum zwischen Voralpberg und Burgenland, zwischen Donau und Elbfj.

Verlag Dr. Karl Moninger, Karlsruhe i. B.



**"Epoque"**  
**SPÜLTISCHE**

**VIELSEITIGE BAUFORMEN**

**ERNST WAGNER APPARATEBAU-REUTLINGEN WÜRT.**

Natürl. Nirosita-Becken  
Konkurrenz! Befestigung

### ALBRECHT KÖLTZSCH DRESDEN-GRUNA 20

Uhren, Gold- und Silberwaren

**Sprech-  
maschinen**



Handelsmarke SAXONIA  
seit 60 Jahren  
Zahlungserleichterung

Preisliste Nr. 184  
umsonst





Neuerscheinung

EGON HEYMANN

# Balkan

Kriege, Bündnisse, Revolutionen  
150 Jahre Politik und Schicksal

452 Seiten und 50 Bilder. Brosch. RM 7.—, Leinen RM 8.50

## *Die ersten Presseurteile:*

Aus der praktischen Tagesarbeit heraus hat sich ein erfahrener Kenner und seit Jahren Vielgereister auf dem Balkan daran gemacht, Duzende verflochtener Fäden zu entwirren, Geheimnisse zu enträtseln, Unklarheiten aufzuhellen, Mißverständnisse zu bannen, Fehlurteile auszumergen. Wer seit einer stattlichen Reihe von Jahren wie Egon Heymann in wichtigsten Städten des Balkans Tag um Tag das politische Geschehen hat beobachten und dessen Entwicklung vor und hinter den Kulissen hat verfolgen können, dem enthüllt sich mühelos und leichter die widerspruchserfüllte Welt zwischen Ankara und Wien, Czernowitz und Athen als dem, der allein auf emsige Forscherarbeit angewiesen ist. Wer oben drein mit der selten verliehenen Gabe des begnadeten Schilderers und flüssigen Darstellers beschenkt worden ist, der vermag selbst den sprödesten und auch heikelsten Stoff lesbar und spannend zu gestalten, wo anderen Kenntnisse und Erfahrungen fehlen. Und wer sich rühmen darf (ohne daß es in diesem Werke geschieht), vieler Menschen Städte und deren Wesen gesehen und kennengelernt zu haben, der ist befugt und berechtigt, Balkanpolitik der Nachkriegsjahre zu deuten und zu schildern. *Leipziger Neueste Nachrichten*

Eine Darstellung der Politik des Balkans kommt zur rechten Zeit. Das Buch gehört nicht zu der Literatur, die durch Sensationen wirken will oder in Kleinmalerei den Leser an den Gegenstand der Darstellung heranzubringen sucht. In der Objektivität, die dem Leser bei aller Führung durch den Autor die Möglichkeit der Selbstkontrolle in der Bewertung der Einzelvorgänge und der Gesamtdarstellung läßt, liegt ein besonderer Reiz und der Hauptwert des Buches. *Der Deutsche Volkswirt*

Heymann ist Schriftleiter, mit seinen zahlreichen Beiträgen in der deutschen Presse wohlbekannt und auch als Vortragsredner von politischen Zuhörerkreisen geschätzt. Zweifellos werden die Gelehrten und besonders die Historiker an seiner Arbeit nicht vorübergehen. Ihnen wie jedem Außenpolitiker hat Heymann ein flott geschriebenes Handbuch geschenkt, dessen Gründlichkeit und Genauigkeit besonders unterstrichen werden muß. *Deutsche Allgemeine Zeitung*

Fordern Sie bei Ihrer Buchhandlung den ausführlichen Sonderprospekt an

**Sunkor und Dönnhaupt Verlag • Berlin**

**Wegweiser auf dem Marsch der sudetendeutschen  
Volksgruppe in eine ehrenvolle**

**Zukunft**

ist

# **Volk und Führung**

**die unabhängige sudetendeutsche Monatschrift  
für Politik und Erziehung**

**Sie**

**verteidigt**

**die klare politische Linie**

**gegen Verfälschungen von innen und außen, ist  
der Spiegel sudetendeutschen Gemeinschaftslebens**

**Hauptchriftleiter:**

**Dr. Wilhelm Sebekovsky**

---

48 Seiten Großoktav, Preis RM —.60 pro Heft, halbjährlich RM 3.50; Bestellungen durch die Post (Abonnement de Poste) oder durch jede Buchhandlung

**Probehefte kostenlos!**

**Sudetendeutscher Zeitungsverlag, O. Kraus & Co.**

Abteilung: Zeitschriften, Prag II, Postfach 684—86

# Gut Gefell', und du mußt wandern

Aus dem Reisetagebuch des wandernden Leinewebergesellen

Benjamin Riedel 1803–1816

Bearbeitet und herausgegeben von Friedrich Zolthöfer

Dieses Buch – ein farbenreiches Spiegelbild vom Leben, den Sitten und der Denkweise der werktätigen Volksschichten jener Zeit – ist gerade in unseren Tagen, wo das Handwerk wieder bewußt Standesgefühl und Tradition pflegt, von tiefer Bedeutung. Und wie packend kann Meister Riedel erzählen! Es wird jeden überraschen und fesseln durch die oft wahrhaft dichterische Sprachgewalt und Gestaltungskraft, durch das tiefe Naturgefühl und seine echte Treuherzigkeit. Ein Werk, das auch weit über Handwerkerkreise hinaus als kulturgeschichtliches Zeitbild fesseln wird und die Literatur des Zeitalters der Romantik um ein neues reizvolles Schmuckstück bereichert.

In Igraf-Pergament gebunden  
Format 19×25 cm, 180 Seiten,  
46 zeitgenössische Bilder, RM 6.75

Durch jede Buchhandlung  
zu beziehen

**Blut und Boden Verlag**

G. m. b. H.

Reichsbauernstadt Goslar





*Soeben erscheint:*

## **Bolschewistische Wissenschaft und „Kulturpolitik“**

*Ein Sammelwerk, herausgegeben von Prof. Dr. Bolko Freiherr von Richthofen  
Gr.-8°, VIII und 322 Seiten, kartoniert 5.80 RM.*

Eindringlich und mit einer Fülle von Belegen tritt in diesem Buch der grundlegende Wandel unter der zersetzenden und religionsfeindlichen Herrschaft des Kommunismus vor Augen: kein Gebiet der Wissenschaft, das nicht Spuren unsachlicher Arbeitsweise, marxistischer Lehrräse und zerstörender politischer Einflüsse zeigt!

Dreizehn namhafte Vertreter deutscher und ausländischer Wissenschaft zeigen zum erstenmal gemeinsam nach einwandfreien Quellen, auf welche erschreckende Bahnen der klassenkämpferische Eifer der Sowjets die russische Geisteswissenschaft geführt hat.

Das Werk gehört zweifellos zu den Büchern, die immer wieder genannt werden müssen, wenn man über die Bedeutung und Gefahr des Bolschewismus spricht.

Aus dem Inhalt: Philosophie, Psychologie, Geschichtswissenschaft, Schöne Literatur, Heimat- und Sippenkunde, Sprachwissenschaft, Vor- und Frühgeschichte in der Sowjetunion, Bolschewistische Erdkunde, Bolschewistische Wissenschaft und Judentum.

*Ausführliche Prospekte kostenlos!*

**Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) und Berlin W 35**

*Im 13. Jahrgang erscheint:*

## **Deutsche Kultur im Leben der Völker**

**Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung  
und Pflege des Deutschtums / Deutsche Akademie**

Herausgegeben vom Präsidenten der Deutschen Akademie Professor Dr. Leopold Kölbl

Hauptschriftleiter: Dozent Dr. phil. habil. Gustav Fochler-Haue

Die wissenschaftliche und kulturpolitische Vierteljahrschrift der Deutschen Akademie, die 5000 führenden Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens im In- und Auslande zugeht, ist der Erforschung aller geistigen Lebensäußerungen des deutschen Volkes und den deutschen Kulturbeziehungen zum Ausland gewidmet. Die Mitteilungen der Deutschen Akademie berichten regelmäßig über den Stand der von ihr durchgeführten Forschungsaufgaben. Eine kulturpolitische Rundschau bringt in jedem Heft einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete der deutsch-ausländischen Kulturbeziehungen.

Bezugspreis für ein Jahr (4 Hefte) RM 8.—. Preis des Einzelheftes RM 2.50

**Verlag Ernst Reinhardt in München**



HEINZ ROGGMANN

# Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren

Die Geschichte des preußischen Ostens ist ein unaufhörliches Ringen zwischen Deutschtum und Slawentum. Versailles zog eine erschütternde Bilanz. Bei den Fragen nach den Ursachen jenes Zusammenbruchs steht die Bevölkerungsentwicklung als Hauptursache im Vordergrund. • Die vorliegende Untersuchung versucht aufrichtig die Zusammenhänge zu klären. Die natürlichen Faktoren (Geburten, Sterbefälle, Geburtenüberschuß) werden gegen die sozialen Faktoren (vor allem die Wanderungsbewegung) abgewogen. Es ergibt sich, daß die Wanderungsbewegung, besonders in der Form der Fernwanderung, die Hauptursache der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung gewesen ist. Die Gegenüberstellung der Entwicklungsreihen der natürlichen Bevölkerungsfaktoren mit denjenigen der Wanderungsbewegung wird für alle Regierungsbezirke des preußischen Ostens für einen Zeitraum von 120 Jahren vorgenommen. Daneben enthalten andere Übersichten u. a. für jeden Kreis gesondert und für jede Volkszählung seit 1871 die Bevölkerungsdichten, die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsergebnisse. • Die gewonnenen Ergebnisse wollen Bausteine für die praktischen Maßnahmen sein, welche die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in günstigere Bahnen lenken müssen. Die Untersuchung sieht an den Schwierigkeiten der Verwirklichung solcher grundlegenden Maßnahmen nicht vorbei, meint aber, daß der Nationalsozialismus alle Hemmnisse überwinden wird, und zwar aus seiner Grundhaltung heraus: **Das Gesetz der Grenze ist das Gesetz der Nation.**

269 Seiten mit Tabellenteil und Schrifttumsnachweis, 12 graphische Darstellungen, teilweise mehrfarbig; **Leinenband 8.- RM**

Aus dem Inhalt:

**Die absolute Bevölkerung** / Die Bevölkerungsdichte / Die Bevölkerung in Stadt und Land / Die Altersgliederung / **Die natürlichen Faktoren der Bevölkerungsentwicklung:** Geburten, Totgeburten, Sterbefälle, Geburtenüberschuß / **Die Bevölkerungsbewegung im Vorfeld des preußischen Ostens:** Das Deutschtum in Polen, in der Tschechoslowakei, im Memelland und in Litauen, in Danzig / **Die sozialen Faktoren:** Die Auswanderung; Einwanderung aus den abgetrennten Ostgebieten; Die Binnenwanderungen / **Die herrschenden Anschauungen** über die Abwanderung aus dem Osten; Die Landflucht, ein Problem der Landarbeiter; Die Grundbesitzverteilung; Mangel an Industrien; Industrialisierung im Reich; Die preußische Bauernbefreiung / **Die Grenzlage des preußischen Ostens.**

**Volk und Reich Verlag G. m. b. H., Berlin W 9**

*Einer Teilaufgabe liegt der Prospekt Hüber, Deutschland und der Wirtschaftsaufbau des Vorder-Orients vom F. Enke Verlag, Stuttgart, bei sowie der ganzen Auflage ein Prospekt zu Nowa Der künstliche Staat, von der Verlagsbuchhandlung Gerhard Stalling, Oldenburg.*

Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg-Berlin — Druck: Spamer A.-G., Druckerei, Leipzig O 5 — Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. Karl Haushofer, Generalmajor a. D., München O 27, Kolberger Str. 18 — Schri-  
leitung: Kurt Vowinkel, Heidelberg, Schriftleitung für die Beilage „Welt-Rundfunk“: Dr. Kurt Wagenführ, Charlotte-  
burg 4 — Verantwortlich für die Anzeigen: Hans Boehm, Heidelberg — Durchschnittsaufgabe 2. Vierteljahr 1938: 5500  
Zur Zeit P. L. 4 gültig





Adrema-Adressier- und Organisationsmaschinen beschleunigen, vereinfachen und verbilligen die fehlerlose Herstellung aller gleichlautend wiederkehrenden Schreibarbeiten von der einfachen Adressierung bis zur Aufstellung umfangreicher Listen und individuellen Beschriftung von Formblättern · Druckschrift E. 19 u. Vorschlag unverbindlich

**ADREMA MASCHINENBAUGES. M. B. H., BERLIN NW 87**

## *Eine gründliche Einführung in wichtige Gegenwartsprobleme!*

### **Wirtschaft und Raum**

Von Prof. Dr. G. Schmölbers und Prof. Dr. W. Vogel†.  
Kartonierte RM. 3.80, Leinen RM. 4.80

#### **AUS DEN URTEILEN:**

Durch die Gemeinschaftsarbeit der Verfasser verbindet das Werk wirtschaftswissenschaftliche und geographische Gesichtspunkte in glücklicher Weise. Die eingehende Schilderung der großen Wirtschaftsräume der Erde stärkt in dem Leser das Gefühl für die Notwendigkeit, gerade in raumwirtschaftlichen Fragen über die Grenzen unseres Landes hinauszusehen.

*(Reich und Länder)*

... ein Buch, das dem Ziele, die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Raum in ihren Grundzügen darzustellen, in ansprechender Form nachgeht und daher als erste Einführung in die geo-wirtschaftspolitische Betrachtungsweise empfohlen werden kann.

*(Reichsverwaltungsblatt)*

Das Buch ist in seiner Allgemeinverständlichkeit, seiner Gründlichkeit und Genauigkeit jedem zu empfehlen, der sich beruflich oder wissenschaftlich mit dem Gebiet der heutigen Wirtschaftsproblematik befassen will.

*(Deutscher Lebensraum)*

Dieses Werk findet durch die Klarheit der Darstellung und die offene und rückhaltlose Aufrollung des Raumproblems nicht nur das Interesse der Studenten, sondern kommt auch für alle geopolitisch Interessierten: Lehrer, Kaufleute und Wirtschaftler in Frage.

*(Deutsche Allg. Zeitung)*

**HANSEATISCHE VERLAGSANSTALT HAMBURG**



# Immer grüner grünte

SPAMER-AG  
ABT.  
DRUCKEREI  
LEIPZIG